KRIEG AM GOLF

»GERECHTER KRIEG« GEGEN HUSSEIN ODER FELDZUG GEGEN DIE 3. WELT?

Sondernummer März 91
Nr. 34 DM 5,–

Digitized 2016

INHALT

USA UND »NEUE WELTORDNUNG«

»Der amerikanische Charakter in Aktion«
Bush-Rede und Bilder aus 100 Jahren Krieg 4
Die USA als Weltgendarm. Zur »neuen Weltordnung« 8
Gerüstet für alle Fälle. Zur neuen US-Militärdoktrin 10
Kurs: Krieg. Zur UNO-Politik der USA 12
Vietnam-Veteranen gegen Golf-Krieg 13

DIE ROLLE DER BRD

Deutschland als Kriegspartei 14
Der Bündnisfall als Notstandsfall 18
Bundesdeutsche Waffenexporteure 19
GSG 9 trainierte Husseins Truppen 21

ZUR GESCHICHTE DER NAHOSTKONFLIKTE

Die Grenzen der Macht
Das Spannungsgebiet Naher Osten 23
Golfkrieg: Dimension einer Regionalkrise 27
Ursachen des Golfkrieges 31
Das System des Irak
Geschichte und Repression heute 32
Interview mit irakischen Oppositionellen 35
Im Schatten des Krieges: Kurdistan 37
Fotoseite: Husseins Giftgasmassaker an den Kurden 41
Palästina: Intifada im Krieg
Der Golfkrieg und die zionistische Linke 42
»Wir sind Israels Geiseln«
Interviews zur Lage in den besetzten Gebieten
während der Ausgangssperre 45

DAS ELEND DES KRIEGES

Unbekanntes und Verdrängtes vom Kriegsgeschehen 50
»So schlimm wie ein Atomkrieg«
Analyse des BUND zu den ökologischen Folgen 54

ZUR DISKUSSION: FRIEDENSBEWEGUNG

Irrational? Anti-semitisch? (Bernd B., atom) 58
Das linke Ja zum Krieg (KB) 61
Der Krieg und die Folgen (Bernd W., atom) 64
Krieg ohne Sieger (M. Massarat) 66
Widerstand – gegen was? (aus: Interim) 67
Zum Beispiel Göttingen (Michael B., Grüne) 72
Erklärung von KZ-Opfern zum Golfkrieg 74
Literatur zur Golfregion 75

IMPRESSUM

Die **atom** ist eine Gemeinschaftsproduktion von Atom Express und atommüllzeitung.
Herausgeber: Atom Express und Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen.

Redaktionsadressen:
atom, Postfach 1945, 3400 Göttingen

atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg
Tel.: 04131/48599 (neu!!)

V.i.S.d.bgl.P.:
Enno Brand, Günter Garbers, Bernd Weidmann

Bestellbedingungen:
Diese Ausgabe kostet 5,– Mark, für Bürgerinitiativen und Wiederverkäufer 3,50 Mark. Ein Abo für fünf Ausgaben kostet 30,– Mark incl. Porto und Versand.
Förder-Abo: ab 50,– Mark
Konto: »atom«, G. Garbers
PSchA Hamburg, Nr. 378 14 - 206

Abo- und Bestellpost bitte nur an:
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Spendenkonto:
Bernd Weidmann Sonderkonto
PSchA Hannover, Nr. 409898-304
Bitte keine Abo-Gelder aufs Spendenkonto!

Moderne Zeiten:
Wer für die atom Artikel schreibt, kann uns diese auch auf PC-Diskette abgespeichert zusenden (zusätzlich einen Ausdruck). Folgende Disketten können wir verarbeiten:
1.) 3,5 Zoll-Disketten für Apple/Macintosh oder MS-DOS
2.) 5 1/4 Zoll-Disketten für MS-DOS-Laufwerk. Diese Disketten müssen auf 360 Kilobyte und einseitig formatiert sein.
Die Artikel müssen als Word, Wordstar, Txt, Pagemaker oder Word-Perfekt Dokumente abgespeichert sein. Disketten und Ausdrucke bitte an die Lüneburger Redaktion.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem/ der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Archivarisches:
Dies ist die **atom** Nr. 34, Sondernummer März '91
Nach der guten alten Zählweise, für Fans, SammlerInnen und NostalgikerInnen:
Atom Express Nr. 74
atommüllzeitung Nr. 62

Druck: Steidl, Göttingen
Zeichnung Rückseite: Ines

Redaktionsschluß für die nächste atom: Mitte März 1991

EDITORIAL

Männer wie Hussein, so formulierte Enzensberger im Spiegel, „bekommen am Ende immer, was sie wollen: den Krieg". Welch eine einäugige Blindheit.
Während kurz vor Druckbeginn am 25.2. dieses Editorial geschrieben wird, holen sich die Amerikaner, was sie wollen: den Krieg und den militärischen Sieg. Husseins Einlenken auf den sowjetischen Vorschlag hatte sie ebensowenig davon abgebracht wie die Tatsache, daß in der Nacht zum 24.2. der UNO-Sicherheitsrat einen erfolgversprechenden Versuch unternahm, die sowjetische und amerikanische Position zur Deckung zu bringen. Zur gleichen Stunde, wie der Sicherheitsrat zusammentrat, begann am Golf die Landoffensive. Deutlicher konnten die USA nicht zeigen, worauf sie abzielten:
▷ Die Befreiung Kuwaits war nicht viel mehr als ein ideologischer Vorwand, um den Irak auszubomben, zu besetzen und die völlige politische und militärische Kontrolle über die Golf-Region zu erlangen
▷ Die Sowjetunion hat sich als ernstzunehmenden politischer Faktor aus der Region zurückzuziehen; ihr Friedensplan war für die USA schon deshalb unakzeptabel, weil er die UdSSR bei der „Neuordnung" der Region wieder ins Spiel gebracht hätte.
▷ Die UNO hat als Akklamationsorgan zu fungieren, nichts weiter. Wenn sie Beschlüsse im Sinne der USA fällt, wird das propagandistisch ausgeschlachtet; wenn sie zum Störfaktor wird (der Frieden sucht statt Krieg) wird sie wortlos übergangen. Das politische Mitspracherecht dritter Staaten bei der Neuordnung der Welt ist nicht vorgesehen.
Auch wenn die ersten Meldungen (natürlich) einen Blitzkrieg der USA auch zu Lande prophezeien: Die USA riskierten die Verheerung Kuwaits, den Einsatz von ABC-Waffen, das Inbrandstecken der Ölfelder mit unabsehbaren ökologischen Folgen, um etwas zu erreichen, was durch keine UNO-Resolution gedeckt ist. Was durch die UNO gefordert wurde, hätten sie auch ohne Bodenkrieg haben können, und Kuwait, um dessen Befreiung es ging, hätte weniger gelitten. Bush's Skrupellosigkeit ist nicht geringer als Husseins, mit dem Unterschied, das er eine Supermacht anführt, und deshalb für die Welt vielfach gefährlicher ist.
Diese »atom« ist anti-amerikanisch. Nicht aus Passion, sondern weil uns die Politik der USA keine andere Wahl läßt. Wer sich nicht darin suhlen will, daß die Metropolen auf Kosten der 3. Welt im Überfluß schwelgen, und daß diese Hierarchie durch einen Weltpolizisten USA garantiert wird, dem bleibt keine andere Wahl. Mit Beiträgen zum Begriff der „Neuen Weltordnung" des George Bush und zur Geschichte der Nahost-Region wollen wir diesen Standpunkt verständlich machen. Breiter Raum wird auch jenen Völkern eingeräumt, die im Nahen Osten wirklich mitreden müßten, die aber dort seit Jahrzehnten oder Jahrhunderten unterdrückt werden: die Kurden und die Palästinenser. Als Linke haben wir freilich auch keinen Grund, Hussein zu schonen: sein Unterdrückungsregime wird ebenfalls in ausführlichen Beiträgen dargestellt.
Eine andere Sache ist das Ausmaß der Bedrohung, die von ihm real ausgeht, und die Schlüsse, die daraus gezogen werden. Im Diskussionsteil kritisieren wir jene Teile der Linken, die wie Enzensberger im Krieg der Amerikaner eine Art antifaschistischen Widerstand sehen. Da hier erstmals Linke einen Krieg der Metropolen gegen einen Dritte-Welt-Staat ideologisch rechtfertigen, ist dies eine Diskussion, deren Bedeutung über den Golfkrieg hinausreicht.
Diese atom ist eine Sondernummer, und vollständig dem Golfkrieg gewidmet. Alles andere wäre unehrlich gewesen – der Krieg beherrschte unsere politischen Diskussionen komplett.
Wir denken, daß unsere AbonnentInnen damit einverstanden sind. Die Behandlung von Anti-Kriegsthemen hat in der atom ohnehin Tradition, seit wir uns politisch in die Bewegung gegen die NATO-„Nachrüstung" einschalteten.
Die nächste atom wird dann wieder eine „normale" werden.

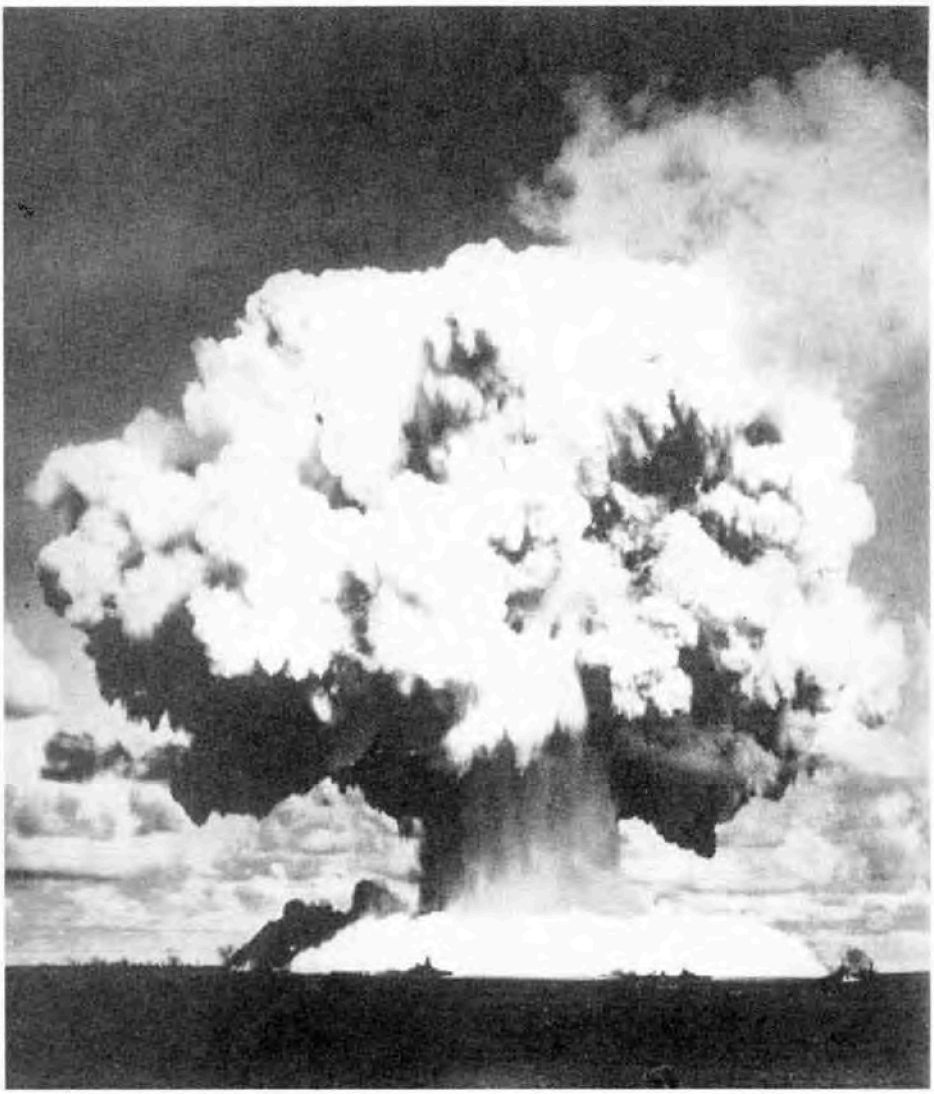


Foto oben:
Sioux-Häuptling Big Foot, getötet bei einem Massaker der US-Army an flüchtenden Indianerstämmen. Wounded Knee, Dezember 1890

Foto unten:
Die japanische Stadt Nagasaki nach dem Atombombenabwurf am 9.8.1945

Collection Lakota foundation
www.lako.org
Digitized 2016

Foto oben: Gefangenenauftrieb im Korea-Krieg, 1950

Foto unten: Flucht vor einem US-amerikanischen Napalmangriff. Vietnam, 1972.

»Amerikas Charakter in Aktion«

US-Präsident Bush in seiner Rede zur Lage der Nation, 29. Januar 1991:

Auf der anderen Seite des Erdballs führen wir in der Luft, zu Wasser und zu Lande einen großen Kampf. Wir wissen, warum wir dort sind. Wir sind Amerikaner und damit Teil eines übergeordneten Ganzen.

Seit zweihundert Jahren haben wir für die Freiheit hart gearbeitet. Und heute führen wir die Welt in der Machtprobe einer Bedrohung gegen Anstand und Menschlichkeit.

Es steht mehr auf dem Spiel als nur ein kleines Land – eine große Idee: eine neue Weltordnung, in der unterschiedliche Nationen in einer gemeinsamen Sache zusammenstehen, um die universellen Hoffnungen der Menschheit zu verwirklichen: Frieden und Sicherheit, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. So sieht eine Welt aus, für die es sich zu kämpfen lohnt und die der Zukunft unserer Kinder wert ist...

Seit zweihundert Jahren dient Amerika der Welt als leuchtendes Beispiel für Freiheit und Demokratie. Seit Generationen übernimmt Amerika die Führungsrolle im Kampf um die Erhaltung und Ausdehnung der Wohltaten der Freiheit. Und heute, in einer sich rasch verändernden Welt, ist die Führungsrolle Amerikas unabdingbar. Amerika weiß, daß eine Führungsrolle auch Belastungen mit sich bringt und Opfer fordert.

Aber wir wissen, warum die Hoffnungen der Menschheit auf uns gerichtet sind. Wir sind Amerikaner. Wir haben eine einzigartige Verantwortung, die harte Arbeit der Freiheit zu leisten. Und wenn wir das tun, funktioniert Freiheit.

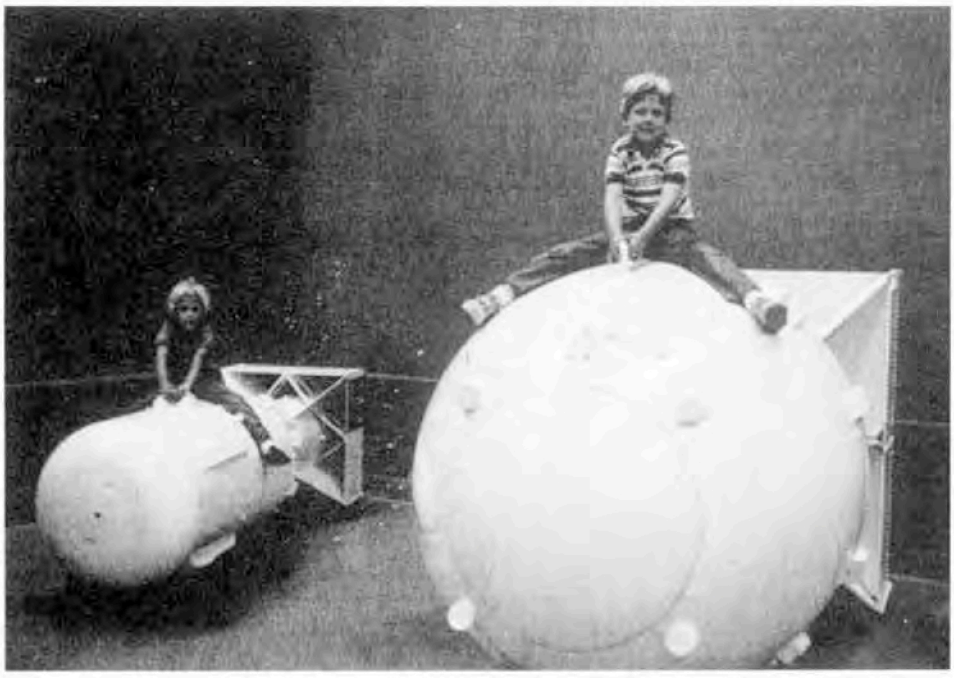
Die Überzeugung und der Mut, wie wir sie heute am Persischen Golf beobachten, zeigen ganz einfach den amerikanischen Charakter in Aktion. Der unbeugsame Geist, der zu diesem Sieg für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt beiträgt, ist derselbe Geist, der uns die Macht und die Möglichkeit gibt, unseren größten innenpolitischen Herausforderungen gerecht zu werden.

Wir sind entschlossen und erfinderisch. Wenn wir selbstlos dem Bösen die

Vietnamesisches Kind, geschädigt durch das von der US-Army versprühte Gift Agent Orange.

Foto oben: Kinder vor ihrem zerbombten Wohnhaus in Bagdad, Februar 1991

Foto unten: Kinder belustigen sich auf einer Atombombe. Museum von Los Alamos (USA).



Stirn bieten können, dann können wir ganz sicher dieses Land zu dem machen, was es sein sollte.
Wenn Ihnen jemand erzählt, Amerika habe seine besten Tage hinter sich, sehen Sie das falsch...

Wir werden am Golf Erfolg haben. Und wenn wir das tun, wird dies ein für allemal eine Warnung der internationalen Staatengemeinschaft für jeden Diktator oder Despoten sein, der gesetzlose Aggression in Betracht zieht. Die Welt kann deshalb diese Gelegenheit ergreifen, um die langgehegte Hoffnung auf eine neue Weltordnung zu erfüllen – in der Brutalität nicht zum Ziel führt und Aggression auf kollektiven Widerstand stößt.

Die Vereinigten Staaten übernehmen einen großen Teil der Führungsrolle in diesem Bestreben. Unter den Ländern der Welt verfügen lediglich die Vereinigten Staaten über die moralische Standfestigkeit und die Mittel zu ihrer Durchsetzung. Wir sind das einzige Land auf der Welt, das diese Friedensstreitkräfte zusammenbringen konnte. Dies ist die Last der Führungsrolle – und die Stärke, die Amerika zum Symbol der Freiheit in einer Welt macht, die sich auf der Suche befindet...

DIE VEREINIGTEN STAATEN ALS WELTGENDARM

ZUR »NEUEN WELTORDNUNG« DES GEORGE BUSH

Der Golfkrieg ist für US-Präsident Bush nicht nur ein Kampf gegen den Diktator Hussein. Er ist in erster Linie Bestandteil eines Kampfes für eine „neue Weltordnung". Kaum eine längere Rede des Präsidenten vergeht, ohne daß er diese Formulierung benutzt und einkleidet in Phrasen wie die folgende:

„Es steht mehr auf dem Spiel als nur ein kleines Land – eine große Idee: eine neue Weltordnung, in der unterschiedliche Nationen in einer gemeinsamen Sache zusammenstehen, um die universellen Hoffnungen der Menschheit zu verwirklichen: Frieden und Sicherheit, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. So sieht eine Welt aus, für die es sich zu kämpfen lohnt und die der Zukunft unserer Kinder wert ist." (Bush in seiner Rede zur Lage der Nation, 29.1.1991)

Mit dem Schlagwort der „neuen Weltordnung" sind tatsächlich Veränderungen im strategischen Kalkül der Vereinigten Staaten eingeleitet worden. Die US-Administration reagiert damit auf die geopolitischen Veränderungen der letzten Jahre. Nach dem 2. Weltkrieg gründete sich das Rollenverständnis der USA vor allem auf der Tatsache, daß sie eine eindeutige Überlegenheit – sowohl militärisch wie auch ökonomisch – gegenüber den übrigen kapitalistischen Ländern besaßen und ihr die Führungsrolle in der Abwehr kommunistischer oder radikal-reformerischer Bewegungen in der 3. Welt zufiel. „Dämme gegen die Flut des Kommunismus" wollte auch Kennedy noch errichten und führte, nach einer gescheiterten Invasion in Kuba, die USA in den Vietnamkrieg. Die militärische und politische Niederlage in diesem Krieg, aber auch die offensichtliche Realitätsferne der „Dominotheorie" (nach der ohne amerikanische Intervention ein 3.-Welt-Staat nach dem anderen in den Machtbereich der UdSSR abkippen würde) führten dazu, daß sich in der Folgezeit die strategischen Überlegungen in den USA vor allem darauf „beschränkten", im direkten Vergleich mit der Sowjetunion das militärische Übergewicht zu halten.

Ende des Ost-West-Konfliktes

Erst unter Präsident Carter wurde die militärische Interventionsfähigkeit in der 3. Welt wieder zu einem strategischen Thema. Er erhöhte den Rüstungsetat, entfachte (anknüpfend an Kennedy) eine heuchlerische Menschenrechtsdiskussion gegenüber linksorientierten 3.-Welt-Regimes und machte die „Schnelle Eingreiftruppe" zum Kernstück einer auf globale Einsatzfähigkeit angelegten Militärdoktrin. Aus dieser Zeit stammen auch die ersten Szenarien für einen neuen Golfkrieg. Carter: „Ein Versuch irgendeiner auswärtigen Macht, die Kontrolle über die Region des Persischen Golfes zu erlangen, wird als Angriff auf die lebenswichtigen Interessen der Vereinigten Staaten betrachtet werden. Und solch ein Angriff wird unter Einsatz aller notwendigen Mittel, einschließlich militärischer Macht, zurückgewiesen."

Diese Doktrin zielte noch in erster Linie gegen die Sowjetunion und ihren Versuch, durch die Intervention in Afghanistan den Machtbereich im Südwesten zu konsolidieren. Das Dilemma, das damit zusammenhing, war dem Pentagon jedoch klar: Jeder regionale Konflikt gegen einen mit der UdSSR verbündeten Staat beinhaltete das hohe Risiko eines direkten Engagements der Sowjetunion und damit eines dritten Weltkrieges. Die US-Administration entwarf immer neue strategische Szenarien (zu denen auch der NATO-Doppelbeschluß zur Stationierung der Pershings und Missiles gehörte), um die UdSSR im Falle eines Regionalkonfliktes in Schach zu halten. Reagans Verteidigungsminister Weinberger: „Wenn wir in den Krieg (am Persischen Golf) gezwungen werden, müssen wir darauf vorbereitet sein, eine Gegenoffensive in anderen Regionen zu starten und zu versuchen, die Schwäche des Aggressors auszunutzen, wo auch immer sie liegt."

Die Perestroika beendete dieses Dilemma. Der Verzicht der Sowjetunion auf militärische Interventionsfähigkeit außerhalb ihres eigenen Territoriums verbesserte dramatisch die geopolitische Lage. Über Nacht wurden die USA zur einzigen Militärmacht, die zu globalen Operationen fähig ist, ohne auf einen halbwegs gleichwertigen Gegner strategische Rücksichten nehmen zu müssen.

Offensichtlich markierte das Treffen von Bush und Gorbatschow in Malta (Dezember 1989) diese Wende. In vorsichtigen Worten erläuterten die Präsidenten in der abschließenden Pressekonferenz, daß sie sich künftig nicht mehr ins Gehege kommen wollen. Wobei klar war: Gorbatschows Gehege ist die UdSSR (incl. Baltikum etc.), das von Bush ist der Rest der Welt.

Drama des Nord-Süd-Konfliktes

Die Entschärfung des Ost-West-Konfliktes ist jedoch nicht das einzige Element der „neuen Weltordnung". Hinzu tritt die dramatische Veränderung im Nord-Süd-Gefälle, in der Kluft zwischen reichen Industriestaaten und verarmten 3.-Welt-Nationen. Längst sind die Zeiten vorbei, in denen sich die (westlichen) Industriestaaten in der Illusion wiegen konnten, die von ihnen beherrschte Weltwirtschaftsordnung könne langfristig reibungslos funktionieren. Die den 3.-Welt-Ländern aufoktroyierte Rolle – Lieferant von billigen Rohstoffen und Objekt profitabler Kapitalanlage-Möglichkeiten – hat nur einer Seite Wohlstand eingebracht: den Industriemetropolen.

Nirgends wird das so drastisch deutlich wie am Schuldenberg der „Entwicklungsländer". Das Verhältnis der Schulden zu den Exporteinnahmen wuchs beispielsweise in Lateinamerika zwischen 1973 und 1980 nur von 176 auf 178 Prozent; bis 1986 explodierte es auf 349 Prozent. Durch den Schuldendienst hat sich die Richtung des Kapitalflusses mittlerweile umgekehrt. Zwischen 1983 und 1989 flossen rund 243 Milliarden Dollar mehr von Süd nach Nord als in die andere Richtung – eine Umkehrung der „Entwicklungshilfe".

Die ökonomische Lage vieler 3.-Welt-Staaten ist in den vergangenen Jahren hoffnungslos geworden, der Lebensstandard ist dramatisch gesunken. Es ist absehbar, daß dieser soziale Sprengsatz mit dem traditionellen wirtschaftspolitischen Instrumentarium – z.B. den von den Industriestaaten dominierten IWF und Weltbank – nicht in den Griff zu bekommen ist. Wenig realitätstüchtig ist auch die Hoffnung, die Industriestaaten legten durch eine Streichung der Schulden den Grundstein für eine neue, gerechtere Weltwirtschaftsordnung. Offensichtlich haben sie nicht vor, durch Verzicht auf die Kredite zugleich auf einen zentralen Hebel für ökonomische und politische Einflußnahme zu verzichten.

Führungsrolle der USA

Ein Staatsgebilde, das den größten Teil seiner Bewohner hoffnungslos verarmen läßt und ihm die notwendigsten Reformen verweigert, muß, um die sozialen Spannungen zu überstehen, zwangsläufig ein Polizei- und Unterdrückungsstaat werden. Diese Regel wird man auch in den Weltmaßstab übertragen müssen. Soziale Eruptionen, die sich gegen die Interessen der Hüter der „Weltordnung" richten, werden ein Fall fürs internationale Militär. Keine andere Militärmacht als die USA ist dafür ausreichend gerüstet, und das garantiert den USA auch nach Ende des Ost-West-Konfrontation eine globale Führungsrolle. Präsident Bush in einer Rede vor dem Aspen-Institut (August 1990): „Außerhalb Europas müssen die Vereinigten Staaten Streitkräfte unterhalten, die auf Bedrohungen unabhängig davon reagieren können, aus welchen Teilen der Welt sie kommen. Auch in einer Welt, in der Demokratie und Freiheit auf dem Vormarsch sind, bleiben Bedrohungen bestehen. Terrorismus, Geiselnahme, Regime, die

ihr Volk verraten und unberechenbare Herrscher – neue Quellen der Instabilität – erfordern ein starkes engagiertes Amerika."
In Panama, das er Ende 1989 mit der größten militärischen Expeditionsmacht seit Vietnam überfallen hatte, bewies Bush bereits, wie ernst ihm solche Sprüche sind. Panama, im „Hinterhof" der USA gelegen, wurde damit in seiner knapp 90jährigen Geschichte übrigens zum 44. Mal das Ziel US-amerikanischer Interventionen. Auf solche Traditionen beruft sich Bush wohl, wenn er in seiner Rede vor dem Kongreß die Führungsrolle der USA unterstreicht: „Seit Generationen übernimmt Amerika *(man beachte diese Bezeichnung, gemeint sind die USA, d.V.)* die Führungsrolle im Kampf um die Erhaltung und Ausdehnung der Wohltaten der Freiheit. Und heute, in einer sich rasch verändernden Welt, ist die Führungsrolle Amerikas unabdingbar. Amerika weiß, daß eine Führungsrolle auch Belastungen mit sich bringt und Opfer fordert." (29.1.91)
Es kann lange darüber spekuliert werden, ob sich die USA mit dieser Rolle nicht übernehmen werden, womöglich schon im Nahen Osten. Denn anders als in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg verfügen heute viele 3.-Welt-Staaten selbst über ein beachtliches militärisches Potential, einschließlich B- und C-Waffen; einige stehen an der Schwelle zur Atommacht. Diese Tatsache (für die die Industriestaaten selbst verantwortlich sind) macht auch ohne Ost-West-Konflikt jeden Regionalkrieg zu einem kaum kalkulierbaren Risiko.

Und anders als vor 30 Jahren, sind die USA heute wirtschaftlich selbst schwer angeschlagen und gegenüber der kapitalistischen Konkurrenz in Westeuropa und Japan ins Hintertreffen geraten. Sie haben mit der phantastischen Summe von drei Billionen Dollar die höchste Staatsschuld der Welt, investiert wird in den USA überwiegend von ausländischem Kapital, und die neuen Märkte in Osteuropa bleiben den US-Konzernen weitgehend verschlossen. Zur Stützung ihrer Wirtschaft sind die USA mehr denn je darauf angewiesen, auf dem Weltmarkt günstige Rahmenbedingungen vorzufinden: niedrige Rohstoffpreise, profitable Kapitalanlagemöglichkeiten, Handelserleichterungen für den eigenen Export, Schutzzölle für Importe etc. Die Autorität, um spezifischen Interessen auf dem Weltmarkt Geltung zu verschaffen, versuchen sich die USA offensichtlich durch den Ausbau ihrer militärischen Führungsrolle zu verschaffen. In der Rolle als Weltgendarm könnten sie als Sachverwalter der gemeinsamen Interessen der Industriemetropolen auftreten, zugleich aber auch die Nord-Süd-Handelsströme besser kanalisieren (durch Unterscheidung zwischen „guten" und „bösen" Regimes) und sich Konzessionen für eine US-orientierte Weltmarktstruktur erkaufen. Ein solcher Versuch ist nicht neu: Man denke etwa an das „High-Tec-Embargo", das die USA gegenüber der UdSSR verhängten und das vor allem die Handelsbeziehungen zwischen EG/Japan zur Sowjetunion störte. Solche Eingriffe in die Wirtschaftshoheit anderer Staaten wären ohne eine (durch Militärmacht abgesicherte) Führungsposition der USA undenkbar.
So muß der Begriff der „neuen Weltordnung" vor allem als Notwendigkeit der Metropolen interpretiert werden, die Situation in den 3.-Welt-Staaten rigider als bisher zu kontrollieren, und als Anspruch der USA, bei dieser Kontrolle trotz ökonomischer Schwäche und Fortfall der Ost-West-Konfrontation eine Führungsrolle zu spielen.

Daß die USA dabei (anders als noch in Vietnam) auf die finanzielle Unterstützung anderer Staaten angewiesen sind, sehen sie eher nüchtern und geschäftsmäßig. Die taz zitiert den Finanzredakteur einer führenden konservativen US-Tageszeitung (W. Nilkirk in der 'Chicago Tribune'). Er drängt darauf, die USA sollten ihr „praktisches Monopol auf dem Sicherheitsmarkt ... als Hebel (nutzen), um Mittel und ökonomische Zugeständnisse" von Deutschland und Japan zu erhalten und „für unsere beträchtlichen Dienste" als „Mietpolizisten der Welt" „einen angemessenen Preis" zu erzielen; die USA sollten fordern, daß unsere Konkurrenten „unsere Anleihen zu niedrigen Zinssätzen zeichnen oder den Dollarkurs stützen oder am besten direkt an unser Finanzministerium zahlen". „Wir könnten auf diese Rolle der käuflichen Hessen verzichten", schließt er, „aber damit ginge auch ein großer Teil unserer Kontrolle über das ökonomische Weltsystem verloren."

Bernd B. (atom)

GERÜSTET FÜR ALLE FÄLLE

ZUR NEUEN MILITÄRDOKTRIN DER USA

Der folgende Text ist eine Übersetzung eines Artikels von Michael T. Klare, Professor im Hampshire College, Amherst, Massachussets; Spezialist für die amerikanische Verteidigungspolitik, den er einige Monate vor Ausbruch des Golfkrieges verfaßt hat, und im Januar 91 in der „Le Monde diplomatique" erschienen ist.

Es wäre vergeblich zu versuchen, in der aktuellen amerikanischen Politik eine Logik auszumachen. Die Rezession, die Verschuldung der Gesellschaft auf allen Ebenen, die zunehmende Anfälligkeit der Banken, die dem Zusammenbruch der Sparkassen folgen, die japanische und europäische Konkurrenz, das Ende des kalten Krieges; das alles sind Gründe, die eigentlich dafür sprächen, die „Dividenden des Friedens" zu kassieren, die wirtschaftliche Basis des Landes zu verfestigen, die Infrastrukturen wieder aufzubauen, die Forschung wieder zu aktivieren.

Gegen die Logik des Friedens spricht die Logik des Imperialismus, die aus den Trümmern des ehemaligen sowjetischen Hindernisses erwacht. Es handelt sich dabei um die Absicherung der Absatzmärkte und der Rohstofflieferungen und um die Gleichschaltung der „3. Welt". Nachdem die Guerillas fast überall gebändigt sind, ist zu befürchten, daß die USA gegen regionale Mächte, die über moderne Waffen verfügen, vorgehen. In diesem Zusammenhang erscheint die Golfkrise als Prüfstein für die Kriege von morgen. Unabhängig davon wie die Operation „Wüstensturm" ausgeht, steht eins fest: sie wird im Laufe der 90er Jahre Vorbild für das Pentagon sein.

Früher richteten sich die amerikanischen bewaffneten Eingriffe gegen Guerillas, die über eine leichte Ausrüstung und bescheidene Truppen verfügten, wie z.B. Panama. Nun werden heftige Kämpfe gegen regionale, gut ausgerichtete Mächte, wie der Irak in Betracht gezogen. Dafür werden die modernsten Geräte gebraucht, einschließlich chemischer und atomarer Waffen. Um diese Kriege von den Konflikten niedriger Intensität (low intensity) – gegen eine Guerilla – und von den Konflikten hoher Intensität (high intensity) – gegen den Warschauer Pakt – zu unterscheiden, haben die Strategen des Pentagons einen neuen Begriff geschaffen: Konflikt mittlerer Intensität (mid intensity conflict, **mic**).

Die Gefahr eines Krieges gegen die UdSSR ist in die Ferne gerückt, weil aber die Gefahr, die herausragende regionale Mächte wie der Irak verkörpern, zunimmt, wird der Begriff **mic** mit großer Wahrscheinlichkeit immer mehr Raum in den strategischen Gedanken der Amerikaner einnehmen.

„Die Vorbereitung auf eine solche Möglichkeit ist mit Sicherheit die wichtigste Aufgabe amerikanischer Militärstrategen geworden", bemerkten Teilnehmer eines Spitzentreffens, das von dem Zentrum für strategische und internationale Studien (csis) 1990 organisiert wurde. „Das Schwinden der sowjetischen imperialistischen Ambitionen und der konventionellen sowjetischen Bedrohung in Europa bedeutet nicht das Ende der Geschichte (was angenommen wurde), sondern bedeutet das Ende eines Abschnitts der Geschichte." „Der nächste Abschnitt wird sich ohne Zweifel auf die **mic** konzentrieren" meinten die Teilnehmer.[1]

Die Entscheidung für eine solche Verteidigungspolitik wird die Generalstäbe herausfordern. „Der Feind der nächsten Kämpfe wird wahrscheinlich genauso gut bewaffnet sein, wie die amerikanischen Truppen" war der csis-Studie zu entnehmen. Den USA werden sich in zahlreichen Ländern große Berufsarmeen entgegenstellen, die mit vielfältigen modernen Waffen operieren. Es kann sich um große Kampfpanzer oder gepanzerte Truppentransporte handeln, um sowjetische Angriffsflugzeuge, um integrierte Luftabwehrsysteme, um U-Boote, um moderne Luftbodenraketen, sogar um taktische Raketen, die mit Atom- oder chemischen Sprengköpfen ausgerüstet sind.[2]

Abtrünnige Regimes

Die USA werden natürlich bereit sein müssen, einige riesige Mengen von Truppen und Material zusammenzuziehen und ihre am weitesten entwickelten Technologien zu benutzen, um solche Armeen zu besiegen. Das bedeutet, eine große Armee in Bereitschaft zu halten. Damit verschwindet die Hoffnung auf Einsparungen – „Dividenden des Friedens" – die aus dem Ende des kalten Krieges in Europa hervorgegangen sind. Dies ist eine neue Entwicklung.

Erst vor kurzem hat das Pentagon den Schwerpunkt auf die **mic** gesetzt. Während der 80er Jahre hatten die US-Strategen eher die **llc** im Sinne. Dementsprechend hatte Präsident Reagan umfangreiche Programme in Auftrag gegeben: Flugzeugträger, amphibische Sturmeinheiten, leichte Infanteriedivisionen und Sondereinheiten.[3]

Die Militärexperten begannen allerdings schon Ende der 80er Jahre, sich immer mehr für die Möglichkeit einer Gefahr einer neuen Macht aus der dritten Welt zu interessieren. Es wurde immer offensichtlicher, daß die für Kämpfe in Nicaragua oder Angola leicht ausgerüsteten Einheiten von einer Armee des syrischen Typs völlig zerfetzt werden würden.

Diese Sorge kam zum ersten Mal 1988 in dem „discriminate deference"-(selektive Abschreckung)Bericht öffentlich zum Ausdruck, der von der Kommission verfaßt wurde, die sich mit der integrierten langfristigen Strategie befaßt.[4] Die Kommission schrieb: „Innerhalb der nächsten Jahre werden viele kleine Mächte über umfangreiche Arsenale verfügen." Diese Tatsache wird „die Intervention der Großmächte in regionale Konflikte erschweren und gefährlicher machen".[5] Daraus zog die Kommission die Konsequenz, eine Erhöhung der amerikanischen Militärausgaben zu fordern, die darauf abzielt, einen hochtechnologischen Krieg außerhalb des NATO-Territoriums führen zu können. „Wir müssen unsere Eingriffsmöglichkeiten dahingehend verbessern, daß wir in der Lage sind, überall da, wo und wann auch immer wir die Notwendigkeit verspüren, einen Angriff zurückzuschlagen." Das bedeutet flexible und mobile Kräfte, die weit entfernte militärische Ziele treffen können und möglichst unabhängig von Überseestützpunkten sind.[6]

Diese Analyse kam zu spät, um die Verteidigungspolitik Reagans beeinflussen zu können, spielte aber eine entscheidende Rolle bei den strategischen Ansichten der Bush-Administration. Der Präsident selbst behandelte das Thema im Mai 1990 in seiner ersten Rede über die Fragen der nationalen Sicherheit. „Verhandlungen mit der Sowjetunion, die im Umwandlungsprozeß steckt, werden eine Herausforderung ersten Grades sein. Aber die Bedrohung unserer Sicherheit kommt heute nicht mehr nur aus dem Osten. Das Aufkommen regionaler Mächte verändert schnell die strategische Landschaft." Er fand besonders besorgniserregend, daß „immer mehr Länder sich Waffen anschaffen, die eine hohe Zerstörungskraft besitzen, ja sogar teilweise Massenvernichtungswaffen sind und über Transportmöglichkeiten für die Waffen verfügen". Er sagte, die USA müssen reagieren,

und die Verbreitung von Waffen dieser Art verhindern und fügte hinzu: „Notfalls müssen wir gegen aggressive Ambitionen der abtrünnigen Regimes intervenieren."[7]
Dieser Begriff der „Abtrünnigen Regimes", die hochentwickelte Waffen besitzen, wurde zum Hauptthema der offiziellen Stellungnahmen der folgenden Monate, insbesondere weil nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regimes das Ende des kalten Krieges in Sichtweite rückte. In der Tat war der Präsident schon Anfang 1990 der Meinung, daß das Aufkommen gut ausgerüsteter Feinde aus der Dritten Welt die Hauptbedrohung für die amerikanische Sicherheit darstellt. Daraufhin wurde das Ministerium beauftragt, die Verteidigungsdoktrin dementsprechend zu verändern und sich auf solche Konflikte vorzubereiten. Im Februar 1990 verabschiedete Dick Cheney, Chef des Pentagon, ein Geheimdokument, das die Verteidigungspolitik für die Jahre 1992 bis 1997 festlegte. Das Dokument verlangt, daß der Schwerpunkt der Wehrkräfte nicht länger auf die sowjetische Gefahr, sondern auf die Vorbereitung auf eventuelle Konflikte mit regionalen Mächten der dritten Welt wie Syrien oder Irak gesetzt wird.[8] Diesen Richtlinien entsprechend wurde dann in jeden Armeekorps, Infantrie, Luftwaffe, Marine und „Marines", ein ähnliches Dokument verfaßt. Zusammengenommen bilden diese Texte eine zusammenhängende Strategie für die 90er Jahre, in der die **mic** die Hauptrolle spielen.
August 1990 war die Doktrin noch nicht perfekt, dennoch so ausgefeilt, daß die Stationierung amerikanischer Truppen und ein eventueller Krieg gegen den Irak beschlossen werden konnten. Herzstück dieser Doktrin ist die Überzeugung, daß das Behaupten des Großmachtstatus darauf basiert, eine feindliche Macht aus der Dritten Welt bekämpfen und niederschlagen zu können. General A.M. Gray, der den „Marines" angehört, sagte 1990: „Wenn die USA eine Supermacht bleiben wollen, müssen sie den freien Zugang zu den Absatzmärkten und den Zugriff auf die für ihre Industrien notwendigen Rohstoffquellen behalten." Weil ein regionaler Konflikt in der Dritten Welt einen solchen Zugriff in Frage stellen könnte, „muß unsere Verteidigungsstruktur ein glaubhaftes Militärinterventionspotential beibehalten, daß so flexibel ist, daß wir jeder Konfliktebene überall auf der Welt begegnen könnten".[9]

Tödlich treffen

Die Notwendigkeit, die amerikanischen Interessen jenseits der Meere zu bewahren, kann zu einer Auseinandersetzung mit gut ausgerüsteten regionalen Mächten wie Syrien oder Irak führen. Also zielt die Vorbereitung darauf ab, „solche Kräfte besiegen zu können." Die rapide Verbreitung moderner Rüstungsgüter hat immer mehr Entwicklungsländern in die Lage gebracht, einen langen mechanisierten Krieg führen zu können", schrieb April 1990 C.E. Vuono, Generalstabschef der Bodenarmee. Er fügte hinzu: „Die USA könnten nicht die Zunahme solcher militärischer Mächte ignorieren. Unsere Armee muß so stark bleiben, daß sie jegliche Gefahr an jedem Ort aus dem Weg räumen kann. Dies könnte Krieg gegen eine gut ausgerüstete Armee der Dritten Welt bedeuten." Der General hat die Voraussetzungen hinsichtlich einer solchen Konfrontation mehrmals definiert. Die amerikanischen Kräfte müssen besonders auf vier Punkte achten: sie müssen:
- flexibel sein
- sich an jede Ebene der Kämpfe anpassen können, in jeder Umgebung und an jeglichem Ort des Erdballs
- schnell in Stellung gebracht werden können, auch auf weit entfernte Operationsfelder
- tödlich treffen können, und deswegen auf eine größere Feuerkraft als die gut bewaffneten Feinde verfügen.

Aus diesen Stellungnahmen (es gibt noch zahlreiche) geht hervor, daß, wenn die USA in den 90er Jahren Krieg führen, es ein Krieg gegen einen ehrgeizigen Gegner aus der Dritten Welt wird der hegemoniale Absichten hat und gut ausgerüstet ist. Gegen einen solchen Gegner werden die USA die ganze Palette ihres Waffenarsenals einsetzen müssen. Das heißt, daß das Pentagon weiterhin zahlreiche moderne Panzer, Kanonen, gepanzerte Truppentransportfahrzeuge und andere Geräte, die aufgrund der Besserung der Ost-West-Beziehungen aus Europa abgezogen werden, unterhalten wird. Die Produktion und Modernisierung solcher Kriegsgeräte und Rüstungsgüter wird also auch in den nächsten Jahren fortgesetzt. Diese Veränderungen der strategischen Orientierung wird nicht ohne Folge für die amerikanische Gesellschaft und ihre Politik bleiben. Als erstes wird der Etat betroffen sein. Selbst wenn nach der aktuellen Krise kein Krieg ausbricht, werden die Kosten der Operation „Wüstensturm" die aus der Entspannung in Europa resultierenden Einsparungen und die damit verbundenen Hoffnungen zunichte machen. Die Lieferung von Spitzenwaffensystemen im Hinblick auf derartige Konflikte an die Armee wird den Verteidigungsetat um mehrere Milliarden $ belasten, und dies wird die wirtschaftliche Situation verschlimmern. Das Pentagon wird außerdem die Wehrpflicht wieder einführen müssen, um die Truppenverluste, die Toten oder die in Übersee stationierten Kräfte kompensieren zu können. Schließlich ist das Risiko sehr groß, daß eine militärische Einmischung in Machtkämpfe innerhalb der Dritten Welt zu einem großen regionalen Krieg führt. Weil die USA die Theorie vertreten, sie müßten sich dafür bereit halten, sich jederzeit einer „gut bewaffneten Armee aus der dritten Welt" entgegenzustellen, werden die Vorbereitungen schon dann laufen, wenn die Voraussetzung für eine solche Aktion erfüllt zu sein scheinen. Weil sie davon ausgeht, daß die USA es nicht vermeiden werden können, Krieg gegen eine aufkommende Macht der Dritten Welt zu führen, ist es zu befürchten, daß die USA einen Krieg verfrüht beginnen, selbst dann, wenn Wirtschaftssanktionen es auch getan hätten.

Anmerkungen:

1. Conventional Combat Priorities, An approach for the new strategy era. Center for strategy and international studies, Bericht vom Conventional Combat 2002 Project, Washington, Mai 1990, SS 23, 25.
2. Ibid, SS 20, 29
3. S. Michael Klare, „Die neue amerikanische Interventionsdoktrin", Le Monde diplomatique, März 1986
4. S. Michael Klare, „Selektive Abschrekkung und alte Rezepte", Le Monde diplomatique, mai 1988
5. U.S. Commission on integrated long term strategy, discriminate deference, U.S. Government printing office SS. 9, 10
6. Ibid SS. 2, 3
7. Rede des Präsidenten in der U.S. Coast Guard Academy New London, 24. Mai 1989
8. New York Times vom 7.2.1990 und Aviation Week and Space Technology, 13.8.1990
9. General A.M. Gray, „Defense Policy for the 90's Marine Corps Gazette, Mai 1990
10. C.E. Vuono, „Versatile, Deployable, Lethal", Sea Power April 1990

KONSEQUENTER KRIEGSKURS

ZUR UNO-POLITIK DER VEREINIGTEN STAATEN

Eine beachtliche Verunsicherung ist in der demokratischen und linken Öffentlichkeit festzustellen hinsichtlich der Tatsache, daß das US-Vorgehen weitgehend von der UNO gedeckt wird. Einmal abgesehen von einer umfassenderen Debatte über den Charakter der UNO, ihrer Institutionen, ihrer konkreten Funktionsweise usw. muß folgendes festgestellt werden:

— Die Behauptungen, "die UNO" habe das US-Vorgehen in der Golf-Region abgesegnet, ist bereits nicht korrekt. All dies erfolgte jeweils lediglich im UNO-Sicherheitsrat, einem Gremium, in dem durch ihre ständige Mitgliedschaft und durch ein Veto-Recht die großen westlichen Industriestaaten und die Sowjetunion und die VR China dominieren. Unter den gegebenen Bedingungen der tiefen Krise in der UdSSR und der Isolierung der VR China konnte dieser UNO-Sicherheitsrat - ähnlich den vorangegangenen internationalen Krisen in Korea und im Kongo - zu einem Instrument der US-Interessen gemacht werden: Die UdSSR war zu einem Kurswechsel in der Golf-Region unter der Bedingung bereit, daß die USA ihr bei der Bereinigung ihrer inneren Krise freie Hand ließen. Die VR China konnte bereits damit geködert werden, daß ihre internationale Isolation gemildert wurde. Die Sowjetunion und die VR China benutzen dann auch den offenen Golfkrieg zu repressiven Maßnahmen im eigenen Machtbereich: die Sowjetunion mit der gewaltsamen Unterdrükkung der Bewegungen für nationale Unabhängigkeit im Baltikum, die VR China mit der Verurteilung der Führer der studentischen Proteste aus dem Jahr 1989.

— Es ist bezeichnend für die UNO, daß eine weltweite Krise sich seit August 1990 entwickeln konnte und ein Krieg mit internationalen Dimensionen ein halbes Jahr vorbereitet wurde, ohne daß es zu einer einzigen UNO-Vollversammlung gekommen wäre - dem einzigen Ort, den man als eine Art Vertretung der "Völkergemeinschaft" interpretieren kann (wobei wir wieder großzügigerweise darüber hinwegsehen, daß nur wenigen Regierungen auf der Welt das Attribut zugesprochen werden kann, diese würden das Volk vertreten).

— Die Behauptung, die US-Politik erfolge "stellvertretend für die Völkergemeinschaft" ist selbst dann falsch, wenn der UNO-Sicherheitsrat fälschlicherweise mit der Vertretung der Völkergemeinschaft gleichgesetzt wird. Selbst in diesem UNO-Sicherheitsrat haben die beiden derzeitigen Mitglieder Kuba und Jemen regelmäßig gegen die Politik der USA und der Mehrheit in diesem Gremium protestiert. Die Argumente, die sie vortrugen, waren ernsthaft. Doch diese Argumente blieben der Weltöffentlichkeit fast gänzlich verborgen: die bürgerliche Presse berichtete darüber nicht.

— Die USA nutzten auch die Tatsache, daß sie bis Mitte Dezember 1990 den Vorsitz im UNO-Sicherheitsrat führten, für ihre Zwekke aus. Nur auf diese Weise konnten sie die letzte UNO-Resolution zu Kuwait durchdrücken, in welcher das Ultimatum 15. Januar gesetzt wurde. Seit Dezember 1990 ging der Vorsitz des Sicherheitsrates an den Jemen über..... Seither verloren die USA ihr Interesse an diesem "Organ der Völkergemeinschaft".

— Die Behauptung, die letzte UNO-Resolution ermächtige zu einem militärischen Vorgehen, ist nach Ansicht von Völkerrechtlern unhaltbar. Die fragliche Resolution — das "Ultimatum" — "bevollmächtigt ... die Mitgliedstaaten, die mit der Regierung von Kuwait zusammenarbeiten, alle notwendigen Mittel einzusetzen", um die Resolution des Sicherheitsrates zum Rückzug aus Kuwait zu verwirklichen.

Nun enthält aber Artikel 2 der UNO-Charta ein ausdrückliches Verbot der Anwendung von Gewalt. Und es existiert ein spezieller Artikel in dieser UNO-Charta, Artikel 42, der eine militärische Intervention der UNO "zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit" ins Auge faßt. Die USA haben jedoch nicht versucht, im Sicherheitsrat eine Resolution verabschieden zu lassen, die eine militärische Intervention entsprechend dieses Artikels der UNO-Charta, der eine solche legitimiert, verabschieden zu lassen. Dafür hatten sie zwei Gründe: Zum einen hätten sie eine solche Resolution nicht verabschieden können; die VR China oder die Sowjetunion hätten ihr Veto eingelegt. Zum anderen wollten die USA ihren eigenen Krieg ohne jegliche Kontrolle und allein an ihren Zielen orientiert führen — und keinen UNO-Krieg. Denn nach einem Beschluß nach Artikel 42 wäre in den darauffolgenden Artikeln der UNO-Charta (43-48) exakt festgelegt worden, wie eine solche Aktion unter Kontrolle der UNO hätte durchgeführt werden müssen. Das Oberkommando wäre also bei der UNO und nicht bei den USA gelegen. Stattdessen wählten die USA bewußt eine völlig schwammige Formulierung in ihrer Ultimatum-Resolution — um freie Hand für alles weitere zu haben. Die UNO hat seither ihre Schuldigkeit getan — gegen jeden einzelnen Antrag im Sicherheitsrat, diese Ermächtigungsresolution (Nr. 678) aufzuheben und damit den Krieg zu stoppen, kann jedes der ständigen UNO-Sicherhheitsratsmitglieder, also etwa die USA, ihr Veto einlegen. Der Krieg kann damit solange fortgesetzt werden, wie allein die USA das wollen.

Im übrigen sind alle Meldungen falsch, die besagen, es handle sich hier um einen einmaligen Vorgang: Exakt dieses erprobte Vorgehen wählten die USA im Fall des Korea-Krieges. Auch zum militärischen Vorgehen des Imperialismus unter UNO-Deckmantel in der Kongo-Krise 1960 gibt es Parallelen.

Schließlich demonstrieren die USA selbst im Krieg, daß es ihnen um weit mehr als die "Befreiung Kuwaits" geht. Nur so ist es zu erklären, daß sie den Irak mit Flächenbombardements belegen, alle wichtigen Städte bombardieren und den Angriff auf Kuwait hinauszögern..

Dieser Artikel ist ein Auszug aus dem Artikel von Winfried Wolf aus "Sozialistische Zeitung 3/91"

Im Blickpunkt: UN-Resolutionen zur Golfkrise

Embargo bis Kriegsdrohung

Die in der Nacht zum Freitag vom UN-Sicherheitsrat verabschiedete Resolution über einen möglichen Krieg gegen Irak ist die zwölfte Entschließung zur Golfkrise und trägt die Nummer 678. Nachfolgend alle Resolutionen gegen Irak.

● Resolution 660, 2. August:
Am Tag des irakischen Einmarsches in Kuwait fordert der Rat einstimmig den „sofortigen und bedingungslosen Rückzug aller irakischen Streitkräfte aus den von ihnen bezogenen Stellungen" in Kuwait.

● Resolution 661, 6. August:
Der Rat beschließt ein weltweites Handelsembargo gegen Irak bis zum Abzug seiner Truppen aus Kuwait. Dreizehn Mitglieder stimmen dafür, Kuba und Jemen enthalten sich.

● Resolution 662, 9. August:
„Die Annexion Kuwaits durch Irak hat keine juristische Grundlage und ist null und nichtig", beschließt der Sicherheitsrat einstimmig.

● Resolution 664, 18. August:
Irak wird einstimmig aufgefordert, „allen in Kuwait und in Irak festgehaltenen Ausländern die Ausreise zu erlauben und ihnen die sofortige Ausreise zu ermöglichen".

● Resolution 665, 25. August:
Der Rat erlaubt die Anwendung von Waffengewalt zur Durchsetzung des Embargos. Kuba und Jemen enthalten sich der Stimme.

● Resolution 666, 14. September:
Der Rat fordert, daß eventuelle Lebensmittelhilfen für Irak und Kuwait von den UN, dem Internationalen Roten Kreuz oder einer anderen internationalen Organisation unter ihrer Aufsicht geliefert und verteilt wird. Kuba und Jemen stimmen dagegen.

● Resolution 667, 16. September:
Die Mitglieder des Sicherheitsrates verurteilen Irak „energisch" und einstimmig für „die aggressiven Gewaltakte gegen die diplomatischen Vertretungen und deren Personal in Kuwait und die Verschleppung der Ausländer, die in den diplomatischen Vertretungen Zuflucht gesucht hatten". Der Rat fordert deren sofortige Freilassung wie auch die Freilassung aller Geiseln in Kuwait und in Irak.

● Resolution 669, 24. September:
Der Rat beauftragt das Sanktionskomitee alle Hilfsanträge der Staaten zu untersuchen, die von dem Wirtschaftsembargo gegen Irak betroffen sind.

● Resolution 670, 25. September:
Gegen die kubanische Gegenstimme dehnt der Rat das Embargo gegen Irak auf den Luftverkehr aus und beschließt mehr Wirtschaftssanktionen.

● Resolution 674, 29. Oktober:
„Die Übergriffe der irakischen Besatzungtruppen" in Kuwait werden verurteilt und das Prinzip für finanzielle Entschädigungen festgelegt. Der Vermittlungsversuch des UN-Generalsekretärs soll unterstützt werden.

● Resolution 677, 28. November:
Irak wird vorgeworfen, es versuche, die Bevölkerungsstruktur in Kuwait zu verändern und die Bevölkerungsstatistiken der legitimen Zivilregierung Kuwaits zu zerstören. Eine Kopie der Bevölkerungsdaten wird bei den UN hinterlegt.

● Resolution 678, 29. November:
Der Sicherheitsrat genehmigt den Einsatz militärischer Gewalt, um die irakische Besatzungsmacht aus Kuwait zurückzudrängen. (AFP)

»SEARCH & DESTROY«

VIETNAM-VETERANEN ÜBER KAMPF-FORMEN DER US-ARMY

„Was wir in Vietnam gelernt haben, war sehr wichtig, um Amerika zu verstehen. Das Militär öffnete uns die Augen." Dave stammt aus einer kleinen, konservativen Bergarbeiterstadt irgendwo in den USA. 1968 erhielt er seinen Einberufungsbescheid zur Armee. Immer mehr Soldaten wurden eingezogen, mußten nach Vietnam. Um für „freedom and democracy" zu kämpfen, wie Dave und den anderen Rekruten gesagt wurde. Ein großer Teil der Grundausbildung, sagt Dave, bestand aus „Gehirnwäsche": Der Vietnamkrieg ist ein gerechter Krieg, die Russen haben Vietnam besetzt und müssen verjagt werden, und immer wieder Propagandafilme. Bei der praktischen Ausbildung „mußten wir stundenlang mit Bajonetten gegen Pappsoldaten mit Schlitzaugen und spitzen Hüten stechen und dabei 'Kill, Kill, Kill' brüllen."

Dave ist Mitglied einer „Veteranen-Brigade". Das sind ehemalige Vietnam-Soldaten, die zur Zeit in Europa unterwegs sind, um auf Veranstaltungen und bei Kundgebungen über das Innenleben der US-Army zu informieren und auf Parallelen zwischen damals und heute, zwischen Vietnam- und Golfkrieg, hinzuweisen. Am 29. Januar besuchten drei Veteranen Göttingen.

Als Dave in Vietnam ankam, war gerade die Tet-Offensive des Vietcong in Gang. Die Hetze, die Lügen und das „Dressieren zum Töten" gingen weiter, erzählt Dave. „Uns wurde gesagt, der Krieg ist schnell vorbei. Genau dasselbe, was heute den GIs in Saudi-Arabien erzählt wird."

In manchen Einheiten wurde den Soldaten befohlen, zum Beweis ihrer Tapferkeit Ohren, Nasen und Schwänze von getöteten Gegner vorzulegen. „Brachtest du viele an, wurden die öffentlich gelobt. Vielleicht gab's sogar ein paar Tage Urlaub in der Etappe oder in Saigon." Häufig waren die Getöteten keine nordvietnamesischen oder Vietcong-Soldaten, sondern Zivilisten. Manche GI's, so Dave, „trugen die Ohren auch als Ketten".

Ein anderes Beispiel: Jede Einheit in Vietnam hatte sogenannte „Calling Cards", Visiten-Karten. Aufkleber oder Papierschildchen, auf der einen Seite der Name der Kompanie, auf der anderen Seite ein Totenkopf. Die Calling Cards wurden den Erschossenen und Ermordeten zwischen die Zähne gesteckt oder auf die Köpfe geklebt. „Viele Soldaten haben sich wie Schweine benommen. Sie haben wahllos Leute umgebracht und Dörfer abgebrannt und überall ihre Calling Cards hinterlassen." Manche Einheiten wurden auf diese Weise äußerst berüchtigt. Dave erzählt, daß auch in Saudi-Arabien schon 100.000e solcher Karten an die GIs verteilt worden sein sollen.

Mit seiner eigenen Einheit hatte Dave Glück. Der Sergeant war ein Schwarzer, Sympathisant der Black Panther. Er sagte: „Dave, wenn die Vietcong töten willst, dann bist du hier am falschen Platz. Wir wollen überleben." Die meisten Soldaten dieser Truppe dachten ähnlich. Wenn sie auf Patrouille geschickt wurden, setzten sie sich auf irgendeine Lichtung im Dschungel, rauchten Marihuana und gingen abens wieder zurück ins Lager. „Search and avoid" statt „Search and destroy". nannten die Beteiligten ihr Verhalten. „Suchen und Vermeiden" statt, wie befohlen, „Suchen und Zerstören". Nachts kamen einige zum Diskutieren zusammen, oder sie lasen die Black-Panther-Zeitungen, die der Sergeant geschickt bekam.

Weil die Einheit keine Ohren und Nasen anschaffte, also keine Vietcong tötete, wurde sie auseinandergerissen. Dafür kamen Killer in die Truppe. Dave: „Die brachten in den ersten Tagen vier alte Frauen und acht kleine Kinder um." Der Offizier war's zufrieden; endlich, sagte er, haben wir mal eine Leichenzahl. In dem Moment hörte Dave auf, an Gott zu glauben.

Derselbe Offizier war auch an Folterungen beteiligt. Frauen, die willkürlich festgenommen und Sympathien für den Vietcong verdächtigt wurden, band man auf Pritschen und jagte ihne Stromstöße durch Brust und Scheide. Laut Dave war das keine Ausnahme, sondern Alltag. Alltag einer Armee, die doch ausgezogen war, um Freiheit, Demokratie und Menschenrechte zu verteidigen.

Die Vietnamesen beeinflußten Dave sehr stark. Im Camp arbeiteten zwei einheimische Putzfrauen. Einmal sah Dave die beiden heftig weinen. „Wir weinen, weil Ho-Chi-Minh gestorben ist", sagten sie.

Auch Brian ist Vietnam-Veteran. Er spricht vor allem über die Notwendigkeit, die Armee mit dem Protest und dem Widerstand gegen den Golfkrieg zu konfrontieren. Widerstand in der Armee sei sehr wichtig, denn „wenn das Militär aufhört zu funktionieren, dann könne sie keinen Krieg führen". Und keine Massaker begehen. Keiner solle sich irgendwelchen Illusionen hingeben, sagt Brian. „Wenn der Bodenkrieg beginnt, dann wird die US-Truppe zu einer Terror-Armee gegen die einheimische Bevölkerung."

In den USA läuft über die Medien, über die Politiker, über Soldatenfrauen die Kampagne „Unterstützt unsere Truppen am Golf". Die Vietnam-Veteranen halten dagegen. Ihr Motto ist: „Unterstützt keine Truppen, die Bagdad bombardieren."

Brian hält Anti-Amerikanismus bei den internationalen Friedensbewegungen für richtig und wichtig, denn er richte sich nicht gegen das Volk, sondern gegen den nordamerikanischen Imperialismus. In den letzten Tagen haben die Vietnam-Veteranen in Deutschland immer wieder die Diskussionen darüber mitgekriegt, ob Aktionen gegen den Krieg das Leben der 'normalen' Leute beeinträchtigen darf, zum Beispiel bei Straßenblockaden. Natürlich, meint Brian. „Angesichts des Massenmordes im Irak muß sogar das Leben aller Menschen gestört werden."

R.

DEUTSCHLAND ALS KRIEGSPARTEI

DIE BETEILIGUNG DER BRD AM GOLFKRIEG

Heute ist der 32. Tag eines Krieges, der das Bild der Welt verändert: Nicht nur in der Golfregion, sondern auch im Verhältnis zwischen den Imperialismen und innenpolitisch, wie etwa in der BRD.
Es ist zugleich der 32. Tag eines Krieges, der immer katastrophalere Züge annimmt und für den wahrscheinlichen Fall einer Massenabschlachtung (der militärische Fachterminus lautet „Bodenoffensive") immer weiter zu eskalieren droht: Falls im Bodenkampf Giftgas eingesetzt wird, könnten Israel versucht sein, auch taktische Atomwaffen einzusetzten; falls der Irak eine Totalschwächung erfährt, ist ein Folgekrieg zwischen Syrien, dem Iran und der Türkei schon heute absehbar; falls Israel in den Krieg eingreift, würde der Iran seine Neutralität aufgeben und 140.000 bereits an der Grenze wartenden Pakistani den Weg nach Bagdad nicht verweigern usw. usf.
Es ist längst nachgewiesen, daß das Schicksal von Kuwait bei diesem Krieg die unwichtigste Rolle spielt und die Berufung auf die Vereinten Nationen nur geheuchelt ist.
Denn das Pentagon hatte lt. Washington Post nur ein Alptraum geplagt: Daß Hussein den Kuwait räumen könnte, bevor sein Militärpotential zerschlagen ist. Ebenso verlogen agiert London: Daß Hussein den Kuwait aufgibt, aber als Machtfaktor überlebt, wurde auch hier als „Alptraum-Szenario" charakerisiert. Orginalton FAZ: „Daß Saddam den "Krieg statt den Kompromiß„ wählte, habe die Alliierten "aus einer schwierigen und gefährlichen Lage befreit„ hatte der britische Außenminister kurz nach Beginn des Krieges gesagt." Derartige Aussagen verdeutlichen die ganze Verlogenheit der westlichen Kriegsführung und machen deutlich, warum die Bundesrepublik unverzüglich diesen Krieg ablehnen, alle ihre Truppen zurückholen und die Kriegsfinanzierung und alle sonstigen Kriegsbeihilfen unverzüglich beenden muß.
Stattdessen passiert bekanntlich das genaue Gegenteil. Am 30. Januar hatte Helmut Kohl seine Regierungserklärung abgegeben. Dabei wurde nicht nur die deutschen 100%-Unterstützung für den Krieg und die 150%ige „Verteidigung" der Türkei im „Bündnisfall" bekanntgegeben und nicht nur erklärt, die Bundeswehrverbände in den Anrainerstaaten ebenso aufstocken zu wollen, wie die Kriegskasse. Sondern es wurde hier zugleich für alle Zukunft die neue, auch militärische Weltgeltung für Deutschland beschworen: „Deutschland muß künftig bereit sein, auch selbst an konkreten Maßnahmen zur Sicherung von Frieden und Stabilität in der Welt mitzuwirken", verkündete der scheinbar so tapsige Kanzler vor dem Deutschen Bundestag. „Es gibt für uns Deutsche keine Nische in der Weltpolitik, und es darf für Deutschland keine Flucht aus der Verantwortung geben." Des alten Kaisers Scheiße also, vorgetragen am 58. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers.

Ich möchte in diesem Artikel die folgenden Fragen beantworten:
1. Wie wird dieser Krieg durch Bonn unterstützt?
2. Welches politischen und militärischen Folgen sind damit verbunden?
3. Warum wird dieser Krieg auch von Bonn eskaliert?
4. Welche Rolle spielt hierbei die psychologische Kriegsführung gegen die Antikriegsbewegung?

Deutschland mordet mit

Die Bundesrepublik ist in mindestens viererlei Hinsicht in das Massenbombardemant gegen den Irak involviert.
Erstens durch die massive Belieferung der beteiligten NATO-Mächte mit Waffen- und Munition. Zu den bereitgestellten Abwurfwaffen gehören die Streubombe BL-755 zur Bekämpfung von Flächenzielen, sowie die Maverick B, eine optisch gelenkte Abstandswaffen für den Luft-Boden-Einsatz gegen Bunker – eine Waffe also, die bei dem Massaker im Bagdader Luftschutzbunker durchaus eine Rolle gespielt haben könnte.
Die USA haben von Bonn 60 ABC-Spürpanzer und 30.000 Schuß Panzermunition für M-1-Kampfpanzer erhalten, ferner u.a. 200 Schwerlastanhänger, 220 Zehntonner-LKWs, 250 Fünftonner-LKWs, 120 Sattelzugmaschinen mit Zwanzig-Tonnenanhängern, 600 Duschkraftfahrzeuge, 60 Gabelstapler, 25 Planierraupen, 120 Kühlkraftfahrzeuge, 200 Großzelte, 2000 Funkgeräte, 5.500 Feldbetten, 40.000 Wasserkanister und 450.000 Sandsäcke.
Großbritannien erhält 135.000 Schuß Sprengmunition, mehr als 50.000 Schuß Nebelmunition und 20.000 Schuß Leuchtmunition für 155-Millimeter-Haubitzen sowie 10.000 Schuß Sprengmunition und fast 70.000 Treibladungen für 203-Millimeter-Haubitzen der britischen Artillerie. Besonders umfangreich sind auch die kostenlosen Lieferungen an die Türkei: Seit dem 5. November 1990 wurde damit begonnen, ca. 80 Kampfpanzer Leopard I nach Ankara zu entsenden, sowie 115.000 dazugehörige Panzergranaten. Ferner 40.000 Granaten für die 20,3-Zentimeter-Haubitzen der Türkei; 350 gepanzerte Mannschaftstransportwagen vom Typ M-113, zehn Brückenlegepanzer des Typs M-48, zehn Bergepanzer

Minenkampfboot »Hameln« der Klasse 343

M-88, 175.000 ABC-Schutzmasken, drei Feldlazarette und viele Medikamente.
Zweitens durch die Bereitstellung von Infrastruktur, wie sie in der – von rot-grün schweigend akzeptierten – Unterordnung des Emdener Hafens unter die Kautelen der NATO besonders deutlich zum Ausdruck gekommen ist. Aber auch im Krankenhauswesen besetzt die BRD eine klassische Hinterland-Funktion für die USA: In den fünf größten Krankenhäusern der Bundeswehr, wurden insgesamt 1.000 chirurgische Betten für Verwundete aus dem Golfgebiet zur Verfügung. Für die Betreuung der GIs wurden aus den USA 2.000 zusätzliche Ärzte und Helfer eingefolgen. In Hessen sind die Kliniken dafür gerüstet, ihre Bettenzahl im Bedarfsfall um 50% zu steigern. In Bayern hat sich die Hälfte aller 400 Krankenhäuser bereit erklärt, amerikanische Verwundete aufzunehmen.
Drittens wird dieser Krieg von Bonn finanziert. So sind nach offiziellen Darstellungen bis Ende Januar 17 Milliarden DM in die Kriegskasse eingezahlt worden. Schon kursiert in den USA das ironische Wort von der US-„Söldnerarmee", die – von Japan und Deutschland ausgehalten – in Saudi-Arabien kämpft. Andere bezeichnen die US-Armee als die „Mietarmee des Westens". Derartige Glossierungen haben einen wahren Kern: Ohne den offenen Geldhahn aus Bonn und Tokio wäre der Krieg binnen einer Woche beendet. Als tendenziell niedergehende Macht sind die USA in keiner Weise mehr in der Lage, dieses Krieg auf eigene Rechnung zu führen.
Viertes wird dieser Krieg durch Bundeswehrverbände unterstützt. Im türkischen Kurdistan sind inzwischen über 800 Bundeswehrsoldaten im Einsatz. Zunächst die ca. 250 Soldaten der 2. Staffel des Jagdbomber-Geschwaders 43 aus Oldenburg. Sie sind in Erhac stationiert und werden dort von zwei SAR-Hubschraubern des Hubschraubertransportgeschwaders 64 in Ahlhorn (Kreis Oldenburg) unterstützt. Nach Erhac wurden in den letzten Tagen weitere 220 Soldaten verlegt. Es handelt sich um drei Halbstaffeln des Flugabwehr-Raketengeschwaders 42 aus Schönbeck bei Hanau. Sie sind mit Roland-Lenkflugraketen (Reichweite 6 km) ausgestattet. Weitere 400 Soldaten sind inzwischen etwa 230 km vor der irakischen Grenze im Militärstützpunkt Diyarbakir angelangt. Sie sind Angehörige des Luftabwehr-Raketengeschwaders 36 in Bremervörde und mit Hawk-Raketen (Reichweite 42 km) ausgerüstet. Von beiden Stützpunkten starten ständig Maschinen, um den Nordirak mit Bombenteppichen zu belegen.
Über 2.000 weitere Soldeten befinden auf jenen 18 Kampf- und Versorgungsschiffen der Bundeswehr, die sich im Mittelmeer für den Golfkrieg bereithalten, bzw. sich auf dem Weg dorthin befinden. Die deutschen Schiffe sind auf mehrere Verbände aufgeteilt und unterstehen dem NATO-Oberbefahlshaber Süd in Neapel:
– In Sardinien ist das Marineflieger-Geschwaders 3 aus Nordholz bei Cuxhaven mit drei Fernaufklären vom Typ Breguet-Atlantik sowie 125 Soldaten stationiert.
– In Souda-Bay auf Kreta ist der Stützpunkt des deutschen, ca. 500 Mann umfassenden „Minenabwehrverbandes Süd". Er besteht

aus schnellen Minensuchbooten, Minenjagdbooten und Versorgerschiffen.
– Von Lissabon aus wird der deutsche Zerstörerausbildungsverband mit den Zerstörern „Mölders" (300 Mann Besatzung) und „Schleswig-Holstein"(300) sowie den Fregatten „Augsburg" und „Köln" mit je 220 Mann Besatzung, dem Tanker „Eifel"(30) und dem Versorger „Glücksburg"(90) in das westliche Mittelmeer verbracht. Sie waren am 21.1. unter dem Vorwand einer Marineübung im östlichen Mittelmeer in See gestochen.
– „Wegen zunehmender Kampfhandlungen im Golf", so die Begründung in Brüssel, wurde die NATO-Streitmacht Mittelmeer zusammengestellt. Hierzu gehören unter deutscher Flagge die Fregatte „Bremen"(220) und der Tanker „Rhön"(42).
– Auch der auf Minensuche spezialisierte NATO-Einsatzverband Ärmelkanal ist inzwischen in das Mittelmeer verlegt worden. Kommandeur ist der deutsche Fregattenkapitän Schreck. Eine deutsche Flagge führen hierbei der Minensucher Fulda(35) und der Versorger „Coburg"(90).
– Darüberhinaus entsendet die Nato rund 30 Marineaufklärer ins Mittelmeer, die als Vorbeugung gegen Terroranschläge gedacht sind. Unter den Maschinen sind auch deutsche Flugzeuge.
Last not least wird seit geraumer Zeit zwischen der BRD und den USA über die Entsendung von bis zu 200 ABC-Waffenspezialisten der Bundeswehr nach Saudi-Arabien gesprochen. Sie sollen vor Ort US-Soldaten an den von Bonn gelieferten Fuchs-Spezialpanzern zur Aufspürung von Giftgas ausbilden bzw. diese Panzer im Landkrieg gegen den Irak selber bedienen. Es wird gar erwogen, jene Soldaten zur Tarnung in Uniformen der US-sowie der britischen Armee zu stecken. Darüberhinaus plant die Bundesregierung mit Unterstützung der SPD, deutsche Ärzte, Sanitäter und ganze Lazareteinrichtungen an den Golf zu schicken.
Mit weiteren Truppenverlegungen der Bundeswehr muß gerechnet werden. So wird im NATO-Hauptquartier daran gedacht, auch das Tornado-Geschwader der Bundesmarine aus Jagel und Eggebeck (Schleswig-Holstein) in das Mittelmeer zu verlegen. Im Auftrag des Luftwaffenkommandos wurde darüberhinaus eine interne Studie erstellt, in der die Probleme einer Verlegung des Jagdgeschwaders 71 „Richthofen" im ostfriesischen Wittmund geprüft wird. Das Geschwader verfügt über zwei Staffeln mit je 18 Phantom-Flugzeugen. Im März sollen auch die mehrtausendköpfigen Landstreitkräfte der NATO-Eingreifgruppe im türkischen Kurdistan sogenannte Manöver abhalten.

Bundeswehr-Terror gegen die kurdische Bevölkerung

Mit der Verlegung von Bundeswehreinheiten in das türkische Kurdistan auf der Seite der türkischen Kolonialmacht in den Krieg zwischen der kurdischen Bevölkerung und dem türkischen Regime militärisch interveniert. Den Piloten des Oldenburger Kampfbomber-Geschwaders ist dies nur allzugut bekannt. Viele von ihnen „haben den Verdacht, der türkische Partner fürchte nicht Irak, sondern 5 Millionen Kurden, die die heikle Lage zu Aufständen nutzen könnten", heißt es im STERN, während im Oldenburger Lokalblatt der Sicherheitsexperte des Geschwaders geradeheraus erklärte, „daß das Problem der Kurden ‚latent angestiegen' sei und von daher primär eine Gefährdung drohe." Was läge da für einen Kampfverband näher, als das eigene Machtpotential vorrangig gegen jene „primäre Gefährung" einzusetzen?
Der Alpha Jet-Verband aus Oldenburg ist Teil der NATO-Eingreiftruppe und auf Kurdistan-Einsätze spezialisiert. Schon 1983 und 1987 hatte man an gleicher Stelle den Kriegseinsatz gegen den inneren Feind geübt. Der Chef jener Einheit, Peter Pyczak, war zuvor jahrelang Luftwaffenattachee der deutschen Botschaft in Ankara. Zwar können die Alpha-Jets mit 1.000 km Reichweite auch den Irak (präziser: das irakische Kurdistan) angreifen. Ihrer spezifische Technik ist aber auch für Anti-Guerilla-Einsätze – für extreme Tiefflüge und die offensive Luftunterstützung eigener Bodentruppen – optimiert. Die Bomber sind mit 27-mm Geschützen ausgestattet, die mit 150 Schuß pro Minute für ein Blutbad allemal etwas taugen. Die Alpha-Jets verfügen darüberhinaus über die spezifische Fähigkeit, von Notlan-

debahnen aus operieren zu können. Dieses Detail ist nicht unbedeutend: In den verschiedensten Ecken des türkischen Kurdistan haben westdeutsche Firmen in den letzten Jahren „Autobahn"-Teilstrecken von jeweils einigen 100 m Länge gebaut. Daß diese militärischen Zwecken dienen, steht außer Frage. So sind die Provinzhauptstädte jener Region zum Teil nicht einmal über asphaltierte Straßen zu erreichen.
Wie alle Einsätze der NATO-Eingreifgruppe sind auch die Aktionen der Oldenburger Eliteeinheit eng mit der türkischen Armee koordiniert. „Wenn die ‚NATO-Feuerwehrleute' in der Türkei eintreffen, werden sie eng mit den dortigen nationalen Kräften zusammenarbeiten", hieß es 1987 etwa im NATO-Bulletin. Die 2. Armee der Türkei aber „dient der Verteidigung im Bereich der Südtürkei und dürfte nach der 1983 erfolgten Verlegung ihres Hauptquartiers von Konya nach Malatya auch in großem Umfang für die ‚Befriedungsaktionen' im irakisch-iranischen Grenzland gegen durchische Guerillas eingesetzt werden", berichtet die regierungsnahe Stiftung Wissenschaft und Politik. Der Charakter deutscher Soldaten als Besatzer und Unterdrücker kommt auch in den Rahmenbedingungen ihrer Unterbringung zum Ausdruck: Die Stützpunkte sind über und über verbarrikadiert, türkische JournalistInnen, die darüber berichten wollten, wurden festgenommen und nur unter der Auflage, die Gegend für immer zu verlassen wieder freigelassen worden, die Soldaten von der Zivilbevölkerung totalisoliert: Der Kontakt ist streng verboten; selbst in ihren Hotels werden die deutschen Landser ausschließlich von Soldaten der türkischen Armee bedient. All dies würde für sich genommen vollauf reichen, die sofortige Zurückbeorderung der Bundeswehr aus der Türkei zu verlangen.

Der Bündnisfall

Zugleich haben die deutschen Truppen eine Stolperdraht-Funktion. Falls der Irak sich auch nur ein einziges Mal für die unzähligen Bomberflüge von türkischem Territorium aus revanchieren und mit einer Scud-Raktete gen Norden schießen würde, wäre es soweit, daß auch deutscher Truppen gegen den Irak zufelde ziehen. In einem solchen Fall würde das Alpha Jet-Geschwader und die übrigen Verbände „von Anfang an in die Verteidigungshandlungen an der türkisch-irakischen Grenze eingreifen und damit die Verlegung weiterer Nato-Streitkräfte – auch Bodentruppen und Marineverbände – zur Unterstützung der Türkei auslösen. Man kann mit großer Sicherheit damit rechnen, daß die zuständigen Stellen in der Kommandostruktur der Nato gegenwärtig mit Hochdruck an derartigen Eventualplänen arbeiten. Das heißt in der Konsequenz, daß Saddam mit einem Angriff auf die Türkei das gesamte der Allianz in Europa verfügbare Streitkräftepotential gegen sich in Stellung brächte." (Welt, 9.1.90)
Daß in diesem Szenario auch die Marineverbände im Mittelmeer eine neue Rolle zugeteilt bekämen, liegt ebenso auf der Hand, wie die Tatsache, daß in solch einem Fall auch „out of area" gekämpft werden darf: Ein Gegner, der angreift, ist vogelfrei. Dabei spielt auch die Bombardierung des Iraks von türkischem Boden aus keine Rolle. Noch in der Nacht der ersten Angriffe auf Bagdad der Bündnisfall durch den NATO-Rat in einer Weise definiert, die jeden Versuch der Unterscheidung von „Verteidigung" und „Angriff" ad absurdum führt: „Ein Überraschungsschlag der amerikanischen Luftwaffe gegen den Irak (von türkischem Boden aus – Anm. AK) wäre keine Angriffshandlung, da die Frist abgelaufen ist, welche die Vereinten Nationen dem Irak für den Rückzug gesetzt haben. Deshalb wäre ein irakischer Gegenschlag gegen die Türkei nach UN-Recht auch kein Akt der Verteidigung, sondern eine Angriffshandlung. Sie träfe das Nato-Mitglied Türkei und würde für alle Nato-Staaten den Bündnisfall herbeiführen."(FAZ, 17.1.91) Klar auch, daß in diesem Fall nicht einmal der Bundestag mitzubestimmen hätte. Von Anfang an hat Kohl das Ausrufen des sogenannten Bündnisfalls an sich gezogen. Das Parlament soll lediglich plappern.

Özal und Kohl

Der Bündnisfall könnte genauso gut von der Türkei initiiert werden, die seit Monaten alles auf die kriegerische Karte setzt, um bei Kriegsende mächtiger dazustehen als zuvor.
Noch am nachmittag des ersten Kriegstages fasste die türkische Staatsführung den Beschluß, das Parlament um weitreichende Vollmachten zu ersuchen. Am Abend desselben Tages gab das Parlament dem Kriegstreiber Özal mit den Stimmen der re-

gierenden Vaterlandspartei grünes Licht. Die an diesem Abend gegen die Stimmen aller fünf Oppositionsparteien durchgepeitschten erweiterten Vollmachten der Regierung Özal sind für den weiteren Kriegsverlauf von höchster Bedeutung:

● Mit der ersten Vollmacht erhält die Regierung unter Ministerpräsident Akbulut einen Blankoscheck, während oder nach dem Krieg mit türkischen Gruppen im Irak zu intervenieren. Der Beschluß besagt, daß die Regierung „zur Verteidigung unseres Landes gegen Bedrohung, zur Wahrung und zum Schutz der Interessen der Türkei angesichts der Entwicklung während und nach der Kriese und zur Unterstützung einer schnellen und dynamischen Politik, deren Ziel es ist, je nach Entwicklung der Dinge, einen nicht wiedergutzumachenden Schaden vorzubeugen" die türkischen Streitkräfte gegen den Irak einzusetzen.(zit. nach Welt, 19.1.91) Dieser Beschluß markiert einen dramatischen Richtungswechsel der türkischen Politik. Eine frühere Parlamentsermächtigung für die Regierung betonte den ausschließlich defensiven Auftrag der türkischen Streitkräfte. Diese Positionsänderung steht „eindeutig im Zeichen des überraschend erfolgreichen Kriegsverlauf gegen den Irak", schreibt hierzu weiter die „Welt". Der türkischen Staatsführung, heißt es aus der Umgebung Özals, müsse erlaubt sein, auf einen Erfolg der Alliierten angemessen zu reagieren. „Zur Erläuterung hieß es in Ankara weiter, es sei nicht sicher, daß der Iran und Syrien zu ihrer Zusage stünden, die territoriale Integrität des Irak zu achten." (ebd.) Ohne die Rückendeckung der NATO würde sich die Türkei ihre militärische Kraftmeierei nicht erlauben können. Es wird deshalb angenommen, „daß Einsätze der türkischen Luftstreitkräfte so lange nicht zu erwarten sind, wie der Irak zu einer aktiven Luftabwehr fähig ist."(ebd.)

● Zweitens geht es bei den Vollmachten um die Ermächtigung der Regierung, „sogenannte grenzüberschreitende Operationen durchzuführen, was in diesem Fall konkret heißt, in den Irak einzumarschieren." (NZZ, 19.1.91) Schon in den 80er Jahren hatte Ankara, mit Billigung des Irak, wiederholt zur Verfolgung der kurdischen Befreiungsbewegungen dessen Grenze überschritten. Derartige Aktionen dürften, so Akbulut, „auch jetzt nicht als Kriegserklärung seines Landes gegen den Irak verstanden werden. Der Türkei gehe es nur darum, die Bildung eines kurdischen Staates im Norden des Iraks nach dem Krieg zu verhindern...In Ankara fragt man sich, ob die Kurdenfrage nicht als Alibi für den schon länger angemeldeten Anspruch auf die Ölfelder der nordirakischen Provinzen Kirkuk und Mosul herhalten soll."(ebd.)

In der Tat ist Özal bemüht, jene Ölfelder zumindest als türkisches Protektorat in seine Finger zu bekommen. Kirkuk etwa liegt 200 Kilometer südlich der irakische-türkischen Grenze und damit in Alpha Jet-Reichweite. Hier befindet sich nicht nur das größte Ölvorkommen des Iraks sondern zugleich ein der ergibigsten Ölquellen im Nahen Osten überhaupt. Falls sich der Einfluß Ankaras auf jene Region erweitern sollte, hatte gleichzeitig auch die Großmacht Deutschland über die von ihr gestützte Türkei einen direkten Zugang zum Öl und damit eine erste Trumpfkarte, auch im Nahen und Mittleren Osten Hegemonialansprüche anzumelden.

Es ist schwer zu sagen, ob eine derartige, vorwiegend auf die militärische Karte setzende von Bonn gewünscht wird: Das Bundeskabinett ist in dieser Frage selbst zerstritten. Stoltenberg etwa, dem auch dessen Generäle in den Ohren hängen, wollte sogar eine ganze deutsche Tornadoflotte an die iraktische Grenze verlegen, während der Pfeffersatz Genscher eine Scheckkarten-Diplomatie eindeutig zu präferieren scheint. Wie dem auch sei: Sicher ist, daß sich beide Seiten spätestens mit Entsendung der Alpha Jets in eine Logik des Krieges aus freien Stücken hineinbegeben haben.

Falls der Bündnisfall nicht eintreten sollte, kann Bonn sagen: Das lag mit an uns. Wenn es um eine nahöstliche Nachkriegsordnung geht, werden wird ein Recht haben, mitzumischen.

Wenn aber – was wahrscheinlicher ist – der Irak entweder zurückschlägt oder aber der „Bündnisfall" auf eine andere Weise provoziert oder auch initiiert wird: Dann ist die Bundeswehr munter im Kampfgeschehen dabei. Dann werden alle möglichen Truppen hinterhergeschickt und in der gesamten Golfregion mitgemischt. Dann würden unter beinahe 100%iger Anteilnahme der Nation demnächst auch in schwarz-rot-gold umwickelten Särgen einige sterbliche Überreste zurückeskortiert werden. Dann hätte die Bundesregierung bei einer Nachkriegsordnung dafür erheblich mehr zu bestellen. Ist das nichts?

Matthias

Personenzug gestoppt: Protest gegen Munitionsverschiffung

Demo in Emden – In Bremen „Patriots" verladen

dpa/ap **Emden/Bremen.** Anti-Golfkrieg-Demonstranten haben am Sonnabend nachmittag in Emden vorübergehend die Bahnstrecke Oldenburg-Emden blockiert. Ein Personenzug mußte seine Fahrt nach Angaben der Polizei für rund 30 Minuten unterbrechen. Die etwa 100 Blockierer hätten die Gleise verlassen, nachdem die Polizei mit Diensthunden am Tatort erschienen war.

Zuvor hatten in der Emder Innenstadt rund 500 Menschen gegen die Verschiffung von Munition für die Golfstreitkräfte über den Emder Hafen protestiert. Aus dem Demonstrationszug heraus seien Fensterscheiben des Emder Amtsgerichts und einer Bank mit Stahlkugelzwillen zerschossen worden. Außerdem wurden Farbbeutel auf Gebäude und Polizeiautos geworfen. Drei Tatverdächtige wurden vorübergehend festgenommen.

Die Bundeswehr hatte kürzlich wegen der Munitionsverladung in einem Teil des Emder Hafens die Hoheitsrechte übernommen und ein militärisches Sperrgebiet eingerichtet.

Im Bremer Hafen sind am Sonnabend im Auftrag der niederländischen Armee 36 „Patriot"-Raketen für Israel verladen worden. Wie Uwe Will, Pressesprecher des Hafensenators, mitteilte, seien die Raketen nicht als gefährliche Güter deklariert worden. Daher sei davon auszugehen, daß die Sprengköpfe nicht dabei gewesen seien. Über die Verladung der „Patriot"-Raketen war die örtliche Bundeswehr nach Angaben Wills nicht informiert, auch das bremische Hafenamt zunächst nicht. Deshalb sei auch die Zollfahndung eingeschaltet worden. Bremen habe das Auswärtige Amt in Bonn um Aufklärung gebeten. Die Raketenbatterie sei aus Detmold angeliefert und deshalb über einen deutschen Hafen verschifft worden. Die „Zim Italia" sei mit den Waffen um 15.20 Uhr ausgelaufen. Das Schiff gehöre der israelischen Reederei Zim. Als Neubau sei es direkt von der Howaldtswerft in Kiel gekommen.

Das Verteidigungsministerium in Den Haag hatte angekündigt, daß 70 Luftwaffenangehörige mit den „Patriots" nach Israel geschickt würden. Die Niederlande haben bereits zwei „Patriot"-Batterien im Südosten der Türkei stationiert. Alle niederländischen „Patriots" könnten gegen irakische Scud-Raketen verwendet werden, hieß es.

DER WILLKÜR FREIE HAND

Im Blickpunkt: Der „Bündnisfall" FR

Erst Krieg, dann Notstand

Ein möglicher „Bündnisfall" für die Bundesrepublik mag unmittelbar von dem Kriegsgeschehen am Golf, insbesondere einem Angriff Iraks auf die Türkei abhängig sein. Jedoch hat das umstrittene Thema längst nicht nur eine außenpolitische Dimension. Kaum beachtet wurde bislang, daß es sich bei einem „Bündnisfall" um den im Grundgesetz vorgesehenen „Spannungsfall" handelt — mit brisanten Folgen. Es stellt sich nämlich die Frage nach Inkrafttreten der Notstandsgesetze. Rechtsanwalt Günter Werner (Bremen) hat die rechtlichen Vorschriften in einem Beitrag für die FR untersucht.

Nach den im Jahre 1968 verabschiedeten Notstandsgesetzen ist der Spannungsfall die Vorstufe des sogenannten Verteidigungsfalls, d. h. also des Kriegsfalls. Bereits die Feststellung des Spannungsfalls eröffnet der Bundesregierung weitreichende Möglichkeiten der Anwendung von Notstandsmaßnahmen, die mit großen Einschränkungen von Grundrechten verbunden sind. Im Prinzip läßt sich sagen, daß fast alle Maßnahmen, die für den Verteidigungsfall vorgesehen sind, ansatzweise oder jedenfalls vorbereitend auch schon für den Spannungsfall gelten können.

Normalerweise sieht der Artikel 80 a des Grundgesetzes vor, daß der Spannungsfall durch einen Beschluß des Bundestages mit Zweidrittelmehrheit festgestellt wird. Hierauf beziehen sich wohl die Äußerungen verschiedener SPD-Politiker.

In Art. 80 a Abs. 3 des GG ist jedoch außerdem die Möglichkeit vorgesehen, daß der Spannungsfall

„auch auf der Grundlage und nach Maßgabe eines Beschlusses zulässig (ist), der von einem internationalen Organ im Rahmen eines Bündnisvertrages mit Zustimmung der Bundesregierung gefaßt wird".

Dies bedeutet, daß durch einen Beschluß der zuständigen Gremien der NATO, d. h. vor allem des NATO-Rates, mit Zustimmung der Bundesregierung der Zustand herbeigeführt werden kann, der ansonsten nur durch eine Zweidrittelmehrheitsentscheidung des Bundestages möglich wird.

Damit hat die Diskussion um den sogenannten Bündnisfall eine bisher kaum erkannte Dimension für die inneren Verhältnisse der Bundesrepublik. Zum ersten Mal seit Verabschiedung der Notstandsgesetze im Jahre 1968 und zum ersten Mal seit Bestehen der Bundesrepublik überhaupt, ist die Anwendung dieser Notstandsmaßnahmen in greifbare Nähe gerückt.

Um welche Notstandsmaßnahmen kann es sich bei Erklärung des Spannungsfalls im einzelnen handeln? Zunächst enthält das Grundgesetz selber eine Reihe von einschneidenden Bestimmungen, die bei Feststellung des Spannungsfalles in Kraft treten:

— gemäß Artikel 87 a Abs. 3 Grundgesetz haben die Streitkräfte im Spannungsfall *„die Befugnis, Zivilobjekte zu schützen und Aufgaben der Verkehrsregelung wahrzunehmen, soweit dies zur Erfüllung des Verteidigungsauftrages erforderlich ist. Außerdem kann den Streitkräften im Verteidigungsfalle und im Spannungsfalle der Schutz ziviler Objekte auch zur Unterstützung polizeilicher Maßnahmen übertragen werden".*

— Mit der Feststellung des Spannungsfalls können also Bundeswehreinheiten im Innern zum Schutz „ziviler Objekte" eingesetzt werden. Solche zivilen Objekte wären etwa Eisenbahnanlagen, Brücken, Bahnhöfe, Häfen, Flughäfen und ähnliches.

— Zuständig hierfür wären die Einheiten des sogenannten Territorialheeres der Bundeswehr, daß auch als „Heimatschutztruppe" bezeichnet wird. Für den Bereich Bremens existiert hierfür das sogenannte Hanseatische Heimatschutzregiment.

Nach Artikel 12 a Abs. 5 Grundgesetz sind für den Spannungsfall Dienstverpflichtungen für alle Wehrpflichtigen vorgesehen, die nicht zur Bundeswehr selber oder zum Zivildienst einberufen werden. Zwar sollen Dienstverpflichtungen gemäß Artikel 12 A Abs. 3 Grundgesetz nur für den Fall möglich sein, daß der Spannungsfall durch eine Zweidrittel-Mehrheitsentscheidung des Bundestages festgestellt worden ist. Man muß aber sicher auch bei einer Feststellung des Spannungsfalles mittels eines NATO-Beschlusses davon ausgehen, daß zumindest Vorbereitungen für Dienstverpflichtungen getroffen werden.

Außerhalb des Grundgesetzes ist nach Verabschiedung der Notstandsgesetze eine Reihe sogenannter Sicherstellungsgesetze verabschiedet worden. Dabei handelt es sich vor allem um das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes, um das Arbeits-, das Wirtschafts-, das Ernährungs-, das Verkehrs- und das Wasser-Sicherstellungsgesetz.

Diese Gesetze enthalten eine Vielzahl von Bestimmungen, durch die die Regierung in die Freisphäre und die Lebensbedingungen des einzelnen eingreifen kann. So erlaubt das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes den Behörden die Anordnung von Aufenthaltsregelungen, d. h., daß der jeweilige Aufenthaltsort nur mit Erlaubnis verlassen oder ein bestimmtes Gebiet nicht betreten werden darf. Das Arbeitssicherstellungsgesetz sieht die Dienstverpflichtung praktisch der gesamten erwachsenen Bevölkerung für Zwecke der Verteidigung vor, unter anderem die Dienstverpflichtung für Frauen zur Arbeit in der „militärischen Lazarettorganisation" (§ 2 Arbeitssicherstellungsgesetz).

Die anderen Sicherstellungsgesetze sehen etwa Möglichkeiten der Lebensmittelrationierung, den Einsatz von Verkehrsmitteln für Verteidigungszwecke und ähnliches vor.

Schwerwiegende Folgen hat die Feststellung des Spannungsfalles für diejenigen Wehrpflichtigen, die den Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen verweigern. Nach § 8 des Kriegsdienstverweigerungsgesetzes fällt im Spannungsfall zum einen das erleichterte schriftliche Anerkennungsverfahren als Kriegsdienstverweigerer vor dem Bundesamt für den Zivildienst weg. Im Spannungsfall ist vielmehr ausschließlich wieder das mündliche Gewissensprüfungsverfahren vorgeschrieben. Noch schwerwiegender ist die Tatsache, daß für den Spannungsfall die aufschiebende Wirkung von Anträgen auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer entfällt.

Das Grundrecht auf Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe aufgrund Art. 4 Abs. 3 des Grundgesetz wird damit bis zur Unkenntlichkeit eingeschränkt. Nach dem Wortlaut des Kriegsdienstverweigerungsgesetzes bedarf es hierfür nicht einmal einer besonderen Anordnung der Bundesregierung. Mit der Feststellung des Spannungsfalles treten vielmehr diese Regelungen automatisch in Kraft.

Die hier aufgezählten Maßnahmen werden für den Fall, daß der Bündnisfall festgestellt wird, nicht automatisch eingreifen. Die Bundesregierung hat aber über die Notstandsgesetzgebung praktisch freie Hand.

Deutsche Waffen deutsches Geld morden mit in aller Welt

DEUTSCHE RÜSTUNGS-EXPORTE IN DEN IRAK

Firmenname/Beteiligung	Bemerkung/Quelle
ABB 6800 Mannheim	ABB lieferte nach Informationen des Spiegels die elektrische Einrichtung und die Öfen für die Stahlkocherei neben Tadschi. Quelle: Spiegel 28/1990 v.9.07.90 ABB hat angeblich einen Generalvertrag für die gesamte Elektro-Kraftversorgung im Irak. Quelle: BUKO
ABC (Anlagen Bau Contor) 7500 Karlsruhe (Stutensee bei Karlsruhe)	Die Firma steht im Verdacht, dem Irak bei wichtigen Raketenprojekten geholfen zu haben. Mit Hilfe anderer an dem Projekt beteiligter Unternehmen sei ein neuer Treibstoff entwickelt worden, der die Reichweite irakischer Raketen bis Israel gesteigert habe. Quelle: Spiegel Nr. 42/90 v. 14.10.90
AEG-Telefunken 6000 Frankfurt	Die Firma lieferte Militärelektronik sowie 1000 Funkempfänger Typ E 6862 Quelle: Die Neue v. 15.10.82
AVIATEST 4040 Neuss, Tochter von Rheinmetall	Konstruierte für Sa'ad 16 zwei Windkanäle Quelle: Profil Nr. 12./20.03.1989
Bayrisches Landeskriminalamt 8000 München	Das BayLKA gab Personeninformationen über Deutsche (z.B.MBB-Mitarbeiter) und Iraker und Kurden in der Bundesrepublik an den irakischen Geheimdienst. Quelle: Protokolle
Blumhardt 5600 Wuppertal-Vohwinkel	Mindestens 500 Auflieger für den Panzertransport über Bremen, die zu FAUN Panzertransportern passen. Bis 1986 hatte B. eine Negativbescheinigung für Panzertransporter. Quelle: BUKO
BND 5300 BONN	"Freie" Mitarbeiter sind verwickelt in Chemiewaffenlieferungen. Quelle: Panorama 4.10.90, BUKO
Bosch Mainburg 8000 München	Polizeiausrüstung Quelle: Protokolle
Brüninghaus Hydraulikwerke GmbH 7240 Horb/Neckar; Tochter von Mannesmann, Düsseldorf	Hydraulische Anlagenteile für Superkanone Quelle: De Morgen, Belgien, 16.05.1990
Buderus (Kundenguß) 6330 Wetzlar; 97%ige Tochter der Feldmühle Nobel, Düsseldorf	Lieferte die notwendigen Präzisionsarbeiten für die Fertigung von Kanonenrohren für Tadschi Quelle: Spiegel v. 6.08.1990 32/90
Bundeswehrhochschule München 8000 München	Ausbildung irakischer Offiziersanwärter in Raketen- und Weltraumtechnik. Quelle: Gansel-BT nach Händler des Todes, S. 68; Monitor Herbst 1987
Carl Duisberg Centrum 8000 München	Ausbildung irakischer Luftwaffenangehöriger in Zusammenarbeit mit Dornier. (1983) Quelle: BUKO; Gesellschaft f. bedrohte Völker
Daimler Benz 7000 Stuttgart	1982 Militärunimogs Quelle: Buko eigene Beobachtung 1982 LKW-Kompressoren Quelle: Buko eigene Beobachtung Mercedes-Lizenzproduktion für schwere Nutzfahrzeuge ab Mitte 1991 geplant. Quelle: FAZ 4. Aug.1990
Dango & Dienenthal 5900 Siegen	Fertigte Spezialausrüstungen für die Behandlung von Schmelzen Quelle: Spiegel 28/1990
Degussa 6000 Frankfurt	Für das Projekt SA'AD 16 wird DEGUSSA als Zuliefererfirma genannt. Quelle: Spiegel v. 6.08.1990 32/90
Dornier 7990 Friedrichshafen	30 Alpha Jet wurden im Januar 1981 über Frankreich geliefert Quelle: DVZ 27.01.84 Ausbildung irakischer Luftwaffenangehöriger in Zusammenarbeit mit dem Carl Duisberg Institut Quelle: BUKO; Gesellschaft f. bedrohte Völker
Eltro GmbH 6900 Heidelberg; zu 73.82 % AEG	Lieferte im Rahmen des deutsch-französischen Gemeinschaftsprojektes Raketenlenksysteme an die Firma Euromissile. Verwendung finden die Lenksystem im Flugabwehrsystem Roland sowie in Milan Raketen. Quelle : dpa v. 05.09.90; SWF
Export Union GmbH 4000 Düsseldorf	Spezialstahl, möglicherweise für Nukleartechnologien. Geliefert hatte diese Stähle die Saarstahl, Völklingen Quelle: Spiegel 33/1990, 34/1990
Faun 8560 Lauf	Panzertransporter im Wert von 50 Millionen DM lieferte FAUN 1983/84 über Bremen an den Irak. Die Transporter waren als Kommunalfahrzeuge deklariert, für die keine Ausfuhrgenehmigung nötig war. Die Transporter konnten im August 1990 beim irakischen Einmarsch in Kuwait in militärischer Aktion betrachtet werden. Quelle: BUKO, WDR 6.08.90
Ferrostaal 4300 Essen; MAN-Tochter	Lieferung von Schmieden zur Herstellung von Kanonen u.a. für den Produktionskomplex in der Nähe von Tadschi. (Spiegel v. 9.07.1990) Generalunternehmerschaft für diesen Komplex. (Spiegel v. 13.8.90) Quelle: Spiegel v. 9.7.90; Spiegel v. 13.08.90
Franz. Botschaftsbewacher	aus Beirut lieferten Kriegswaffen aus dem Libanon an französische. Unterwelt (z.B. Kalaschnikow-Sturmgewehre, M16) Quelle: SZ 21/22.Juli.1990
Fritz Werner 6222 Geisenheim; Fritz Werner Industrie-Ausrüstung	Zu den Lieferungen der Firma an den Irak und den Iran zählen das G3 von Heckler & Koch, andere Maschinengewehre, Flak, Mörser und Artilleriegeschosse. Quelle: BUKO; Der Krieg am Golf Nr. 1 Juli/Sept. 1987 Für Sa'ad 16 lieferte Fritz Werner eine "Universal Bohrmaschine", die über Gildemeister geliefert wurde. Quelle: Profil Nr. 12/20.März 1989
Gildemeister AG (Gildemeister Projecta) 4800 Bielefeld	Aufbau einer Fabrik zur Herstellung von Trägerraketen für atomare und chemische Waffen (Projekt SAAD 16 in Mosul) Quelle: u.a. Die Zeit Nr. 36 31.8.90 Seit 16 Monaten ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen die Gildemeister-Tochter Projecta GmbH, diese beruft sich auf eine generelle Projektgenehmigung aus dem Jahr 1984 und nachfolgende Einzelgenehmigungen Quelle: Medico 3/90 Gildemeister Projekta lieferte noch im Feb. 1990 im Auftrag der Stuttgarter TS Engineering elektronische Meßgeräte an die Munitionsfabrik Hutteen, die für das automatische Vermessen von Granathülsen verwendet werden können. Gildemeister lieferte weiterhin eine Echtzeitsimulationsanlage für Tadji.
H + H (Dietrich Hinze u. Peter Hütten) Metalform: 4406 Drensteinfurt in der Nähe von Münster	Raketenkörper, Nuklearexporte: Maschinen zur Herstellung von Urananreicherungsanlagen, der Irak stellt momentan Gaszentrifugen auf H + H Anlagen in Tadschi her. Quelle: Spiegel 27.8.90 Gleichfalls lieferte sie Autofrettageanlagen der Firma Schmidt, Kranz & Co. Quelle: Spiegel 13.8.90 Angebote für Munitionsfabriken, für Flugzeug-Abwurftanks für C-Waffen Quelle: Spiegel 35/90, Monitor 18.9.90,
Hahn & Kolb Engineering 7000 Stuttgart	Lieferte Spezialmaschinen und Präzisionswerkzeug für die Waffenfabrik Hutteen bei Iskandarija (westlich von Badgad), die für die Granatenherstellung Verwendung finden. Quelle: taz 18.10.1990; SWF 17.10.1990 siehe auch TS Engineering
Hammer; Ludwig, GMBH 8752 Kleinostheim	Lieferte die Klimaanlagen für Samarra Quelle: BBC Bericht in Händler d. Todes, S. 66

Heckler&Koch
7238 Oberndorf
Versuch, MP5 und G3 für Polizei. Unsicher, ob geliefert
Quelle: Protokolle

Herbiger Bau
6707 Schifferstadt
Baute Gebäude in Samarra
Quelle: BBC Bericht in Händler d. Todes, S. 66

Hero GmbH
5300 Geisdorf bei Bonn
Privatfirma von GSG9 Ausbildern, im Irak Ausbildung 1982/83, Vermittlung von Spezialausrüstung über bundesdeutsche Firmen, beteiligt mit 40% am Gewinn der Ausrüstungsexporte
Quelle: Protokolle

Hochtief
4300 Essen
Beteiligt am Aufbau des Raketenproduktionskomplexes in der Nähe von Tadschi.
Quelle: Spiegel 28/1990 v. 9.07.1990

Index-Verkaufs-Gmbh
7300 Esslingen (Neckar)
Angebot für Irak in irakischer Botschaft Bonn für Maschinen für Munitionsfabriken, nicht geliefert
Quelle: Spiegel 3/1990

Integral Sauer Informatic ICME
2350 Neumünster
Soll am Projekt SAAD 16 beteiligt gewesen sein, das von Gildemeister Projecta geleitet wurde.
Quelle: Verschiedene Gerüchte; IZ3W Nr. 168, Sep. 90

INWAKO Gmbh
5300Bonn
Vermittlung von GSG9 Ausbildungen, Vermittlung von MBB- sowie anderen Raketentechnikern für irakische SCUD-B Raketen
Quelle: Spiegel 37/90 ; Protokolle, Spiegel 2.Okt. 1990
Der Geschäftsführer Friedrich-Simon Heiner soll außerdem Zubehör für die Urananreicherung an Irak geliefert zu haben. Gegen Heiner ist von der Bonner Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Der 50 jährige sei in Haft genommen und gegen eine Kaution freigelassen worden.(taz v. 1.10.90)
Quelle: Spiegel 27.8.90

Ipsen Industries, Kleve
4190 Kleve
Möglicherweise irakische Holding zum Aufkauf und Vermittlung westeuropäischen know how's.
Quelle: Financial Times v. 21.09.89

Iveco Magirus
7900 Ulm
Militärlaster über Bremen die als Krankentransporter deklariert waren.
Quelle: BUKO-Rundbrief 27; Die Neue v. 15.10.1982

Kieserling und Albrecht
5650 Solingen
Werkzeugmaschinen an NASSR für Tadschi
Quelle: BUKO

Klöckner Industrieanlagen
4100 Duisburg
Großanlagenteile nach Tadschi für Aufrüstungsbehörde NASSR 1989 Die neben dem eigentlichen Tadschi-Komplex errichtete Stahlkocherei soll Vormaterialien für die Kanonenfabrik liefern.
Quelle: Medico ; Spiegel 28/1990

Klöckner Stahlhütte, Bremen
2800 Bremen
1000 t Stahl für Aufrüstungsbehörde NASSR über Bremer Hafen 1989
Quelle: BUKO

Kolb, Karl
6072 Dreieich
Karl Kolb wie auch Pilot Plant bauten die Giftgasproduktionsanlage in Samarra. Die Kolb Manager wurden am 17. August 1990 verhaftet. Am gleichen Tag wurden auch die Mitarbeiter und Besitzer der Hamburger Firma W.E.T. in Hamburg festgenommen. W.E.T. führte im Grunde die Arbeiten von Kolb fort, nachdem Kolb in den Verdacht geriet, eine C-Waffen-Anlage im Irak zu bauen.
Quelle: diverse

Krausser
8000 München
Fungierte - laut Aussagen des leitenden Kriminaldirektors Willi Schmutterer in der gerichtlichen Vernehmung - als Auslieferer von z.B. Heckler & Koch Waffen an den Irak
Quelle: BN 15.8.90
Polizeiwaffen, Vermittlung von 12 neuen und 18 alten Hubschraubern
Quelle: Protokolle

Krupp Atlas Elektronik
2800 Bremen
Im Frühjahr 1986 sind vermutlich irakische Armeeangehörige im Bremer Werk von Krupp Atlas Elektronik ausgebildet worden.
Quelle: BUKO

Kühn; Josef Kühn
3057 Neustadt am Rübenberge:
1987 Pilzgifte an den Irak, 100 Milligramm Mykotoxins HT-2, über 100 Milligramm Mykotoxin T-2. Kühn lieferte im Zusammenhang mit der Firma Plato
Quelle: Spiegel 13.8.90
Entwickelt wurden die Toxine von der Oberhachinger Firma Sigma Chemie
Quelle: Spiegel 8.10.90 Nr. 41/90

LABSCO GmbH & CO KG
6360 Friedberg
Laborausrüstung für klinischen Hospitalbereich
Quelle: Spiegel v. 8.10.1990 Nr. 41/90

LASCO
8630 Coburg
Schmiedepressen für Granatenproduktion
Quelle: BUKO; Monitor, 01.03.88

Leifeld + Co (LEICO)*
4730 Ahlen
Raketendüsen für Mittelstreckenraketen, gehörte der Matuschka-Gruppe • München
Quelle: Spiegel verschiedene Ausgaben; taz v. 04.07.1990 Wirtschafswoche v. 29.06.90; FAZ v. 23.06.90

Leybold
Hanau
Lieferte für Taschi insgesamt drei Umschmelzanlagen
Quelle: Spiegel v. 06.08.1990 Nr. 32/1990

LOI Industrieofenanlagen
4300 Essen; Tochter der Essener Ruhrgas
Lieferte Spezialöfen für Rohre von maximal 15 Metern Länge und Härteanlagen für die Kanonenfabrik Tadschi.
Quelle: Spiegel v. 06.08.1990 Nr. 32/1990

Magirus Deutz
7900 Ulm
Lieferte Panzertransporter. Gesehen beim Transport von brit. Chieftain-Panzern von Kuwait in den Irak.
Quelle: Foto Jan's Defence Weekly (taz v. 11.9.84)

MAN
8000 München
An der Anreicherung von Uran 235 wird in der Anlage Tadschi geforscht. Entsprechende Geräte (Gasultrazentrifugen), die von MAN entwickelt wurden, sind von der Maschinenfabrik H + H Metalform GmbH geliefert worden.
Quelle: Spiegel v. 18.12.1989 Nr. 51/1989

Mannesmann Demag
4100 Duisburg
Von Mannesmann Demag Hüttentechnik aus Nürnberg stammt die Gußausrüstung für die Stahlkocherei neben Tadschi.
Quelle: Spiegel 28/1990

Mannesmann Rexroth
8770 Lohr/Main
Abschußrampentechnologie für Raketenbasen; vermutlich Hydraulik für mobile Raketenrampen
Quelle: BUKO eigene Recherchen

Maschinenfabrik Ravensburg
7980 Ravensburg
Lieferte die Technik für die Bohrungen der Kanonenrohre in Tadschi.
Quelle: Spiegel v.6.08.1990 Nr. 32/90

MBB
8012 Otobrunn
Roland Raketensysteme 60 Hubschrauber BO 105, über Spanien und Österreich 16 Hubschrauber BK 117
Quelle: Flight International nach Spiegel 24.09.90
Echtzeitlaboratorien für Mosul, SAAD 16
Quelle: Koppe/Koch
Flugbahnvermessungsanlagen (Multisensorplattformen)
Quelle: Koppe/Koch (Information ungesichert, jedoch hat Gildemeister Flugsimulatoren geliefert)
1050 Flugabwehrraketen "Roland" mit 136 Roland Werfer
5000 Panzerabwehrraketen "HOT" und 166 Abschußanlagen
4564 Stück der Panzerabwehrrakete "MILAN"
Quelle: Spiegel v. 24.09.90;13.08.90;Koppe/Koch;
"Fuel air explosive Projekt" (FAE) "Benzin-Bombe"
Quelle: Spiegel v. 24.09.90
Nährungszünder für die von Frankreich an den Irak gelieferte Exocet Raketen für 5 Super Entendard
Quelle: dpa 4.4.85

MBB-Transtechnica
8028 Taufkirchen
Techniker von MBB waren am Projekt SAAD 16 beteiligt. Maßgebliche Weitergabe von know-how im Bereich Raketenforschung. An Ausrüstungen lieferte MBB an SAAD 16 Material im Werte von 80 Millionen DM.
Quelle: Die Zeit Nr. 36 31.8.90 ; FR 25.09.1990; Profil Nr. 12/20.März 1989

MTU Informationssysteme GmbH
7990 Friedrichshafen; zu 83,6% MTU, München, die wiederum zu Daimler Benz gehört. Maschinen für das irakische Verteidigungsministerium im Juni 1985 über Bremen
Quelle: BUKO eigene Recherchen

Philips GmbH (Deutsche Systemtechnik)
2800 Bremen
Von der früheren Philips Firma erhielt der Irak Nachtsichtgeräte. Zeitgleich erhielt auch der Iran diese Geräte.
Quelle: buko; taz-HB 22.07.90; Monitor Sendung Aug.90

Pilot Plant
6072 Dreieich
Schwestergesellschaft der Karl Kolb KG: Lieferung für die Giftgasanlage in Samarra, s. Kolb
Quelle: u.a. Spiegel 13.8.90
Der früher bei der Firma Pilot Plant beschäftigte Ingenieur Ewald Lange bestätigte, daß in den von seiner Firma gelieferten Anlagen chemische Kampfstoffe hergestellt werden können und auch schon produziert worden seien.
Quelle: taz v. 10.10.1990

Preussag
3000 Hannover
Preussag lieferte Chlor und Chlorbehälter an den Irak. Weiterhin eine Wasseraufbereitungsanlagen.
Quelle: Plenarprotokoll NRW Landtag 11/4 Aug. 1990
Früherer Preussag-Mitarbeiter Al Kadhi an Giftgasproduktionsanlage beteiligt. s. W.E.T.
Quelle: Spiegel 13.8.90

Procom
2000 Hamburg
Versuch, Illegal COBRA-Hubschrauber in den Irak zu exportieren
Quelle: Protokolle

Projekt Betreuungs GmbH (PBG)
8050 Freising
Die Firma gehört zur CONSEN-GRUPPE, die in Argentinien maßgeblich an der Entwicklung der Mittelstreckenrakete Condor II beigetragen haben. Über Argentinien sind mit Umweg Ägypten Know-How durch PBG Unterlagen wohl auch von MBB an den Irak gegangen. Die PBG soll gleichzeitig auch Lieferant von Know-How der Benzinbombe an Irak sein.
Quelle: Spiegel 22.10.1990 Nr. 43/90

Promex
8000 München
Dubiose Waffenhandelsfirma, u.a. mit Irak
Quelle: BUKO, taz 7.9.90

Quast
5900 Siegen
Die Firma Quast erhielt von Karl Kolb einen Unterauftrag über die Lieferung von Becken, Rohren und Zentrifugen aus Hallostoy für die Giftgasanlage bei Samarra. Es handelt sich hierbei um sehr korrosionsbeständiges Material, das in den USA bei der Sarinproduktion verwandt wurde.
Quelle: Sendung der BBC1 vom 27.10.1986

Rhein-Bayern Fahrzeugbau
8950 Kaufbeuren
Die Firma Rhein Bayern Fahrzeugbau und deren Unternehmenschef Anton Eyerle rüsteten während des iran-irakischen Krieges Fahrzeuge der irakischen Armee mit Spezialaufbauten aus. Die Rhein-Bayern lieferte an Karl Kolb acht mobile toxikologische Labors (Chemielabors in sandfarbenen Magirus-LKW), die gleichfalls in den Irak gegangen sind.
Quelle: Stern v. 10.12.1987

Rheinmetall
4000 Düsseldorf
Rheinmetall soll an der Tadschi Anlage beteiligt gewesen sein
Quelle: Spiegel v. 13.8.90

Rhema
unbekannt (Hessen)
Erhielt einen Unterauftrag von Kolb für die Lieferung einer Inhalationskammer für die Samarra Anlage.
Quelle: Egmont R. Koch, Grenzenlose Geschäfte - Organisierte Wirtschaftskriminalität in Europa, München 1988, S.277

Rotzler
7853 Steinen
Windenanlagen an Irak, Syrien, Libyen, Somalia. Bestückte 1981 155 MAN-Fahrzeuge mit hydraulischen Einronmeitwindenanlagen an Irak, ferner Windenanlagen für den Panzer Scammell, eingesetzt in Irak und Südafrika, 1982 in Nahen Osten 786 hydraulische Doppelwindenanlagen in Faun, 1983 Winden für 100 Scammell und 1984 für 100 Faun
Quelle: Badische Zeitung 20.8.90

Saarstahl
6620 Völklingen
Saarstahl lieferte der Düsseldorfer Export Union Gmbh Spezialstahl, die zur Herstellung von Komponenten einer Gaszentrifugenanlage verwandt werden können.
Quelle: Spiegel 33/1990, 34/1990
Bleche und Stahlringe der Firma Saarstahl die zur Herstellung von Komponenten einer Gaszentrifugenanlage verwandt werden können. - wurden mit Teco (Bagdad) Mitarbeitern beim TÜV geprüft.
Quelle: Spiegel 13.8.90

Scharmann
4050 Mönchengladbach
Lieferte Metall- und Werkstattausrüstung für Tadschi über NASSR.
Quelle: BUKO

Schiess AG
4000 Düsseldorf
Schmiedestraßentechnologie für Granatenproduktion Lasco. An NASSR Drehmaschinen für Tadschi geliefert.
Quelle: BUKO

Schmidt, Kranz & Co:
unbekannt
H + H Metalform lieferte neben Gaszentrifugen (Nuklearechnik) auch Autofretageanlagen der Firma Schmidt, Kranz & Co
Quelle: Spiegel 13.8.90

Schuler, L. GmbH
7320 Göppingen
Bührle-Oriekon war Generalunternehmer für die Lieferung von Metallpressen für Tadschi. Diese wurden jedoch ausschließlich von der Göppinger Firma L. Schuler GmbH geliefert.
Quelle: BUKO

Schulze Textil, Komet Ausrüstungs & Bekleidungs GmbH
3470 Höxter/Brakel
Belieferung des Irak mit Militäruniformen, möglicherweise schußsichere Schutzwesten, ebenfalls über die Schulze gehörende Phönix GmbH Belieferung der israelischen Armee.
Quelle: BUKO eigene Recherche

SEG Schaltelektronik
4152 Kempen
Joint Venture mit der irakische Beschaffungsfirma TDK für Militärtechnologien in England. Siehe IPSEN Industrie.
Quelle: Financial Times 21/9/89

Siemens
8000 München
Die Firma Siemens lieferte für die Kanonenfabrik Tadschi die entsprechende Computersteuerung für die Drehbänke. Zur Einstellung waren zeitweilig bis zu drei Programmierer/innen von Siemens (Typ PG 685) im Einsatz.
Quelle: Spiegel 6.08.1990, 32/90

SMS Hasenclever
4000 Düsseldorf; Tochter von MAN
Haseneiever war Lieferant für eine Schmelzpresse in Tadschi.
Quelle: Spiegel 28/1990; Möller, Hartmut, Iz3W, Sep 90

SPS Siempelkamp GmbH & Co; Schirmer, Plate, Siepelkamp
4150 Krefeld, Familienbesitz
Lieferte vermutlich 1989 Metallpressen für die Granatenproduktion für die Artilleriegeschütze aus Tatschi.
Quelle: Egmont R. Koch: Saddam Husseins Waffenlieferanten

TBT Tiefbohrtechnik
7433 Dettingen
Die auf Bohrtechnik für Eisen und Gußstücke spezialisierte Firma war an dem Projekt Tadschi beteiligt. TBT ist eine 50 %ige Tochter des Gildemeister-Konzern.
Quelle: Spiegel 6.08.1990, 32/90

TS Engineering
7000 Stuttgart
Die Exportfirma TS lieferte von 1988-1990 Geräte zur Automatisierung der Munitionsfabrik Hutteen. Gußformen für Granaten seien über die französische Firma ITR S.A. in Ecordal in den Irak gelangt. Für das vom irakischen Rüstungskonzern Al-Kodesisah entwickelte Maschinengewehr lieferte TS Ende 1989 Spezialteile, die eine Werkzeugfabrik bei München hergestellt hatte.
s.a. Gildemeister Projecta und Hahn & Kolb Enginering
Quelle: taz v. 18.10.1990; SWF 17.10.1990

Teldix GmbH
6900 Heidelberg
Teldix ist Tochter von ANT Nachrichtentechnik GmbH,-7150 Backnang (343), die wiederum zur ANT Beteiligungsgesellschaft mbh, 7000 Stuttgart (341) gehört. Anteilnehmer ist hier zu 64 % die Baden Württembergische Bank (563) und die Robert Bosch GmbH, 7000 Stuttgart (1187). An der Württembergische Bank ist das Land mit ca. 29,2 % beteiligt. (
Quelle: wer gehört zu wem, Commerzbank 16.Auflage)
Lieferung von Raketentechnik über ein Drittland in den Irak.
Quelle: dpa 05.09.1990, SWF
Teldix produziert Elektronik für das Waffensystem "ROLAND", das von der französischen Firma Euromissile geliefert wurde.
Quelle: taz 16.10.1990

Telemit
8000 München
Elektronik, nachrichtendienstliche Kommunikationsausrüstungen
Quelle: Protokolle
Telemit steht unter dem Verdacht, eine BND-Tarnfirma zu sein. Zusammenarbeit ebenfalls mit Libyen.
Quelle: taz 6.8.90 u.a.

TI Holdings Deutschland
4190 Kleve
Siehe IPSEN Industrie

Tig Garant
Ort unbekannt
Ausrüstungen für Spezialtruppen/Irakische Polizei Zusammenarbeit mit der Firma Wenzel Hruby
Quelle: Protokolle

Unipath GmbH
4230 Wesel; früher Oxiod GmbH
Die Nährsubstanzen lieferte die damalige Oxoid GmbH (heute Unipath Gmbh) in Wesel am Niederrhein.
Quelle: Spiegel v. 8.10.90 Nr. 41/90

Water Engineering Trading GmbH (W.E.T.)
2000 Hamburg
lieferte Anlagen, in denen chemische Grundstoffe zur Herstellung der Nervengase Tabun und Sarin erzeugt werden können. Lieferung in Einzelteilen über die Türkei nach Falludscha , lieferte außerdem die Chemikalien Methylenchlorid und Natriumfluorid zur Produktion von Tabun - Al Kadhi ist dort Mitarbeiter
Quelle: Spiegel 13.8.90
1985 lieferte die Firma 56 Tonnen POCL3 (Phoshoraxiticlorid) Isopropulamin, Natriumfluorid und Methylenchlorid für Samarra
Quelle: Egmont R. Koch, Grenzenlose Geschäfte - Organisierte Wirtschaftskriminalität in Europa, München 1988, S.283
W.E.T. war auch Lieferant von Brutschränken und Nährböden für die Erzeugung von B-Kampfstoffe an das irakische Staatsunternehmen "State Establishment for Pesticides Production" (SEPP). Die Nährsubstanzen lieferte die damalige Oxoid GmbH (heute Unipath Gmbh) in Wesel am Niederrhein.
Quelle: Spiegel v. 8.10.90 Nr. 41/90
Peter Leifer gab zu, Anlagen für militärische Zwecke in den Irak geliefert zu haben.
Quelle: taz 10.10.1990

Wenzel Hruby Communication Equipment
2000 Hamburg ; Konkurs 1987
Polizeiausrüstung, Waffen, evtl.600 Maschinenpistolen MP5 und G3 von Heckler&Koch. Vermittlung von GSG9 Ausbildung an den Irak
Quelle: Protokolle; Die Welt 23.8.90

WEST LB
4000 Düsseldorf
Die WestLB ist unter anderm beteiligt an Preussag (Hannover; 43%) und an Gildemeister (20%) und gehört zu 100% dem Land NRW.
Quelle: Plenarprotokoll NRW Landtag 11/4 Aug 1990

Zeiss, Carl Zeiss
7082 Oberkochen;
gehört zur Carl Zeiss Süftung in Heidenheim
Die Firma Zeiss wird als weitere Zulieferfirma für das Raketenforschungszentrum SAAD 16 genannt.
Quelle: Spiegel 6.08.1990, Nr. 32/90

Züblin
7000 Stuttgart
Das Stuttgarter Bauunternehmen Züblin wurde für Bauarbeiten für die Stahlkocherei neben Tadschi beauftragt.
Quelle: Spiegel 28/1990

GSG 9
GEGEN DAS IRAKISCHE VOLK

WIE DIE BRD HUSSEINS REPRESSION UNTERSTÜTZTE

Daß die Beteuerungen der Bonner Politiker, sie hätten von den illegalen Waffengeschäften deutscher Firmen mit dem Irak nichts gewußt, gelogen sind – das ist mittlerweile keine Geheimnis mehr. Weniger bekannt ist, daß sich die Zusammenarbeit zwischen irakischer und bundesdeutscher Regierung auch auf militärpolitischer Ebene äußerst eng gestaltete. Ein Beispiel: Bis Mitte der achtziger Jahre wurden irakische Offizieren regelmäßig bei den „Carl Duisburg Centren" (ein Teilbereich der mit Bundesmitteln geförderten Stiftung Carl-Duisburg-Gesellschaft) ausgebildet. Der folgende Artikel eines BUKO-Mitarbeiters dokumentiert eine weitere Connection:

Ein Flüchtling aus dem Irak erzählt: „Die Polizei und der Geheimdienst jagten während des gesamten Krieges Wehrpflichtige Iraker, die den Kriegsdienst verweigert hatten oder desertiert waren. Viele dieser Desertierten versuchten, sich in den Sümpfen nordwestlich von Basra zu verstecken. Das Militär brannte die Bambuswälder in den Sümpfen ab, um die Deserteure besser finden tu können und den Unterschlupf zu zerstören. Die, die es nicht geschafft hatten, bis zu den Sümpfen zu kommen, wurden häufig in ihren Dörfern vor den Augen ihrer Familien exekutiert. Die Dorfbewohner und ihre Angehörigen wurden gezwungen, zur Exekution zu tanzen und zu singen. Andere Flüchtlinge haben von der grausamen Verfolgung der Kurden in Irakisch-Kurdistan erzählt, lange vor den Giftgasangriffen."
Es ist 1982. Zwischen Iran und Irak herrscht Krieg. Das irakische Innenministerium will eine Sondereingreiftruppe nach dem Vorbild der bundesdeutschen GSG 9 aufbauen. Das Militär um Saddam Hussein muß sich in den Zeiten des Krieges darauf verlassen können, daß sich innenpolitisch keine Opposition rührt.
Jede Opposition wurde als "terroristisch" eingestuft und verfolgt. Während des Krieges gegen Iran dann, so berichten Geflüchtete, ist die offene Kritik an Saddam Hussein und an dem irakischen Staat oft gleichbedeutend mit einem Todesurteil.
In dieser Zeit streckt die irakische Polizei über irakische und deutsche Verbindungsmänner sowie über den deutschen Nachrichtendienst BND ihre Fühler zu Bundesbeamten der GSG 9 aus. Einer von ihnen ist Ludwig Heerwagen, zu der Zeit schon seit 9 Jahren bei der Sondereinsatztruppe. Er soll im Irak so eine Truppe aufbauen. Aber nicht nur das für die Polizei zuständige irakische Innenministerium hat an der Ausbildung von irakischen Polizisten zu einer Sondereinsatztruppe Interesse, die Aufstellung einer solchen Truppe liegt auch im Interesse der Bundesrepublik Deutschland. Mehrfach hatte die Bundesregierung gemutmaßt, daß auch Mitglieder der RAF durch den Irak unterstützt wurden. Der Irak und die Bundesrepublik vereinbarten eine enge Zusammenarbeit bei der Terroristenbekämpfung. Heinrich Boge , damaliger Chef des Bundeskrimi-

nalamts, sprach mehrfach in Bagdad mit den Irakern über Terroristenbekämpfung. Der Irak versicherte jetzt, daß "der internationale Terrorismus im Irak nicht mehr unterstützt werde". (vergl. Stern 29.4.87) Boge sagte "Unterstützung der irakischen Polizei durch das Bundesinnenministerium und das Bundeskriminalamt" zu. Weiterhin wollte er "behilflich sein bei der fachlich-technischen Ausbildung der irakischen Polizei und deren Ausrüstung durch Waffen und Geräte deutscher Hersteller". (Stern 29.4.87)Zunächst aber ist der GSG 9-Beamte Heerwagen unabkömmlich. Er soll ersteinmal im Auftrag der Bundesregierung im Rahmen der Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe für Saudi-Arabien in einem einjährigen Training eine Kampftruppe aufstellen. Heerwagen sagt aber auch den Irakern die Ausbildung einer irakischen Antiterrortruppe nach den Richtlinien der GSG 9 zu. Mit sieben weiteren Ausbildern führt er das Training dann auch im Anschluß an seinen saudi-arabischen Auftrag durch.

Das Geschäft mit der Militärausbildung

Die Ausbildungsziele werden von dem GSG 9 Programm übernommen: geübt werden sollen Operationen mit Handgranaten, die gewaltsame Erstürmung von Häusern, Bussen und Flugzeugen bei Tag und bei Nacht, der Umgang mit Spezial- und Präzisionswaffen, Observationen. Die Kosten nur für das Training betragen 343.000 DM. Heerwagen erhält laut Vertrag monatlich 18.000 DM, die weiteren sieben Ausbilder jeweils monatlich 10.000 DM. Flüge, Kost und Logis sind frei.

Das große Geschäft aber ist nicht die Ausbildung. Bestandteil des Vertrages zwischen der irakischen Polizei und der Hamburger Vertragsfirma Hruby, die das Geschäft vermittelt hat und die Ausbilder vertritt, ist die Verpflichtung, dem Irak mit der Ausbildung in Zusammenhang stehende Ausrüstungen und Material zu liefern. In § 5 des Vertrages ist festgelegt, daß der Gesamtwert der im Zusammenhang mit der Ausbildung stehenden Ausrüstungslieferungen nicht weniger als 10.000.000 DM betragen darf. In diesem Vertrag verpflichtet sich zugleich die Vermittlerfirma Hruby, den Ausbildern um Heerwagen 40% des Gewinns aus den Rüstungslieferungen an die Iraker zukommen zu lassen. Diese Gewinnvereinbarung gilt auch für alle Anschlußverträge, die von den Irakern in einem Zeitraum von fünf Jahren nach Beendigung des Vertrages erteilt werden.

Bei solchen in Aussicht stehenden Verdienstmöglichkeiten wollte Heerwagen bei der Aufstellung des Bedarfs der irakischen Kampftruppe an Material und Ausrüstung nicht kleinlich sein. Maschinengewehre waren erforderlich, 500 Maschinenpistolen, Revolver, Präzisionsgewehre, CS-Gas, ABC-Schutzmasken und Panzerabwehrwaffen. Der Vertrag regelte weiter den Bezug von kugelsicheren Westen, die wahrscheinlich von der Firma des Mitausbilders Schäfers, Tig Garant, geliefert werden sollten, er regelt den Bezug von kugelsicheren Daimler Benz-Fahrzeugen, von Funkgeräten und fast zwei Millionen Schuß Munition.

Wenn es um solche Geschäfte geht, bleiben Firmenangebote nicht aus. Die heute ziemlich ins Trudeln geratene schwäbische Waffenfirma Heckler&Koch brachte ein Angebot für ihre Maschinengewehre MP 5 und G 3 über ihre Londoner Firma ein. Die Münchner Firma Telemit wollte Kommunikationselektronik liefern und die Wiener Firma Steyr Präzisionsgewehre. Doch gerade zu der von der irakischen Polizei so begehrten Lieferung der Gewehre von Heckler & Koch kam es nicht. Kriegswaffen sollten damals nicht in die Kriegsregion geliefert werden. Der von den deutschen Mittelsmännern in dieser Frage kontaktierte Chef des Bundeskriminalamtes signalisierte, daß es schwierig sein könnte, solche Kriegswaffen in den Irak zu exportieren. Die Ausbilder und die Firma Hruby hatten gehofft, daß es vielleicht nicht "unmöglich sein würde, diese Genehmigungen zu erhalten, da die Aufstellung der irakischen Polizeisondereinheit auch dem Interesse der Bundesrepublik Deutschland dienen könnte." Im Rahmen der Ausbildung wurden dennoch Rüstungslieferungen in Höhe von mindestens 2,5 Mio DM an den Irak genehmigt und geliefert.

Lernziel Schießausbildung: Ohne Heckler&Koch ineffektiv

In dem Abschlußbericht über den viermonatigen Ausbildungslehrgang beschreibt Heerwagen Erfolge und Probleme. Er beklagt insbesondere für den Bereich "Schießausbildung" das Fehlen von guten MPs. Die von ihm gewünschten Heckler & Koch -Waffen hatte er ja für den Lehrgang nicht bekommen. Die zur Verfügung stehenden Waffen waren laut Heerwagen so mangelhaft, daß sie "mehrfach ausgewechselt werden mußten, was eine nicht unerhebliche Störung des Leergangsverlaufes darstellte". Weiterhin bemängelte Heerwagen "das wenig ausgeprägte Führungsverhalten" der Iraker. Es wirkte sich negativ aus, so der Ausbilder, daß die Iraker "bei unangenehmen Befehlen oder Ausbildungsthemen zunächst diskutieren wollten." Genau dieses Führungsverhalten aber war für die irakische Sondertruppe Lernziel. Das langfristige Ziel der Ausbildung war, über die Aufstellung einer Eingreiftruppe einzelne Iraker gezielt auf Führungsaufgaben vorzubereiten. Die sollten dann über "das Landesgebiet verteilt werden" und dort "konsequent und selbständig arbeiten." Soll heißen: In den Regionen lokale Einsatztruppen ausbilden. Das wiederum versprach auch für die Deutschen wieder ein gutes Geschäft zu werden. Zumindest Heerwagen hatte wohl diesen Aspekt im Auge, als er der irakischen Polizei und dem Innenministerium empfahl, die Ausrüstung zu komplettieren und die Ausbildung fortzuführen. Ob aus dieser Fortführung der Ausbildung von Sondereingreiftruppen nach GSG 9-Richtlinien etwas geworden ist, ist unklar. Die Bundesregierung weigert sich regelmäßig, über solche Ausrüstungs- und Ausbildungshilfen der Öffentlichkeit Auskunft zu geben. Sie gibt nicht einmal in ihren eigenen Reihen wahrheitsgemäß Auskunft. In vertraulichen Unterlagen der zuständigen Ausschüsse ist nachzulesen, daß bis 1988 lediglich 4 irakische Armeeangehörige von der Bundeswehr geschult wurden. Da muß jemand beim Zählen geschlampt haben. Aktenkundig ist zumindest, daß 1984 immerhin 25 irakische Luftwaffenangehörige von der Bundeswehr und Dornier Einsätze der AlphaJet, die Dornier gerade geliefert hatte, trainierten. Vielleicht aber läuft so etwas bei den Bonner Statistikern unter Wirtschaftshilfe.

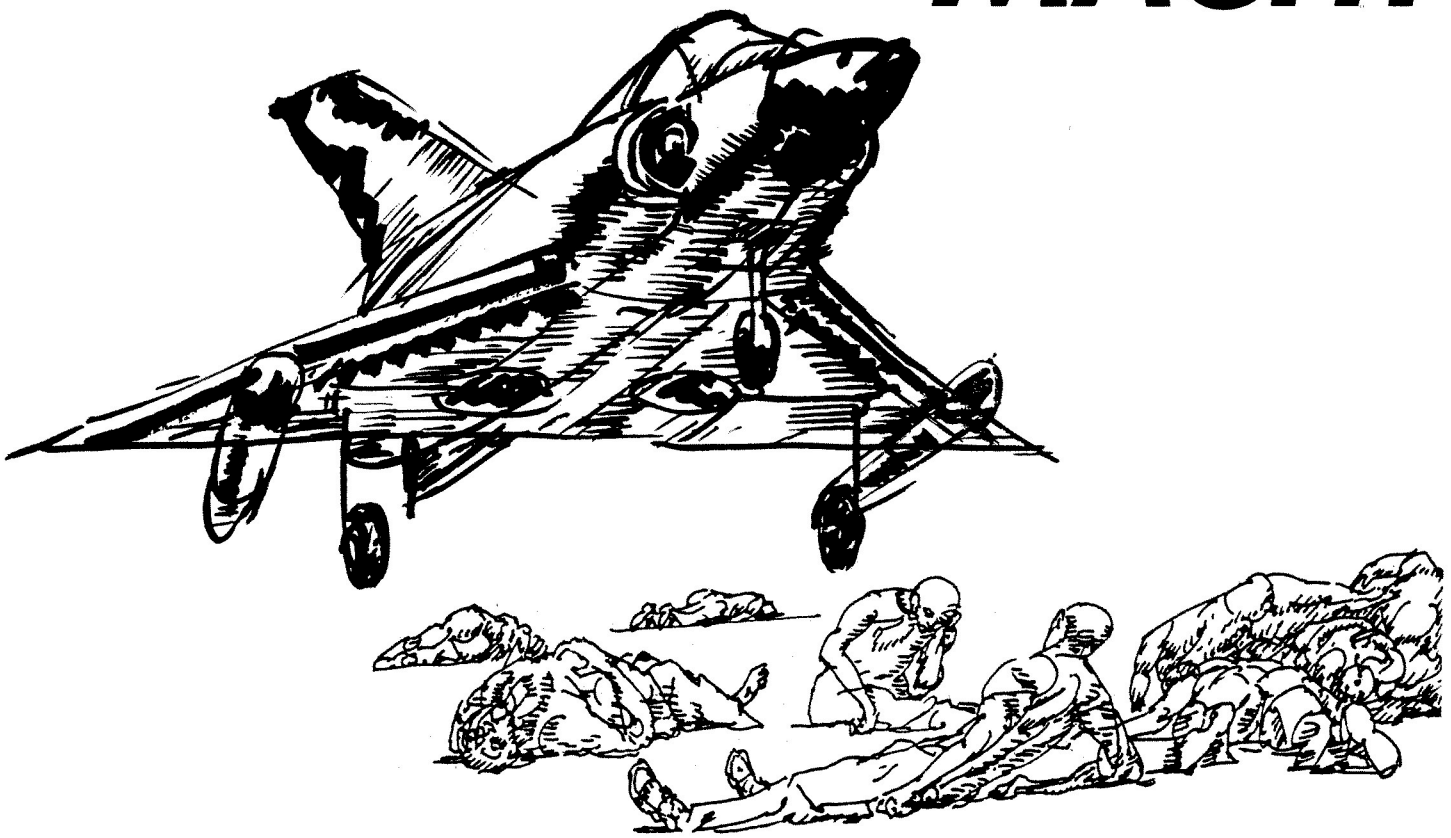
Rainer Kahrs

Quellen: diverse dem BUKO vorliegende Aussageprotokolle, Gerichtsprotokolle aus dem Prozess gegen den Beamten des Bayerischen Landeskriminalamtes Wilhelm Schmutterer wegen nachrichtendienstlicher Aktivitäten für den Irak, dito gegen den Iraker Abdul Moneim Jebara.

Dieser Artikel erschien in derBroschüre "Todeskrämer - Bundesdeutsche Rüstungsexporte an den Golf", herausgegeben vom BUKO - Stoppt den Rüstungsexport, Bremen, Januar 1991.

ZUR GESCHICHTE DER GOLFREGION

DIE GRENZEN DER MACHT



Zwischen Abhängigkeit und Autonomie - das Dilemma der arabischen Welt

Nahezu einmütig schwiegen die arabischen Herrscher, als Saddam Hussein am 2. August 1990 das Nachbarland Kuwait besetzte, um sich auf Dauer dessen reicher Ressourcen zu bemächtigen. Der Angriff kam nicht unerwartet, dennoch schockierte er die Anrainerstaaten tief. Wer würde, allen Versprechungen des irakischen Präsidenten zum Trotz, das nächste Opfer Saddams sein? Für die Regierenden in der Region ist Saddam Hussein, der machtschlaue und kühl kalkulierende Politiker, eine Bedrohung; für viele Araber indes symbolisiert er Stärke, verspricht Revanche für erlittene Demütigungen und weckt Hoffnungen auf soziale und politische Veränderungen.
Einstimmig zu sprechen und zu handeln, scheint angesichts der tiefgreifenden Divergenzen und unterschiedlichen Interessen der arabischen Staaten fast aussichtslos. Die arabische Einheit - in Worten oft beschworen - hat nie existiert. Die Ursachen dafür sind freilich nicht nur in den nationalstaatlichen Interessen und den konkurrierenden Machtansprüchen der Herrschenden zu suchen. Die Zerrissenheit der arabischen Welt ist auch Erbe der alten Kolonialmächte und Folge der äußeren Einmischungen in diese ökonomisch und geostrategisch so wichtige Region.

Das Kalkül

"Die kuwaitische Monarchie existiert nicht mehr, verliert eure Zeit nicht damit, sie zu verteidigen."
Der irakische Vizepräsident bei seiner Ankunft in Kairo (1)

Die Hilfsappelle des kuwaitischen Herrschers verhallten scheinbar ungehört. Noch Stunden nach der irakischen Invasion hielt ein Sprecher der gerade in Kairo tagenden Islamischen Konferenz eine Reaktion der Versammlung auf die Aggression Bagdads für verfrüht.(2) Nur Marokko, Algerien und Libanon, vom Kriegsschauplatz weit entfernte Länder, verurteilten noch am gleichen Tag die militärische Besetzung. Die arabischen Außenminister dagegen tagten dreimal in Kairo, ohne ein gemeinsames Komunique oder gar gemeinsames Handeln zu beschließen.(3) Niemand wollte die wirtschaftlichen Nachteile und innenpolitischen Folgen eines Bruches mit dem Irak tragen oder es sich mit dem Diktator von Bagdad verderben, der - nach Israel - über die stärkste Militärmacht im Nahen Osten gebietet und dessen wortradikale Propaganda die Unzufriedenheit der arabischen Massen geschickt auszunutzen weiß.
Saddam Hussein kennt seine arabischen Amtskollegen gut. Die Chancen waren nicht schlecht, daß sie die Annexion Kuwaits dulden und sich mit der neuen Machtposition des irakischen Präsidenten abfinden würden.

Washington handelt

"Wir hatten gute Informationen über Pläne und Absichten des Irak. Für uns gab es keine Überraschungen."
Mark Mansfield, Sprecher des amerikanischen Geheimdienstes CIA (4)

Während sich die arabischen Staaten zu keinem gemeinsamen Handeln durchringen konnten, hatten die USA ihre Linie längst festgelegt und waren dabei, sie diplomatisch abzusichern. Den Nahen Osten betrachten die USA seit dem Zweiten Weltkrieg als ihr natürliches Einflußgebiet, in dem Washington seine "nationalen Sicherheitsinteressen" gegen sowjetische Bedrohung zu verteidigen habe. Diesen Anspruch jedenfalls formulierten die USA 1957 in der Eisenhower-Doktrin und bekräftigten ihn mit schöner Regelmäßigkeit.(5) Die Bereitschaft, ihren Einfluß gegebenenfalls auch militärisch zu sichern, demonstrierten die USA zuletzt 1987. Als damals der iranisch-irakische Krieg zu eskalieren drohte, schickte Washington die amerikanische Flotte in den Golf. Er werde nicht zulassen, erklärte der amerikanische Präsident, daß wichtige Seewege vom Iran - damals der Hauptfeind der USA - diktiert und von der Sowjetunion kontrolliert werden.(6) Inzwischen freilich ist die kommunistische Gefahr entfallen, die "vitalen" Interessen Amerikas in dieser Region indes sind geblieben und müssen heute gegen den Irak verteidigt werden. Im Rahmen der Ost-West-Entspannung und der veränderten sowjetischen Außenpolitik sind die Aussichten für Washington gestiegen die eigene Politik in internationale Beschlüsse und multinationales Handeln einzubinden.
Nur vier Tage nach der Besetzung des Ölscheichtums verhängte der UN-Sicherheitsrat einmütig umfassende Wirtschafts- und Handelssanktionen gegen den Aggressor, Jemen enthielt sich der Stimme. Die Sowjetunion, dem Irak durch ein Freundschaftsabkommen verbunden, blockierte die Boykottmaßnahmen nicht, wie noch während der amerikanischen Geiselaffäre im Iran.(7)
(...)

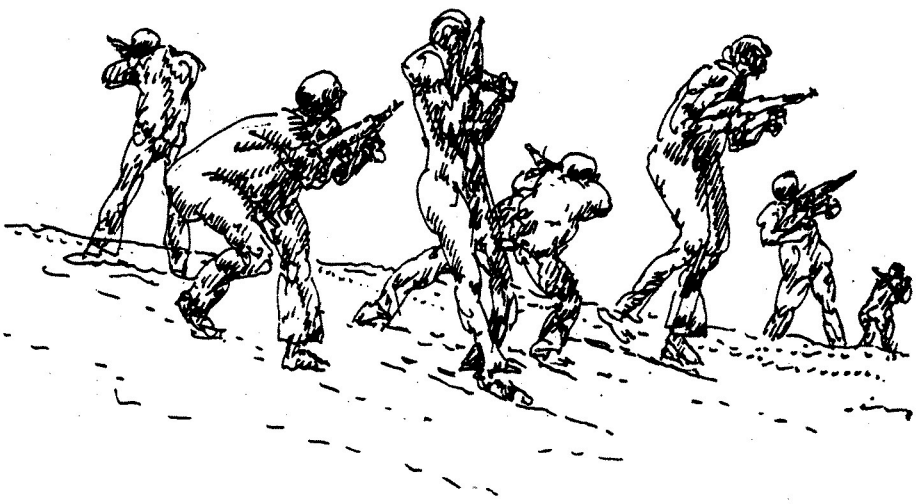
Der Kairoer Gipfel

"Für uns gibt es nur eine Wahl: arabisches Handeln, das höhere arabische Interessen sichern will, oder eine ausländische Intervention, bei der wir nichts zu sagen haben und über die wir keine Kontrolle haben."
Hosni Mubarak, ägyptischer Präsident(8)

Die Verlegung amerikanischer Einheiten nach Saudi-Arabien, wo ohnehin seit Jahren viele US-Militärberater stationiert sind, war Wasser auf die Propaganda-Mühlen des irakischen Regimes und brachte die arabischen Staatschefs in Zugzwang. In Kairo tagte die arabische Gipfelkonferenz, um eine politische Lösung zu finden und den Irak zum Rückzug aus Kuwait zu bewegen. Der ägyptische Präsident, Konkurrent Saddam Husseins um die Führungsposition in der arabischen Welt, hatte sich jedoch, von den USA unter Druck gesetzt, längst entschieden, das Vorgehen Washingtons auch militärisch zu unterstützen. Ägypten ist gemeinsam mit Saudi-Arabien das wichtigste Land in der amerikanischen Militärstrategie und zudem von amerikanischer Wirtschafts- und Militärhilfe abhängig. Wie auch Sadat 1980 zu Beginn des Golfkrieges, erklärte sich Kairo bereit, ägyptische Truppen nach Saudi-Arabien zu schicken, den amerikanischen Nachschub durch eigene Einheiten zu sichern und militärische Einrichtungen bereitzustellen.(9)
Auch die Kairoer Gipfelkonferenz führte erwartungsgemäß zu keiner Einigung, sondern lediglich zu einem Mehrheitsbeschluß, den Saddam Hussein propagandistisch ausnutzen sollte: Zwölf der zwanzig Staaten (Tunesien nahm nicht teil) verurteilten die irakische Aggression gegen Kuwait und dessen Annexion. Die Versammlung unterstütze nicht nur die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates, sondern billigte auch den Entschluß Saudi-Arabiens, amerikanische Truppen in das Land zu lassen - eine Selbstverteidigungsmaßnahme, wie es hieß. Damit hatten diese Staaten den amerikanischen Truppenaufmarsch im Nahen Osten gebilligt, der - wie es in Washington hieß - die UN-Sanktionen militärisch durchsetzen sollte, ohne hierfür durch UN-Beschlüsse autorisiert worden zu sein. Der irakische Präsident hatte nun leichtes Spiel, von der eigenen Aggression abzulenken und den amerikanisch-arabischen Konflikt in den Mittelpunkt zu rücken.
Für die Resolution hatten - neben Saudi-Arabien und den Golfstaaten - u.a. Ägypten, Syrien und Marokko gestimmt. Diese Länder zeigten sich - aus unterschiedlichen Erwägungen - auch bereit, eigene Truppen nach Saudi-Arabien zu schicken, kleine Kontingente, die den Alleingang der USA kaschieren und aus der Verteidigung Saudi-Arabiens eine gemeinsame Sache machen sollten. Die PLO hingegen war auf der Konferenz eifrigster Verfechter der irakischen Sache - und erwies mit dieser unnötig exponierten Position den eigenen nationalen Ambitionen einen schlechten Dienst. Jordanien und Jemen, die gemeinsam mit Irak und Ägypten dem *Arabic Cooperation Council* (ACC) angehören, gingen auf Distanz zum irakischen Präsidenten. Jordanien enthielt sich der Stimme und äußerte Vorbehalte: Amman werde erst dann Truppen nach Saudi-Arabien schicken, wenn die Amerikaner abgezogen seien. Jemen, Libyen und die PLO stimmten trotzdem gegen die Entschließung.
(...)

Das Öl

Als Saddam Hussein vor zehn Jahren den Krieg gegen Iran begann, war er von den USA und den Golfstaaten geradezu ermutigt worden. Der Sturz des Schah-Regimes hatte die Region destabilisiert; die amerikanische Vorherrschaft am Golf schien gefährdet. Der Einmarsch der Sowjetunion in Afganistan und die Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran durch Anhänger Chomeinis waren Anlaß für die USA, militärische Stärke zu demonstrieren. Der amerikanische Präsident Carter drohte im Januar 1980: *"Jeder Versuch einer auswärtigen Macht, Kontrolle über die Region des Persischen Golfes zu erlangen, wird als Angriff auf die vitalen Interessen der USA betrachtet und mit allen Mitteln, einschließlich militärischer Gewalt, zurückgeschlagen."* (10)
Entsprechend dieser Politik wurde die - schon 1977 von Carter geplante - *Rapid Deployment Force* gebildet und neue Militärbasen in der Golfregion aufgebaut. Auch die Staaten am Golf fühlten sich durch den starken Nachbarn Irak und die islamische Revolution im Iran bedroht. Ein Krieg gegen den Iran entsprach durchaus den Interessen äußerer Mächte. Deshalb sicherten Saudi-Arabien und die Golfstaaten dem Irak großzügige finanzielle Hilfe für den Fall eines Krieges zu. Jordanien würde weiterhin den Gütertransport von und nach Irak garantieren, falls die irakischen Häfen geschlossen würden. Ehemalige Schah-Generäle bestärkten den Irak, den Iran anzugreifen. Dessen Armee werde schnell zusammenbrechen.(11) Der geplante Blitzkrieg scheiterte; der Irak indes wurde nur zögernd unterstützt, denn auch ein Sieg Bagdads war nicht erwünscht.

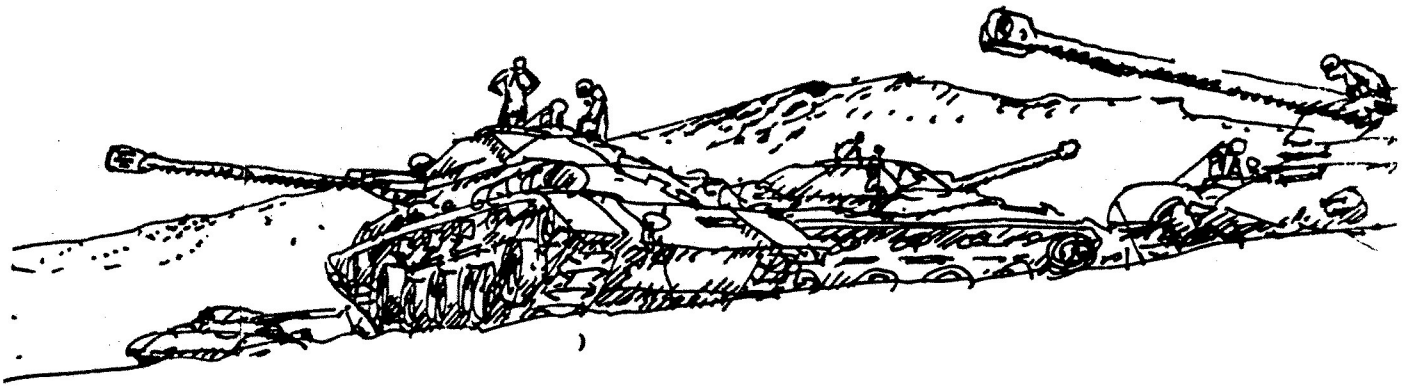


Als der Irak 1990 in Kuwait einmarschierte, galten andere Vorzeichen: Die Islamische Republik war durch den langen Krieg neutralisiert; das irakische Regime allerdings hatte weiter aufgerüstet und war nach Israel zur zweitstärksten Militärmacht in der Region aufgestiegen. Bagdad aber stand seit Ende des Krieges vor unüberwindbaren ökonomischen Schwierigkeiten. Der Krieg hatte die Wirtschaft ruiniert, die Erdöleinkünfte waren durch Niedrigpreise geschrumpft, Zinsen und Tilgungen für 70 bis 80 Mrd. Dollar Schulden konnte der Irak nicht zahlen, wollte aber gleichzeitig seinen ambitiösen zivilen und militärischen Aufbauplan verwirklichen. Der Fall der Ölpreise im Frühjahr 1990 - verursacht durch Überproduktion Kuwaits und der Vereinigten Arabischen Emirate - senkte die Einnahmen Bagdads wieder auf das kritische Niveau von 1988. Die Proteste der irakischen Bevölkerung gegen die Folgen von Sparpolitik und wirtschaftlichen Liberalisierungsmaßnahmen wuchsen, es kam zu Unruhen. Die Regierung subventionierte erneut die Nahrungsmittel und senkte die Preise, belastete aber dadurch den Staatshaushalt immer stärker. Der Irak forderte daraufhin von den Staaten am Golf einen Schuldenerlaß und beschuldigte Kuwait, zum Nachteil Bagdads in der neutralen Zone zwischen beiden Staaten Erdöl gefördert zu haben.

Noch 1989 war der Irak in der Ölpreispolitik den saudischen Vorschlägen gefolgt, während Teheran auf höheren Preisen bestand. In wirtschaftlichen mißlicher Situation änderte Bagdad seine Ölpreispolitik und forderte - nun gemeinsam mit den Kriegsgegner Iran - Ölpreissteigerungen. Das ließ aufhorchen. Für Juli war eine OPEC-Konferenz einberufen worden. Schon vor der Tagung wurden Fragen diskutiert, an die im letzten Jahr noch niemand gedacht hatte: Wer bestimmt die Ölpreise? Die reichen Erdölländer oder die militärischen Mächte Iran und Irak? Sieben Jahre lang waren die ersteren in einer Schlüsselposition gewesen, da sie ohne Probleme die Produktion steigern oder drosseln konnten und somit in der Lage waren, die Rohöl-Preise zu manipulieren. Im Golfkrieg war diese Art Ölpolitik eine Waffe gegen den Iran: 1986 steigerte Saudi-Arabien seine Erdölförderung schlagartig, die Preise, die 1979 noch 32 Dollar pro Barrel betragen hatten, wurden kurzfristig auf 10 Dollar pro Barrel gedrückt und pendelten sich dann auf 14 Dollar ein. Auf dem letzten OPEC-Treffen einigten sich die Ölproduzenten, die Preise pro Barrel Rohöl auf 20 Dollar anzuheben, eine Steigerung, die dem Irak 6 Mrd. Dollar Mehreinnahmen hätte bringen können - wenn sich Kuwait und die VAE an die genannten Förderquoten gehalten hätten.

Als dies nicht geschah, beschloß Saddam Hussein zu handeln. Warum sollte er nicht versuchen, sich an den reichen Golfstaaten schadlos zu halten, für die er - nicht ganz zu Unrecht - den Krieg gegen die Islamische Republik mitgeführt zu haben glaubte? Auf das Nachbarland Kuwait hatte der Irak schon 1961 - nach dessen Unabhängigkeit von Großbritannien - Anspruch erhoben. Eine Annexion des Landes jedenfalls würde Bagdad in den Besitz von 20 Prozent der Welterdölvorräte bringen und dessen wirtschaftliche, politische und militärische Macht in der Region stärken. Damit waren die USA und die westlichen Staaten ganz und gar nicht einverstanden - und auch Israel nicht, das im folgenden Konflikt lieber im Hintergrund agierte. Washington jedenfalls war entschlossen, die Pläne Saddam Husseins zu vereiteln und die Annexion Kuwaits notfalls mit militärischen Mitteln rückgängig zu machen, um durch Aufrechterhaltung des Status quo die eigene Vorherrschaft in dieser geostrategisch wichtigen Region zu sichern.

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges bestimmen die USA wesentlich die Erdölpolitik. Damals sollte das Öl der arabischen Halbinsel schnell gefördert werden: für den Wiederaufbau in Europa, als Ausgleich für amerikanische Rohölreserven, die im Krieg übermäßig beansprucht worden waren, und für die militärische Vorratshaltung für einen möglichen neuen Krieg. Der Nahe Osten war - im Rahen des amerikanischen Containment gegen die Sowjetunion - geopolitisch bedeutsam geworden. Um die eigenen Interessen zu vertreten, schlossen sich die Erdölförderländer 1960 in der OPEC zusammen, setzten aber erst 1971 eine erste Preissteigerung durch, die international keine Beachtung fand. Als aber im Rahmen der arabischen Boykottmaßnahmen gegen Israel 1973 (Oktoberkrieg) die Ölpreise um das Vierfache auf 12 Dollar pro Barrel erhöht wurden, horchte die Welt auf. Unbeachtet blieb der erfolgversprechende Versuch der Förderländer, die Ausfuhr mit Raffinerieprodukten zu koppeln, um die eigene Industrialisierung zu fördern. Die Industriestaaten gründeten daraufhin 1974 die "Internationale Energie-Agentur", um die westliche Strategie gegen das Kartell der Förderländer zu koordinieren: Erschließung von Erdölquellen außerhalb der OPEC-Länder, Entwicklung von Alternativ-Energien und Sparmaßnahmen. Auf diese Weise nahm der Einfluß der OPEC auf die Erdöl-Politik ab.(12) Die Ölländer blieben vom Westen abhängig.



Die reichen Ölstaaten

1932 wurde das Königreich Saudi-Arabien gegründet, der dritte saudische Staat in zwei Jahrhunderten. 1901 hatte Ibn Saud, der spätere Staatsgründer, von Kuwait aus begonnen, die arabische Halbinsel zu erobern. Wichtiges Mittel, die Stämme der Halbinsel zu einigen und Kämpfer für die lang dauernde Eroberung zu gewinnen, war die Wiederbelebung der Lehren des puritanisch-islamischen Reformers Abd el-Wahhab, denen das Haus Saud seit 1745 anhing. 1925 vertrieben die Truppen des "Sultan des Nadschd" den haschemitischen Scherif Hussein aus Mekka und Medina. Dessen Söhne erhielten von den Briten den jordanischen und irakischen Thron.(13) Der Sultan war nun auch König des Hedschas; er rief, nach Niederschlagung aufständischer Stämme, 1932 das Königreich Saudi-Arabien aus, eine traditionalistische Monarchie, die auf der wahhabitischen Variante des Islam basierte. Rechtsgrundlage war und ist die Sharia, das islamische Gesetz. Alle wichtigen Ministerien und Gouverneursposten sind in den Händen von Söhnen des Staatsgründers Ibn Saud, wesentliche politische Entscheidungen werden in Absprache mit dem engeren Familienrat gefällt. Parteien, Gewerkschaften und Massenorgnaisationen sind - mit Hinweis auf die islamischen Grundwerte - in Saudi-Arabien nicht zugelassen.

In den zwanziger und dreißiger Jahren war der saudische Staat arm. Die Mehrheit der Bevölkerung lebte unter harten Existenzbedingungen in der Wüste. 50 Jahre später betrugen die staatlichen Einnahmenüberschüsse 100 Mrd. Dollar im Jahr. Das Leben der Menschen veränderte sich in wenigen

Jahren grundlegend: Der Sprung vom jahrhundertealten Nomadenleben in eine neue, hochtechnisierte Welt mit modernster Infrastruktur mußte bewältigt werden, ein Umbruch, der Widersprüche zu traditionellen Wertvorstellungen und Normen produzieren sollte.

Die saudische Regierung hatte 1933 amerikanischen Ölgesellschaften das Recht überlassen, die eigenen Erdölvorkommen auszubeuten, die heute auf 25 Prozent der globalen Vorräte geschätzt werden. Sechs Jahre später wurde das erste Erdöl ausgeführt, bis 1945 aber blieben - kriegsbedingt - Förderung und Export gering. 1939 betrugen die Öleinnahmen zwei Millionen Dollar.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges begannen die USA, ihre politischen und strategischen Interessen im Nahen Osten durchzusetzen. Die amerikanischen Erdölinteressen und der Wunsch nach militärischen Stützpunkten in arabischen Ländern indes schienen mit der Politik Washingtons im Palästina-Konflikt zu kollidieren: Die amerikanische Regierung wollte das zionistische Projekt in Palästina unterstützen, es sich aber auch nicht mit den arabischen Regimes verderben. Deshalb traf sich Präsident Roosevelt - von der Jalta-Konferenz (14) kommend - mit dem saudischen König Ibn Saud auf einem US-Kriegsschiff im Großen Bittersee: Roosevelt wollte den König bewegen, in der Palästina-Frage nachzugeben und der Einwanderung von Juden zuzustimmen. Der König lehnte ab. Roosevelt versprach seinerseits, die arabischen Interessen in der amerikanischen Nahostpolitik zu berücksichtigen.(15)

In Wirklichkeit war die pro-israelische Politik der USA mit deren Erdölinteressen in Saudi-Arabien durchaus vereinbar. Riad war zur Förderung und zum Verkauf seines Erdöls auf amerikanische Technologie und ausländisches Marketing angewiesen. Zudem waren die saudischen Herrscher grundsätzlich pro-westlich orientiert und streng antikommunistisch eingestellt. Die ökonomischen und politischen Eigeninteressen der saudischen Monarchie bildeten somit den Rahmen für deren Haltung im israelisch-arabischen Konflikt. Mit Gründung der ARAMCO (*Arab American Oil Companie*) 1944 begann die Ausbeutung der saudischen Erdölfelder in großem Stil.

Der saudische König vertraute schon damals ganz auf den militärischen Schutz der USA. Im Gegenzug erhielt Washington 1946 "unbegrenzte Luftverkehrsrechte" auf dem Flugplatz Dharan. Die Grundlage für eine enge militärische Kooperation war geschaffen.

In den sechziger und siebziger Jahren wuchsen die Gewinne aus dem Erdölgeschäft beständig und stiegen nach der Erdölkrise 1973/74 sprunghaft an: Damals hatte der saudische König Feisal die Ölexporte seines Landes gestoppt, verärgert über umfangreiche amerikanische Waffenlieferungen an Israel während des Oktoberkrieges.(16)

Die Ölkrise war da. Schrittweise übernahm die saudische Regierung in den folgenden Jahren (bis 1980) das Kapital der ARAMCO. Die *Saudi National Company* - wie die Erdölgesellschaft nun hieß - blieb aber zur Förderung, Verarbeitung, Vermarktung und Exploration des Erdöls weiter von den amerikanischen Konzernen abhängig.

1981 schließlich erreichten die Erlöse aus dem Erdölexport ihren Höhepunkt: mehr als 100 Mrd. Dollar. Der Umsturz im Iran und der beginnende Iran-Irak-Krieg hatte zu einem zweiten Ölschock mit enormen Preissteigerungen geführt. Zwei Jahre später wiederum waren die Einkünfte - bedingt durch niedrige Preise und geringe Förderungsquoten - auf fast ein Drittel gefallen.

Die hohen Überschüsse aus dem Erdölgeschäft führten zu keiner größeren Unabhängigkeit von den westlichen Ländern; im Gegenteil, Saudi-Arabiens wirtschaftliche und militärische Bindungen an die USA wuchsen. Der König ließ sein Land für Milliarden Erdöl-Dollar von den Amerikanern aufrüsten und machte es somit noch stärker von amerikanischen Waffensystemen und Militärberatern abhängig. Schwerpunkt der Aufrüstung waren der Kauf entwickelter Waffensysteme und der Ausbau einer militärischen Infrastruktur, welche die kleine saudische Armee gar nicht nutzen konnte. Im Ernstfall - das wußten die saudischen Herrscher - waren sie auf fremde Truppen angewiesen. An der militärischen Überlegenheit Israels indes konnten diese Waffenkäufe - entgegen aller Propaganda - nichts ändern.

Auch die ökonomischen Verflechtungen wuchsen: Die Saudis investierten Milliardenbeträge in den USA und im westlichen Ausland und wurden zum großen Kreditgeber an internationalen Finanzmärkten.

Trotz seines archaischen Charakters hat

sich das saudische System im Vergleich zu den meisten anderen arabischen Staaten als erstaunlich stabil erwiesen. Das hat verschiedene Ursachen: die saudischen Könige legitimieren ihre Herrschaft nicht nur mit dem Islam, sondern stützen sich auf einen gut funktionierenden Sicherheitsapparat. Aktionen wie die Besetzung der Großen Moschee in Mekka 1979 oder die schiitischen Unruhen in der Ölprovinz al-Hasa wurden schnell unterdrückt und konnten dem Regime nicht gefährlich werden. Die gewaltigen Erdöleinnahmen gewährleisteten zudem - trotz der Rezession nach 1983 - relativen Wohlstand für die saudische Bevölkerung (etwa ein Viertel der Bewohner sind Ausländer mit geringeren Rechten). Dennoch wuchsen die innenpolitischen Spannungen, denn auf Dauer ließ sich die Kluft zwischen sozialer und ökonomischer Wirklichkeit und dem religiös legitimierten politischen System nicht überbrücken. Seit 1986 jedenfalls wünscht der saudische König als "Hüter der beiden Heiligtümer" tituliert zu werden, ein Indiz dafür, daß er sich auch vor islamisch-fundamentalistischer Opposition fürchtet. Der schiitische Revolutionsführer Chomeini jedenfalls hatte häufig zum Sturz der Monarchie am Golf aufgerufen und die gottlose Herrschaft der Saudis über die heiligen Stätten gebrandmarkt.

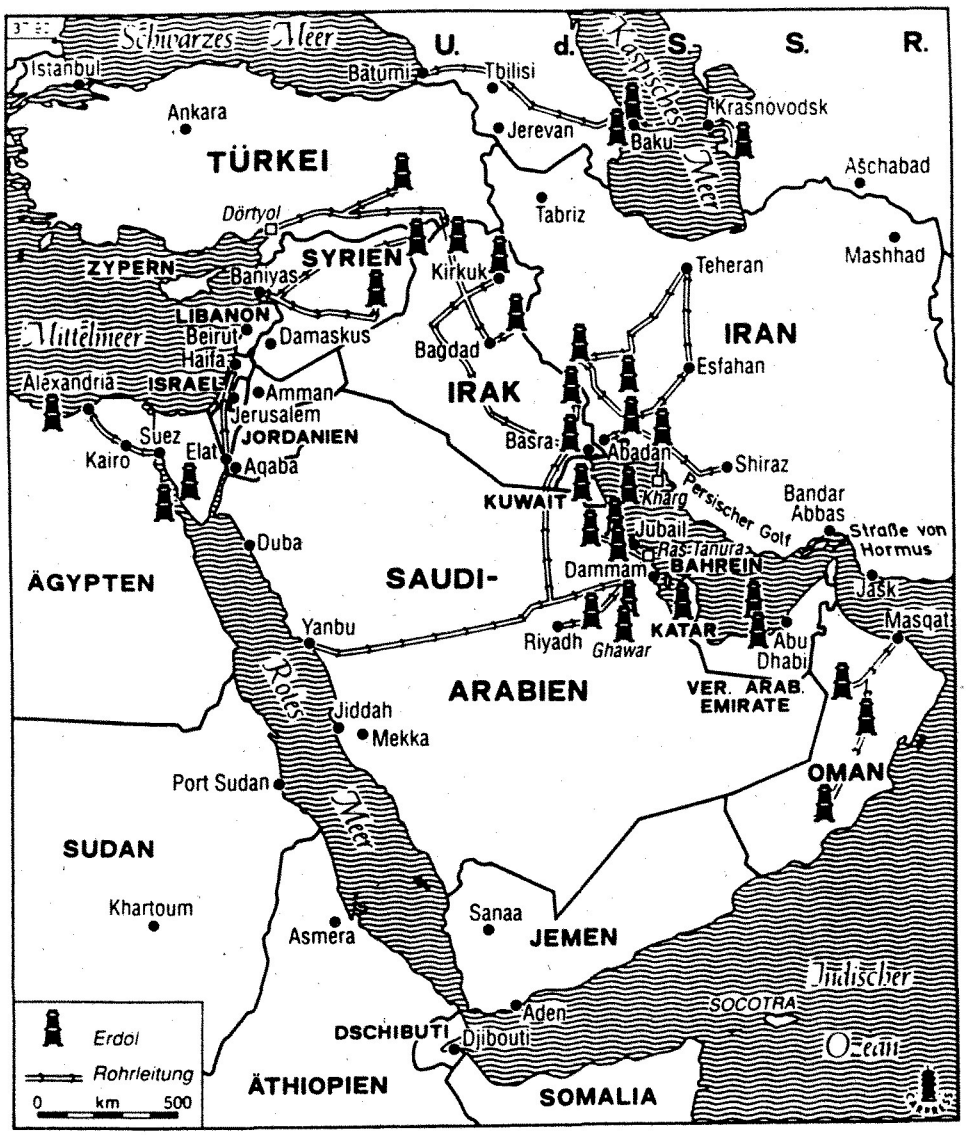
Nach der islamischen Revolution im Iran und seit Beginn des Iran-Irak-Krieges wurden deshalb die Sicherheitsmaßnahmen im Innern weiter ausgebaut und die Zusammenarbeit mit den übrigen Golfstaaten in GCC (*Gulf Corporation Council*, 1981) gesucht. Als es 1987 auf der Pilgerfahrt in Mekka zu Unruhen kam, die wahrscheinlich vom Iran geschürt worden waren, schossen die Sicherheitskräfte in die Menge: Es gab mehr als 400 Tote. Die schnelle und entschlossene Niederschlagung der Unruhen galt als Indiz für die gewachsene innere Sicherheit. Auch die militärische Zusammenarbeit zwischen Saudi-Arabien und den USA wurde ausgeweitet. Die saudischen Herrscher waren verunsichert, da die USA auch den Schah, den hochgerüsteten Verbündeten am Golf, nicht zu schützen vermocht hatten. Washington schickte vier AWACS-Flugzeuge nach Saudi-Arabien. Sie wurden den Saudis später verkauft, blieben aber letztlich in der Verfügungsgewalt der USA.(17)

Der Handel war Teil des Verteidigungsplanes, den Saudi-Arabien und die USA zwischen 1980 und 1982 in Geheimgesprächen ausgehandelt hatten.(18) Im Herbst 1985 meldete die *New York Times*, daß Saudi-Arabien den USA für den Ernstfall die Nutzung seiner Militärbasen zugesagt habe.

(19) Zwei Jahre später, als der Konflikt am Golf eskalierte und die amerikanische Flotte zum Schutz kuwaitischer Tanker im Golf kreuzte, berichtete die amerikanische Presse von erweiterten Landerechten für US-Kampfflugzeuge. Die Saudis dementierten. Mit Blick auf die arabische Bevölkerung wollte man mit den Amerikanern nicht allzu eng zusammenarbeiten.

Die Golfstaaten wurden erst Anfang der sechziger Jahre von Großbritannien unabhängig; die engen Beziehungen zur alten Kolonialmacht indes blieben bestehen. Das Scheichtum Kuwait, im letzten Jahrhundert formal dem Osmanischen Reich unterstellt, geriet unter britische Schutzherrschaft, als Konstantinopel die Bagdad-Bahn bis nach Kuwait ausbauen wollte. Großbritannien sah seine Interessen am nördlichen Golf gefährdet und schloß mit dem Herrscher von Kuwait ein Schutzabkommen. Der Scheich verpflichtete sich, keiner dritten Macht Land zum Kauf, zur Pacht oder auch nur zur Nutzung abzutreten. In einem weiteren Abkommen sicherte sich Großbritannien 1913 auch die kuwaitischen Erdölvorkommen. Als der Erste Weltkrieg begann, erklärte London das Scheichtum zu seinem Protektorat. Die Grenzen zu den Nachbarstaaten wurden - nach Zusammenbruch des Osmanischen Reiches - 1922 in einem Abkommen zwischen Saudi-Arabien, der britischen Mandatsregierung in Irak und dem britischen politischen Agenten in Kuwait festgelegt.(20)

Unter britischem Protektorat wurde Kuwait außenpolitisch von Großbritannien vertreten ; im Innern herrschte der Scheich, gestützt auf die britische Schutzmacht, unumschränkt. Der Niedergang des Seehandels und der Perlenfischerei indes ließ Kuwait - einst blühender Handelsplatz am nördlichen Golf - bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges zu einem der ärmsten Länder werden. Schon 1938 war im Scheichtum eines der reichsten Erdölfelder der Welt entdeckt worden, aber erst 1946 konnte - kriegsbedingt - das erste Erdöl exportiert werden. Die Erdölproduktion Kuwaits erreichte 1972 ihren Höhepunkt. Die Verstaatlichung der gesamten Ölwirtschaft (bis 1977), die Nutzung des Erdgases und der Aufbau von drei Raffinerien haben dazu beigetragen, daß die Einnahmen auf dem Erdölsektor trotz sinkender Förderquoten beständig zunahmen. Nach wie vor erwirtschaftet dieser Sektor zwischen 80 und 90 Prozent der Staatseinnahmen. Der Aufbau einer importsubstituierenden Industrie gelang allerdings nicht. Kuwait blieb von der Konsum- und Produktionsgütereinfuhr abhängig.



Seit den Ölpreiserhöhungen von 1973 haben die kuwaitischen Herrscher Milliarden Dollar im Ausland investiert. Nach Schätzungen betrugen diese Investitionen bis 1982 100 Mrd. Dollar. Die Hälfte davon soll in 500 US-Firmen angelegt worden sein; in der Bundesrepublik war das Land 1987 mit 25 Prozent an der Hoechst AG, mit 14 Prozent bei Daimler-Benz und mit 25 Prozent an dem Stahlunternehmen Korf beteiligt. Die Investitionssumme des Staates verdoppelt sich noch, wenn man die privaten Einlagen hinzuzählt, wie die der Familie des Emirs beispielsweise. 1976 hat die kuwaitische Regierung den *Fund for Future Generations* gegründet, in dem jährlich 10 Prozent der Staatseinnahmen als Kapitalreserve für die Nachöl-Ära angelegt werden. Die Gewinne aus solchen Auslandsinvestitionen sind meist reinvestiert worden. Nur selten wurde damit der Staatshaushalt finanziert.(21) Andere arabische Staaten jedenfalls, die Investitionen bitter nötig hätten, haben von den Erdölmilliarden der Golfstaaten am wenigsten profitiert. Hier liegt ein Grund, warum arabische Massen heute dem irakischen Präsidenten zujubeln, oder aber einfach sagen: Kuwait hat nur das bekommen, was es verdient.

Das Emirat wird gern als Wohlfahrts- und Versorgungsstaat bezeichnet. Das freilich gilt nur für Kuwaitis, eine Minderheit der zwei Millionen Menschen in diesem Staat. Sechs von zehn Einwohnern sind Ausländer, je nach Herkunftsland Menschen zweiter oder dritter Klasse, mit erheblich weniger Rechten als die Kuwaitis. Die größte Ausländergruppe in Kuwait sind die Palästinenser, die seit 1948 in das Emirat immigrierten und - zum großen Teil hochqualifiziert - für den schnellen Aufbau des modernen Staates in Verwaltung und anderen Staatssektoren dringend gebraucht wurden. Die Palästinenser nahmen bald wichtige Positionen im Staat ein. Auch der heutige PLO-Chef Arafat war Ende der fünfziger Jahre nach Kuwait gekommen. Hier entstand die wichtigste Palästinenserorganisation, die *Fatah* . Unter dem damals regierenden Scheich war das politische Klima bis 1965 relativ liberal gewesen, die Verfassung von 1962 sicherte die Macht des Emirs sowie die Vorrechte der Prinzen; eine gewählte Versammlung beteiligte auch die wichtigen politischen Kräfte des Landes an der Macht. Die liberale Atmosphäre schwand unter seinen Nachfolgern: 1976 und 1985 wurde das Parlament aufgelöst und die Verfassung teilweise suspendiert.

Kuwait hatte Bagdad im Krieg gegen Iran von allen Golfstaaten am stärksten unterstützt, wenn auch nicht uneigennützig. Durch die Nähe zur Kriegsfront sah sich Kuwait von allen Seiten bedroht. Schiitische Untergrundorganisationen, mit engen Bindungen zum Iran, suchten das Land zu destabilisieren. Im Dezember 1983 verübten sie Sprengstoffanschläge auf die Botschaften der USA und Frankreichs, auf öffentliche Gebäude und Industrieanlagen, im Mai 1985 gar ein Attentat auf den Emir. Waren die Täter in diesen Jahren vor allem Schiiten aus dem Irak und aus Libanon, so änderte sich das zwei Jahre später. Bombenanschläge auf kuwaitische Einrichtungen im In- und Ausland, Drohungen gegen die Tagung des Islamischen Gipfels, Inbrandsetzen von Erdöl-Bohrlöchern gingen nun auf das Konto der kuwaitischen Schiiten. Die Regierung ließ verhaften und verurteilen; die Bestimmungen für Ausländer wurden verschärft.

Kuwait war aber nicht nur im Innern bedroht. Weil das Land den Irak finanziell unterstützte und ihm die Benutzung seines Luftraumes gestattete, wurde Kuwait Opfer des iranisch-irakischen Tankerkrieges. Während zwischen Riad und Teheran offensichtlich die stillschweigende Übereinkunft bestand, saudische Tanker - für entsprechende Gegenleistungen - nicht anzugreifen, gerieten die kuwaitischen Schiffe unter iranischen Beschuß. Die Regierung des Emirs suchte in Moskau und Washington um Schutz nach. Die Sowjetunion lieh Tanker aus, die USA ließen kuwaitische Schiffe unter amerikanischer Flagge fahren und nutzten die Gelegenheit für den Aufmarsch ihrer Flotte im Golf.

Gleich nach dem Waffenstillstand im Golfkrieg verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Kuwait und Irak. Der Emir erwartete für seine Hilfe im Krieg eine schnelle Lösung der strittigen Grenzfragen und wollte sein Land an das irakische Bewässerungssystem anschließen. Dafür freilich forderte Saddam Hussein die Inseln Bubiyan und Warba sowie finanziellen Ausgleich. Ein hoher Preis - Vorspiel für einen neuen Krieg.

Anmerkungen

1) Le Monde, 4. 8. 90
2) Die Zeit, 10. 8. 90
3) Le Monde, 4. 8. 90
4) zit. nach: Die Zeit, 10. 8. 90
5) In der Eisenhower-Doktrin (5. 1. 57) erklärte die USA ihre Bereitschaft, den Ländern des Nahen Ostens auf deren Aufforderung wirtschaftliche und militärische Hilfe gegen das Vordringen der Sowjetunion oder des sowjetischen Einflusses zu gewähren.
6) Vgl. M. Stern, Minen im Golf - Droht eine Ausweitung des Krieges?, in: Der Krieg am Golf, 1/Juli-Sept. 1987, S. 7
7) Dennis Ross, Soviet Views Toward the Gulf War, in: Orbis, Philadelphia, Falls 1984, S. 438
8) Time, 10. 8. 90
9) Le Monde, 9. 8. 90
10) Ursula Braun, Die kleinen arabischen Golfstaaten und der Ost-West-Konflikt, in: Fred Scholz (Hg.), Die Golfstaaten. Wirtschaftsmacht und Krisenherd, Braunschweig 1985, S. 86
11) Marianne Stern, ... und alle schweigen sie. Der vergessene Krieg am Golf, in : A. Malanowski, M. Stern (Hg.), Iran - Irak. Bis die Gottlosen vernichtet sind, Reinbek 1987
12) Siehe Helmut Mejcher, Der arabische Osten im 20. Jahrhundert 1914 - 1985, in: Ulrich Haarmann (Hg.), Geschichte der arabischen Welt, München 1987, S. 432 - 501
13) Sowohl Ibn Saud als auch Sherif Hussein hatten im Ersten Weltkrieg auf seiten der Briten gegen das Osmanische Reich gekämpft.
14) Auf der Jalta-Konferenz war die Palästina-Frage nicht, wie ursprünglich vorgesehen, diskutiert worden, denn die Sowjetunion sollte nicht unnötig an der Nahost-Politik beteiligt werden.
15) William B. Quandt, Saudi-Arabia in the 1980th. Foreign Policy, Security and Oil, Washington 1981, S. 47ff. Helmut Mejcher, Palästina in der Nahostpolitik europäischer Mächte und der USA 1918 - 1948, in: H. Mejcher/ A. Schölch, Die Palästina-Frage 1918 - 1948, Paderborn 1981, S. 163 - 216
16) Quandt, a.a.O., S. 51. Der Umfang der amerikanischen Hilfe an Israel betrug 2,2 Mrd. Dollar.
17) Braun, a.a.O., S. 87, Le monde diplomatique, Okt. 1981
18) The Middle East, Jan. 1982
19) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. 9. 85
20) Hans-Uve Schwendler, Kuwait, in: Steinbach/ Robert, a.a.O., S. 223 - 234, ders., Kuwait, in: Nohlen/ Nuscheler (Hg.), a.a.O., S. 338: Für einen Kompromiß zwischen dem Irak und Saudi-Arabien verlor Kuwait zwei Drittel seines Territoriums an Saudi-Arabien. Die neutralen Zonen zwischen Irak und Saudi-Arabien sowie Kuwait und Saudi-Arabien wurden ebenfalls festgelegt. Der Irak erkannte als Entschädigung für die Verluste die Nordgrenze Kuwaits an! Die neutrale Zone zwischen Kuwait und Saudi-Arabien wurde 1965 in einem Vertrag gleichmäßig aufgeteilt.
21) ebd.

Marianne Stern

Artikel auszugsweise entnommen aus:
Bahman Nirumand (Hg.), Der Sturm am Golf, Reinbek bei Hamburg 1990

DIE KRISE AM GOLF

DIMENSIONEN EINER REGIONALKRISE NACH DEM ENDE DER BIPOLARITÄT

Die Koalitionen

Interessant und äußerst lehrreich sind die Koalitionen, die sich als Folge der Golfkrise herausgebildet haben: Auf der einen Seite wurde der irakische Präsident Saddam Hussein, der den Panarabismus nach innen zur wirksamen Repression und nach außen zur Aggression gegen den Iran und gegen die Islamische Revolution instrumentalisiert, dabei die arabischen Regierungen zu einem Verbündeten gemacht hat, über Nacht zum Idol und Hoffnungsträger von Millionen sozial benachteiligter und gedemütigter Araber und Moslems in zahlreichen arabischen und islamischen Ländern, weil es ihm gelang, erstens bei den Arabern das Schweigen der westlichen Staaten im Falle israelischer Aggressionen im Vergleich zu ihren jetzigen Reaktionen gegenüber dem Irak als Heuchelei anzuprangern und sich als Opfer einer weltweiten amerikanisch-zionistischen Kampagne hinzustellen, zweitens die Rückgabe Kuwaits an die Rückgabe der durch Israel besetzten Gebiete zu koppeln, drittens die Parole zu propagieren, die Öleinnahmen gehörten allen Arabern und nicht nur Prinzen und Königen und schließlich viertens gegen die amerikanischen Besatzer der islamischen Heiligtümer Medina und Mekka und die arabischen Verbündeten Amerikas den Heiligen Krieg auszurufen.

Mit anderen Worten erreicht es Hussein, sein machtpolitisches Koordinatensystem vom antizionistischen, antipersischen und antiislamischen Standort in die antizionistische, antiamerikanische und gegen die ehemals verbündeten arabischen Regierungen zielende islamische Richtung zu verschieben.

Auf der anderen Seite des Konflikts wurde George Bush, der Präsident des mächtigsten Staates der Welt, zum Vorreiter und Verfechter der Verteidigung der staatlichen Souveränität und des Völkerrechts.

Und er führt dabei nicht nur die verunsicherten arabischen Regierungen einschließlich des Erzfeindes Syrien, selbstverständlich auch alle westlichen Staaten und ihre konservativen Medien in einer weltweiten Koalition zusammen, die jener von ihm angeordneten größten Militärintervention nach dem Vietnamkrieg militärischen, logistischen, finanziellen und moralischen Beistand leistet. Er reißt im Sturm der weltweiten Entrüstung gegen den Irak sogar auch kritische Medien wie die *Frankfurter Rundschau*—die Japan wegen dessen zögernder Haltung, die USA militärisch zu unterstützen, "außenpolitischen Kleinmut" vorwirft—und kritische und linksalternative Intellektuelle mit, die seine gefährliche Militärexpedition unkritisch hinnehmen oder gar offen rechtfertigen. Müssen aber die unbestreitbaren Fakten, zum Beispiel das Verhalten der Vereinigten Staaten gegenüber dem Irak im Golfkrieg, die militärische Intervention im kleinen und wehrlosen Grenada, die militärische Inter-

vention in Panama, um einen Drogendealer zu fangen, wobei das Leben einiger tausend Menschen riskiert wurde— müssen diese Tatsachen den Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht als einen unglaubwürdigen Anwalt und Verfechter für den Schutz staatlicher Souveränität anderer Völker erscheinen lassen? Bei der Krise am Golf geht es nicht um die Verteidigung von Prinzipien, sondern um die von Interessen. Es liegt nahe, daß in diesem Konflikt der amerikanische Präsident das wichtige Gut der "staatlichen Souveränität" für andere—ökonomische, militärstrategische, hegemonialpolitische—Ziele seines Landes instrumentalisiert, ebenso wie Saddam Hussein, der die Nöte, Leiden und Emotionen der Araber und Moslems für seine machtpolitischen Ziele mißbraucht. Für ihren Irrtum werden die Araber und Moslems einen hohen Preis bezahlen müssen. Nicht geringer dürfte die Last für die blinde Gefolgschaft der militärischen US-Intervention sein, die andere zu tragen haben. Daß sich auch Menschen mit linksalternativem Anspruch als Bestandteil der weltweiten Koalition für die US-Intervention im Golf begreifen, ist jedenfalls rational nicht zu erklären. Vielmehr scheint der seit der Islamischen Revolution im Iran unterschwellig ausgetragene Kampf zweier Kulturen, der rassistisch verklärt als Kampf zwischen "Zivilisation und Barbarei" bzw. "Aufklärung und Islam" begriffen wird, die kritisch-rationale Sicht zur Einschätzung von ökonomischen und hegemonialpolitischen Interessen der Vereinigten Staaten vollends zu überlagern.

Die Dimensionen der Krise

In der Tat reichen die Dimensionen der Golfkrise weit über die Aggression eines Staates und deren Abwendung hinaus. Der Konflikt hat eine kulturelle Dimension, da der irakische Überfall im öffentlichen Bewußtsein der westlichen Staaten genauso als eine Bedrohung durch den Islam erscheint, wie die militärische Besetzung eines islamischen Landes mit bedeutendsten islamischen Heiligtümern durch Ungläubige von Moslems als Bedrohung durch das Christentum empfunden wird. Angesichts reicher Ölreserven—in der Golfregion lagern 66% der nach dem gegenwärtigen technologischen Stand ökonomisch gewinnbaren Ölreserven der Welt— hat die Golfkrise auch eine, durch die Veränderung des Ölpreises sich vollziehende, Dimension der Ressourcenverteilung, die die westlichen Staaten zu strategischen Konzepten veranlaßt hat. Von gravierender Bedeutung sind dabei die militärstrategischen und hegemonialpolitischen Dimensionen des Konfliktes, da die Golfregion angesichts der reichen Ölreserven für die westlichen Staaten im allgemeinen und für die USA im besonderen erklärtermaßen eine Region von "vitalem Interesse" darstellt, wobei die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes für die NATO-Staaten in der Golfregion und in der Dritten Welt überhaupt neue und gefährliche Möglichkeiten militärischer Interventionen schafft.
Die Reduktion der Golfkrise auf die Souveränitätsfrage und die Ausblendung anderer Dimensionen des Konflikts ist auf jeden Fall eindimensional und muß zu Fehleinschätzungen führen. Vielmehr ist die Berücksichtigung obiger Dimensionen des Konflikts für die Diskussion von kurz- und langfristigen, möglichst gewaltfreien Lösungskonzepten unumgänglich. Dieser Beitrag ist ein Versuch in diese Richtung.

Kulturelle Dimension: Morgenland und Abendland. **Wiederbelebung eines historischen Konflikts**

Saddam Hussein läßt sich in seinem nach dem Überfall auf Kuwait und der "Besetzung Saudi-Arabiens durch Ungläubige" inszenierten Propagandafeldzug als den neuen Saladin feiern und ruft durch diese historische Parallele die Erinnerungen der Moslems an die Wunden wach, die das christliche Abendland durch die Kreuzzüge in der arabischen Welt vor Jahrhunderten hinterlassen hat. Tatsächlich hatten zwischen dem 11. und 13. Jahrhundert die abendländischen Kreuzritter in ihren zahlreichen Expeditionen islamische Kulturstätten vernichtet, islamische Heiligtümer besetzt gehalten und hunderttausende Moslems abgeschlachtet. Immer wieder wurden die gewaltsamen Vorstöße des Abendlandes zur Eindämmung des Islam zurückgeschlagen. Der Sieg Sultan Saladins, des Begründers der Aijubiden-Dynastie, über die Kreuzritter, den er durch die Einnahme Jerusalems 1187 erlangte, machte ihn zu einem mythischen Helden in der arabischen Geschichte, mit dem sich nun der Führer aller Araber" aus Bagdad auf eine Stufe stellen möchte Nicht ganz ohne Erfolg, denn hunderte Millionen Moslems nicht nur in der arabischen Welt, sondern auch in Bangladesh, in Indonesien, in Malaysia, im Iran und in der gesamten islamischen Welt empfinden den Truppenaufmarsch aus "Dar al Koffar", dem "Reich der Ungläubigen", in das islamische Land mit den bedeutendsten islamischen Heiligtümern Mekka und Medina, in das jährlich Millionen von Moslems pilgern, als eine bedeutend bedrohlichere Provokation als die Aggression Saddam Husseins gegen einen anderen islamischen Staat. Und die historischen Wurzeln der antiwestlichen Ressentiments in der arabisch-islamischen Welt müssen nicht unbedingt im Zeitalter der Kreuzzüge gesucht werden. Die Ereignisse der jüngeren und jüngsten Geschichte in den morgenländisch-abendländischen Beziehungen sind im Bewußtsein der Moslems sicherlich lebendiger.
Nach jahrhundertelanger wissenschaftlich-technischer Überlegenheit mußten die islamisch-orientalischen Völker in ihrer neueren Geschichte nicht nur den Verlust ihres Vorsprungs an das christlich-okzidentale Europa hinnehmen, sondern auch mit dem Umstand fertig werden, daß sie zu Kolonien und Halbkolonien des letzteren geworden waren. Mit dem Zerfall des Osmanischen Reiches im letzten Jahrhundert zerfällt das letzte islamische Weltreich, und mit diesem verschwinden auch die symbolischen Relikte des Ruhms und der Größe des Morgenlandes. Bereits während dieses Zerfallsprozesses haben sich die Emporkömmlinge des überlegenen Okzidents, allen voran Großbritannien und Frankreich, massiv politisch eingemischt, dem Osmanischen Reich den Todesstoß versetzt und die arabischen Bestandteile des Reiches als Kolonien, Protektorate und Mandatsgebiete untereinander aufgeteilt. Der Irak, Kuwait, Saudi-Arabien, die Arabischen Emirate samt ihren heutigen Grenzstreitigkeiten, der Staat Libanon, die Gründung des Staates Israel und der Palästina-Konflikt sind Produkte dieser Entwicklung. Doch die Golfregion begann erst dann, sich in ein explosives Pulverfaß zu verwandeln und sich zu einem dauerhaften Krisenherd zu entwickeln, als neben den britischen und holländischen auch die US-amerikanischen Ölkonzerne dazu übergingen, die scheinbar unbegrenzten Ölreserven der Region rücksichtslos auszubeuten und als die neue Hegemonialmacht USA die alte Hegemonialmacht Großbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg auch in der Golfregion ablöste.
Es ist an der Zeit, die Führung der Vereinigten Staaten an die unrühmliche Rolle, die sie und ihre Verbündeten in den letzten Jahrzehnten in der Golfregion gespielt haben, zu erinnern:
* Es waren die Vereinigten Staaten, die 1953 den besonders populären iranischen Ministerpräsidenten Mossadegh mit Hilfe des CIA und des iranischen Militärs stürzten, weil er es als erster politischer Führer in der Golfregion gewagt hatte~ durch die Verstaatlichung von British Petroleum der Souveränität des Iran über die eigenen Ölquellen Geltung zu verschaffen und weil er jene Kräfte im Iran symbolisierte, die bürgerlich-parlamentarische Institutionen an die Stelle der absoluten Monarchie des Schahs setzen wollten.
* Es waren die Vereinigten Staaten, die ein von der Schah-Diktatur verordnetes pseudo-modernes, als "weiße Revolution" gefeiertes Wirtschaftssystem unterstützten, das die breiten Bevölkerungsschichten des Iran als Fremdkörper empfinden und ablehnen mußten. Und es waren die Vereinigten Staaten, die dieses bei seinem eigenen Volk verhaßte Schah-Regime mit massiver militärischer Aufrüstung und der Stationierung eines 40000 Offiziere umfassenden amerikanischen Beraterstabs im Iran zum Gendarmen der Golfregion machten, somit Bedrohungsängste bei den Nachbarstaaten schürten und einen noch nie dagewesenen Rüstungswettlauf in der Golfregion forcierten, der sich schließlich in dem achtjährigen Golfkrieg entlud.
* Es waren Großbritannien und Frankreich, die zusammen mit Israel 1956 einen Blitzkrieg gegen Ägypten vom Zaun brachen und die für den Weltfrieden bedrohliche Suezkrise heraufbeschworen, weil der ‚ägyptische Präsident Nasser den Suezkanal, der bis zu diesem Zeitpunkt als kolonialistisches Relikt von Großbritannien kontrolliert wurde, verstaatlichte, um die beachtlichen Einnahmen der eigenen Volkswirtschaft zuführen zu können.
* Die Vereinigten Staaten und alle anderen Staaten des christlichen Abendlandes, aber auch die Sowjetunion, haben den laizistischen Saddam Hussein im Krieg gegen den Iran mit Waffenlieferungen, ja direkter Intervention unterstützt, um Khomeinis islamische Revolution einzudämmen.
* Die Vereinigten Staaten haben seit 1948 alle völkerrechtswidrigen Militäraktionen Israels gegenüber dessen arabischen Nachbarn und den Palästinensern legitimiert, indem sie entsprechende UNO-Resolutionen durch ihr Veto-Recht im Sicherheitsrat zu Fall brachten. Und die Vereinigten Staaten haben nie eine glaubwürdige Initiative für eine friedliche Lösung des Palästinakonflikts unternommen, obwohl sie und nur sie über alle Möglichkeiten dafür verfügen.

(...)

MOHSSEN MASSARRAT

Der Artikel wurde gekürzt übernommen aus: Peripherie Nr. 39/40 1990

ZUR URSACHE DES KRIEGES

Kriege beginnen nicht ohne "Vorwarnzeiten", sie sind auch keine "Betriebsunfälle der Geschichte". Neben einer sorgfältigen militärischen Planung setzen sie bestimmte ökonomische und soziale Grundbedingungen voraus, die eine konfliktträchtige Situation in einen grausamen Krieg verwandeln. Der gegenwärtige Krieg am Golf führt uns beispielhaft vor Augen, wie aus einer gewaltsamen und völkerrechtswidrigen Annexion ein alles vernichtender Flächenbrand entsteht, der jegliches moralisches Gerede vom "gerechten Krieg" ad adsurdum führt. Daß es bei diesem Krieg längst nicht mehr um die "Befreiung" eines kleinen Scheichtums namens Kuwait geht, dürfte mittlerweile jedem klar sein.

Fragt man sich nach den Ursachen des Krieges, so sind zwei Konfliktebenen zu unterscheiden: zum einen der eigentliche Krieg um Kuwait, der lediglich drei Tage dauerte und dessen Ursachen im Irak selbst zu suchen sind; zum anderen die jetzige Konfliktebene, die uns alle - ob wir es wollen oder nicht - in diesen Krieg miteinbezieht. Es geht dabei um die Schaffung einer neuen sog. Neuen Weltordnung nach dem Ende des Kalten Krieges

Die unmittelbare Ursache des irakischen Überfalls auf Kuwait ist in der ökonomischen Krise des Irak zu suchen, den der acht Jahre andauernde Krieg gegen den Iran an den Rand des ökonomischen Zusammenbruchs gebracht hat. Da der Krieg gegen den Iran die Opferbereitschaft der Bevölkerung überstrapaziert haben dürfte, schien eine ökonomische und soziale Besserstellung der Bevölkerung mittels höherer Deviseneinnahmen aus Ölexporten als einziger Ausweg, zumal eine zunehmende ökonomische Unzufriedenheit der Bevölkerung leicht in einen Legitimationsverlust des Regimes münden kann. Als verschiedene Versuche des Irak, Kuwait von der Notwendigkeit eines höheren Ölpreises innerhalb der OPEC sowie einer "Ausgleichszahlung" für den "Raub" eines Teils der Ölfelder von Rumailah zu überzeugen, scheiterten, befahl Saddam Hussein die militärische Besetzung Kuwaits. Damit hatte zugleich wieder eine "sinnvolle" Aufgabe für seinen gigantischen Militärapparat von 1 Mio. Soldaten. Zudem schien der Zeitpunkt des Angriffs günstig gewählt, da Anfang August der überwiegende Teil der kuwaitischen Herrscherfamilie in ihren Palästen in Marbella den Sommer zu verbringen pflegt.

Das Ende November letzten Jahres erschienene Buch von Pierre Salinger und Eric Laurent "Guerre du Golfe" enthält detaillierte Hintergrundinformationen über die innerarabischen Bemühungen zu einer friedlichen Lösung des Konflikts um Kuwait zu gelangen. So hätten vor einer Besetzung Kuwaits zahlreiche Gespräche zwischen dem saudischen König Fahd, dem ägyptischen Präsidenten Mubarak und Saddam Hussein stattgefunden, die alle auch darauf gerichtet gewesen seien, die Kuwaitis in der Frage des vom Irak gewünschten Schuldenerlasses sowie einer Zahlung von 10 Mrd. US-Dollar umzustimmen. Am 31. Juli, also zwei Tage vor der irakischen Invasion, sei es sogar zu einem Treffen irakischer und kuwaitischer Regierungsvertreter in der arabischen Stadt Dschidda gekommen, bei dem die kuwaitischen Vertreter die Zahlung von 9 Mrd. US-Dollar zugesagt hätten, während König Fahd den Irakis großzügig die fehlende 1 Mrd. als Geschenk zusicherte. Bevor es jedoch zur Unterzeichnung dieses Abkommens kam, hätten die Kuwaitis ihre Bereitschaft zur Zahlung der gewünschten Summe mit der Forderung einer exakten Grenzziehung zwischen Kuwait und Irak verbunden. Daraufhin hätten die Iraker das Zusammentreffen erbost verlassen. Selbst nach der Besetzung Kuwaits sollte es auf Vermittlung des jordanischen Königs Hussein am 4. August zu einem arabischen Mini-Gipfels in Dschidda
kommen, von dem ein sofortiger irakischer Rückzug aus Kuwait abhängig gewesen wäre. So habe Saddam Hussein seine Bereitschaft zum sofortigen Rückzug von der Bedingung abhängig gemacht, nicht durch die arabischen Staaten verurteilt zu werden. König Fahd von Saudi Arabien und der ägyptische Präsident Mubarak seien angeblich bereit gewesen, auf die Bedingungen des Irak einzugehen. Nach einem Telefongespräch mit dem stellvertretenden US-Staatssekretär John Kelly, zuständig für Fragen des Nahen Ostens, habe Mubarak jedoch seine Meinung grundlegend geändert und einer sofortigen Verurteilung des Irak zugestimmt. Daraufhin wurde das für den 4. August geplante Treffen der arabischen Staatschefs abgesagt.

Als Bush am 30. November seine Bereitschaft zu einem Treffen mit Saddam ankündigte, hatten die PLO-Führer Yasser Arafat und Abou Iyad Saddam Hussein eine Geheimbotschaft übermittelt, in der sie ihm zu Gesprächen mit Bush zuredeten, ihm gleichzeitig die Freilassung aller Geiseln empfahlen sowie einen Rückzug aus Kuwait. Sie wiesen auf ein Geheimabkommen zwischen Saudi Arabien und dem Irak hin, nachdem Bagdad ein Recht auf die beiden Inseln Bubiyan und Warba habe. Mit dieser Botschaft seien Arafat, König Hussein von Jordanien und der jemenitische Vizepräsident nach Bagdad geeilt. Saddam Hussein habe sich daraufhin bereit erklärt, die ausländischen Geiseln freizulassen.

Als es nach Freilassung der ausländischen Geiseln trotz beiderseitig angekündigter Gesprächsbereitschaft zu keiner Annäherung der divergierenden Standpunkte kam, war auch Saddam Hussein klar, daß die von den USA angeführte Militärstreitmacht in Saudi Arabien tatsächlich zum Krieg gegen den Irak bereit war.

Wieso gab Saddam Hussein angesichts des massiven US-Militäraufmarsches am Golf nicht noch in letzter Minute nach?

Die Aussicht, sein Land gegen eine überwältigende Mehrheit von Feinden in den Krieg zu führen, selbst wenn ein Sieg alles andere als wahrscheinlich ist, bietet wenigstens die Garantie als Held in die arabische Geschichte einzugehen, dies umso mehr für jemanden wie Saddam Hussein, der sich selbst als Nachfolger der babylonischen Könige sieht.

Die Aussicht dagegen über ein wirtschaftlich ruiniertes Land mit völlig verarmten Bewohnern zu herrschen, bietet weder die Hoffnung auf einen ehrenvollen Tot noch auf historischen Ruhm.

Wieso hatte es Bush so eilig, seine Soldaten in den Krieg zu schicken? Wieso brachte er nicht mehr Geduld auf, bis die vom UN-Sicherheitsrat verhängten Sanktionen ihre volle Wirkung zeitigen konnten?

Er muß davon überzeugt sein, daß dieser Krieg in seinem und im Interesse seines Landes liegt. Hätte er abgewartet, bis die Sanktionen ihre Wirkung gezeigt hätten, wäre die Neue Weltordnung tatsächlich eine friedlichere geworden, allerdings eine, in die USA eine zweitrangige Machtposition hinter Europa und Japan eingenommen hätten, ohne Aussicht auf weitere Verwendung ihrer gigantischen Militärmaschinerie nach dem Ende des Kalten Krieges.

Ein militärischer Sieg dagegen könnte den Primat der militärischen Macht über die ökonomische Macht in der Neuen Weltordnung nach dem Kalten Krieg garantieren und somit den USA eine unangreifbare Hegemonie sichern.

Nur, wie wird sich diese "unipolare" Welt auf die arabischen Völker auswirken? Die Araber in fast allen Ländern begreifen den jetzt von den USA und ihren Allierten begonnenen Krieg als Rekolonisierung ihres Landes, für sie steht Bush eindeutig auf Seiten historisch überlebter und selbstsüchtiger Feudalherrscher, die stets im Interesse des Westens handelten und denen das Schicksal ihrer Untertanen gleichgültig war. Ob sich die arabischen Völker mit einer von den USA dominierten Neuen Weltordnung abfinden werden, muß angesichts des immensen politischen und sozialen Sprengstoffs in diesen Ländern allerdings bezweifelt werden. Offensichtlich haben die USA und mit ihnen die Europäer, die diesen Krieg finanzieren, weder an die Vergangenheit noch an die Zukunft dieser Region gedacht. Sonst wäre ihnen klar, daß bislang kein Krieg in dieser Region eine friedlichere Zukunft bescherte, sondern im Gegenteil den Grundstein für weitere blutige Kriege legte.

Eine Neue Weltordnung kann nur friedlich sein, wenn den sozio-ökonomischen und politischen Erwartungen der arabischen Völker Rechnung getragen wird und nicht, indem man sie weiter unterdrückt. Militärische Gewalt und doppelte Moral sind keine geeigneten Grundlagen für eine Neue Weltordnung.

Ulrike Borchardt

AL-DJUMHURIJA AL-IRAKIJ-JA

DER IRAK: GESCHICHTE, DIKTATUR, OPPOSITION

Historischer Abriß bis 1958

Fast dreihundert Jahre, von 1638 bis 1918, gehörte das Gebiet des heutigen Irak zum osmanischen Weltreich. Im Ersten Weltkrieg eroberten die Briten das Land. Sie erhielten es 1921 im Frieden von Sèvres als Mandatsgebiet zugesprochen und setzten Feisal I. als König ein.

Der Vertrag von Bagdad (30.6.1930) regelte das Mandatsverhältnis neu. Das Königreich Irak erhielt mehr Autonomie. Nuri as-Said wurde der erste Ministerpräsident des nun formal unabhängigen Staates, der politisch, wirtschaftlich und militärisch jedoch weiterhin eng an Großbritannien gebunden blieb. Im 2. Weltkrieg stand Irak auf Seiten der britischen Schutzmacht. 1945 trat das Land der Arabischen Liga bei, 1948/49 beteiligte es sich am Krieg der meisten arabischen Staaten gegen Israel.

Durch einen Militärputsch im November 1952 kam die England-freundliche Regierung von Nuri as-Said zu Fall. As-Said, von 1954 bis 1958 mit Unterbrechungen wieder Ministerpräsident, wandelte 1955 den Bündnisvertrag mit Großbritannien in einen Beistandspakt um. Anfang 1958 schloß sich Irak mit Jordanien zur Arabischen Föderation zusammen.

Am 14. Juli '58 wurde durch eine nationalistische Revolution der Nationalen Front die Monarchie gestürzt. König Feisal II, Nuri as-Said, das gesamte Königshaus und viele andere wurden getötet, die junge Arabische Föderation für aufgelöst erklärt. Die neue Militärregierung unter General Abdul Karim Kassem grenzte sich scharf vom pro-westlichen Kurs der Monarchie ab. Der Versuch einer eigenständigen, nationalen irakischen Politik brachte Kassem in Konflikte mit den pan-arabischen Kräften der Region und besonders mit dem ägyptischen Präsidenten Nasser. Ihre auf Unabhängigkeit bedachte Außenpolitik unterstrich die irakische Regierung durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur UdSSR und zur CSSR.

Am 8. Februar 1963 wurde Kassem durch eine Gruppe Offiziere gestürzt und erschossen. Neuer Staatspräsident wurde A.S.M. Aref, dem bald sein Bruder A.R.M. Aref nachfolgte. Eine Erhebung gegen Aref brachte am 17. Juli 1968 den rechten Flügel (s.u.) der Baath-Partei an die Macht; Sajjid Hasan al-Bakr wurde Staats- und Ministerpräsident. 1973 trat die Kommunistische Partei vorübergehend in die Nationale Front und die Regierung ein. Nach mehreren gescheiterten Putschversuchen mußte Hasan al-Bakr schließlich zurücktreten. Am 14. Juli 1979 kam General Sadam Hussein an die Macht.

Die irakische Opposition

Die irakische Opposition ist zersplittert, jede Strömung und Fraktion hat ihre eigene Geschichte – spätestens seit der nationalistischen Revolution von 1958 vor allem eine Geschichte von Spaltungen. Zur Nationalen Front, die damals die Macht übernahm, zählten die Baath-Partei, die Nationaldemokraten, die Unabhängigkeitspartei Istiqlal, die Kurdische Demokratische Partei sowie die Kommunisten.

Zwei syrische Obrschullehrer, Salah Bitar und Michel Aflek, hatten die Baath-Partei 1942 gegründet. Ihre Parolen: Wahda (Einheit aller arabischen Länder), Hurriya (Freiheit von Fremdherrschaft) und Ischtirakya (Sozialismus). Die Partei war weltlich, sogar anti-religiös orientiert und hatte zwei – bald auseinanderdriftende – Flügel in Syrien und in Irak.

Istiqlal, die von Ibrahim Kobbah geführte Unabhängigkeitspartei, nannte sich aus opportunistischen Gründen ebenfalls sozialistisch, war tatsächlich aber rechtsstehend mit einer starken nationalistischen Orientierung. Die Partei hatte damals einigen Einfluß in den städtischen Oberschichten und bei ranghohen Militärs.

Die sich sozialistisch definierende, von der englischen Labour-Party beeinflußte Nationaldemokratische Partei hatte Anhänger vor allem unter Intelektuellen, war aber wesentlich schwächer als die 1934 gegründete Kommunistische Partei, die sich auf die Arbeiter der Erdölindustrie und die Eisenbahner stützen konnte und eigene bewaffnete Milizen unterhielt. V.a. wegen ihrer langjährigen Untergrundarbeit war die Parteiorganisation straff organisiert und sehr diszipliniert.

Gut organisiert war auch die Kurdische Demokratische Partei. Sie war Sprachrohr der größten ethnischen Minderheit, der Kurden, die etwa ein Fünftel der irakischen Bevölkerung stellen. Beide Parteiflügel – ein linker und ein nationalistisch-konservativer – setzten sich für die Autonomie der Kurden von der Zentralregierung in Bagdad ein.

Die Nationale Front hielt nicht lange. Auf Druck der KPdSU-Führung in Moskau – die Sowjetunion war damals mehr an einem Bündnis mit dem arabischen Nationalismus als an einer ideologisch „reinen" irakischen Revolution interessiert – und von General Kassem, der ab 1959 immer mehr Macht auf seine Person konzentrierte, entwaffnete die KP ihre Milizen und löste den von ihr kontrollierten Gewerkschaftsdachverband auf. Die Einzelgewerkschaften wurden von kommunistischen Mitgliedern gesäubert. Ein radikaler, „pro-chinesischer" Flügel, der die revolutionären Ziele und Ideale der Partei verraten sah, spaltete sich daraufhin ab und ging wieder in die Illegalität. Die Haupt-

organisation wurde 1963 in den Untergrund gedrängt.
Dort fanden sich nach und nach auch viele andere Parteien wieder: die Baath-Partei, die Kurdische Demokratische Partei sowie die in der Zwischenzeit entstandenen schiitischen Strömungen Islah (Reform) und Tahrir (Befreiung).
Nach mehreren gescheiterten Umsturzversuchen verschiedener Gruppierungen (s.o) putschten sich im Juli 1968 schließlich Hassan al-Bakr und der rechte Flügel der Baath-Partei an die Macht. Der schaltete nun zunächst den linken, Syrien nahestehenden Parteiflügel aus und baute – bereits unter tatkräftiger Mithilfe Sadam Husseins – die Machtposition des „irakischen Regionalkommandos" der Partei immer stärker aus. Selbst an der Spitze von Staat, Regierung und Partei, leitete Hussein 1979 eine neue Säuberungswelle ein, bei der über 500 Spitzenfunktionäre ums Leben gekommen sein sollen.
Der linke Baath-Flügel residiert bis heute im syrischen Damaskus. Dort wurde Ende Dezember auch zum ersten Mal eine gemeinsame Erklärung von 21 irakischen Oppositionsgruppen formuliert, in der zum Sturz des Hussein-Regimes aufgerufen, aber auch der Abzug aller fremden Truppen aus der Region und Autonomie für das kurdische Volk gefordert wird. Nur eine kommunistische Gruppierung machte nicht mit: Die nach dem Namen ihrer Zeitung Tarik asch-Schaab (Weg des Volkes) benannte Organsiation stellt die Verteidigung der Nation gegen die „Droh- und Agressionspolitik von Israel und seinen westlichen Alliierten" in den Vordergrund.

Die Machtstruktur des irakischen Systems

Die Person Sadam Husseins (siehe auch Kasten 'Die Männer um Sadam') steht im Mittelpunkt, bzw. an der Spitze der irakischen Machtstruktur. So ist er unter anderem Staatspräsident, Regierungschef, Vorsitzender des Revolutionsrates, Generalsekretär der Baath-Partei, Oberkommandierender der Streitkräfte und Chef sämtlicher Geheimdienste des Landes. Zusätzlich kann Sadam jede beliebig-andere Funktion bekleiden oder provisorisch übernehmen. „Empfehlungen" oder „Ratschläge", die er ausspricht, müssen von allen ihm untergeordneten Personen befolgt werden. In einem von der Zeitschrift interim veröffentlichten Beitrag berichtet der Exil-Iraker Shaker Alhamdani in diesem Zusammenhang von einer vom Präsidenten verordneten Abmagerungsdiät, die alle Minister und der gesamte Verwaltungsapparat unter öffentlicher Kontrolle im Fernsehen mitzumachen hatten.
Der Revolutionsrat, genauer: der Revolutionäre Kommandorat, ist faktisch das wichtigste Entscheidungsorgan. Er wird wie ein Geheimbund oder Familienrat geführt. Dem Gremium gehören u.a. der Außenminister Tarik Asis, der Chef der Volksarmee Taha Yassin Ramadan (siehe unten) und der Baath-Ideologe Saddun Hammadi an; die Mehrheit der Mitglieder ist der Öffentlichkeit allerdings nicht bekannt. Eine vom Revolutionsrat selbst erlassene und auf Sadam Hussein zugeschnittene Satzung regelt die Befugnisse wie folgt:

○ Der Rat ist das höchste Gremium im Staat.
○ Der Vorsitzende des Rates ist zwangsläufig auch Präsident der Republik.
○ Der Rat nimmt nur neue Mitglieder auf, die auch in der obersten Führung der Baath-Partei arbeiten.
○ Der Vorsitzende des Rates und sein Stellvertreter (z. Zt. Izzat Ibrahim) besitzen absolute Imunität, die nur vom Rat selbst aufgehoben werden kann.
○ Alle Verordnungen des Rates haben Gesetzeskraft.
○ Der Vorsitzende des Rates und Präsident der Republik ist gleichzeitig Oberbefehlshaber der Streitkräfte und Repräsentant der Exekutive.
○ Der Vorsitzende des Rates ernennt und entläßt Minister und Richter.
○ Die namentliche Zusammensetzung des Rates wird geheimgehalten.
Noch weniger als über den Revolutionsrat ist über das sogenannte „Sonderbüro" (Vorsitzender: Sadam Hussein) bekannt. Diesem Gremium, das formal allen anderen Organen überstellt ist, gehören u.a. zwei Söhne, zwei Cousins und zwei Halbbrüder des Präsidenten an.

Im Blickpunkt: Iraks Führung — FR, 15.1.91

Die Männer um Saddam

Nur ein kleiner Kreis anger Vertrauter umgibt den irakischen Präsidenten Saddam Hussein. Der langjährige gemeinsame Kampf, aber auch verwandtschaftliche Bande bilden die Grundlage für ihren engen Zusammenhalt.

Einige der Männer aus dem engsten Machtzirkel stammen wie Saddam Hussein aus Takrit, einer etwa 150 Kilometer von Bagdad entfernt gelegenen, fast ausschließlich von Sunniten bewohnten Stadt, in der Saddam am 28. April 1937 geboren wurde. Nach der Invasion Kuwaits machte der Präsident beispielsweise einen Mitstreiter aus Takrit, den 48jährigen Ali Hassan el Madschid, zum Gouverneur des Emirats. Er war einer der Verfechter der Politik der „verbrannten Erde" in Kurdistan und der Bombardierung der kurdischen Stadt D'Halabdscha mit Giftgas, der Tausende Kurden zum Opfer fielen. Auch einige irakische Generäle wie Verteidigungsminister Hussein Rachid el Takriti, der frühere Chef der republikanischen Garde, stammen aus Takrit.

Viele enge Vertraute des Präsidenten sind zudem mit ihm verwandt. Ali Hassan el Madschid, der Gouverneur von Kuwait, ist ein Vetter ersten Grades. Saddams Schwiegersohn Hussein Kamel, der Begründer der irakischen Militärindustrie, machte eine steile Karriere unter Saddams Führung. Hussein Kamel hatte zuvor einen Zweig der Geheimpolizei geleitet.

Die irakischen Geheimdienste („Mukhabarat") sind neben der irakischen Baath-Partei der zweite Stützpfeiler des Regimes. Einer der bedeutenden Chefs des Mukhabarat ist der 54jährige Fadhil Barrak el Takriti. Er ist zudem Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates, wo auch Hussein Kamel wiederzufinden ist. Diese beiden Männer sind Beobachtern zufolge für den geheimen Technologietransfer vom Ausland nach Irak sowie für den Kauf kriegswichtigen strategischen Materials verantwortlich. In Europa werden Fadhil Barrak und Hussein Kamel vom Halbbruder Saddam Husseins, dem Chef der irakischen Delegation bei der Außenstelle der Vereinten Nationen und ehemaligen Geheimdienstchef Barzan Ibrahim Takriti, unterstützt.

Unter den Männern um den Präsidenten sind auch einige langjährige Mitstreiter aus der Baath-Partei zu finden. Da ist der 48jährige Issat Ibrahim, der Vizepräsident des Revolutionskommandorates, des höchsten Regierungsgremiums. Seine Tochter hat den Sohn Saddams, Oudai, geheiratet. Die „Nummer drei", der stellvertretende Ministerpräsident Taha Jassin Ramadan (52), gründete 1970 die „Volksarmee", eine allgegenwärtige Miliz der Baath-Partei, die im Notfall 700 000 Mann mobilisieren kann.

Zum Präsidentenzirkel gehören jedoch auch einige Intellektuelle. Neben Außenminister Tarek Asis ist da der 61jährige Saadun Hammadi, ein sehr alter Freund des Präsidenten, der Mitglied des Revolutionskommandorats und stellvertretender Ministerpräsident ist. Er studierte Wirtschaftswissenschaften in Wisconsin in den USA und gilt als Anhänger der freien Marktwirtschaft. (AFP)

Die Geheimdienste

(Fortsetzung Irak)

Obwohl die Baath-Partei nach einem Gesetz von 1974 die Führungsrolle in Staat und Gesellschaft innehaben müßte, spielt die Organisation innerhalb des Machtgeflechts keine allzu große Rolle. Die Partei hat rund 50.000 Mitglieder und mehr als 1 Million „Sympathisanten" in Massenorganisationen. Wer einmal Mitglied geworden ist, darf nicht mehr austreten; die Mitgliedschaft erlischt erst mit dem Tod. Laut 'Frankfurter Rundschau' sollen Austritts-Versuche als Desertion gewertet und mit dem Tod bestraft worden sein.

Wie erwähnt, unterstehen Sadam Hussein auch alle irakischen Geheimdienste. Im einzelnen handelt es sich dabei um den Allgemeinen Nachrichtendienst, den Nationalen Sicherheitsdienst, den Militärischen Nachrichtendienst, den Nachrichtendienst der Baath-Partei sowie den Sonderuntersuchungsausschuß in Kirkuk. Der Allgemeine Nachrichtendienst wird von einem Bruder und einem Sohn Sadams geleitet. Die Führungskader erhielten Ausbildungen u.a. in der DDR, der BRD und den USA. Neben den üblichen Geheimdienstaufgaben ist dieser Dienst auch mit psychologischer Kriegsführung und Propaganda nach innen und außen beauftragt. Für die Belange der „Inneren Sicherheit" ist der Nationale Sicherheitsdienst zuständig. Dieser Dienst hat die weitreichendsten Vollmachten, ist am meisten gefürchtet und kontrolliert auch das „Amt der allgemeinen Sicherheit", das formal zur Polizei gehört. Auch den Militärgeheimdienst leitet ein Halbbruder Sadam Husseins. Dieser Dienst hat die militärische Auslandsspionage und die Überwachung der eigenen Streitkräfte zur Aufgabe. Der Parteigeheimdienst schließlich spioniert ideologischen Abweichlern nach. Vollmachten eines Sondergerichtes besitzt der Sonderuntersuchungsausschuß in Kirkuk. Er „kümmert" sich hauptsächlich um die kurdische Widerstandsbewegung und die gesamte Opposition im irakischen Teil Kurdistans.

Neben den Streitkräften mit den regulären Waffengattungen Heer, Luftwaffe und Marine (letztere sehr klein) gibt es im Irak noch weitere bewaffnete Formationen. Die in den letzten Wochen viel-zitierte Republikanische Garde ist die Elite-Truppe des Landes. Sie ist technisch hochgerüstet und wurde sowohl im Iranisch-Irakischen Krieg (1980 bis 1988) in Entscheidungsschlachten als auch bei der Besetzung Kuweits eingesetzt. Die Volksarmee ist praktisch die Miliz der Baath-Partei und untersteht dem schon erwähnten Baath-Ideologen und -Organisator Taha Yassin Ramadan. Sie wurde früher als Mobiliserungsreserve der Armee betrachtet, spielte aber in der Schlußphase der Krieges gegen Iran eine eigene Militärrolle. Verschiedenen Schätzungen zufolge kann die Volksarmee zusammen mit weiteren, ihr unterstellten Milizen mehr als 1 Million Bewaffnete auf die Beine bringen. Aus der Republikanischen Garde ist die Präsidialgarde hervorgegangen. Sie dient ausschließlich dem persönlichen Schutz Sadam Husseins.

R.

KRIEG UND FLUCHT IN KURDISTAN

TÜRKEI / IRAK

- 500 000 Menschen schon vor Beginn des Golfkrieges geflohen
- In den letzten Tagen flohen: 300 000 Menschen der Stadt Diyarbakir (600 000 Einwohner) und 3/4 der Bewohner der grenznahen Städte Cizre & Silopi
- Alle relevanten Hospitäler & Überlandbusse vom türkischen Militär beschlagnahmt
- Frauen & Kinder & alte Menschen existieren hilflos in Winterkälte entlang den großen Landstraßen in Erdlöchern, Viehställen & im Freien.
- Türkische Regierung verhindert jegliche Schutzmaßnahme & selbst die minimalste Versorgung der Betroffenen

Während die Regierung in Ankara die durchaus erwünschte Entvölkerung Kurdistans auch dadurch fördert, daß ihre Armee die Felder der Vertriebenen mit Flammenwerfern & Bulldozern dauerhaft vernichtet, fliegen die in diesem Land stationierten NATO-Kampfbomber ihre tödlichen Einsätze auf die nord-irakische Kurdenstadt Zakho. Um denen, die dort im Sommer 1988 die Giftgasangriffe Saddam Husseins überlebten, im „Namen der Freiheit" endgültig den Rest zu geben.

STOPPT DEN GOLFKRIEG – FRIEDEN JETZT – „NEIN" ZUR ZERSTÖRUNG KURDISTANS

Medico international hat nahe der irakisch-türkischen Grenze ein sofortiges Hilfsprogramm für die Flüchtlinge eröffnet.
HELFEN SIE UNS BITTE JETZT, DAMIT WIR RASCH & WIRKUNGSVOLL HELFEN KÖNNEN.
STICHWORT: „Flüchtlingshilfe" (Irak / Türkei)
Spendenkonten:
1800 bei der Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 501 02)
oder Postgiro Köln 6999 - 508

medico international
Obermainanlage 7 6000 Frankfurt 1
Tel 069 / 4990041

»DIE LEUTE GLAUBEN, ALLE IRAKER SIND SADAM HUSSEIN«

INTERVIEW MIT IRAKISCHEN OPPOSITIONELLEN

Abdulsattar Abed und Abdulwakab Abid leben seit rund sechs Jahren in der BRD. Beide haben den Irak aus politischen Gründen, d.h. weil sie das Regime Sadam Husseins ablehnen, verlassen.

Anmerkungen:

1.Die von den Gesprächspartnern im ersten Teil des Gesprächs genannten Daten und Jahreszahlen weichen zum Teil von denen im historischen Überblick (s.o.) ab, die aus Lexika und anderen Quellen entnommen wurden.

2. Abdulsattar Abed kam erst später zu der Verabredung; deshalb wird nur Abid zu seiner Biografie befragt.

3. Das Gespräch wird gekürzt und sprachlich leicht bearbeitet wiedergegeben. Auslassungen sind mit ... gekennzeichnet.
R.

atom: Können Sie berichten, wie und warum Sie in die Bundesrepublik gekommen sind?

Abid: Ich bin Kurde. Ich habe Irak 1979 verlassen. Ich war dort Oberschullehrer, später habe ich auch als Lehrer in Algerien gearbeitet. Nach vielen Schwierigkeiten mit der irakischen Botschaft in Algier, einen Pass zu bekommen, bin ich nach Deutschland geflogen, um hier vielleicht ein Stipendium zu bekommen. Das war aber aus verschiedenen Gründen problematisch, und ich konnte hier nicht studieren. ... Die Regierung, das System im Irak hat uns unterdrückt, die Studenten und auch die Lehrer. Viele Lehrer konnten nicht mehr in ihrem Beruf tätig sein und mußten woanders arbeiten. Viele Lehrer haben Irak verlassen.

atom: Geben Sie bitte einen kurzen Überblick über die Gesichte der irakischen Opposition.

Abed: Ja, das fängt eigentlich mit 1934 an. Im Jahr 1934 und später wurden mehrere irakische Parteien gegründet. Zum Beispiel die Kommunistische Partei '34, später die Baath-Partei und die Demokratische Kurdische Partei. Und noch später wurden auch andere Parteien gegründet. ... Bis zu den 70er Jahren konnten diese Parteien politisch arbeiten. 1975 wurde die Kurdische Demokratische Partei in die Illegalität gedrängt, das heißt, sie wurde verboten. Und die Kommunistische Partei wurde genau zwischen '78 und '79 verboten. Und die Baath-Partei ist endgültig ah der Macht seit 1978. Seit den 70er Jahren sind also die oppositionellen Parteien illegal, außer der Baath-Partei, die durch einen Putsch an die Macht kam. Die hat die ganzen anderen Parteien verfolgt und in den Untergrund gedrängt. 1978 kam die Baath-Partei also wieder an die Macht ...Vorher, 1970, hatte sie noch einen Vertrag mit der Kurdischen Demokratischen Partei unterschrieben, um Kurdistan später die Autonomie zu geben.... Die Baath-Partei blieb also die einzige Partei im Land und alle anderen Parteien sind seitdem illegal. Es gibt sie noch, aber alle arbeiten illegal.

atom: Wie ist die Situation der Opposition heute?

Abed: Seit dem Krieg zwischen Irak und Iran wurden mehrere islamische oder religiöse Parteien gegründet, ungefähr vier verschiedene religiöse Parteien und einige arabische Parteien. Vor sechs oder sieben Monaten wurden auch in Kurdistan einige religiöse Parteien gegründet. Das heißt, es gibt jetzt noch mehr Parteien im Irak, die illegal arbeiten. Darunter auch ganz kleine Parteien, wie die Arabische Sozialistische Partei und verschiedene politische Strömungen in Kurdistan, entweder nationalistische oder religiöse Richtungen. Und es gibt auch eine kurdische sozialistische Partei, die vor allem auf dem Land arbeitet ... Alle Parteien sind in einer Front. Die Führer sind im Moment alle im Ausland. Die Front ist in Syrien, dort sind die ganzen irakischen Parteien. Nur einige der islamischen Parteien sind im Iran ... Viele Mitglieder der Parteien sind aber noch im Irak, bis 1988 z.B. waren viele in den befreiten Gebieten von Kurdistan, zum Teil als Partisanen organisiert. Es gab in Kurdistan schon immer bewaffneten Widerstand, seit 1976. Damals haben die Parteien in Kurdistan ihre Partisanengruppen aufgebaut, und seitdem kämpfen sie dort. 1979 wurden sie sehr stark, und sie hatten eigene befreite Gebiete. Die wurden später zu verbotenen Zonen erklärt, kein Mensch durfte dahin oder sie besuchen oder sich dort bewegen.

atom: Welche gemeinsamen Positionen hat die Oppositionsfront?

Abed: Gemeinsame Forderungen der Front sind Demokratie für Irak, und Autonomie für Kurdistan ... Unter diesen Forderungen arbeiten die Front und alle Parteien. Jetzt, in dieser Situation, der Kriegssituation, haben alle Parteien und die Front ihre Position veröffentlicht: Rückzug der irakischen Einheiten aus Kuweit, gleichzeitig der Abzug ausländischer Truppen aus Saudi-Arabien und eine internationale Friedenskonferenz für die Probleme des Nahen Ostens, besonders für die Probleme der Kurden und der Palästinenser. ... Das ist die Forderung von allen Front-Parteien.

atom: Gibt es gemeinsame Strukturen, besteht die Möglichkeit zur Diskussion innerhalb dieser Front?

Abid: Es gibt in der Front regelmäßige Sitzungen und Treffen im Ausland. Vor dem Krieg gab es zwei Konferenzen, eine in London und eine in Syrien. Und da wurde natürlich auch ein Flugblatt geschrieben, in dem die Position klar gemacht wurden: Gegen die irakische Führung, gegen die irakische Baath-Partei, aber auch gegen den Einmarsch von fremden Truppen im Irak. Und natürlich haben sie gesagt, daß die Probleme durch die irakische Führung verursacht wurden, aber auch, daß das eine irakische Angelegenheit ist. Es geht nicht, daß die amerikanischen oder europäischen Truppen in den Irak einmarschieren ...

Abed: Ich möchte einen Teil einer Resolution von irakischen Oppositionsgrupen, die in der BRD arbeiten, vorlesen:... Wir, die demokratische irakische Opposition in der BRD, möchten nochmals unterstreichen, daß das Regime des Diktators Sadam Hussein die volle Verantwortung für diese Krise und deren Folgen tragen muß. Jedoch müssen wir feststellen, daß das Streben nach einer friedlichen Lösung dieser Krise nicht ernsthaft bzw. zu spät betrieben wurde. Die amerikanische Administration hat von Anfang an eine militärische Lösung bevorzugt und darauf gedrängt. Hier (auf dem Band unverständlich) ... darf nicht mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden, die irakische Bevölkerung darf nicht für die kriminellen Machenschaften des Diktators Sadam Hussein bestraft werden ...

atom: Haben Sie zur Zeit Kontakte zu Ihrer Heimat, zum Beispiel über Telefon oder Radio?

Abid: Telefonieren geht nicht mehr, seitdem der Krieg angefangen hat. Zuerst haben sie den Telefonturm bombardiert, und so haben wir natürlich keinen Kontakt mehr ...

Abed: Radiohören ging bis vor kurzem noch, wir haben neulich die Sendung mit dem Titel 'Mutter aller Schlachten' gehört, aber seit zwei Tagen geht das nicht mehr, kann man Radio Bagdad nicht mehr kriegen. Wahrscheinlich wurde der Sender bombardiert ...

atom: Treffen sich die Iraker in Göttingen regelmäßig, um Informationen auszutauschen?

Abed: Die Iraker treffen sich täglich, jedenfalls die meisten Iraker treffen sich täglich. Besonders seit Beginn der Krise haben wir versucht, die Iraker zusammenzubringen und über die ganze Situation zu diskutieren ... Und wir hatten eigentlich einigermaßen Erfolg in dieser Sache. Die Iraker sind nicht einer Meinung, wir haben verschiedene Meinungen, und es war schwierig, alle zusammenzubringen. Wir haben hier trotzdem ein

kleines ... Komitee gegründet, die Iraker, die in Göttingen sind, unter dem Namen 'Irakische Friedensgruppe Göttingen'. Wir hatten letzte Woche eine Aktion organisiert und Öffentlichkeitsarbeit gemacht Und letzten Samstag war eine Schweigestunde in Göttingen, die von den Irakern organisiert wurde, und dafür konnten wir die Solidarität von verschiedenen deutschen Gruppen kriegen ...

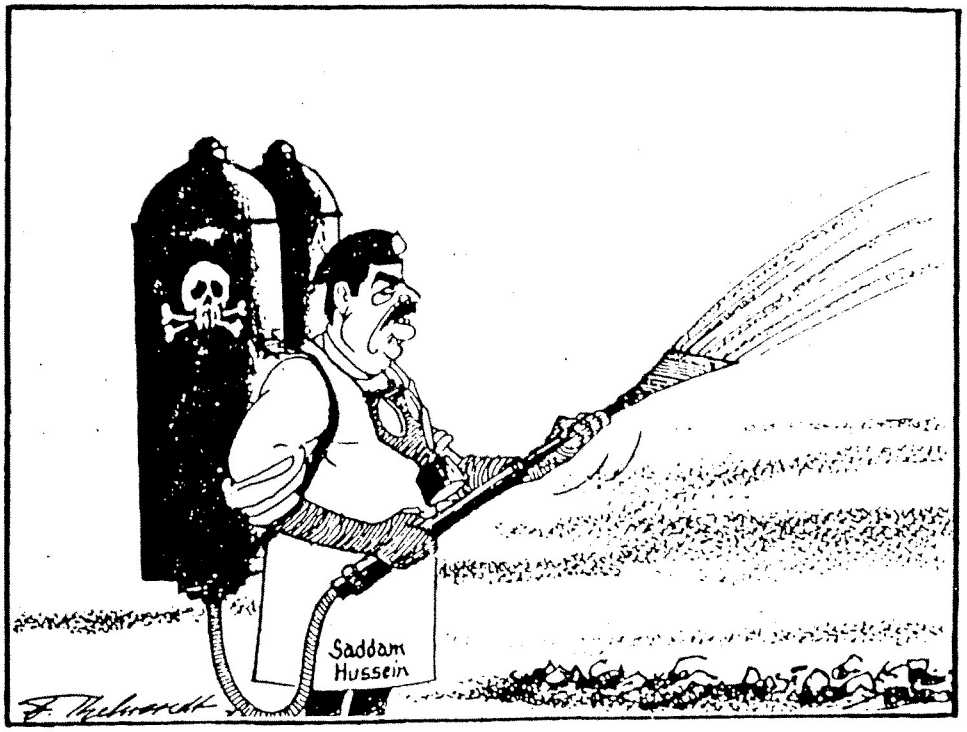
atom: Wie reagiert denn die Bevölkerung auf Sie?

Abid: Das ist schwierig in paar Worten zu erklären ... Früher haben wir, die irakische Opposition, viele Aktivitäten und Aktionen in Göttingen gemacht, und wir haben immer über unsere Situation, die irakische Situation und die kurdische Situation, erzählt, aber es gab sehr wenig Interesse an dieser Sache. Und im Moment sehen wir, daß das Interesse groß ist, und viele Leute wollen viele Informationen darüber haben. Aber manchmal, wenn ich auf der Straße bin und Flugblätter verteile, dann werde ich gefragt, woher ich komme. Dann sage ich, ich bin aus dem Irak. Viele Leute haben dann entweder Angst oder sind ganz vorsichtig. Sie glauben wohl, alle Iraker sind Sadam Hussein. Und das kommt, finde ich, von der Unwissenheit dieser Leute. Und für uns ist das sehr schwierig ... Und manchmal fühle ich, daß ich von diesen Leuten beleidigt werde. Aber auf der Straße ist es schwierig, mit den Leuten so umzugehen ... Manchmal war das für mich sehr schlimm. Vor dem Krieg habe ich ein paar Mal Flugblätter verteilt und habe mehrere Deutsche getroffen. Dann haben sie mir gesagt, so direkt ins Gesicht, ja, daß Irak vernichtet werden soll. Weil Sadam Hussein Präsident ist, und wir, die Deutschen und die westlichen Länder, kriegen viele Schwierigkeiten. Deswegen muß das Gebiet vernichtet werden. Und das finde ich unmoralisch ... Trotzdem, wir waren sehr ruhig, und wir haben weiter unsere politische Meinungen ausgetauscht mit diesen Leuten.

atom: Was können und was wollen Sie von hier konkret gegen den Krieg und gegen das Leiden im Irak unternehmen;

Abed: Wir versuchen, mit verschiedenen deutschen Gruppen, besonders dem Deutschen Roten Kreuz oder anderen Hilfsorganisationen, Kontakt aufzunehmen. Wahrscheinlich können wir durch diese Initiativen was ins Land schicken, besonders Medikamente, und andere Sachen, die sehr notwendig sind im Moment, wo es tausende oder sogar Millionen Flüchtlinge gibt. die jetzt keine Wohnung mehr haben ...

Abid: Die Allianz bombardiert jedes Stück, jeden Meter des Landes Irak, und sie vernichten jede menschliche Stimme. Sie hatten zuerst gesagt, sie wollten nur die militärischen Ziele angreifen. Aber wir haben schon bemerkt, daß sie nicht nur militärische Ziele angreifen, sondern auch die Bevölkerung vernichten. ... Und unsere Geschichte auch, unsere irakische Geschichte vernichten sie. Es soll keinen Irak mehr geben in der Zukunft ... Wir haben Angst, wenn die Alliierten und die USA dieses Land kontrollieren, dann können sie ihre Ziele erreichen. Das heißt auch, Irak in verschiedene Länder aufteilen. Auch in diesem Sinne werden wir unserer Bevölkerung helfen und die deutsche Öffentlichkeit auf diese Sache aufmerksam machen...



DAS SYSTEM IM IRAK

Iraks Opposition FR, 8.2.91

Gegner Saddams in vielen Lagern

Iraks *Kommunisten* haben lange als stärkste potentielle Opposition gegolten — seit 1963, als die erste Nationale Front weggeputscht wurde. Von 1971 bis 1978 waren sie wieder an der (zweiten) Nationalen Front beteiligt. Teile der Partei banden sich gelegentlich an die Bagdader Regierung, während andere sich verweigerten, abgelehnt oder umgebracht wurden; jedesmal war eine neue Zersplitterung in der Opposition die Folge.

Die *Sozialistische Arabische Baath-Partei* ist dezidiert pro-syrisch. Wegen ihrer Beziehungen zu manchen Fraktionen der Palästinenser-Bewegung scheint sich ihr eine KP-Fraktion anzunähern, die sich (wie andere Oppositionelle argwöhnen) nur noch aus taktischen Erwägungen kritisch gegenüber Bagdad äußert.

Andere Oppositionsgruppen stehen Iran nahe. Die schiitische *ad-Dawa* (Verkündigung), besonders im irakischen Süden verankert, residiert in Teheran. Das Regime hat sie während des irakisch-iranischen Krieges zeitweise gefürchtet. Eine Reihe von Bombenanschlägen soll damals von der *Dawa* verübt worden sein. Auch der *Höchste Rat der Islamischen Revolution in Irak* residiert in Teheran. Seit ab 1971 mehr als 30000 Schiitten gewaltsam über die iranische Grenze vertrieben und der höchste schiitische Würdenträger Iraks, Ayatollah Bakr al-Sadr, mit seiner Familie umgebracht wurde (April 1980), ist die schiitische Bewegung im Irak desorganisiert, im Exil um so stärker vertreten.

Der *kurdischen* Opposition kommt für die Zukunft besondere Bedeutung zu. Seit den Giftgasangriffen (Halabscha 1988) sehen sich Iraks Kurden der Massenvernichtung ausgesetzt. Die erzwungene Umsiedlung aus einem 30 Kilometer breiten Grenzstreifen in die dürre Gezira-Region wird von manchen Beobachtern mit dem osmanischen Massaker von 1915 an den Armeniern verglichen. Die *Kurdische Demokratische Partei* (Barzani), nationalistisch und nur zu Teilen links, ist ohnehin unversöhnlich. Die *Patriotische Union Kurdistans* (Talabani-Gruppe) hat zwar nach 1971 zeitweise in der Nationalen Front mitgearbeitet, ist in ihren Autonomie-Hoffnungen aber bitter enttäuscht worden. Die Abspaltung der marxistischen Gruppe *Alay Sores* (Fahne der Revolution) prangert vor allem den „auf Massenmord, Militarisierung und Faschismus" gerichteten Charakter des Regimes an. Die *Kurdistan-Front* steht der irakischen KP nahe und umfaßt auch die kurdische KP-Sektion, verzichtet aber im Unterschied zur KP nicht auf Regimekritik.

Nicht einzuschätzen ist der Einfluß der *Hizb al-jadid al-Umma* (Partei der Neuen Arabischen Gemeinschaft), die sich auf einflußreiche Kreise in den Golf-Emiraten stützt. Und wie viele Iraker in den Städten in der Zeit nach Saddam Hussein sich an den älteren „bürgerlich-demokratischen" Parteien orientieren werden, die im Lande organisatorisch längst zerschlagen sind, läßt sich gar nicht ermessen. gro

IM SCHATTEN DES KRIEGES

ZUR LAGE IN KURDISTAN

Nachdem es dem irakischen Regime 1988 dank internationaler Unterstützung schießlich gelungen war, die iranischen Truppen zurückzudrängen und die Bedingungen für den Waffenstillstand zu diktieren, nutzte Saddam Hussein die Gunst der Stunde, um "schnell noch" mit den Kurden aufzuräumen: mit massiven Giftgaseinsätzen und Bombardierungen wurden tausende von Kurden niedergemetzelt.
Während Saddams einstige Freunde in Washington, Paris, London und Bonn nun als "Vorkämpfer der Demokratie" den Rest der Welt gegen den "Schlächter von Bagdad auf Linie bringen, hat nunmehr die Türkei - als Frontstaat an der Grenze zum Irak erkannt, um wiederum im Schatten eines (bevorstehenden) Golfkrieges und unterstützt von denselben "Freunden" mit "ihren" Kurden abzurechnen, deren Bewegung in den letzten Jahren zunehmend an Stärke gewonnen hatte, wie der Volksaufstand im Frühjahr des Jahres eindrücklich unterstrich. Bereits am 6. August hat die Türkei im Europarat in Straßburg die Aufhebung der Menschenrechte in den kurdischen Provinzen bekannt gegeben. Inzwischen werden jede Woche hunderte von Menschen festgenommen. Oppositionelle auf offener Straße von türkischen Soldaten erschossen. Das Embargo gegen den Irak wird genutzt, um die Menschen in der Region ökonomisch auszuhungern und zur Migration zu zwingen; ergänzt durch Terrorakte der Soldaten, wie z.B. dem Niederbrennen von Häusern, Wäldern und Anbauflächen.

Obwohl der Irak für die türkische Wirtschaft wichtiger Handelspartner und Öllieferant war, hatte sich die Türkei als treuer Verbündeter der USA innerhalb einer Woche dem Embargobeschluß des UN-Sicherheitsrates angeschlossen und die über türkisches Territorium führende irakische Pipeline geschlossen. Wenige Tage später erschien US-Außenminister Baker in der Türkei, um über die Benutzung der US- und NATO-Basen in der Türkei für den Truppenaufmarsch in Saudi Arabien und über militärische Einsätze zu verhandeln. Auf den US-Stützpunkten herrschte bereits in den ersten Tage der Krise Hochbetrieb, was in der türkischen Presse ausführlich dokumentiert wurde. Die türkische Regierung hatte insgeheim die Erlaubnis gegeben, zusätzlich US-Kriegsflugzeuge in Incirlik zu stationieren. Staatspräsident Turgut Özal setzte sich über alle in der türkischen Gesellschaft laut werdenden Proteste gegen eine Parteinahme für die USA und damit die mögliche Beteiligung der Türkei an einem bewaffneten Konflikt hinweg. Das Parlament schließlich übertrug der Regierung die Vollmacht, allein über einen Kriegsbeitritt der Türkei zu entscheiden. Während seines Besuch in den USA Ende September erklärte Özahl sogar, daß es von Seiten der Türkei keine Einwände gäbe, sich an militärischen Sanktionen

gegen den Irak zu beteiligen, wenn diese von der UNO beschlossen werden.
Die USA und der Westen erkannte die Kooperationsbereitschaft der Türkei an.

NATO-Generalsekretär Wörner erklärte gegenüber der türkischen Zeitung Millyet: *"Die Türkei hat angesichts der Krise ohne zu zögern ein vorbildliches Verhalten an den Tag gelegt. Ich muß ihr meine ehrliche Bewunderung aussprechen. (...) Nach Beendigung der Krise wird die Türkei eine wichtige Rolle bei der Wahrung der Stabilität in der Region spielen. Es gibt zwar noch keine konkreten Pläne, aber ich kann soviel sagen, daß eine Neuordnung des Mittleren Ostens ohne die Türkei nicht möglich sein wird."*
Die Aufwertung, die die Türkei durch die Golfkrise erfahren hat, nachdem mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation ihre Bedeutung eher abgenommen hatte, will sie sich bezahlen lassen. Die türkische Regierung erwartet eine positivere europäische Haltung zum von der Türkei beantragten EG-Beitritt und fordert von den USA mehr Militärhilfe, die bisher immer im Verhältnis 7:10 an Griechenland und die Türkei vergeben worden war. Gleichzeitig wird in Washington und Ankara über den Aufbau eines neuen prowestlichen Bündnissystems nach dem Muster des Bagdad-Paktes der 50iger Jahre nachgedacht. Zentrum eines solchen Bündnisses, das die prowestlichen Staaten der Region umfassen und den Status Quo in der Region bewahren soll, wäre sicher die Türkei. Auch in Menschenrechtsfragen erwartet die türkische Regierung Zugeständnisse, wie ihr Vorstoß zur Aufhebung der Grundrechte in den kurdischen Provinzen im Europarat zeigt (s.u.). Ob die Türkei allerdings in diesem Rahmen ihre Ansprüche auf bisher irakisches Territorium verwirklichen kann, scheint zweifelhaft.

Türkische Expansionspläne

Seit Beginn der Golfkrise werden in der Türkei wieder öffentlich Ansprüche auf Mossul Kerkuk angemeldet. Das Gebiet von Mossul und Kerkuk, in dem mehrheitlich Kurden, aber auch eine turkmenische Minderheit, leben, ist aufgrund seines Ölreichtums von der Türkei begehrt worden. Bei der Aufteilung des Nahen Osten nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches erhob die Türkei den Anspruch auf das Mossul-Gebiet, das Großbritannien seinem Mandatsgebiet Irak einverleiben wollte. Dritte Partei waren die Kurden, die versuchten, die Gründung eines unabhängigen kurdischen Staates durchzusetzen. Der Völkerbund entschied schließlich im Sinne Großbritanniens und sprach das Gebiet dem Irak zu.
Als 1987 während des iranisch-irakischen Krieges die irakische Front zusammenzubrechen drohte und die Gefahr bestand, daß die kurdische Bewegung mit iranischer Unterstützung das Gebiet samt seiner Ölquellen unter ihre Kontrolle bringt, wurden in Ankara mit amerikanischer Unterstützung Szenarien entworfen, das Gebiet von Kerkuk und Mossul zu besetzten. 1983, 1986 und 1987 war das türkische Militär bereits (gedeckt durch ein türkisch irakisches Abkommen über grenzüberschreitende Verfolgung) im kurdischen Nordirak eingedrungen, um kurdische Stellungen und Dörfer anzugreifen.
Die aktuelle Diskussion über eine Besetzung von Kerkuk und Mossul wird mit angeblichen amerikanischen Plänen gerechtfertigt, den irakischen Kurden als Gegenleistung für ihre Beteiligung an militärischen Aktionen gegen Saddam einen eigenen Staat im Nordirak zuzugestehen.
Einen Kurdenstaat oder auch eine Autonomie, die die Kurden im Irak anders als im Fall der heute praktizierten Scheinautonomie wirklich an Macht und Entscheidungen beteiligt, ist für die Türkei aufgrund der Brisanz der Kurdenfrage innerhalb ihrer eigenen Grenzen mit ihren selbstdefinierten "Sicherheitsinteressen" unvereinbar. Ein eigenständiges Kurdistan würde, so die türkischen Befürchtungen zu einem Sprungbrett und Rückzugsgebiet für die Kurdenbewegung in der Türkei. Schon vor Monaten wurde in türkischen Militärkreisen die Möglichkeit diskutiert, die PKK in ihren jenseits der Grenze befindlichen Lagern und Rückzugsgebieten anzugreifen, die sich zum Teil auf der irakischen Seite der Grenze befinden. Insofern besteht ein türkischer Anspruch, das Geschehen im Irak mitzubestimmen. Auch die Ölvorräte des irakischen Nordens stellen einen Anreiz für die von Erdölimporten abhängige Türkei dar. Es ist jedoch zweifelhaft, ob die USA eine solche kurdische Option wirklich ernsthaft verfolgen. Eine amerikanische Unterstützung für die irakischen Kurden würde zu einer Verschlechterung der amerikanisch-türkischen Beziehungen führen, an der die USA während der jetzigen Krise kein Interesse haben können. Die USA haben die Kurden bisher allenfalls als Destabilisierungsfaktor benutzt. Kurdische Eigenstaatlichkeit oder Eigenständigkeit haben sie, auch zu Zeiten der amerikanischen Unterstützung für die irakische Kurdenbewegung (1974/75), nie befürwortet (1). Die Türkei, der der kurdische Unabhängigkeitskampf innerhalb der eigenen Grenzen zunehmend Schwierigkeiten bereitet, ginge bei einer Besetzung des irakischen Nordens das Risiko ein, daß die Widerstandsbereitschaft der Kurden sich noch verstärken würde und die erfahrene irakische Kurdenbewegung als zusätzlicher Gegner hinzukäme.
Für den Fall eines offenen Kriegsausbruchs im Golf ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß die Grenzen im Nahen Osten neu gezogen werden. Für diesen Fall beansprucht die Türkei, wie Turgut Özahl es formuliert, bei Entscheidungen über die Zukunft des Irak mit am Tisch zu sitzen. Diese türkische Forderung war auch Gegenstand der Gespräche zwischen US-Präsident Bush und dem türkischen Staatspräsidenten Ende September in New York.

Truppenaufmarsch in der kurdischen Grenzregion

Für die kurdische Bevölkerung hatte die Beteiligung der Türkei am UN-Embargo unmittelbar negative Folgen. Den Bewohnern der kurdischen Kleinstädte entlang "Seidenstraße", die mit Restaurationsbetrieben, Werkstätten, Servicestationen und Geldwechsel bisher von dem dichten LKW-Verkehr aus und in den Irak gelebt hatten, droht nun der finanzielle Ruin. Zwar haben die EG, Japan und der kuwaitische Emir der Türkei zugesagt für die durch das Embargo erlittenen Verluste aufzukommen. Die Bewohner der jahrzehntelang unterentwickelt gehaltenen Region sind sich hingegen sicher, daß dieses Geld niemals bei ihnen ankommen wird. Die Folge ist eine erneute Auswanderungswelle aus Kurdistan, zu Tausenden verlasssen die Menschen ihre Dörfer und Städte.
Gleichzeitig begannen in der Botan-Region, bisher Zentrum der Guerillaaktivitäten der PKK, intensive Kriegsvorbereitungen . Ein Krisenstab aus Vertretern der Regierung und des Oberkommandos der Armee wurde gebildet. 40.000 zusätzliche Truppen wurden zum Teil in die Grenzregion befördert. 150 Flugzeuge der türkischen Luftwaffe vom Typ F 199, F 104 und F4 wurden auf die Militärflughäfen Batmann, Erhac und Diyarbakir im kurdischen Gebiet verlegt.
Zweidrittel der öffentlichen Telefonleitungen wurden für das Militär reserviert. Das Krankenhauspersonal in den kurdischen Städten erhielt Urlaubsverbot. Die Grenzregion wurde für Journalisten gesperrt.
In der gesamten Türkei wurden Streiks verboten und unterbrochen, so ein Streik der türkischen Beschäftigten auf dem US-Stützpunkt Incirlik und Streiks in der petrochemischen Industrie. Im Zuge des Militäraufmarsches an der türkisch-irakischen Grenze wurden die Vorbereitungen für den seit der Verschärfung des Ausnahmezustandes im April erwarteten Großangriff auf die kurdische Guerilla und die mit ihr sympathisierende Bevölkerung intensiviert. Das NATO-Manöver "Deterrent Force II" welches von der schnellen Eingreiftruppe der NATO, der AMF, unter Beteiligung von Bundeswehrverbänden direkt im kurdischen Grenzgebiet (zum Irak) durchgeführt wurde, begann - obwohl erst für Oktober geplant - bereits am 11. September. Beobachtern zufolge wurde im Rahmen dieses Manövers die Infrastruktur der Region für den bevorstehenden Krieg ausgebaut: So wurden Straßen für den Transport von Kriegsgerät tauglich gemacht, Krankenhäuser in der Region mit modernen medizinischen Einrichtungen ausgestattet. Gerüchten zufolge wurden im Rahmes des Manövers Rüstungsgüter aus Bundeswehrbeständen in die Krisenregion geschafft. Sicher ist, daß die im Zuge der Modernisierung der türkischen Streitkräfte geplante Lieferung von 120 modernisierten Leopard 1-Panzern aus der BRD in den Monaten August bis Oktober 1990 statt gefunden hat
Die "Bild"-Zeitung berichtete, daß beim Führungsstab der Bundeswehr Pläne entwickelt wurden, bei einer Eskalation in der Golfkrise innerhalb von drei Tagen ein 60-Tornado-Flugzeuge umfassendes Geschwader der Bundeswehr auf einen NATO-Stützpunkt in der Türkei zu schicken. Auf Nachfragen der taz dementierte ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums diese Meldung insofern, daß es *"keine aktu-*

elle Planung" der Bundesregierung gäbe, schloß aber nicht aus, daß deutsche Flugzeuge in die Türkei verlegt werden können: bereits in der Vergangenheit hätten deutsche Kampfflugzeuge die Türkei als NATO-Partner angeflogen (2).
An die türkischen Truppen in der Grenzregion wurden öffentlich Gasmasken verteilt, während in den kurdischen Städten keinerlei Zivilschutzmaßnahmen für den Fall eines irakischen Angriffs getroffen wurden. Dabei ist klar, daß die Städte Cizre und Batman durch strategisch wichtige Einrichtungen wie die Erdölraffinerie und der Militärflughafen in Batman und die Tigrisbrücke in Cizre im Kriegsfall bevorzugte Ziele irakischer Angriffe sein werden. Der Bürgermeister von Cizre wandte sich an die türkische Regierung in Ankara, um Gasmasken für die örtliche Bevölkerung zu bekommen, das wurde jedoch abgelehnt. Die lokale kurdische Bevölkerung befürchtet, daß sich Angriffe in erster Linie gegen sie richten werden. Sie sitzen in der Falle zwischen irakischen und türkischen Militärs.

Die Position der kurdischen Organisationen in der Türkei

Am 15. August veröffentlichte die ERNK, die Frontorganisation der PKK, eine Erklärung, in der sie den imperialistischen Aufmarsch in der Region und den irakischen Überfall auf Kuwait verurteilte. Damit trat sie in der türkischen Presse verbreiteten Gerüchten entgegen, die PKK habe sich im Golfkonflikt auf die Seiten Saddam Hussein gestellt. In der Erklärung heißt es:
"(..) Es sind die imperialistischen Staaten selbst, die den Irak durch die Lieferung chemischer Waffen in ein Pulverfaß verwandelt haben. Somit ist es unumgänglich, daß der Irak, den die imperialistischen Staaten aufgerüstet und aufgehetzt haben, die Völker des Mittleren Ostens in einen Krieg hineinzieht, auch wenn es sein eigenes Ende bedeutet und er zu einer Plage für die Region wird. (...)
Wenn sich heute die imperialistischen Staaten darauf vorbereiten, den irakischen Diktator zu bestrafen, dann sicherlich nicht, weil sie an die Völker der Region denken (...)
Die imperialistischen Staaten treffen Vorbereitungen, unter dem Vorwand der Bestrafung Saddams die Region von neuem zu besetzen und einen noch repressiveren Druck über die Völker der Region zu errichten (...)
Der türkische Staat bereitet sich mit seiner Armee, seinem Parlament und seiner Presse auf den Krieg vor (...)
Die Interessen der Völker in der Region liegen in der Einnahme einer Haltung gegen die imperialistische Okkupation (...)
An das türkische Volk gerichtet heißt es: *"Fallt nicht auf die kolonial faschistische Propaganda herein. Wendet Euch gegen den Krieg, unterstützt die Stimmen gegen den Krieg, stärkt die Antikriegsbewegung, Unterstützt den Widerstand eurer kurdischen Schwestern und Brüder."* An die kurdische Bevölkerung in der Türkei und im Irak wird appeliert. *"Laßt uns alle gemeinsam als Volk gegen die imperialistische Okkupation die Herrschaft der kolonialistischen Kräfte in unserem Land und den neuen Aufteilungskrieg Widerstand leisten. Verweigern wir den Militärdienst in den kolonialistischen Armeen, desertieren wir, überzeugen wir unsere Kinder, Ehemänner und Brüder davon, von der kolonialistischen Armee zu desertieren."*
TEVGER, ein Bündnis von sieben kurdischen Gruppen in der Türkei, verurteilt die irakische Besetzung Kuwaits. Niemand könne vom kurdischen Volk verlagen, Saddam zu unterstützen. TEVGER lehnt den Militäraufmarsch der USA und seiner Verbündeten ab, befürwortet aber das Embargo und die anderen von der UNO gegen den Irak beschlossenen Maßnahmen.
Auch die Arbeitspartei der Werktätigen, ein Zusammenschluß von Parlamentariern, die aufgrund ihres Eintretens für die kurdische Frage aus der sozialdemokratischen SHP ausgeschlossen worden waren, veröffentlichte einen Aufruf gegen den Krieg. Der Türkische Menschenrechtsverein, die Sozialistische Partei und ein Zusammenschluß von 29 linken Zeitungsprojekten riefen ebenfalls zum Widerstand gegen die Kriegsvorbereitungen auf. Die Vorstände der türkischen Anwaltskammern, Ärztekammern und Berufsverbände der Ingenieure stellten sich in einer gemeinsamen Erklärung gegen die Kriegspropaganda und forderten, *"daß unsere Menschen, ohne Angst vor einem Krieg haben zu müssen, in Frieden und Gesundheit leben können."* Eine der ersten Aktivitäten dieser sich entwickelnden Antikriegsbewegung war eine Demo der Sozialistischen Partei vor der US-Airbase in Incirlik bei Adana.

Eskalation in Kurdistan-Türkei: Der Krieg hat schon begonnen

Für die kurdische Bevölkerung in der Botan-Region, dem Zentrum der PKK-Guerillaaktivitäten in diesem Frühjahr, hat der Krieg schon begonnen. Mit den Kriegsvorbereitungen gegen den Irak nahmen die Übergriffe der türkischen Armee und der Spezialeinheiten ein bisher nicht gekanntes Ausmaß an. Zwangsumsiedlungen und Dorfzerstörungen, die bereits seit längerem durchgeführt werden, wurden forciert. Nach Berichten aus der Region wurden seit dem 7. August systematisch Häuser, Waldstücke und von den Bauern bewirtschaftete Pflanzungen und Obst- bzw. Pinienhaine von türkischen Sicherheitskräften niedergebrannt. Allein in den Kreisen Eruh und Sirnak wurden 141 Dörfer und Weiler zerstört und geräumt. Tausende von Menschen, die aus ihren Dörfern gejagt wurden, lagern in Nomadenzelten entlang der Kreisstraßen. Der Türkische Menschenrechtsverein berichtet über Großrazien, Massenfolterungen und Morde durch die Sicherheitskräfte im Zuge der als "Evakuierung" deklarierten Maßnahmen. Aus vielen Dörfern wird über willkürlich von den Sicherheitskräften ermorderte oder zu Tode gefolterte Bauern berichtet. Selbst im Stadtzentrum von Cizre wurden Kurden von Angehörigen der Spezialeinheiten auf offener Straße erschossen. In Nusaybin wurde eine Versammlung der Erdölarbeiter, Petrol Is, von der Polizei überfallen und einige der Anwesenden gefoltert. In der Erdölstadt Batman wurden Vorstandsmitglieder der Gewerkschaft Petrol-Is verhaftet.
Amnesty International spricht von täglich eingehenden Meldungen über Massenverhaftungen aus allen Ecken Kurdistans. In einer Erklärung vom 15. September warnte der Menschenrechtsverein vor einer Beteiligung der Türkei an einem möglichen Krieg in der Region und einer Eskalation des Krieges gegen die Kurden:
"(...) Die sowieso schon spärlichen demokratischen Rechte würden völlig beschnitten werden. In unserer Region könnte die Völkermordpolitik noch ungestörter als bisher vorangetrieben werden. In einem Krieg würde unsere Region als Versuchsfeld für Massenvernichtungsmittel aller Art verwendet werden. Auf diese Weise könnte die nationale (d.h. die kurdische) und die gesell-

schaftliche Opposition völlig vernichtet werden. Wir rufen daher alle auf, die auf der Seite von Frieden und Freiheit stehn, nein zu diesem Krieg zu sagen (...)
Wir fordern Hilfe für unsere Landsleute, deren Dörfer zerstört und niedergebrannt worden sind. (...)"
Erst Mitte September wurde bekannt, daß die Türkei bereits am 6. August beim Europarat die Suspendierung der Grundrechte in den kurdischen Provinzen angekündigt hat. Dabei beruft sie sich auf Artikel 15 der Europäischen Menschenrechtskonvention, nach dem in Notstandssituationen die Grundrechte außer Kraft gesetzt werden können. Zuletzt hatte die Türkei bei der Machtergreifung der Militärs am 12. September 1980 die Außerkraftsetzung der Grundrechte entsprechend angekündigt. Die Suspendierung wird mit einer "Bedrohung der Nationalen Sicherheit" begründet:

Türkei suspendiert Menschenrechte in Kurdistan

"(...) Die Gefahr für die Nationale Sicherheit tritt überwiegend in den Provinzen Südostanatoliens (d.H. Kurdistans. Anm. Red.) *und teilweise auch in benachbarten Provinzen auf. Aufgrund der Intensität und Vielfalt terroristischer Aktionen und um solchen Aktionen beikommen zu können, muß die Regierung nicht nur die Sicherheitskräfte einsetzen, sondern auch Schritte unternehmen, die geeignet sind, dem Mißbrauch gewerkschaftlicher Rechte und einer schädlichen Desinformationskampagne zu begegnen, die zum Teil aus anderen Provinzen der Türkei und sogar aus den Ausland geführt wird.*
Zu diesem Zweck hat die Regierung der Türkei (...) am 10.Mai 19990 die Verordnungen mit Gesetzeskraft No. 424 und 425 erlassen. Teile dieser Verordnungen können die Beeinträchtigung von Rechten zur Folge haben, die in folgenden Bestimmungen der Europäischen Konvention der Menschenrechte und Grundfreiheiten enthalten sind: Artikel 5,6,8,10,11 und 13."

Die offizielle und international verkündete Suspendierung der Menschenrechte muß als Ankündigung der türkischen Regierung verstanden werden, die kurdische Unabhängigkeitsbewegung mit allen Mitteln zu zerschlagen. Wie die Erfahrungen der letzten eineinhalb Jahre zeigen, bedeutet das einen offenen Krieg gegen die Zivilbevölkerung, der bis zum Einsatz von Giftgas gehen kann. Von den europäischen Staaten, die die Unterdrückung und Kurdenpolitik der Türkei zwar manchmal kritisiert, aber in Form großzügiger Militär- und Wirtschaftshilfe stets mitgetragen haben, erwartet die Türkei hierbei volle Rückendeckung - sozusagen als Ausgleich für die türkische Haltung im Golfkonflikt. Selbst wenn es nicht zum offenen Krieg mit dem Irak kommen sollte, stellen die türkischen Kriegsvorbereitungen und der begonnene Vernichtungsfeldzug in Kurdistan für die kurdische Bewegung in der Türkei und die PKK eine ungeheure Gefahr dar. Die Türkei hat durch den Konflikt an Stärke und Unterstützung gewonnen und wird ihre antikurdische Politk, sei es militärisch, sei es durch einen zukünftigen regionalen Sicherheitspakt, in Zukunft noch stärker zur Geltung bringen können.
Es ist eine dringende Aufgabe der Linken hier, die Eskalation des antikurdischen Vernichtungskrieges der Türkei öffentlich zu machen und etwas gegen das organisierte Schweigen zu unternehmen. Dazu gibt es vielfältige Möglichkeiten:
- Städtepartnerschaften mit Gemeinden in Kurdistan (die Stadt Cizre ist dringend an einer solchen Partnerschaft interessiert)
- Hilfsaktionen für die vom Embargo betroffenen Städte und die in Zeltlagern kampierenden Vertriebenen
- Öffentlichkeitsarbeit

Informationsmaterial bei:
medico international, Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt/Main

Hans Rimscha nach Berichten von Milena Ergin/ medico international

Anmerkungen
(1) vergl. Ferhad Ibrahim: Zur Entwicklung der Kurdenfrage seit dem Ausbruch des irakisch-iranischen Krieges
(2) taz vom 6.10.90

BERICHT VON LISSY SCHMIDT, MITARBEITERIN VON MEDICO INTERNATIONAL, VOM 28.1.91

Zur Situation Türkei / Irak

In der Region um Hakkar herrscht eine ganz andere Stimmung als am westlichen Abschnitt der türkisch-irakischen Grenze. Hier gibt es über die bereits vorhandenen Truppen hinaus keine Truppenzusammenballung und keine außergewöhnlichen Maßnahmen, außer, daß auch hier etliche Ärzte und Krankenschwestern hergeschickt worden sind. Doch hier ist die Region, in der der Luftkrieg am besten verfolgt werden kann. Jeden Tag und jede Nacht fliegen 15 bis 20 Jets über Hakkare in Richtung Irak und kommen in 1 bis 2 Stunden wieder zurück. Auf dem Rückweg verlieren sie dann manchmal leere Kerosintanks und manchmal auch Bomben - allein 11 in der letzten Woche, von denen 6 explodiert sind, alle in unmittelbarer Nähe von Dörfern. Ein Bombe fiel ungefähr 30 m von dem Grenzdorf Ormanli entfernt herunter. In dem Dorf leben 150 Menschen, die allerdings mit dem Leben davon kamen, da die Bombe nicht explodierte. Die türkischen Militärs kümmern sich nicht um diese Bomben und geben auch keinerlei Erklärungen ab.

Das Radio der Demokratischen Partei Kurdistan berichtete bis letzte Woche über Bombardierungen im Nordirak, dann wurde es von türkischen Störsendern gestört und ist bisher nicht mehr zu empfangen. Die Leute aus Hakkari haben allerdings gehört, daß sowohl die Front als auch die PKK ihre Basen aus dem Nordirak in den Iran verlegt haben. 20.000 Bewaffnete sollen sich nach den letzten Meldungen direkt an der irakisch-iranischen Grenze befinden.

Vor dem Hintergrund der intensiven Bombardements auf den Nordirak nimmt sich die neueste Bemerkung Özals besonders makaber aus. Er meinte nämlich, daß die Menschen im Nordirak ja auch Landsleute der Türken in der Südosttürkei sind und man sich um sie kümmern muß. Das läßt einerseits wieder die "Mosul-Kerkük-Diskussion" aufleben und andererseits befürchten, daß diese Landsleute dort erst einmal richtig ausgebombt werden sollen, bevor sich dann Herr Özal um sie kümmert. In Hakkari hatten wir - allerdings sehr beschränkt - die Möglichkeit, mit einigen irakischen Deserteuren zu sprechen, die zwei Tage vor Kriegsbeginn in die Türkei gekommen waren. Sie bestätigen uns, daß es v.a. im östlichen Nordirak keinerlei strategische Ziele gibt. Neben einigen Jets, die nach Süden weiterfliegen, gibt es wohl auch einfach breitflächige Bombardements der kurdischen Regionen.
Sonst geht der "Alltag" in Hakkari weiter. Sali Yilmaz und Tahir Bozdag aus dem Dorf Kavsak bei Cukurca wurden nach einer Woche brutaler Folterungen mit schweren Verletzungen in das Krankenhaus von Hakkari eingeliefert. Alle noch existierenden Dörfer um Hakkare sind vermint. Mache von ihnen sind mehr oder weniger leer, da sie aber direkt an der irakischen Grenze liegen, hat man für den Winter dort "Dorfschützer" angesiedelt, damit sie die Grenzübertritte beobachten können.
Von den Demonstrationen in Bingöl, Tatvan und Batman weiß ich bisher nur, daß sie alle drei von Fundamentalisten organisiert werden. In Tatvan ist ein Mann namens Mecit Kaplan erschossen worden. Die Slogans richteten sich vor allem gegen Israel und die USA, es wurde aber auch "Es lebe Apo!" gerufen. Ich werde noch ausführlicher berichten.
Die früher aus dem Irak eingetroffenen Flüchtlinge haben seit Beginn des Krieges absolutes Ausgehverbot, das mehr denn je kontrolliert wird. Die Tatsache, daß die kurdische Sprache "teilweise freigegeben" wurde, halte ich für nicht sehr überraschend. Ein großer Teil der Desserteure aus dem Irak sind Kurden. Interviews sind nur möglich, wenn zwei bis drei Polizeibeamte danebenstehen, aber die Leuten reden alle kurdisch, was dann zum Teil falsch übersetzt wird.

CHEMIEWAFFEN-MASSAKER IN HALABJA, KURDISTAN MÄRZ 1988

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

GOLFKRISE, INTIFADA UND DIE ZIONISTISCHE LINKE

INTERVIEW MIT DR. RIAD HALKI, BIR ZEIT UNIVERSITÄT

Die Krise im Persischen Golf warf wie ein Blitz ein Licht auf das Vorhandensein von Prozessen und Gesellschaftlichen und politischen Kräften im Nahen Osten, die in den letzten Jahren von den meisten Palästinensern und Israelis im allgemeinen oder speziell von den Beteiligten am Dialog zwischen der zionistischen Linken und den Palästinensern nicht beachtet worden sind. Nämlich die Anwesenheit des amerikanischen Imperialismus in dieser Region, die Rolle der reaktionären arabischen Regime bei der Kontrolle des nationalen arabischen Reichtums und die fortwährende Existenz revolutionärer Leidenschaft und eines Verlangens nach der arabischen Einheit unter den armen und ausgebeuteten Massen.
Auch die palästinensische Frage und die Chance für eine politische Lösung im Rahmen einer israelischen Aufgabe der besetzten Gebiete der West Bank und des Gaza-Streifens haben sich nun in ihren wirklichen Ausmaßen gezeigt. D.h. die Existenz der inhärenten Verbindung zwischen Israel und dem amerikanischen Imperialismus sowie der arabischen Regime, die ihn unterstützen, und die Rolle dieser Verbindung beider fortgesetzten Ausbeutung und Unterdrückung der arabischen Völker, einschließlich der Palästinenser.

Kurz nach der Invasion Kuwaits tauchte die Losung "Gegen die Invasion Kuwaits und gegen die Intervention des amerikanischen Imperialismus" auf den Mauern in den besetzten Gebieten auf.

Nun wenn man über die Golfkrise diskutieren will, muß man über zwei getrennte Stadien dieser Krise sprechen. Das erste Stadium umfasst die irakische Intervention Kuwaits und die Umstände, die sich daraus entwickelten, und das zweite Stadium die amerikanische militärische Invasion Saudi-Arabiens und die Besetzung des Golfs im allgemeinen durch amerikanische und europäische Streitkräfte. Dies sind die beiden Stadien, und was sie auf den Mauern in den besetzten Gebieten gelesen haben, widerspiegelt die Sichtweise, die die Palästinenser von diesem Konflikt haben, und wie sie zwischen dem einen und anderen Stadium differenzieren. Was geschehen ist, ist, daß das zweite Stadium real völlig das erste überschattet hat und daß es von den Palästinensern eine sehr entschiedene Position im Hinblick auf die Bedrohung erforderte, die die amerikanische militärische Präsenz darstellt, nicht nur für das Überleben des Irak, sondern auch für die Wiederbelebung des Pan-Arabismus in der ganzen arabischen Welt.

Die ideologische und politische Verpflichtung der zionistischen Linken auf die zionistischen Ziele, die in der Politik des Staates Israel — einer Politik, die von der Unterstützung durch den amerikanischen Imperialismus abhängt — verkörpert sind, ist wieder einmal deutlich geworden. Die Verbindung des palästinensischen Volkes mit den Massen auf den Straßen des Nahen Ostens, die den Irak unterstützen — der in diesem Stadium in ihren Augen ihr Verlangen nach einer Wiederbelebung des Pan-Arabismus verkörpert —, rief eine paternalistische und ungeschminkte Antwort seitens der zionistischen Linken hervor, die in sich Elemente der aroganten kolonialen Kultur vereinigt, die bisweilen ihr Schöpfer und bisweilen ihre Schöpfung ist.
Es Scheint, daß es im Nahen Osten nach der Golfkrise immer schwieriger werden wird, einen israelisch palästinensischen Dialog fortzusetzen, an den die zionistische Linke als Bedingung knüpft, daß die Palästinenser ihrer arabischen Identität und ihrer Verpflichtung zur arabischen Einheit und zum Aufstand der arabischen Völker abzuschwören, während die israelische Politik genau die Kräfte unterstützt, die dies unterdrücken.

Nun, dies war am Beginn der Krise klar; die PLO außerhalb [der besetzten Gebiete] erklärte ihre Position in ihrem ersten Friedensplan, in dem sie zum Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait aufrief und für eine arabische Lösung des Konflikts sowie Friedensverhandlungen zwischen dem Irak und Kuwait eintrat, bei denen die irakischen Interessen in Kuwait zu berücksichtigen seien. Jene, die diese Losungen auf die Mauern geschrieben haben, haben diese Stellungnahmen gelesen und in diese Art Graffiti übersetzt.

Da zu dieser Zeit keine klare Position seitens der Vereinigten Nationalen Führung [der Intifada] in den besetzten Gebieten vorlag, haben Gruppen palästinensischer Persönlichkeiten, die verschiedene politische Kreide repräsentieren, eine Stellungnahme herausgegeben, in der sie ihre Position als Palästinenser unter der Besetzung darlegten. Es war klar, daß wir als Palästinenser, die unter einer Besetzung leben, prinzipiell die gewaltsame Besetzung des Gebietes anderer Völker verurteilen und zurückweisen, und wir sprachen uns für eine Friedliche Lösung des Konflikts zwischen den beiden Brudervölkern durch die Anerkennung der Sicherheitsinteressen des Irak und des Selbstbestimmungsrechts des kuwaitischen Volkes aus. Wir sprechen über die kuwaitische Selbstbestimmung und rufen nicht zur Rückkehr der sogenannten "legitimen Regierung Kuwaits" auf. Es ist klar, daß die Losung, die sie auf den Mauern gesehen haben, nur eine Widerspiegelung der offiziellen Position der Palästinenser innerhalb und außerhalb der besetzten Gebiete sind.

Diese Position ist nicht vollständig im Flugblatt der Vereinigten Führung aufgetaucht. Sie erschien komplett in dem von den in der Öffentlichkeit bekannten Persönlichkeiten herausgegebenen Flugblatt. Im Flugblatt der Vereinigten Führung gibt es den Satz "Wir werden uns hier nicht mit der Besetzung Kuwaits beschäftigen". Welchen Grund gibt es dafür?

Einfach weil, wie ich bereits gesagt habe, die amerikanische Bedrohung eine klare Gefahr nicht nur für den Irak, sondern auch für die palästinensische Revolution darstellt. Als solche überschattete sie die Besetzung Kuwaits und verlangte von den Palästinensern eine schnelle Antwort. Anstatt uns näher damit zu beschäftigen, wie wir auf die irakische Invasion Kuwaits zu antworten und welche Lösungen wir auszuarbeiten haben, überlassen wir dies den Irakern und Kuwaitis, die über eine arabische Lösung mit ihrem Problem am besten fertig werden.

Wir, die palästinensische Revolution, die PLO oder alle Palästinenser, haben nicht die Aufgabe, den Irakern und Kuwaitis zu erklären, wie sie ihre Probleme lösen sollen. Doch aufgrund der amerikanischen Bedrohung, Der Tatsache, daß die militärische Präsenz der USA im Golf wirklich unser Überleben bedroht, die Existenz der arabischen Einheit, empfinden wir Palästinenser, daß wir eine klare Position einzunehmen haben, und wir fordern den Rückzug der amerikanischen und aller anderen ausländischen Truppen aus Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten.

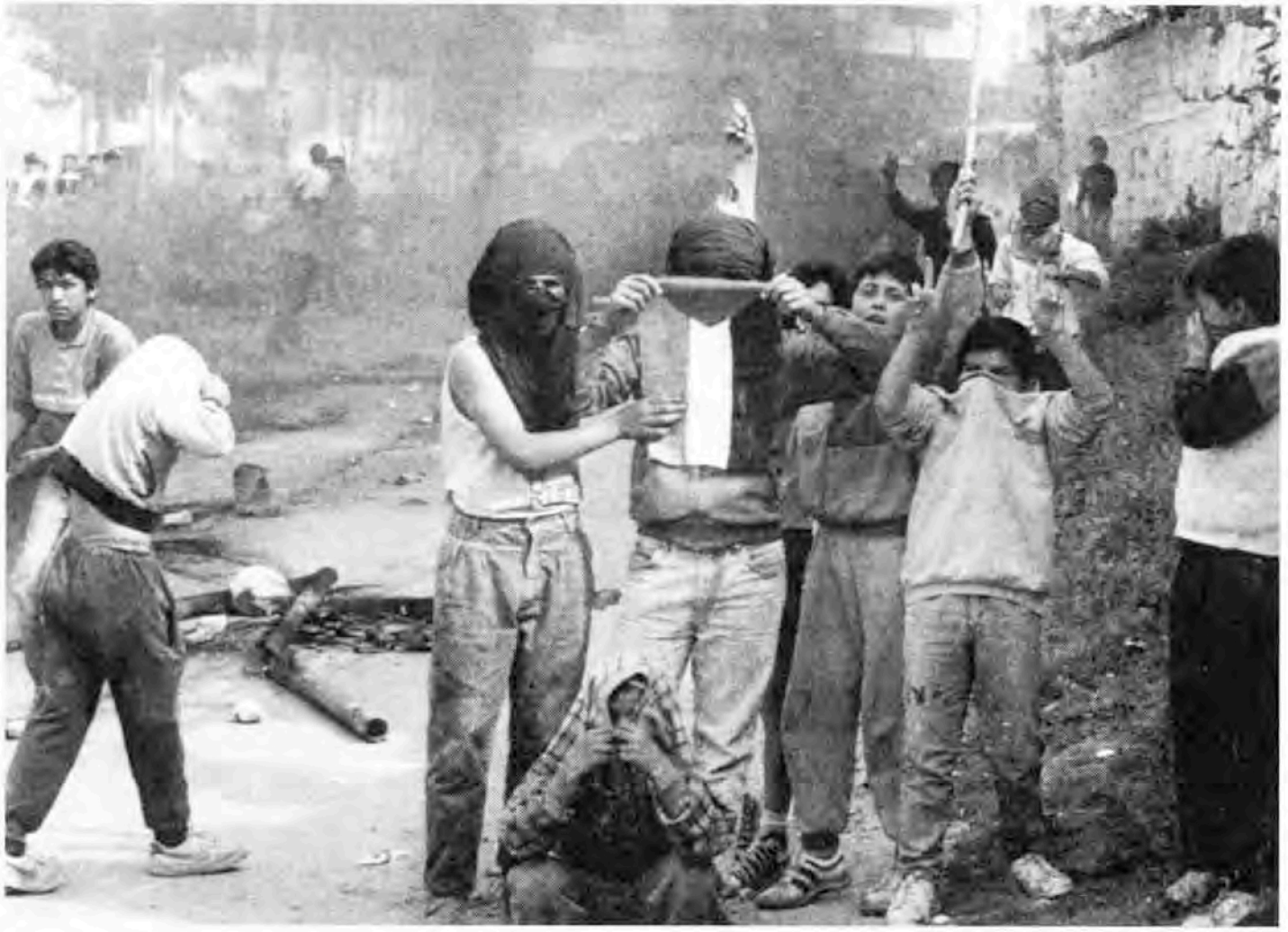
Wir können jedoch nicht über die amerikanische Präsenz sprechen, ohne auch über ihre Partner zu sprechen, die sie eingeladen haben oder gezwungen wurden sie einzuladen. Wir sprechen hier über die saudisch-ägyptisch-syrisch-marokkanische Koalition. Wir müssen die Position dieser arabischen Regime verdeutlichen, die klar gezeigt haben, daß sie reaktionär sind. Und wir müssen zeigen, daß die anderen Länder eine sehr ehrbare Position in bezug auf den Konflikt gezeigt haben, indem sie sich gegen solch eine Bedrohung und solch eine Invasion auf die Seite ihrer Brüder gestellt haben.

Wir begreifen die anti-imperialistische Position der Palästinenser. Aber wir möchten gerne von ihnen hören, wie man Saddam Hussein und dein Regime einschätzen kann und wie man wirklich zum Wohl der irakischen Massen und der Massen in den anderen arabischen Ländern kämpfen kann.

Nun zuerst einmal scheint es, daß Saddam Hussein sich in einer Situation befand, in der er den Pan-Nationalismus übernehmen mußte, um zu überleben. Wenn er gesagt hätte, daß er das alles gewollt hat, nur um seine militärische Macht zu vergrößern, hätte ihn das nirgendwohin gebracht; er hätte keine Unterstützung erhalten. So mußte er in dieser Tonlage sprechen, um die Unterstützung der arabischen Massen zu erhalten.

Zweitens stellt der Irak für die arabischen Massen eine neue Hoffnung arabischer Stärke und Einheit dar, egal wer jetzt an der Macht ist, Saddam oder jemand anderes. Der Irak war — nach acht Jahren Krieg — das erste Land nach mehr als zwei Jahrzehnten, das sich offen und deutlich den US-Interessen in der Region entgegengestellt hat. Es war das erste Land, nach mehr als zwei Jahrzehnten, das Israel bedrohte. Deshalb sahen die Massen im Irak ihre eigenen Hoffnungen, die vier Jahrzehnte lang keinerlei praktische Antwort gefunden hatten. So scharten sich alle um den Irak, der von Saddam repräsentiert wird, und sie hoffen, daß sie, indem sie dies tun, Saddam zu etwas anderem hinleiten können, zum Pan-Nationalismus. Und er sah, daß er die arabischen Massen brauchte, um sich der imperialistischen Bedrohung entgegenzustellen.

Die arabischen Massen hofften, daß sie, indem sie Saddam unterstützten, in der Lage sein würden, gewisse Änderungen in der arabischen Welt zu erreichen, bei den reaktionären Regimen, eine Chance für einen neuen Aufschwung des Pan-Nationalismus. Somit schuf diese Art Venunftehe zwischen den beiden Parteien —der irakischen Regierung auf der einen Seite und der arabischen Massen auf der anderen — die gegenwärtige Situation. In dem Moment, als der Irak in Kuwait einmarschierte, sagte Saddam deutlich, daß er in Kuwait nicht eingedrungen ist, weil er die Einheit zwischen Kuwait und dem Irak anstrebe oder die Einheit aller arabischer Regime. Er sprach von der Erhöhung der Ölförderquoten durch die kuwaitische Regierung, über den Ölpreis, über die Tatsache, daß er des Öls aus der Quelle von Romila in der Nähe der Grenze beraubt wird. Das waren seine Gründe für die Invasion. Somit hatte er persönliche Gründe, es waren irakische Interessen und nichts weiter. Aber in dem Moment der Invasion Kuwaits und im Gefolge der Reaktion seitens der Internationalen Gemeinschaft, insbesondere der USA, war eine neue Dimension geschaffen worden: die des Pan-Arabismus, und als solche entwickelte sich die ganze Angelegenheit weiter.



Wie sehen sie die Reaktion der Palästinenser und der arabischen Massen in den anderen Ländern? Ist sie ein Zeichen der Wiederbelebung des Pan-Arabismus oder sein letztes aufbäumen vor dem endgültigen Verschwinden?

Nein, ich glaube ich bin sehr optimistisch, daß es wirklich eine Wiederbelebung des Pan-Arabismus in der gesamten arabischen Welt gibt. Von Saddam, ob es ihm gefällt oder nicht, ging dieser Wandel aus, und er hat wirklich angefangen sich zu entwickeln. Wir wußten vorher, daß die palästinensische Frage die einzige ist, die die gesammten arabischen Massen vereinigen konnte. Jetzt ist auch die Bedrohung des Irak zu einer Frage geworden, die die gesammten arabischen Massen einigen kann, weil sie im Irak ihre Stärke und ihre Mißachtung gegenüber den USA wiedererkannten. Als Ergebnis fingen die Leute an zu handeln; denn es gibt ein reales politisches Vakuum in der ganzen arabischen Welt: alle arabischen nationalen Befreiungsbewegungen sind derart eingeschlafen, daß die Massen jetzt erwacht sind und darauf hoffen, daß sich etwas entwickeln könnte. Die Idee des Pan-Nationalismus hat sich zu entwickeln begonnen. Dies ist eine wichtige Frage.

Für die Intifada gibt es bei all dem zwei Implikationen. Erstens befand sich die Intifada als eine der arabischen nationalen Befreiungsbewegungen und als die stärkste unter ihnen an der fordersten Front bei den Aktivitäten. Um den neuen arabischen Pan-Nationalismus zu entwickeln, ist ein Mechanismus erforderlich, und dieser Mechanismus hat seinen Motor in der Intifada selbst.

Daher glaube ich, daß die Intifada derzeit eine zweifache Verantwortung hat: Ersten muß sie ihre Aktivitäten in den besetzten Gebieten fortsetzen, indem sie sich der Besetzung entgegenstellt und versucht, ihr ein Ende zu setzen, um Freiheit und Unabhängigkeit zu erringen. Zweitens hat sie die Verantwortung für die arabischen Massen in diesem Stadium der Geschichte, in der sie sie führen muß.

Da es derzeit keine andere nationale Befreiungsbewegung in der arabischen Welt gibt, die zu handeln wirklich fähig und stark genug ist, muß die Intifada diese Verantwortung übernehmen. Für die Palästinenser ist es eine Ehre, dies, über die Intifada, zu tun. Gleichzeitig ist es für sie sehr schwer, damit fertig zu werden.

Bedeutet die Wiederbelebung des Pan-Arabismus nicht die Stärkung der traditionellen Strömung in der PLO, Die Betonte, daß die Erlösung für die Palästinenser von außen kommen wird?

Um die Wahrheit zu sagen, wir als Palästinenser unter der Besetzung hatten nie das Gefühl, daß wir unsere Rollen zwischen innen und außen zu trennen haben. Diese Vorstellung von "innen" und "außen" ist nur ein von den Medien erfundener Ausdruck, der den Palästinensern aufgezwungen wird, indem ihnen gesagt wird, indem ihnen gesagt wird: "Ihr Palästinenser unter der Besetzung habt eine wichtige Rolle zu spielen. Da in den besetzten Gebieten die Intifada stattfindet, so liegt es in eurer Verantwortung, die gesamte Aktivität zu leiten, sogar den ganzen Friedensprozeß."

Die Israelische Regierung spielte eine bedeutende Rolle bei der Schaffung dieser Idee von einer alternativen Führung in den besetzten Gebieten. Aber die Leute hier haben diese Mentalität nie gehabt. Trotz der Anstrengungen der israelischen Regierung, ihrer Agenten und Medien sind die Palästinenser gegen diese Art des Denkens immun. Im Augenblick empfinden sie keinerlei Arbeitsteilung, keine Trennung der Verantwortlichkeit, bei den Stellungnahmen oder in der Führung zwischen innen und außen. Es gibt eine Führung, das ist die PLO, die einzig legitime Repräsentantin, und wir alle sind die PLO. Die PLO ist auf jedem palästinensischen Boden gegenwärtig, in jedem palästinensischen Haus, und wir haben nur eine Stimme, eine Entscheidung, und wir alle müssen daran festhalten.

Abgesehen von den Positionen der politischen Organisationen gibt es bei den Palästinensern auf den Straßen, in der Öffentlichkeit verschiedene Meinungen. Zum Beispiel gab es Demonstrationen mit irakischen Fahnen. Können sie etwas über diese Meinungen sagen? Ist dies ein Anzeichen für die Kristallisierung von Macht außerhalb der bestehenden Organisationen?

Nun, während der ersten Tage der Krise hatten wir zwei Positionen in den besetzten Gebieten. Erstens die emotionale Position, zweitens die logische Position. Die emotionale Position ist leicht zu begreifen: warum die Palästinenser *für* Saddam auf die Straßen gingen und *gegen* Kuwait als ein reaktionäres, rückschrittliches Regime usw.. Andererseits haben wir die logische Position, d.h. daß die Palästinenser jede Form der Besetzung zurückweisen, denn wenn wir die irakische Besetzung Kuwaits rechtfertigen, können wir unseren Kampf gegen die israelische Besetzung, nicht nur in Palästina, sondern auch auf den Golan-Höhen und im südlichen Libanon, nicht rechtfertigen. Das ist wirklich wichtig, aber was geschehen ist, ist doch, daß die Massen, als sie auf die Straßen gingen, nicht auf die Befehle ihrer Führung warteten. Es wiederspiegelte die Stimmung, ihre Hoffnung, daß etwas geschehen könne. Sie wollten etwas feiern, nach so vielen Monaten und Jahren der Repression. So kam ihnen dieses Ereignis [die Besetzung Kuwaits] wie ein Sieg vor.

Die Mehrheit der palästinensischen Reaktionen in den besetzten Gebieten war bis jetzt eine des Protestes, der Solidarität und der Unterstützung. Jetzt müssen wir zu etwas anderem gelangen und über wirkliche Beteiligung sprechen. Aus diesem Grund kommt der Intifada eine bedeutende Rolle bei der Leitung der gesammten arabischen Massen zu, nicht nur für die Palästinenser in ihrem Kampf gegen die Besetzung. Wir glauben, daß es eine klare Verbindung gibt zwischen der Intifada und dem, was im Golf geschieht. Wenn die Iraker — ich spreche nicht von Saddam oder der Baath-Partei — wirklich siegen bei ihrer Konfrontation mit den Amerikanern, dann ist das ein Sieg für uns. Und wenn wir hier im Kampf gegen die Besetzung erfolgreich sind, dann wird das auch Auswirkungen im Golf haben, wenn nicht, weil wir Teil des Kampfes in der arabischen Welt sind, dann, weil wir Teil der internationalen Solidarität sind. So wie wir im Sieg des namibischen Volkes auch einen Sieg für uns sahen, so sollten wir auch den Sieg des irakischen Volkes gegen den amerikanischen Imperialismus als einen Sieg des palästinensischen Volkes betrachten.

Was denken sie über Syrien, das in ein Bündnis mit den USA eingetreten ist und doch als strategischer Verbündeter der Palästinenser betrachtet wurde?

Die Position Syriens und unsere Beziehung zu Syrien ist so kompliziert, daß es nicht einfach zu erklären ist. Die syrische Regierung hat in den vergangenen vierzig Jahren ihre Bevölkerung über ihre Rolle als eine progressive Regierung erzogen, die alles versucht, um das besetzte arabische Land, einschließlich Palästinas, zu befreien. Und sie haben die Bevölkerung auch über die Bedrohung und die Gefahr aufgeklärt, die vom Imperialismus, vom amerikanischen Imperialismus, ausgeht. Deshalb weiß ich nicht, wie diese Regierung der Bevölkerung jetzt entgegen treten wird, nach vierzig Jahren der Rhetorik und der Parolen dieser ART. Die Leute werden den Widerspruch sehen. Ich sehe nicht, daß das syrische Volk die Anwesenheit der syrischen Armee in Saudi-Arabien, an der Seite der Amerikaner, der Briten und anderer, gegen die Iraker akzeptieren wird. Es scheint mir eine unmögliche Aufgabe für Assad zu sein, es ihm zu erklären.

Wie sehen die zukünftigen Aussichten der Krise der Intifada aus sowie den Kampf der Palästinenser auf der diplomatischen Ebene? Es gibt Stimmen in Israel, die sagen, daß jetzt, wo die arabischen Länder in ein Bündnis mit den USA getreten sind, diese Länder auf die USA Druck ausüben werden, um den Friedensprozeß fortzusetzen.

Es gibt zwei bedeutende Fragen, die die diplomatischen und politischen Manöver der PLO betreffen. Erstens hat die PLO seit ihrer Entstehung versucht, eine ausgewogene Position in bezug auf die arabischen Regime zu vertreten. Die PLO hat in den letzten zwanzig Jahren versucht, alle arabischen Regime gleich zu behandeln, nicht zu differenzieren zwischen einen progressiven und einem reaktionären Regime. Da sie die finanzielle und diplomatische Unterstützung aller arabischen Länder benötigte, mußte sie alle auf der gleichen Basis behandeln. Aus diesem Grund behandelte sie zum Beispiel Algerien und den Südjemen genauso wie Saudi-Arabien und Oman.

Die Golfkrise hat die Fehlerhaftigkeit dieser Art von Politik der PLO enthüllt. Und das ist sehr wichtig. Gerade jetzt ist als Resultat dieser Krise deutlich geworden, daß es etwas gibt, das man reaktionäre arabische Regime nennt, und daß diese Regime ihre Klassische Rolle angenommen haben, sobald der Konflikt ausbrach, und diese

Rolle sehr gut gespielt haben. Sie lancierten eine Desinformationskampagne gegen die PLO, gegen das palästinensische Volk; sie drohten sogar, ihre gesamte finanzielle Unterstützung für die PLO einzustellen, und erklärten Yassir Arafat zur *persona non grata* in der Golfregion.

Die Palästinenser müssen also die beiden Lager — Freund und Feind — neu definieren. Sie müssen ihre Haltung gegenüber der reaktionären arabischen Staaten neu definieren. Jetzt ist offensichtlich, daß die alte arabische Einheit nicht existiert, daß es zwei Lager gibt, wobei das eine aus den reaktionären Regimen und den USA und das andere aus den Nationalisten und Antiimperialisten besteht, die überall verstreut sind und die Ärmsten in der arabischen Welt repräsentieren.

Zweitens hing die PLO in ihrer Politik in den letzten Jahren von drei Dimensionen ab: der ägyptischen Dimension, der israelischen Dimension und der amerikanischen Dimension. Dies waren die hauptsächlichen Dimensionen der offiziellen politischen Linie. Viel in den besetzten Gebieten und einige Fraktionen der PLO sprachen über die Fehlerhaftigkeit dieser Dimensionen, indem sie sagten, daß die ganze Idee falsch sei, daß man nicht davon allein abhängen dürfe, da keine Möglichkeit dafür übrigbleibe, eine unabhängige politische Linie zu entwickeln. Aber die PLO-Funktionäre bestritten dies.

Somit hing man von der ägyptischen Dimension ab, und während viele Palästinenser sagten, daß dieses Regime eine Marionette der Amerikaner sei, und nur die amerikanischen Interessen in der Region schützen würde, behauptete die PLO, daß Mubarak eine Menge geändert hätte und die Sache der Palästinenser in den USA und anderen Ländern fördern würde. Nun, die Krise hat die Rolle des ägyptischen Regimes und von Mubarak bloßgelegt. Somit ist die erste Dimension der palästinensischen Politik zusammengebrochen.

Die zweite Dimension ist die israelische Dimension. Die PLO dachte in den vergangenen Jahren, daß sie sich auf das israelische Friedenslager stützen könne, um die Haltung der israelischen Gesellschaft so zu ändern, daß sie eine Änderung um 180 Grad vornimmt und schließlich die nationalen Rechte der Palästinenser und einen unabhängigen Palästinenserstaat anerkennt. Viele Palästinenser sprachen von der Sinnlosigkeit eines solchen Projekts, aber die PLO-Vertreter und viele Leute in den besetzten Gebieten, die dortigen Führer, akzeptierten diese Linie, indem sie sagten: "Im Gegenteil, wir müssen auf dieses Pferd setzen, denn schließlich wird es das Rennen gewinnen."

Nun, es erwies sich als absolut falsch. In dem Augenblick, in dem die Palästinenser an die Seite des Irak bei seinem Konflikt mit den Amerikanern traten, zeigten die Führer dieses israelischen Pferdes ihr wahres Gesicht. Es wurde Offensichtlich, daß sie nur weitere Zugeständnisse von den Palästinensern erhalten wollten, um ihren Wählern sagen zu können: "Seht, wir können von den Palästinensern in den besetzten Gebieten Zugeständnisse erhalten." Sie demütigen die Palästinenser, sie nannten sie dumm. Solche Stellungnahmen, gerade von Leuten, auf die die PLO ihre Hoffnung gesetzt hatte, daß sie eine Änderung in der israelischen Gesellschaft durchsetzen und die palästinensische Sache fördern würden, bewiesen, daß sie nur Papierpferde waren, die am ersten Tag, an dem die Palästinenser in diesem Konflikt auf die Seite des Irak traten, in sich zusammenfielen.

Die dritte Dimension ist die amerikanische Dimension. Die PLO dachte, daß sie durch einen Dialog mit den Amerikanern erreichen könnte, daß diese einen Druck auf die israelische Regierung ausüben, damit sie sich mit den Palästinensern, vor allem mit der PLO, zusammensetzt und die PLO schließlich dem palästinensischen Volk zu ihrem eigenen unabhängigen Staat verhilft.

Auch das hat sich als Unsinn erwiesen, denn schon von dem Moment an, an dem der Dialog in Tunis begann, war es kein wirklicher Dialog. Der amerikanische Botschafter war nur gekommen, um seine eigene Tagesordnung den Palästinensern aufzuzwingen, Forderungen zu erheben und Zugeständnisse herauszulocken. Das war der ganze Dialog. In dem Augenblick, als die Palästinenser sich weigerten, die Forderungen der USA anzunehmen, wurde der Dialog von Bush abgebrochen. In dem Moment, als die Palästinenser auf die Seite des Irak traten, zeigten die Amerikaner ihr wahres Gesicht, sie zeigten ihren Rassismus gegenüber den Arabern, den Moslems und den Palästinensern. Sie fingen eine Desinformationskampagne gegen die PLO an. Und somit glaube ich, daß auch diese Dimension zusammengebrochen ist.

Wenn diese drei Dimensionen — die wichtigsten für die PLO-Führung — in der ersten Woche der Krise zusammengebrochen sind, so bedeutet dies, Daß die gesamte politische Position der PLO überprüft werden muß. Wir müssen nach einer drastischen Änderung dieser Position Ausschau halten.

Aber was sind die möglichen zukünftigen Dimensionen nach dem Zusammenbruch der alten?

Es gibt die religiöse, die islamische Dimension. Und es gibt auch die radikale Dimension.

Ich spreche hier über den islamischen Fundamentalismus. Der islamische Fundamentalismus hat kürzlich in der arabischen Welt bei den Wahlen in Algerien Erfolg gehabt und eine gewisse Bedeutung in Tunesien, Ägypten und vielen anderen Ländern erlangt.. Aber er war besorgt darüber, daß der Aufstieg des neuen arabischen Pan-Nationalismus auf seine Kosten ginge. Er wird also, um zu überleben, seine Haltung in bezug auf den Pan-Arabismus ändern und ihn in seine Arbeit mit einbeziehen müssen.

Als Resultat erhalten wir so etwas wie einen "islamischen Nationalismus". So etwas könnte sich entwickeln, und ich glaube, daß *Hamas* sich bereits für solch eine Ehe entschieden hat. Das Letzte von *Hamas* herausgegebene Flugblatt widerspiegelt neben der islamischen Dimension die nationalistische Dimension. Und meine Frage ist: Wenn *Hamas* eine islamisch-nationalistische Bewegung sein wird, wie wird dann die Zusammenarbeit mit und die Beziehung zu anderen nationalen Bewegungen, einschließlich der Vereinigten Nationalen Führung, sein? Und wenn es in der Zukunft wirklich eine Zusammenarbeit gibt, wie wird sie sich auf die Intifada auswirken? Insgesammt bin ich sehr optimistisch, daß die Intifada — unabhängig vom Ausgang der Golfkrise — von diesen Änderungen profitieren wird.

Was die radikale Option betrifft: eines der Ziele der von der USA geführten und von anderen Ländern mitgetragenen Kampagne ist es, die PLO international zu isolieren. Sehen sie zum Beispiel die Stellungnahme des italienischen Außenministers über die Notwendigkeit, die Beziehung zur PLO neu einzuschätzen. Die kanadischen und australischen Außenminister haben dasselbe getan, und viele andere überlegen sich eine Neubeurteilung ihrer Beziehung zur PLO.

Die PLO wird sich isoliert sehen, und infolge der palästinensischen Unterstützung für den Irak wird alles, was sie während der Intifada erreicht hatte, verloren sein. In der arabischen Welt ist die PLO bereits von mehr als der Hälfte der arabischen Länder, den reichen arabischen Ländern, isoliert. Arafat trifft sich nur noch mit Vertretern von Ländern wie Libyen, Algerien, Sudan, Jordanien, Jemen, Tunesien. Als Resultat wird die PLO ihre von den Golfländern erhaltenen finaziellen Ressourcen verlieren, und dies wird die Effizienz der PLO-Operationen und auch die Vollendung verschiedener Projekte innerhalb und außerhalb der besetzten Gebiete beeinträchtigen.

Die Isolierung und der Verlust finanzieller Unterstützung wird die PLO zurück bringen zur Situation in den frühen siebziger Jahren, als die PLO noch radikal war in bezug auf den Konflikt selbst. Die PLO wird sich an radikalere Positionen anpassen, die die Frage betreffen, wie der Konflikt gelöst werden soll und mit wem man sich in dieser neuen Phase der Ost-West-Konfrontation zu verbünden hat.

Übernommen aus :
Palästina Info 13/14 , Dezember 90, Postfach 304145, 2000 Hamburg 36

»BEISPIELLOSE RIGIDITÄT«

PRESSEKLÄRUNG DES ALTERNATIVEN INFORMATIONSZENTRUMS

ZUR AUSGANGSSPERRE. JERUSALEM, DEN 27.1.91

1.700.000 Männer und Frauen unter Hausarrest

Am Donnerstag, den 24. Januar 1991 fand nachmittags um 15 Uhr eine Pressekonferenz im American Colony Hotel in Ost-Jerusalem statt, die vom CCINGO-Jerusalem (Coordinating Committee of International Non-Governmental Organizations) veranstaltet wurde. In diesem Zusammenschluß sind 30 europäische und nordamerikanische Gruppen vertreten. Das Jerusalem CCINGEO ist ein ad hoc Komitee der internationalen Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO), die in Kooperation mit den lokalen palästinensischen Organisationen in der Westbank und im Ghazastreifen arbeiten, und sich erst kürzlich als Antwort auf die Situation in den besetzten Gebieten mit Beginn des Golfkrieges gegründet hat. Bei der Pressekonferenz wurde das Komitee vertreten durch:

1. Bruder Donald, von der Pontifikal Mission
2. Dr. Alex Poland, von der United Nations Association International Service
3. Dr. Mustafa Barghouti, Vorsitzender der Union der palästinensischen Medcal Relief Committees
4. Jan Abu-Shakra, vom Palästinensischen Menschenrechts-Informationszentrum (PHRIC), Jerusalem und International.

Der folgende Bericht basiert sowohl auf dem Dokument, das zu Beginn der Pressekonferenz an Journalisten verteilt wurde, als auch auf mündlichen Berichten der obengenannten Mitglieder des CCINGO, die auf Antworten auf Fragen gegeben wurden, nachdem der Bruder Donald das Dokument vorgetragen hat. Alle Informationen kennzeichnen die Situation bis einschließlich dem 23. Januar.

Die über die palästinensische Bevölkerung von den Besatzungsbehörden verhängte Ausgangssperre in den besetzten Gebieten ist zu einer ernsten Behinderung geworden, die das Leben und den Lebensunterhalt von über 1,7 Millionen PalästinenserInnen gefährdet. Alle PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten befinden sich seit dem 17. Januar, manche sogar schon länger, unter strikter 24stündiger Ausgangssperre. Seit sieben Tagen befinden sich nun Männer, Frauen und Kinder in der Westbank und dem Ghazastreifen unter einem faktischen Hausarrest. PalästinenserInnen droht bei Zuwiderhandlung schwere Bestrafung, einschließlich Verhaftung und hohen Geldstrafen. Am 22. Januar wurde die maximale Geldstrafe auf 30.000 Schekel (ca. 30.000 DM) und die höchste Haftstrafe auf fünf Jahre erhöht.

Die gesamten besetzten Gebiete, Teile Ost-Jerusalems ausgenommen, wurden zur geschlossenen militärischen Zone erklärt. Allen Auswärtigen, Pressemitgliedern eingeschlossen, ist der Zutritt verboten. Bis heute wurde die Ausgangssperre nur für sehr kurze Zeiträume und nur an verschiedenen Orten aufgehoben. Es gibt eine Anzahl von besonders ernsten Problemen,

die mit der anhaltenden verschärften Ausgangssperre in den besetzten Gebieten zusammenhängen:

1. Begrenzter Zugang zu medizinischen Einrichtungen

Als ein Resultat der Ausgangssperre hat die Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung begrenzten Zugang zu Erster Hilfe und medizinischen Einrichtungen. Dies hat folgende Gründe:
Der Transport der Patienten, die einer Notfallbehandung bedürfen, wird regelmäßig von den israelischen Behörden behindert. Ungeachtet der Tatsache, daß die Behörden einigen Ärzten schon die Erlaubnis gegeben hatten, sich auch während Ausgangssperren frei zu bewegen, und bestimmten Gesundheitseinrichtungen und Krankenhäusern, besonders in den Städten, genehmigt hatten, zur normalen Arbeit zurückzukehren, ist dieser Prozeß nun ganz eingeschränkt. Viele dieser Einrichtungen und Krankenhäuser, die eine Erlaubnis für ihre Mitarbeiter beantragt hatten, sich frei zu bewegen, haben diese Genehmigungen überhaupt nicht oder nur in einer sehr geringen Anzahl erhalten.
Die aktuelle Situation in der medizinischen Versorgung ist in den Dörfern und Flüchtlingslagern besonders ernst. Es gibt Hunderte ambulanter Einrichtungen, die von Ärzten und medizinischem Personal betrieben werden, die nicht in unmittelbarer Nähe wohnen, sondern außerhalb, besonders in den Städten. Bis zum 23. Januar arbeitete der größte Teil dieser Kliniken nicht.
Die Situation ist höchst besorgniserregend. Viele Menschen, die medizinischer Hilfe bedürfen, haben keine Möglichkeit an einen Ort zu kommen, an dem sie diese Hilfe erhalten können. Die Lage von höchst gefährdeten Patienten ist teilweise sehr ernst - z.B. solche, die chronisch herzkrank sind und jederzeit einen Herzinfarkt erleiden können, oder schwangere Frauen, deren Entbindung kurz bevorsteht. Diese Patienten haben Schwierigkeiten, die benötigte Hilfe zu der Zeit zu erhalten, wenn es Not tut, aufgrund der beispiellosen Rigidität, mit der die Ausgangssperre verschärft wurde.

2. Die Ausgangssperre verursacht für die palästinensische Bevölkerung schwere wirtschaftliche Not

Seit ihrer Verhängung war es für einen beachtlichen Anteil der PalästinenserInnen, die vom täglichen Lohn abhängig sind, unmöglich zu ihren Arbeitsplätzen zu gelangen; als eine Konsequenz daraus ist ihr verfügbares Einkommen dramatisch gesunken. Sollte die Ausgangssperre weiter fortbestehen, wird es einem großen Teil der Bevölkerung unmöglich werden, das Lebensnotwendigste zu kaufen.
Die Ausgangssperre hat schon großen Schaden verursacht und bedroht weiter den Fortbestand des landwirtschaftlichen Sektors, des produktivsten Sektors der palästinensischen Wirtschaft. Palästinensische Bauern sind daran gehindert, die Felder zu bewässern, abzuernten und ihre Ernte zu vermarkten. Wenn diese Situation weiter fortbesteht, wird die Ernte dieser Saison vollständig verloren gehen. Zusätzlich dazu ist der gesamte Viehbestand gefährdet. Wenn die Behörden die Fütterung der Tiere in den besetzten Gebieten nicht genehmigen, werden sie verhungern.
Die Ausgabe des "Pal-Fax" vom 23. Januar 1991, einem täglich erscheinenden Bulletin, das von Jonathan Kuttab, einem palästinensischen Rechtsanwalt, herausgegeben wird, gibt die Einschätzung eines palästinensischen Wirtschaftsmannes wieder, daß *"der Verlust für die besetzten Gebiete während der Perioden der Ausgangssperren 50 Millionen Dollar die Woche beträgt."* Abdel Fatah Abu Shukr, Vorsitzender des Fachbereichs Wirtschaft an der An-Najah Universität/Nablus sagte, daß *"die Westbank allein während der letzten Woche um die 30 Millionen Dollar verloren haben wird, wenn wir bedenken, daß das Bruttosozialprodukt allein in der Westbank zwei Milliarden Dollar im Jahr beträgt. Im Ghazastreifen beträgt der Verlust 20 Millionen. Der Fortbestand der Ausgangssperre für eine weitere Woche wird dazu führen, daß viele hungern müssen, weil sie von den täglichen Einnahmen ihrer Arbeit leben."*

3. Die Lähmung des Verteilungssystems für Grundbedarfsmitteln

Während der ausgeweiteten Ausgangssperre gab es einen Zusammenbruch im Verteilungssystem für Grundnahrungsmittel, besonders für Brot und Milch. Sogar während der kurzen Perioden, in denen die Ausgangssperre aufgehoben war, konnten die Vorräte in den Läden den Bedarf der Bevölkerung nicht decken. Es gibt einen Mangel sowohl an Milch, als auch an Babynahrung. In der Gegend von Nablus und Jericho mangelt es auch schon an Mehl und Zucker.
Es muß noch einmal betont werden, daß bei nicht baldiger Aufnahme der Verteilung innerhalb weniger Tage eine ernste Lebensmittelknappheit auftreten wird - insbesonders von Frischmilchprodukten, die sowieso schon knapp sind, als auch von Babynahrung.

4. Zunehmende Menschenrechtsverletzungen

Es gibt Berichte über Schüsse, die ohne Warnung abgegeben wurden. Zu diesem Punkt werden acht Vorfälle genannt, in denen patrouillierende Soldaten mit scharfer Munition feuerten, um damit die Aufrechterhaltung der Ausgangssperre zu erzwingen. Eine 24jährige Frau wurde in Nablus erschossen, als sie mit ihrem 25 Tage alten Baby auf dem Arm auf dem Balkon ihres Hauses stand.
Es liegen außerdem Berichte vor, insbesondere aus den Dörfern in der Nähe von Nablus daß sich bewaffnete Siedler frei in der Region bewegen und Dorfbewohner überfallen. Weiter wird von zunehmenden Prügelattacken und Gaseinsätzen durch das israelische Militär berichtet, und über Abschüsse von Gaskanistern in die Häuser der unter Ausgangssperre stehenden Bewohner. Wie oben schon berichtet, kommt es immer wieder zu Inhaftierungen und maßlos hohen Geldstrafen beim Übertreten der Ausgangssperre.
In den besetzten Gebieten gibt es keinen Schutz gegen Raketen und Giftgas. Bis zum 23. Januar hat nur eine kleine Minderheit der PalästinenserInnen Gasmasken erhalten (ca. 20.000) und auch nur die über Fünfzehnjährigen. Selbst in der verteilten Ausrüstung gibt es kein Atropin (Nervengasantidot) und keinen Puder zur Behandlung von Verbrennungen, die durch Senfgas entstehen können. So z.B. haben in El Ram, in der Nähe von Jerusalem, nur 1.500 von den 40.000 Bewohnern Gasmasken erhalten. Es gibt ebenso keinen Luftalarm, mit dem Ergebnis, daß viele Leute erst 5 - 10 Min. nach einem Luftalarm in Israel durch Telefonanrufe gewarnt werden.

Zusammenfassung:

Die Informationen, die dem Koordinationskomitee vorliegen, zeigen, *"einen alarmierenden Anstieg von Menschenrechtsverletzungen während der Ausgangssperre."* Unnötig zu sagen, daß die Aussperrung der Presse und örtlichen Mitarbeitern von palästinensischen und israelischen Menschenrechtsinformationszentren und deren unterbundende Bewegungsfreiheit in den besetzten Gebieten allein schon eine Verletzung des Grundrechts auf Informationsverbreitung darstellt. Dieser Bericht, der auf dieser Pressekonferenz gegeben wurde, ist nach Ansicht der Verfasser aufgrund der geschilderten Situation sehr unvollständig.

Spendenaufruf

Wir möchten in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß die Volkskomitees für Gesundheitsversorgung im besetzten Palästina weiterhin auf Spenden angewiesen sind. Wir bitten deswegen dringend um Spenden auf folgende Konten:
FreundInnen des palästinensischen Volkes e.V., Hamburg, Postscheckamt Hamburg, Konto Nr.: 30 153 - 206, BLZ 200 100 20,
Vereins- und Westbank Hamburg, Konto Nr.: 33/08244, BLZ 200 300 00, Stichwort: Palästina.
Auf Wunsch werden Spendenquittungen ausgestellt.

Artikel aus Palästina Info, Sondernummer zum Golfkrieg

»WIR SIND ISRAELS GEISELN«

TELEFONISCHES INTERVIEW MIT EINER VERTRETERIN DER UNION PALÄSTISCHENER FRAUENKOMITEES, JERUSALEM

Kannst Du bitte die Situation seit Ausbruch des Krieges beschreiben. Wie ist die Stimmung in den besetzten Gebieten?

Die Menschen hier haben erwartet, daß der Krieg tatsächlich stattfinden wird. Einige waren unsicher und hatten Angst vor Gasangriffen. Bei den meisten Leuten konntest Du - als der Krieg dann begann - sehen, daß sie stärker wurden und ihre Angst verloren. Die Zeit davor war schwierig, weil niemand sich vorstellen konnte, wie dieser Krieg aussehen würde und keiner wollte diesen Krieg. In dem Moment aber, wo der Krieg anfing, waren die Leute gezwungen, darüber nachzudenken, was der Krieg wirklich bedeutet, und daß Menschen getötet werden. Aber die Leute waren nicht wirklich verängstigt, sondern besorgt darüber, was mit dem palästinensischen Volk in der Zukunft passieren wird. Die Menschen befürchten nun, daß Israel einen Vorteil aus dem Krieg zieht, und nun die Politik des Transfers durchsetzt und es erreicht, daß die Menschen flüchten und ihre Heimat verlassen.
Schon vor dem Kriegsbeginn, gab es Nachrichten, daß mit israelischen Angriffen auf die Bevölkerung in den besetzten Gebieten zu rechnen sei. Das Palestinean Human Right Information Centre in Jerusalem verbreitete am 11. Januar einen dringenden Aufruf zum Schutz der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten. Darin wurde die Weltöffentlichkeit, die sich angesichts des auslaufenden Ultimatums am 15. Januar auf die Situation am Golf konzentrierte, darauf aufmerksam gemacht, daß die UNO ihr Personal aus den besetzten Gebieten abgezogen hat, und dies gerade zu einem Zeitpunkt, in dem die palästinensische Bevölkerung den größtmöglichen Schutz braucht. Es gäbe ernste Anzeichen, daß eine Massenvertreibung von Palästinensern während des Krieges durchgesetzt werden soll. Peace Now berichtete auf Grundlage von Informationen, die aus Siedlerkreisen nach außen gedrungen waren, daß militärische Einheiten von Siedlern im Reservedienst der Armee in der Westbank eine *"Massenverhaftung"* von Palästinensern planen. In einem Telegramm an den

Stabschef der israelischen Armee vom 9. Januar erklärte Peace Now, *"...daß sogar eine kleine Gruppe, die solche Pläne entworfen hat, diese ausführen kann, wenn die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit abgelenkt ist."* Schlomo Gazit, Geheimdienstchef von 1974 bis 1978 erklärte, die die Palästinenser betreffende militärische Antwort auf den Krieg sollte sehr harsch ausfallen.
Über die gesamten besetzten Gebiete Westbank und Ghazastreifen wurde eine totale Ausgangssperre verhängt. Es wurde uns gedroht, daß auf jeden und jede sofort scharf geschossen wird, der oder die das Haus verläßt. Diese Ausgangssperre betrifft auch weite Teile von Ost-Jerusalem, daß außerdem von der Außenwelt isoliert ist. Keiner kann dort hingehen. Die Tore der Altstadt sind geschlossen, so daß keiner heraus kann. In Nablus wurde ein Mädchen von der Armee erschossen, während es auf einem Balkon stand.
Trotzdem war in der Zeit in der Nacht das Rufen von Parolen aus den Häusern und von den Dächern zu hören. In der Altstadt von Jerusalem kam es zu kleineren Demonstrationen.
In den besetzten Gebieten wird kein Luftalarm gegeben und an die PalästinenserInnen wurden keine Gasmasken verteilt. Es gibt aber ein eigenes Warnsystem über Kontakte in Jerusalem. Insgesamt ist die Atmosphäre ruhig, aber sehr angespannt. Alle Familien sitzen zu hause und hören Radio. Wir hörten auch von Demonstrationen in Europa und den USA. Das ist sehr ermutigend für uns.

Vielleicht kannst Du etwas darüber sagen, ob es möglich ist, die Grundbedürfnisse der Menschen wie Nahrung und Medizin für die Menschen in der Westbank und im Ghaza-Streifen zu organisieren, oder macht dies die Ausgangssperre unmöglich?

In den ersten drei Tagen wurde die Ausgangssperre einmal für zwei Stunden aufgehoben. Das haben die Menschen genutzt, um auf den Straßen zu bleiben und auf die Märkte zu gehen. Noch gibt es keine Anzeichen von Lebensmittelknappheit, aber dies wird sich sehr bald ändern, besonders in den Lagern, weil die Menschen dort kein Geld haben, um Vorräte zu kaufen.
Das ist die Situation jetzt, aber keiner kann wissen, wie es in Zukunft sein wird. Du kannst in die Läden gehen, und sie einfach leer vorfinden. Wir machen uns besondere Sorgen um die Flüchtlingslager im Ghazastreifen, wo schon vor Beginn des Krieges die Situation sehr schwierig war.
Wir versuchen nun, uns in der Nachbarschaft zu organisieren, uns gegenseitig bei der Beschaffung von Lebensmitteln und der medizinischen Versorgung zu helfen. Aber es ist schwer, die gesamte Nachbarschaft zu verbinden, weil wir weit entfernt voneinander sind. Es ist sehr schwer, diese Dinge in den Flüchtlingslagern zu organisieren. Die Volkskomitees könnten viel in dieser Hinsicht tun, wenn sie selbst diese notwendigen Dinge ausreichend zu Verfügung hätten. Aber da immer mehr Mangel herrscht, sind sie auch nicht dazu in der Lage. Zum Beispiel gibt es in Jericho viel Gemüse, was jetzt aber aufgrund der Ausgangssperre auf den Feldern verdirbt. Es kann nicht an die Menschen verteilt werden. Diese Probleme müssen wir lösen in den zwei Stunden, in denen die Ausgangssperre alle vier Tage aufgehoben wird.

Die zwei Stunden gibt es nicht jeden Tag?

Nein, die Ausgangssperre wird alle drei oder vier Tage für zwei Stunden aufgehoben. Und in diesen zwei Stunden ist es nicht möglich, in andere Orte zu kommen. Die Verbindungen zwischen den einzelnen Städten und Dörfern sind unterbrochen. Die Armee patrouilliert überall und hat Straßensperren errichtet.
Wir denken, daß die Menschen sehr viel aushalten können. Sie sind an diese Zustände in den letzten drei Jahren gewöhnt. Wir haben keine Angst, wir hoffen einfach, daß sich etwas für uns verändert. Das ist das Grundgefühl in diesen Tagen.

Wir die Ausgangssperre noch länger andauern?

Ich glaube, daß das noch lange dauern wird, weil die Situation in Israel sehr kritisch ist. In Nalus wurde bereits angekündigt, daß die Ausgangssperre noch sehr lange andauern werde. Sie soll alle paar Tage für ein oder zwei Stunden aufgehoben werden.
Von Tel Aviv hören wir, daß alles geschlossen ist und die Menschen die Stadt verlassen. Die Kriegsangst herrscht eher unter den Israelis als unter den Palästinensern. Sie haben Angst, daß es zu einem neuen Ausbruch der Intifada kommt, wenn die Palästinenser mehr als zwei Stunden auf die Straße dürfen. Es ist aber sehr wichtig für uns, unsere Gefühle auszudrücken und zu zeigen, wie wir über den Krieg denken.

Denkst Du, daß Israel in den Krieg eingreifen wird und wie wird sich die israelische Entscheidung auf die Situation der PalästinenserInnen auswirken?

Die Regierung wird auf den Druck der Bevölkerung reagieren müssen, nachdem die Raketen auf Tel Aviv niedergegangen sind. Israel ist jetzt schon Kriegsteilnehmer und wird es über kurz oder lang auch offiziell sein. Schon jetzt sind sie aber inoffiziell an dem Krieg beteiligt, und es ist falsch zu denken, daß Israel sich bisher rausgehalten hat. Israelische Militärflugzeuge sind inzwischen in Saudi Arabien stationiert und der Himmel über dem Libanon ist voller israelischer Flugzeuge. Und uns, die PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten, haben sie als Geiseln genommen.

Wie seht ihr die weitere Entwicklung?

Für uns ist eines sehr klar. Die USA und ihre Verbündeten führen keinen Krieg zur Befreiung Kuwaits, sondern für die Erhaltung ihrer Macht in der Region. Ich möchte den Menschen in Europa sagen, daß sie "Nein" sagen müssen zur weiteren Zerstörung des Irak, daß sie "Nein" sagen müssen zur Ermordung der irakischen Bevölkerung, denn dieser Krieg wird gegen alle diejenigen geführt, die Israels Interessen und die Interessen des Imperialismus in der Region angreifen und in Frage stellen.
Bush sagt, daß er eine neue Weltordnung anstrebt, aber auf was ist diese Weltordnung gebaut. Sie fängt an mit Tod und Zerstörung. Das ist keine neue Welt, sondern wir werden um hundert Jahre zurückgeworfen. Das bedeutet keine Zukunft für die Menschheit.

Artikel aus Palästina Info, Sondernummer zum Golfkrieg

»IN DEN LETZTEN TAGEN HABEN WIR DIE SONNE NICHT MEHR GESEHEN«

NACHRICHTEN VOM GOLFKRIEG

Die nachfolgenden Meldungen sind Nachrichten vom Golfkrieg. Andere Nachrichten, als sie von den US-amerikanischen oder auch irakischen Militärbehörden freigegeben und uns über die großen Nachrichtenagenturen allabendlich im Fernsehen und allmorgendlich in der Zeitung präsentiert werden. Viele der nachfolgenden Meldungen wurden von Radiostationen, kleinen Pressediensten oder Zeitungen aus der Nahost-Region verbreitet. Sie beziehen sich häufig auf Augenzeugenberichte, Erzählungen von Flüchtlingen, Publikationen von Hilfsorganisationen oder andere direkte Quellen. Wir wissen nicht, ob diese Meldungen „richtig" sind. Auf jeden Fall aber sind es Meldungen, die den offiziellen Nachrichten und Verlautbarungen gegenübergestellt werden müssen und die etwas von den Dimensionen des Grauens in diesem Krieg erahnen lassen.

Samstag, 19.1.
Radio Austria: Personen aus dem arabischen Raum werden aus Angst vor Terroranschlägen des Landes verwiesen.
Verschiedene Sender: Irakische Atomanlagen sowie Produktionsstätten für B- und C-Kampfstoffe wurden zerstört oder beschädigt. Es wird davon ausgegangen, daß ein Gebiet von 100 Kilometern Durchmesser um eine zerstörte Chemieanlage derartig verseucht ist, daß es nicht mehr betreten werden kann.
Medico International: Im türkischen Teil Kurdistans werden Krankenhäuser vom Militär konfisziert und Universitäten geschlossen, um Studentenunruhen vorzubeugen. In verschiedenen Städten werden Oppositionelle verhaftet.
Iranische Tageszeitungen: Tausende von Toten in Bagdad und Basra.

Montag, 21.1.
Radio Moskau: Die Anzahl der bisherigen Kriegsopfer wird von UNICEF auf eine Million geschätzt.
Medico International: Die türkischen Behörden geben nur an Militärangehörige und Staatsbedienstete Schutzmasken aus. Sicherheitsmaßnahmen und Schutzvorkehrungen für die Zivilbevölkerung sind unterblieben.
Verschiedene US-amerikanische Quellen: In den gesamten USA wurden Internierungslager für Araber eingerichtet. Außer ihren üblichen Papieren müssen die Araber jetzt auch ihre Geburtsurkunde bei sich tragen.

Medico International: Nach Berichten von Augenzeugen wurden die nordirakischen Kurdenstädte Dakuk und Bakube sowie die Städte Kani Masi und Sersenq zweimal intensiv bombardiert. Die irakische Regierung verweigert die Übergabe der Leichen an Angehörige ... Die Tatsache, daß die meisten Störsender der Regierung vernichtet sind, macht den Empfang oppositioneller Sender im ganzen Land möglich.

Dienstag, 22.1.
Irak Intern (Sender Kurdischer Gruppen): Die Türkei zieht Truppen an der Grenze zusammen. Straßen entlang der Grenze wurden ausgebessert ... Viele Angehörige der Volksarmee (Miliz der Baath-Partei) fliehen in den Iran oder in den irakischen Teil Kurdistans. ... Kurdische Quellen bestätigen, daß sieben Personen bei dem Versuch erschossen wurden, das Sendegebäude in Bagdad zu bestzen und eine Erklärung gegen Sadam zu verlesen ... In den Provinzen Irakisch-Kurdistans gibt es zur Zeit keine Zeitungen. Unklar ist, ob nur der Vertrieb zusammengebrochen ist oder ob sie überhaupt nicht mehr gedruckt werden, Radio Bagdad wird in Kurdistan nicht mehr empfangen ...

Mittwoch, 23.1.
Medico International: Aus einem illegalen Sender der Kurdischen Bewegung war zu erfahren, daß in den letzten 24 Stunden die Städte Kerkuk, Suleimaniya und Ranyia von B 52-Bombern angegriffen wurden. In den beiden erstgenannten Städten befinden sich militärische Einrichtungen, in Ranyia nicht. Es gibt mindestens 1.500 Tote.

Freitag, 25.1.
TRT International: Der türkische Ministerpräsident Akbulut teilt mit, daß 40.000 Gasmasken aus den Niederlanden eingetroffen und an höchste Beamte verteilt worden seien. Die Bevölkerung müsse bei einem Gasangriff in Bunkern Zuflucht suchen.

Samstag, 26.1.
YLE – Radio Finnland: Der finnische Ministerpräsident vertrat die Auffassung, daß der Golfkrieg kein Krieg der Vereinten Nationen sei, da die UNO nur das Ultimatum für den Rückzug des Irak aus Kuweit gestellt hätte. Es handele sich vielmehr um einen Krieg der USA

Sonntag, 27.1.
Hessischer Rundfunk: Experten rechnen mit Ausbruch von Typhus und Cholera in Bagdad.
Radio Iran: Wenn alle Atomanlagen und chemischen Komplexe des Irak zerstört würden, hätte das Auswirkungen auf die gesamte nördliche Erdhalbkugel. Wenn die kuweitischen Ölfelder in Brand gerieten, würden 15.000 Tonnen Kohlendioxid pro Tag in die Atmosphäre geblasen werden.
Radio Bejing: Die afrikanischen Staaten Angola und Namibia sprechen sich für eine friedliche Lösung des Golfkonfliktes aus.
RTL: Immer mehr US-Soldaten verweigern, viele halten „das Ganze für ein Himmelfahrtskommando"; es sei ein „sehr, sehr blutiger Krieg."

RTL: Eine türkische Frau und zwei ihrer Söhne erstickten, weil sie ihr Haus zum Schutz vor Giftgas vollständig abgedichtet hatten und trotzdem ihren Herd befeuerten.

Montag, 28.1.
Radio Iran: Nach Angaben des Senders werden alle 15 Minuten Städte an der iranisch-irakischen Grenze bombardiert.
BBC: Die Trinkwasserversorgung im Iran ist durch erneuten „Schwarzen Regen" gefährdet.

Frankreich, Privatkontakte: Journalisten sind Straßeninterviews in den arabischen Ghettos untersagt. Der Verkauf eines pro-irakischen Liedes wurde verboten, das gleiche betraf vier arabische Zeitungen. Viele Nordafrikanen verlassen Frankreich aus Angst vor rassistischen Progromen.

Krise am Golf
Berichte und Analysen

Dienstag, 29.1.
Radio Tripolis: Ein jordanischer Sprecher hat erklärt, daß allierte Kampfflugzeuge die Hauptstrasse zwischen Bagdad und Amman bombardiert haben. Diese Straße war der einzige offene Weg für Flüchtlinge aus dem Irak.

Freitag, 1.2.
Private Kontakte: Die Göttinger Polizei durchsucht die Wohnung eines Exil-Kurden.

Sonntag, 3.2.
Radio Amman: Ein 29jähriger Palästinenser wurde vor seinem Haus in der Westbank durch israelische Soldaten getötet.
Deutsche Welle: Infolge der allierten Luftangriffe auf Chemieanlagen sind die irakischen Wasservorräte verseucht. Die Bevölkerung ahne davon nicht und trinke das Wasser weiter.
Radio Amman: Die Wissenschaftler Iraks haben an die islamische Welt appelliert, gegen die „barbarische Aggression" zu rebellieren, da die alliierten Kampfflugzeuge und Raketen Tag und Nacht Wohnviertel, Schulen, Universitäten, Moscheen, Kirchen und wissenschaftliche Einrichtungen zerstörten.
Radio Iran: Der Irak ist am Vorabend erstmals von der Türkei aus mit Raketen angegriffen worden.
Deutsche Welle: Argentiniens Präsident Menem hat dem Irak ohne den erforderlichen Beschluß des Parlaments den Krieg erklärt und den USA ein Kriegsschiff zur Verfügung gestellt. 90% der argentinischen Bevölkerung sollen sich gegen eine Kriegsteilnahme ausgesprochen haben.

Immer schwerere Bomben

Die alliierten Bombengeschwader greifen im Golf-Krieg zu immer gröberen Kalibern. Während führende US-Militärs in der Etappe nach wie vor Video-Aufnahmen vermeintlich „sauberer" Präzisionsbombardierungen vorführen, decken die riesigen Bomber vom Typ B-52 Kuwait und Süd-Irak mit immer dichteren Bombenteppichen ein. US-Generalen zufolge sollen vor allem die irakischen Elitetruppen „aufgeweicht" werden.
Niemals zuvor, so die Militärs, wurde innerhalb weniger Wochen ein Land derart unter Bombenhagel genommen. Insgesamt weit über 44 000 Flüge, davon die Hälfte Kampfeinsätze, unternahmen die Allierten eigenen Angaben zufolge bislang. Allein bei drei Angriffswellen ließen die B-52 rund 1200 Tonnen Bomben auf die Elitegarde regnen.
Die 225-Kilogramm-Bomben reißen nach Angaben von Militärs bis zu elf Meter tiefe Krater mit einem Durchmesser von 16 Metern in die Erde. Sie könnten drei Meter starke Betonplatten oder 33 Zentimeter dicken Panzerstahl durchschlagen. Die psychologischen „Nebeneffekte" seien furchtbar: Wer auch nur in die Nähe der Bombardierungen komme, gerate unter schweren Schock. US-Militärs sprechen von „völlig verängstigten" irakischen Kriegsgefangenen.
Auch das Schlachtschiff „USS Missouri" hat Kuwait unter Beschuß genommen. Seine Mega-Bomben wiegen bis zu 900 Kilogramm pro Stück, so viel wie ein Kleinwagen. Kuwait und der südliche Irak seien zu einer „Mondlandschaft von Kratern" geworden, sagte ein Militär.
Flüchtlinge berichteten am Montag in der jordanischen Hauptstadt Amman, die südirakische Stadt Basra sei so verwüstet, daß die Menschen dort Trinkwasser aus Pfützen schöpften. „Die Bombardierung von Basra geht pausenlos weiter. Es ist so, als wollten sie die Stadt auslöschen", sagte der Inder Gangaram Kildolia.
US-Oberbefehlshaber Norman Schwarzkopf räumte ein, daß irrtümlicherweise auch zivile Ziele bombardiert würden.
(dpa/AP/Reuter)

Montag, 4.2.
Radio Iran: Flüchtlinge aus dem Irak berichten. „Ich habe viele Verwundete gesehen, die verbluteten. Niemand kümmert sich um sie" (Eine Irakerin). „Als wir gestern zur jordanischen Grenze gefahren sind, bemerkten wir, daß unser Bus mit Maschinengewehren beschossen wurde. Wir sind alle schnell vom Bus weggelaufen und sahen dann, daß er immer mehr von Kampfflugzeugen zerstört wurde" (Ein Ägypter).
Tanjug: Der Präsident der UN-Menschenrechtskommission, der Peruaner Enrique Bernales Ballesteros, hat Israel aufgerufen, die Ausgangssperre für Palästinenser in den besetzten Gebieten aufzuheben.
RÖ1 Wien: Oppositionelle Kreise berichten, daß 300 Kurden in der Türkei hingerichtet worden sein sollen.

Dienstag, 5.2.
BBC: Ein indischer Flüchtling aus Basra wird mit folgenden Worten zitiert: „Sie haben uns alle 15 Minuten bombardiert. Basra ist vollkommen von Rauch bedeckt, in den letzten Tagen haben wir die Sonne nicht mehr gesehen. Ein Bombenhagel folgte dem anderen, jedes Mal fielen neue Trümmer. Die Toten wurden von einem Ort zum anderen geschleudert, auch abgerissene Beine, Köpfe, man konnte nicht entscheiden, welche Körperteile zu welchem Körper gehören ..."
Radio Iran: Heute gab es in Pakistan Generalstreik und Antikriegsdemonstrationen.
Radio Tunis: Kuba, jemen, Sudan, Jordanien und die Maghreb-Staaten haben eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates zur Beendigung des Golfkrieges beantragt.

Mittwoch, 6.2.
Radio Amman: Die Alliierten haben den Busbahnhof der Stadt Alnasseria bombardiert. Dabei kamen 150 Menschen ums Leben, Dutzende wurden verletzt.
Radio Iran: Der türkische Präsident Özal hat darauf bestanden, daß der Irak nach dem Krieg von einer Regierung geführt wird, die aus Türken, Kurden und Arabern besteht.
Tanjug: Eine iranische Zeitung schreibt, daß die iranischen Gläubigen die diesjährige Pilgerfahrt nach Mekka boykottieren werden, da König Fahd Ungläubige in der Heiligen Stadt stationiert habe.
RÖ1 Wien: Die österreichische Regerung stimmte dem Transport von 120 alliierten Bergepanzern durch das Land zu. Die Grünen appellieren an das Bahnpersonal, die Arbeit niederzulegen, um so den Transport von Kriegsmaterial zu verhindern.

Donnerstag, 7.2.
Radio Iran: Inoffiziellen Meldungen zufolge sollen die irakischen Truppen in Chafij C-Waffen eingesetzt haben. Bisher hieß es, daß die in Saudi-Arabien gemessenen Spuren von Nervengas aus bombardierten chemischen Anlagen im Südirak stammten.

- Widerstand zu bündeln:
- Sternmarsch zum Hofgarten, 13 Uhr
- Großkundgebung, 14—16 Uhr
- RednerInnen aus Umweltschutz, DGB, Kirchen, Friedensbewegung, Betroffene aus der Krie...

Organisiert ...

DAS ELEND DES KRIEGES

Tanjug: Die türkische Zeitung Hürrieyet hat eine Landkarte „des neuen Irak ohne Sadam Hussein" veröffentlicht, auf der das Land in drei autonome Regionen aufgeteilt ist, die jeweils von Arabern, Türken und Kurden bewohnt und auf föderativer Basis miteinander verbunden sind. In der Zentralregierung sollen diese Bevölkerungsgruppen zu gleichen Teilen repräsentiert sein. Die neue Landkarte wurde aufgrund der Pläne Präsident Özals entworfen, und die Türkei, Syrien und Iran sollen das Vorhaben garantieren.

Radio Iran: Auch die Reservisten unter den ausländischen Immigranten in den USA werden von der Armee eingezogen. Eine iranische Zeitung berichtet, daß vor allem Iraner versuchen, über die mexikanische Grenze zu flüchten. Die Dienstverweigerung bedeutet entweder fünf Jahre Gefängnis oder 250.000 Dollar Geldstrafe.

Radio Moskau: Der sowjetische Luftwaffengeneral Igor Malzow erklärte, Luftangriffe alleine würden nicht ausreichen,, um den Irak zum Rückzug zu zwingen. Der Krieg werde lange dauern und unter anderem von der Situation in Europa abhängen.

Freitag, 8.2.

Deutsche Welle: Der Irak möchte die Gespräche mit dem UN-Generalsekretär Perez de Cuellar veröffentlicht sehen. Die UNO sperrt sich, das entspreche nicht diplomatischen Gepflogenheiten.

Samstag, 9.2.

Radio Iran: Die irakischen Städte Bareh, Zarbathie, Ghasreh und Taghal sind zwischen gestern nacht und heute morgen von den Alliierten schwer bombardiert worden. Dabei wurden u.a. über 6.000 Jahre alte Kulturdenkmäler zerstört.

Tanjug: Türkische Oppositionsparteien befürchten, daß die Nordfront gegen den Irak eröffnet wird, um eine Bodenoffensive zu starten. Dies könne sehr schnell geschehen.

Tanjug: Durch das Öl-Embargo der UNO hat der Irak seit August einen monatlichen Verlust von ca. 2,1 Milliarden Dollar.

Tanjug: Alle Insassen eines Linienbusses, der zwischen Kuweit-Stadt und dem Hafen von Al Ahmadi fuhr, sind am Samstag bei einem alliierten Luftangriff ums Leben gekommen, berichtet die palästinensische Agentur WAFA. Unter den Opfern waren acht Palästinenser.

Sonntag, 10.2.

Tanjug: Eine große schwarze Wolke verdeckte heute morgen die Sonne über der 150.000-Einwohner-Stadt Sanandaj im iranischen Teil Kurdistans. Das gleiche Phänomen wurde in der benachbarten Stadt Marivan beobachtet. Die Wolke kam aus dem Norden, wo in den Vortagen Ölbohrstellen bombardiert worden waren.

Radio Amman: Der Irak hat die Alliierten und vor allem die USA beschuldigt, ihre gefallenen Soldaten in Kühlhallen aufzubewahren, statt die Leichen zurück in die USA zu überführen.

Montag, 11.2.

Radio Tunis: Eine 78jährige Österreicherin hat sich vor der US-Botschaft in Wien aus Protest gegen den Krieg erschossen.

Tanjug: Der nordamerikanische Präsident Bush ist für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen worden.

Dienstag, 12.2.

NDR/Deutsche Welle: Der ehemalige US-Justizminister Clark berichtete aus dem Irak, 3000 Babys seien nach Angaben des Irakischen Roten Halbmondes aus Mangel an Babynahrung und Medikamenten gestorben, dazu kämen 6000 - 7000 getötete Zivilisten. Er hätte unkontrolliert herumreisen können und habe nur wenige militärische, aber viele zivile Schäden gesehen. Allein in Basra sei er in sechs zerstörten Straßenzügen gewesen, in einem Wohnviertel. In einer Moschee seien 46 Menschen der Bombardierung zum Opfer gefallen. Er warf den Alliierten Verharmlosung vor.

NDR: Im Irak wurden 3000 Kurden getötet oder verletzt, 300 werden in Konzentrationslagern festgehalten.

Deutsche Welle: Die französische Zeitung Liberation meldete, daß offensichtlich immer noch sowjetische Offiziere in der Irakischen Armee vertreten sind. Außerdem unterstütze die UdSSR den Irak mit Satellitenaufnahmen.

Vor Seuchen am Golf gewarnt

Alliierte Bombenangriffe auf die Fabriken biologischer Waffen in Irak bedeuten nach Ansicht britischer Experten Seuchengefahren für die Golf-Region und andere Weltgebiete. Biologieprofessor Steven Rose legte jetzt eine Studie für das Komitee „Stoppt den Krieg am Golf" vor, wonach Luftangriffe auf B-Waffen-Anlagen sehr langlebige giftige Mikro-Organismen freisetzen und die Umwelt verseuchen könnten. „Wenn es zutrifft, daß biologische Einrichtungen bombardiert werden, dann wäre das das Dümmste und Gefährlichste, was man tun kann", sagte der Experte für B- und C-Waffen.

RÖ I Wien: Nach den erneuten Raketenangriffen auf Israel sind in den besetzten Gebieten zahlreiche PalästinenserInnen auf die Dächer ihrer Häuser gestiegen, um in spontanen Demonstrationen ihre Sympathie für den Irak zu bekunden. Israelische Soldaten schossen daraufhin auf die Demonstranten.

FR: 25 Firmen haben in gleichlautenden Meldungen dem Finanzamt mitgeteilt, daß sie ihre monatliche Steuerzahlungen um 20% verringern, weil sie „nicht bereit sind, diesen Krieg mitzufinanzieren". Die Initiative will den Boykott jeden Monat wiederholen, um „ein wenig Sand in die Kriegsmaschinerie zu streuen".

Radio Iran: Radio Bagdad: Aufgrund der harten Zensur wissen die Amerikaner über den Krieg und vor allem über die amerikanischen Opfer nicht Bescheid. Die Amerikaner würden ihre Gefallenen in einer Leichenhalle übereinander stapeln und die Verletzten heimlich in der BRD und in den besetzten palästinensischen Gebieten behandeln.

Mittwoch, 13.3.:

Radio Algerien: Ein britischer Militärsprecher hat heute erklärt, daß einige B-52-Bomber ihre Bombenlast wegen Notfällen über offener See südlich von England abgeworfen haben.

Radio Algerien: Der irakische Außenminister Tarik Aziz hat heute den UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar aufgefordert, die Zerstörung des Zivilbunkers in Bagdad persönlich als Verbrechen zu verurteilen.

RSI Stockholm: Der Verwalter der Bunkeranlage und Augenzeugen berichteten, daß es sich um einen ausschließlich zivil genutzten Bunker gehandelt habe, der schon seit Ausbruch des Krieges von ärmeren Bevölkerungsschichten genutzt wurde.

NDR: Der NDR-Korrespondent Fröhder in Bagdad erklärte, daß das, was er bei der Bergung beobachtet hatte, das Schlimmste war, was er je gesehen hatte. In der Nähe des Bunkers gäbe es keine militärischen Anlagen.

Giftgas-Spuren im Norden Saudi-Arabiens nachgewiesen

RIAD, 30. Januar (AP). Eine Gruppe tschechoslowakischer Chemiewaffenexperten hat in der Wüste im Norden Saudi-Arabiens Nervengasspuren nachgewiesen. Das verlautete am Dienstag aus saudiarabischen Militärkreisen in Riad. Die Kampfstoffe seien wahrscheinlich bei der Zerstörung irakischer Chemiefabriken durch alliierte Luftangriffe freigesetzt worden.

Tanjug: Die Tageszeitung „Dubai Daily Khaleej Times" berichtete gestern, daß bereits einige Menschen in Kuwait City an Cholera gestorben sind. Die Menschen leiden an einer Lebensmittel- und Medikamentenknappheit. Das Ausbrechen einer Epidemie wird befürchtet.

Radio Iran: Der UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar kritisierte heute die USA, weil diese die Lieferung von Medikamenten und anderen medizinischen Hilfsmittel in den Irak verhindere.

BBC: Der französischen Verteidigungsminister Joxe erklärte, daß es zur Befreiung Kuwaits notwendig sei, die Moral der Iraker zu brechen. Dazu gehörten auch und vor allem Bombardements auf zivile Wohngebiete und Versorgungseinrichtungen.

Radio Iran: Zwölf amerikanische Journalisten sind in Saudi-Arabien verhaftet worden, weil sie versuchten, unzensierte Meldungen ins Ausland zu schicken. Einer der Journalisten hat nach sechs Stunden Haft seine Arbeitserlaubnis entzogen bekommen.

Deutsche Welle: Aus Protest gegen den Golfkrieg legten in Spanien die Beschäftigten die Arbeit für fünf Minuten nieder.

Radio Tunis: Die USA versuchen im Moment, gegen eine Zahlung von 5000 $ Söldner für den Bodenkrieg am Golf anzuwerben.

Quellen:

Anti-Kriegs-Info Wiesbaden, Göttinger Drucksache gegen Krieg und Zensur (verschiedene Ausgaben), diverse Flugblätter und Materialien der Anti-Kriegs-Bewegung.

Zusammenstellung für die atom: R.

VERGLEICHBAR NUR MIT EINEM ATOMKRIEG

DER GOLFKRIEG UND SEINE ÖKOLOGISCHEN AUSWIRKUNGEN

Anfang des Jahres wurden verschiedene Szenarien über die ökologischen Folgen der Kampfhandlungen am Golf in der Öffentlichkeit diskutiert. Sicher lassen sich Umfang und Ausmaß der Schäden im voraus nicht exakt quantifizieren. Wer dies tut betreibt Scharlatanerie. Da aber verschiedene Wissenschaftler über empirische Methoden oder Modellrechnungen in der Tendenz zu ähnlichen Ergebnissen kommen, ist es möglich, Hinweise auf die Art der resultierenden Umweltschäden zu geben und grobe Abschätzungen ihrer möglichen Ausmaße durchzuführen.

Ölteppiche - Gefahr für den Persischen Golf

Der Krieg mit dem Irak kann eine erhebliche Ölverschmutzung des Persischen Golfes nach sich ziehen, die durch die Zerstörung oder Beschädigung von Bohrplattformen, Pipelines oder Tankern hervorgerufen wird. Ausfließendes Öl, das in das Meer gelangt, wird dort auf lange Zeit eine Ölpest, schlimmer als die der Exxon Valdes in Alaska im Jahre 1989 , hervorrufen und das Leben im Meer zerstören. Das Ökosystem des Persischen Golfes wurde schon in der Vergangenheit mehrmals ernsthaft geschädigt. Die Bombardierung einer Öl-Plattform im Iran/Irak-Krieg im Jahre 1983 führte zu einem 1.000 km langen Ölteppich, der sich über den gesamten Golf streckte und nachweislich die Fischvorkommen beeinträchtigte. Im achtjährigen Iran/Irak-Krieg verdoppelte sich die Anzahl der Ölunfälle aufgrund von Schwimm-Minen und Havarien mit gesunkenen Schiffen, Schätzungen von Greenpeace geben für durch das aktuelle Kriegsgeschehen hervorgerufene Öleinträge in den Persichen Golf die zehn- bis einhundertfache Ölmenge des Exxon Valdez Unfalls an. Damit ist auch die Trinkwasserversorgung in der Golfregion gefährdet, die überwiegend aus Meerwasserentsalzungsanlagen stammt.

Außerdem hat der Irak angekündigt, bei einer Land-Offensive auf Kuwait Öl in vorbereitete Gräben zu leiten und anzuzünden, was erhebliche Auswirkungen auf die Wüstenvegetation und deren Wasserhaushalt haben würde. Dies würde sich besonders in der Nähe von Oasen auswirken, die einem Großteil der Bevölkerung als Lebensgrundlage dienen.

Über das Leid durch die direkten Kriegseinwirkungen hinaus kann auf uns eine Naturkatastrophe kaum abschätzbaren Ausmaßes zukommen. Hinweise darauf geben uns die Erfahrungen der letzten Jahre in Vietnam, Zentralamerika, Afghanistan und auch in der Golfregion während des Iran/Irak-Krieges. Durch den militärischen Aufmarsch und den Krieg werden die Menschen auf Jahre hinaus betroffen sein, und das nicht nur in der Golfregion selbst.

Brand von ÖL- und Gasfeldern - Gefahren für Klima und Atmosphäre

Es gibt zu diesem Komplex recht unterschiedliche Aussagen. Zum einen vertritt Paul Crutzen, Mitglied der Bundestags-Enquete-Kommission "Vorsorge zum

Schutz der Erdatmoshpäre" und Professor am Max-Planck-Institut in Mainz sowie an der Universität Chicago, die Auffassung, daß der Brand der kuwaitischen Ölfelder eine globale Klimaauswirkung nach sich ziehen könnte. Andere Autoren sehen für die Umweltfolgen des militärischen Konflikts nur lokale Auswirkungen.

Grundsätzlich läßt sich zu Klimaauswirkungen durch Ruß und Stäube folgendes sagen: Emissionen von Ruß, die nicht in die Stratosphäre (oberhalb 10 bis 12 km Höhe) gelangen, werden binnen weniger Wochen durch Niedersinken und Ausregnen aus der Atmosphäre weitestgehend entfernt. Diese Emissionen verdunkeln allerdings auf ihrer Zugbahn für diesen begrenzten Zeitraum den Himmel, das heißt, tagsüber wird die Sonneneinstrahlung schwächer. Über genaue Details kann jedoch nur spekuliert werden.

Bei Emissionen, die in die Stratosphäre gelangen, sieht die Einschätzung der Umweltgefahren anders aus. Diese Emissionen gelangen über Saudiarabien in den subtropischen Strahlstrom eine Starkwind-Zone, die in dieser geographischen Breite die ganze Erde umzieht.

Damit werden sie in diesem "Band" relativ schnell global verteilt, diffundieren aber auch seitlich nach Norden und Süden. Aus den Erfahrungen von Vulkanausbrüchen kann man die Prognose ableiten, daß die Emissionen über Jahre in der Stratoshphäre verbleiben und die Sonneneinstrahlung schwächen. So wurden im Jahre 1883 bei der Explosion des Krakatau 21 km³ Material, was ca. 60 Mrd. Tonnen entspricht, in die Stratosphäre geschleudert. Dies führe zusammen mit einigen anderen, kleineren Vulkanausbrüchen ab 1885 bis zu 0,7 C Abkühlung auf der Nordhalbkugel der Erde. Nach etwa 10 Jahren war diese Abkühlung weitgehend abgeklungen. Die Emissionen der Brände in der Golfregion sind allerdings von der Größenordnung her nicht mit dem Krakatau-Ausbruch zu vergleichen.

Anfang Januar warnte der englische Umweltexperte und Unternehmensberater John Cox vor den ökologischen Folgen der Ölbrände, die er allerdings im wesentlichen für ein regionales Problem hielt. Er kalkulierte mit der Verbrennung von 3 Millionen Faß Öl, entsprechend rund 450.000 Tonnen. Da in diesem Fall der Kohlendioxydbelastung unter 1 % der derzeitigen jährlichen Weltemission läge, konzentriert er sich auf das Problem der ökologischen Auswirkungen der entstehenden Rußmengen, nach seinen Berechnungen rund 35.000 Tonnen pro Tag. Bereits diese Menge wäre ausreichend, das regionale Klima drastisch zu verändern.

Eine Rußwolke entsprechender Größe kann dazu führen, daß durch die Absorption des Sonnenlichtes im überdeckten Gebiet Temperaturstürze bis zu 15 Grad Celsius auftreten, was in der Folge orkanartige Stürme hervorruft. Bei den klimatologischen Gegebenheiten der Region muß davon ausgegangen werden, daß eine solche Rußwolke in Richtung Südostasien zieht. In diesem Fall würde es zu Störungen der dort vorherrschenden Großwetterlage kommen, möglicherweise auch zur Ablenkung der Monsunwinde, und dem Ausbleiben der Monsunregen in Indien und China, was zu Hungerkatastrophen führen könnte, die mehrere Milliarden Menschen betreffen. Cox weist aber auch darauf hin, daß seine Angaben bisher erst grobe Abschätzungen sein können und der Präzisierung durch Computersimulationen bedürfen. Diese Berechnungen hat Professor Dr. Crutzen bereits durchgeführt. Crutzen, der Ende der 80er Jahre Mitautor der Studie "Auswirkungen eines Atomkrieges" der Weltgesundheitsorganisation war und maßgeblichen Anteil an der Entdeckung des Phänomens des "nuklearen Winters" hatte, benutzte die aus diesem Kontext vorhandenen Simulationsmodelle für eine Abschätzung der Folgen des Golfkrieges. Dieses Verfahren ist insbesondere deswegen wissenschaftlich zulässig, weil auch bei einem Nuklearkrieg die Veränderung der Atmosphäre weitgehend nicht auf radiochemische Prozesse zurückgehen würde, sondern Folge der durch den Atombombeneinsatz hervorgerufenen konventionellen Brände wäre.

Crutzen geht von einer täglich verbrennenden Ölmenge von einer Million Tonnen aus Ölquellen, Speichern, Pipelines, Raffinerien etc. aus, die erreicht werden könnte, wenn nur die Hälfte der rund tausend kuwaitischen Ölquellen in Brand gesetzt würde - d.h. ohne kriegsbedingte Flächenbrände, ohne Beschädigungen der saudischen oder irakischen Öl-Infrastruktur. Die dabei entstehende Kohlendioxydmenge würde das Klimaproblem nicht kurzfristig drastisch verschärfen, wohl aber mittelfristig seine Lösung erschweren. Während die bei der Verbrennung entstehenden sauren Niederschläge ein regionales Problem bleiben, kann der Ruß, getrieben von der Hitze starker Brände, bis in höhere Atmosphärendichten steigen, sich dort verteilen und großflächige Störungen der Atmosphäre nach sich ziehen. Da nach vorhanden empirischen Daten die Entstehungsrate von Ruß bei Ölbränden rund 10 % beträgt, wäre nach den Annahmen von Crutzen mit einer Emission von rund 100.000 Tonne Ruß, 5 Millionen Tonnen Kohlendioxyd und rund 2 Millionen Tonnen Wasser pro Tag zu rechnen.

Auf der Grundlage dieses "mittleren Szenarios" ist nach Crutzen mit einer verdunkelten Erdfläche durch aufsteigenden Ruß von rund einer Million Quadratkilometer je Tag zu rechnen, was einer Bedeckung von rund der Hälfte der Nordhalbkugel der Erde in 100 Tagen entspricht.

Die erforderlichen Löscharbeiten würden nicht nur dadurch verzögert, daß sie erst nach Ende der Kampfhandlungen beginnen könnten, sondern auch, weil es auf der Welt nur wenige Firmen gibt, die das erforderliche "know how" und die notwendige Ausrüstung besitzen. Selbst unter Friedensbedingungen und bei uneingeschränkter Verfügbarkeit aller Hilfsdienste dauert das Löschen eines Ölbrandes bei einem einzigen Bohrloch gewöhnlich Tage bis Wochen, manchmal Monate. In der Nähe der havarierten Ölquellen müssen Bohrungen niedergebracht werden, um das Förderrohr durch unterirdische Explosionen von der Seite her zuzuquetschen und damit den Ölstrom zu unterbinden, der gerade in den nahöstlichen Ölfeldern zum Teil unter hohem Druck nach außen treibt. Da Brände von Ölquellen nur von wenigen Fachleuten in der Welt gelöscht werden können, erscheint es deshalb nicht unrealistisch daß bei bis zu tausend brennenden Bohrlöchern für die Zeit bis zum Löschen des letzten Ölbrandes rund ein dreiviertel Jahr nach Kriegsende anzusetzen ist. Das entspräche zwei gelöschten Bränden pro Tag. Schon diese Annahme bedeutet jedoch eine Verdreifachung der emittierten Rauchmassen, so daß man in den genannten Szenarien in den Bereich eines "mittleren Atomkrieges" gelangt.

Gegenüber dem Weltenergieverbrauch von rund 10 Milliarden Tonnen Steinkohleeinheiten jährlich (davon über 80 % fossile Energien) würde sich die Kohlendioxyd-Emission aus einer auf Kuwait beschränkten Öl- und Brandkatastrophe klein ausnehmen.
Langfristig tragen die durch die Ölbrände erhöhten Kohlendioxydemissionen sicherlich zum Treibhauseffekt bei; allerdings ist es bei Schätzungen zwischen 5 % und 50 % der Jahresemission kaum vorherzusagen, ob es sich um eine merkliche Erhöhung der Temperatur handeln wird. Trotzdem wird auf jeden Fall die notwendige Reduzierung der CO_2-Mengen in der Atmosphäre deutlich erschwert.
Anders wäre es, wenn auch saudiarabische Öl- und Gasquellen in großem Umfang über Jahre unkontrolliert abbrennen würden. Letzteres erscheint aber noch unwahrscheinlich.
Für den Fall, daß der Ruß in die Stroatosphäre aufsteigt, muß davon ausgegangen werden, daß auch erhebliche Mengen Stickoxide ihren Weg in die Stratosphäre finden und dort ähnlich den FCKW das stratosphärische Ozon abbauen.
Erste Kalkulationen von Prof. Bach, international anerkannter Klimatologe und ebenfalls Mitglied der Enquete-Kommission "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre", besagen, daß regional ein Ozonabbau von ca. 60 % stattfinden kann, was langfristig erhebliche gesundheitliche Folgen für die Bevölkerung der Region nach sich ziehen würde.

Zerstörung von Atomanlagen und Atomwaffeneinsatz

Nach Angaben des Oberkommandierenden der US-Streitkräfte, General Colin Powell, haben die amerikanischen Luftstreitkräfte zwei militärische Versuchsatomreaktoren des Irak zerstört. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß Brennelemente in diesen Anlagen gelagert und durch die Zerstörung Radionuklide freigesetzt worden sind. Sollten die Anlagen bei vollem Betrieb zerstört worden sein, dürfte eine beachtliche Menge an Radioaktivität freigesetzt worden sein.
Aus den Kernwaffenversuchen der 50er und 60er Jahre läßt sich ableiten, daß bei speziellen Wetterlagen Strahlenbelastungen frühestens eine Woche nach der Zerstörung von Reaktoren in Mitteleuropa zu verzeichnen wären. Diese wären jedoch mit denen von Tschernobyl nicht zu vergleichen. Nach bisherigen Messungen des Deutschen Wetterdienstes ist eine solche radioaktive Belastung in der Bundesrepublik, ebenso wie in anderen europäischen Staaten nicht festgestellt worden. Für die Bevölkerung in der Umgebung eines Reaktors ist dessen Zerstörung natürlich eine Katastrophe. Im Übergangsbereich der Passatwindzone mit Nordostwinden und der Westwindzone mittlerer Breiten wird die Radioaktivität auch in Richtung Osten, als nach Zentralasien, zum Teil aber auch nach Südwesten, also nach Nordostafrika verdriften und die Menschen in diesen Regionen gefährden, die über keinerlei Meßsysteme zur Vorwarnung verfügen.

Sollten allerdings Atomwaffen eingesetzt werden, würde sich dieses Szenario wesentlich verändern. Nach Presseberichten sollen in der Golfregion bis zu 400 westliche Atombomben stationiert sein.

Zerstörung von Anlagen zur Herstellung von biologischen Waffen und Einsatz von biologischen Waffen

Falls biologische Waffen zum Einsatz kämen, worüber zur Zeit höchstens spekuliert werden kann, bestehen je nach Ausbreitungsmöglichkeiten der Erreger Gefahren, über deren Größe hier jedoch mangels Kenntnis der Erregertyps, der Menge und der Freisetzungsform keine Angaben gemacht werden können. Die Freisetzung von Milzbrandbakterien auf der schottischen Insel Gruinard vor 40 Jahren zeigt deutlich, welche Gefahren durch die Freisetzung biologischen Waffen heraufbeschworen werden. Ein Betreten der Insel war für Menschen und Tiere bis zum Jahr 1990 nicht möglich. Sie hätten sich sofort mit dem Milzbrandbakterium infiziert und wären gestorben. Die Insel konnte erst nach erheblichem Aufwand entseucht werden.

Zerstörung von Chemieanlagen und Giftgasproduktionsanlagen sowie chemische Kriegsführung

Der Defekt eines Ventils und die Freisetzung von Methylisocyanat in Bhopal (Indien) hat gezeigt, daß wir die Risiken einer moderenen Industriegesellschaft nicht beherrschen. Die meisten Industrieanlagen des Irak liegen an Euphrat und Tigris, der größte chemische Komplex ca. 70 km nordwestlich von Bagdad in der Nähe der Stadt Samarra. Hier wird wahrscheinlich Senfgas hergestellt und in großen Lagern aufbewahrt. Die Zerstörung dieses Chemikomplexes kann zu tödlichen Emissionen, zur Vergiftung des Bodens und zur Verseuchung von Gewässern führen. Ein Eintrag durch Löschwasser oder Versickerung über den Boden in Euphrat und Tigris würde zu einem Absterben der Flora und Fauna flußabwärts führen. Da nach Presseberichten in Bagdad ein Teil der Trinkwasserversorgung zusammengebrochen ist, und die Bevölkerung ihr Wasser aus dem Tigris bezieht, ist auch eine menschliche Tragödie zu erwarten.

Hunderte von Ölquellen in Kuweit vermint Spiegel 5/91

Brennende Bohrstellen im südlichen Kuweit

Eine Sendung von Radio Bagdad, in der vorigen Dienstag alliierten Truppen „nichts als dunkle Tage und noch dunklere Nächte" prophezeit wurde, läßt Militärs und Ölfachleute wieder um die Sicherheit der Bohrfelder in dem besetzten Emirat bangen. In Washington gab das Pentagon bekannt, derzeit stünden mehr als 50 Ölquellen in Brand, deren Rußwolken ein Drittel von Kuweit bedeckten. Insgesamt aber hätten die Iraker allein im Burkan-Feld, dem größten Kuweits, 360 von 460 Bohrstellen vermint, berichtete jetzt Nabil Akil, ein aus Kuweit geflohener Förderingenieur. Kollegen hätten ihm erzählt, daß auch die nördlichen Felder von Rumeila, Mutriba, Sabrija und Abdali und die kleineren Lagerstätten um Kuweit-Stadt mit Sprengkörpern gespickt seien. Die Ölgesellschaft Kuwait Petroleum Company hat inzwischen weltweit Experten, Autokräne, Hitzeschilde, Flüssigbeton-Pumpen und Spezialsprengstoffe angefordert, mit denen ein Flächenbrand der 1300 kuweitischen Bohrstellen bekämpft werden soll. Der englische Bombenentschärfer Paul Jefferson hält dies für schwierig. Er befürchtet, daß die Iraker Sprengstoff-Fallen in den Ölfeldern zurücklassen. Militärs in Saudi-Arabien warnten letzte Woche auch vor Senfgasminen in Kuweit.

Die Zerstörung von Munitionsfabriken bzw. von Munitionslagern kann, wie gerade wir in der Bundesrepublik noch aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges wissen, zu einer Verseuchung des Bodens und des Grundwassers führen. Die betroffenen Flächen wären sanierungsbedürftig, um nach dem Krieg Schäden für die Zivilbevölkerung zu vermeiden - ein Milliardenaufwand!

Da der Irak ein Chemiewaffenarsenal besitzt, ist unter Umständen, wie im Iran/Irak-Krieg, mit dem Einsatz dieser Waffen seitens des Irak zu rechnen. Chemische Kampfstoffe haben an ihrem Einsatzort nach der Freisetzung jedoch nur eine sehr kurze Reichweite, und sind nur einige Stunden bis max. zwei Tagen aktiv. Daher bestehen Gefahren nur innerhalb der Reichweiten irakischer Raketen.

Gefahren durch konventionellen Waffeneinsatz

Der Einsatz modernster Waffentechnologie führt zu gewaltigen Zerstörungen. Truppenbewegungen mit schwerem Gerät werden Spuren in der Wüste hinterlassen, die einige Jahrzente überdauern werden. Noch heute, ein halbes Jahrhundert später, sind Spuren der Kampfhandlungen im zweiten Weltkrieg in Nordafrika zu finden. Die spärlichen Weideflächen in der Golfregion, die ohnehin von Überweidung bedroht sind, werden bei einer Ausweitung der Bodenkämpfe in Mitleidenschaft gezogen.
Nach 6 Kriegstagen waren 12.000 Einsätze geflogen, wobei jedes Flugzeug etwa zwei bis dreimal zum Einsatz kam. Es wird geschätzt, daß die ca. 1.000 Kampfflugzeuge 5.000 t Bomben täglich abwerfen. Das sind 800 t mehr als am 13./14. Februar 1945 auf Dresden fielen. Auch wenn bei den täglichen Bombardements des Irak durch die Luftwaffe der "Koalitionstruppen" nur militärisch wichtige Ziele getroffen werden sollten - was sehr unwahrscheinlich ist - führt dies zum Zusammenbruch der Versorgung im Irak. So ist beispielsweise die Wasserversorgung in Bagdad zusammengebrochen.
Sollten die Be- und vor allem Entwässerungssysteme der landwirtschaftlichen Nutzflächen des Zweistromlandes zerstört werden, droht der Verlust fruchtbarer Agrarflächen durch Versalzung mit anschließender Wüstenbildung. Eine derartige Tendenz ist deswegen besonders bedrohlich, weil durch die neuen Großstaudämme in Türkische Kurdistan die Wasserführung von Euphrat und Tigris bereits reduziert ist.
Militärische Einrichtungen verursachen aber auch immense Verschmutzungen: die Militärbasen gleichen in ihrer Struktur Großstädten, allderdings haben sie nicht die übliche Infrastrukur für Abfall- und Abwasserentsorgung.

Sekundäre Umweltschäden in der Folge des Golfkrieges

Westliche Regierungen haben es bisher nicht geschafft, eine vernünftige Energiepolitik zu betreiben. Da auch weiterhin nicht auf Energieeinsparung und die Verwendung regenerativer Energien gesetzt wird, gibt es jetzt schon Stimmen, die darauf zielen, das unsichere Öl aus dem Nahen Osten durch gesicherte Versorgung aus Atomkraftwerken zu ersetzen. Außerdem werden in den USA alte Pläne für den Abbau schwer zugänglicher Ölschiefervorkommen in den Naturschutzgebieten von Alaska wieder aus der Schublade gezogen. Diese Pläne führen unweigerlich zu nicht abschätzbaren ökologischen Folgen.

Israelisches Atomzentrum im Visier

Angeblich waren drei Scuds auf die israelische Atomwaffenschmiede gerichtet

Berlin (taz) — Drei der vier Scud-Raketen, die der Irak am Samstag gegen Israel abschoß, zielten auf die militärische Atomzentrale von Dimona in der Negev-Wüste. Das geht aus einem von Radio Bagdad verbreiteten Militärkommunique hervor. Experten in Tel Aviv behaupten allerdings, Dimona (60 Kilometer südöstlich der Stadt Beersheba) liege außerhalb der Reichweite der irakischen Scuds.

Der Schwerwasserreaktor von Dimona wurde schon Ende der fünfziger Jahre mit französischer Unterstützung errichtet und war wegen der vermuteten militärischen Nutzung in der Folgezeit Gegenstand diplomatischer Verwicklungen zwischen Frankreich, den USA und Israel. Der Reaktor basiert auf dem frühen französischen Forschungsreaktor EL-3 in Saclay und hatte ursprünglich vermutlich eine thermische Leistung von 24 Megawatt. Inzwischen scheint jedoch unumstritten, daß seine Leistung später mehrfach erweitert wurde. Verschiedene Quellen sprechen von 40, 70 oder gar 150 Megawatt.

Daß die Israelis in dem Reaktor Natururan in waffenfähiges Plutonium umwandeln, wird heute kaum mehr bestritten. Seit der Nukleartechniker Mordechai Vanunu, der zwölf Jahre lang in der Atomzentrale von Dimona gearbeitet hatte, 1986 Details über eine geheime unterirdische Plutonium-Aufarbeitungsanlage in Dimona ausplauderte, wird nicht mehr bezweifelt, daß Israel über die Bombe verfügt. In Dimona werden neben dem Reaktor und der Aufarbeitungsanlage auch eine kleine Brennelementefabrik, eine Anlage zur Hochanreicherung von Uran, eine sogenannte Uran-Konversionsanlage und eine Einrichtung zur Gewinnung von Lithium-6 vermutet. Aus Lithium-6 kann wiederum Tritium gewonnen werden, das die Produktion „fortgeschrittener" Atombomben erlaubt.

Ein Scud-Treffer auf den Reaktor von Dimona könnte zu einer großflächigen radioaktiven Verseuchung führen, deren Ausmaß unter anderem von der tatsächlichen Leistung, der aktuellen Bestückung des Reaktors und den Wetterverhältnissen abhängt. gero

taz, 18.2.91

Nach Beendigung des Krieges, der unnütze Milliardensummen verschlingen wird (ein Tag kostet 1 Milliarde Dollar), kommen immense Kosten auf uns zu, um die angerichteten Umweltschäden wieder zu beseitigen und die Region für Menschen wieder bewohnbar zu machen. Dieses Geld wäre besser in Energiesprarprogrammen als in der Verteidigung des Öl-Verschwendungswahns angelegt worden. Allein die Löscharbeiten an den brennenden Ölfeldern sind kaum zu bezahlen, wenn sie sich über mehrere Monate erstrecken. Die Beseitigung aller anderen Kontaminierungen wird daher sicherlich keine hohe Priorität haben, so daß die Region auf lange Jahre hinaus die giftigen Spuren des Krieges tragen wird.
Zu den sekundären ökologischen Katastrophen wird einige Zeit nach Ausbruch des Krieges und über Jahre danach auch die fortschreitende Naturzerstörung in Ländern der sogenannten Dritten Welt zu zählen sein. Die armen Länder sind auf billige Rohölpreise angewiesen, da sie keine Devisen besitzen. Steigen die Preise, werden die Länder unweigerlich die landwirtschaftliche Export-Produktion steigern müssen, was zu weiterer Verarmung der Massen, vor allem aber zu einer gesteigerten Ausbeutung der natürlichen Ressourcen führen wird.

Fazit

Die möglichen ökologischen Folgen dieses schrecklichen Krieges lassen sich nicht quantifizieren - nur eines steht nach den Erfahrungen, die wir aus anderen in der letzten Zeit geführten Kriegen gewonnen haben fest: Es muß mit verschiedensten gravierenden Auswirkungen auf die Umwelt gerechnet werden und es werden Millionen, wenn nicht Milliarden Menschen unter diesen Folgen mittelbar oder unmittelbar zu leiden haben.
Die Informationen über die ökologischen Folgen eines solchen Krieges waren vor Beginn der Kämpfe verfügbar und publiziert, ohne daß sie in der politischen Bewertung und in der weiteren Entwicklung einer umfassenden Strategie für die Lösung der Golfkrise eine spürbare Rolle gespielt hätten. Damit wurden bewußt die verheerenden "Nebenwirkungen" eines Krieges billigend in Kauf genommen, die mittel- bis langfristig zu "größeren Opfern" führen können als die direkten Kriegshandlungen selbst.
Wir wenden uns vehement gegen die Aufrechterhaltung einer Weltordnung, die durch militärische Interventionen den Zugang zum Öl garantieren will. Damit wird eine neue Ära eingeleitet - die Ära der globalen Verteilungskämpfe um Rohstoffe und um unseren überzogenen Wohlstand.
Da der Krieg am Golf die Gefahr einer Ausweitung auf andere Staaten mit sich bringt, können wir nur hoffen, daß die schrecklichen Kampfhandlungen im Gebiet des Euphrat und Tigris, das einst die Wiege der Zivilisation war, nicht aufgrund starrsinniger Eskalation auf beiden Seiten auch zum Grab dieser Zivisilation werden.

Joachim Spangenberg, Thomas Lenius, Arno Behlau, Georg Löser und Wilhelm von Braunmühl.

Dieser Beitrag wurde leicht gekürzt der BUND argumente - Reihe entnommen.

IRRATIONAL? ANTI-AMERIKANISCH? ANTISEMTISCH?

ZUR »LINKEN« KRITIK AN DER FRIEDENSBEWEGUNG

Die Friedensbewegung, so sollte mensch meinen, ist in diesen finsteren Tagen der einzige politische Lichtblick. Eine bunte Mischung von SchülerInnen, Autonomen, Linken, ÖkologInnen und PazifistInnen durchbrach nach dem Kriegsbeginn am Golf die entsetzte Sprachlosigkeit und zog zum Protest auf die Straße. Eine spontane, machtvolle Bewegung artikulierte die Abscheu vor dem Krieg und vor allen, die mit ihm Politik oder Profite machen. Unkoordiniert, vielfältig, aber einig in dem Ruf nach Frieden entstanden Aktionen, die in den Jahren zuvor niemand mehr für möglich gehalten hätte. Züge und Panzer wurden blockiert, Kreuzungen sowieso: in manchen Städten herrschte tagelang ein friedlicher Ausnahmezustand. An vielen Schulen fand kein normaler Unterricht mehr statt; Zeitungen wuchsen über Nacht aus dem Boden, neue Kommunikationsnetze, Unterschriftenaktionen, Verweigerungsaktionen. Mahnwachen allenthalben, weiße Laken an den Fenstern, Demonstrationen mit riesigen TeilnehmerInnenzahlen.
Zumindest dieser Teil der deutschen Bevölkerung nahm die Lehre des 2. Weltkrieges und des Hitler-Faschismus' ernst: Nie wieder Krieg!
Mensch sollte meinen, daß Linke und Grüne sich einig wären, solche Manifestationen der Friedenswilligkeit zu begrüßen. Aber weit gefehlt. Die Nörgler saßen schon an der Schreibmaschine, als die erste Demo lief. Linke Altvordere und Intellektuelle sind es teilweise, Biermann und Enzensberger als Prominente vorweg, Zeitschriften wie die 68'er Überlebende „links" hinterher. „Der unpolitische Kern der Friedensbewegung wird von Kindern im Schulalter gebildet, die bei den Straßendemons die Massen stellen," beobachtet etwa die „links" (2/91) pikiert und hält „Hysterie, Irrationalismus, apokalyptisches Denken in der Friedensbewegung" für die Ursache derlei Übels.
Die meisten derer, die heute der Friedensbewegung vorwerfen, sie habe ihren Verstand verloren, waren 1982 selbst mit auf der Straße: als es gegen amerikanische Raketen in der BRD ging, gegen eine US-Militärstrategie, die Mitteleuropa zum Schauplatz eines möglichen Weltkrieges machen sollte. Nun ist Europa aus der Schußlinie, und die Stunde der alternativen Schlachtenplaner hat geschlagen. Im Sandkasten kann trefflich über den Krieg diskutiert werden (ohne daß er einem zu nahekommt), und im Sandkasten treffen sich denn auch geläuterte Altlinke mit postmodernen Querdenkern aus dem taz-Milieu. „Bellizisten" (von lat. bellum = Krieg) nennen sich die Kriegsbefürworter vornehm selbst und melden über taz-Redakteur Klaus-Peter Klingelschmitt die Forderung an, „Pazifisten und Bellizisten (müßten) in die Friedensbewegung ihre Wertevorstellung einbringen können". (taz, 5.2.)
Ein solches Begehren bewegt sich dabei noch auf der unteren Ebene dessen, was der Friedensbewegung zugemutet wird. Es gibt noch schlimmere Beispiele:
Als die hessische Mitgliederversammlung der Grünen sich durch massive Rücktrittsdrohungen dazu verleiten ließ, einen ablehnenden Beschluß über militärische Unterstützung Israels wieder zu kippen, kommentierte eine Gisela W. in der taz: „In dieser einen Entscheidung jedenfalls erwiesen sich die hessischen Grünen als eine Partei, in der die gemeinsame Emanzipation von eigener Beschränkheit möglich ist." Die Ablehnung der Militärhilfe sei nichts weiter als „eine reflexartige Entscheidung für den Pazifismus" gewesen, der gegenteilige Beschluß hingegen ein Produkt des „Nachdenkens". (30.1.91)
So formiert sich, erstmals in der Geschichte der bundesrepublikanischen Linken, eine relevante Strömung, die den Krieg einer imperialen Macht gegen einen 3.-Welt-Staat gutheißt und den Pazifismus in das Reich romantischer oder apokalyptischer Verirrungen verbannt. Mit den inhaltlichen Argumenten, die dabei angeführt werden, will sich dieser Artikel auseinandersetzen. Es sind:

1. der Hinweis, daß schließlich der Irak den Krieg begonnen habe. Die alliierten Truppen führten hingegen einen UN-Beschluß durch, indem sie den Irak „zwangsweise abrüsten" (so Konrad Weiß vom Bündnis '90). Und: „Keine neue Weltordnung, auch keine Friedensordnung im Nahen Osten wird entstehen können, wenn das Völkerrecht keine bewaffnete Sanktionsgewalt hat". (taz-Kommentar vom 2.2.91) Schon gar nicht dürften wir Europäer uns anti-amerikanisch geben gegenüber den US-Boys, die im Wüstensand ihren Kopf für uns hinhalten: „Anti-Amerikanismus scheint im links-alternativen Milieu die moralisch legitimierte Form des Fremdenhasses zu sein, der zum integralen Bestandteil der wohlstandschauvinistischen Festung Europa geworden ist." (links 2/91)

2. die Forderung, Israel zu unterstützen, vor allem in Hinblick auf die historische Schuld der Deutschen und ihrer Beihilfe für die Giftgasproduktion im Irak. Diese Unterstützung müsse auch militärische Hilfe umfassen; mit bloßem Pazifismus oder Anti-Amerikanismus werde man der historischen Verantwortung nicht gerecht und stelle sich in die Kontinuität des Faschismus: „Die deutsche Industrie hat die hingebungsvollen Dienste, die sie Adolf Hitler geleistet hat, nie zu bereuen gehabt; daß sie seinem Nachfolger (Hussein) mit demselben Eifer zu Hilfe eilt, ist daher nur konsequent. Und wenn ein erheblicher Teil der deutschen Jugend sich eher mit den Palästinensern identifiziert als mit den Israelis, wenn sie ihren Protest lieber gegen George Bush als gegen Saddam Hussein richtet, so ist das mit Ahnungslosigkeit kaum zu erklären." (Hans Magnus Enzensberger im Spiegel 6/91). Mit Ahnungslosigkeit nicht, aber mit „unreflektiertem Antisemitismus", wie sich die „links" beeilt zu ergänzen.

3. schließlich das verallgemeinernde Argument, es gebe einen „gerechten Krieg" oder auch „legitime Gewalt", die in bestimmten historischen Situationen angewandt werden müsse. Daß diese Situation am Golf gegeben sei, wird mit der Gleichsetzung von Saddam Hussein mit Adolf Hitler bewiesen, und es wird bedeutungsschwer auf den Mißerfolg der Appeasement-Politik gegen Hitler hingewiesen: „Hitlers Vernichtungswut und der Pazifismus der Appeaser (von Hitler als Nullen bezeichnet) haben mehr Menschenleben gekostet als alle vorigen Kriege zusammen. Doch die Vernichtungswütigen und die Nullen sterben nicht aus." (taz vom 2.2.91)

zu 1: Blut für Öl?

Niemand kann und will bestreiten, daß Hussein den Kuweit überfallen und besetzt hat, daß diese Okkupation abzulehnen ist und Wege gefunden werden sollten, sie rückgängig zu machen. Die Frage ist aber, warum ausgerechnet hier und jetzt die USA angetreten sind, aus einem regionalen Konflikt einen Weltbrand zu entfachen. Ausgerechnet die USA, die selbst das Selbstbestimmungsrecht vieler Völker militärisch oft genug bekämpft haben, die mit diversen Diktatoren beste Beziehungen pflegten und die andere Okkupationen völlig kalt lassen – sei es Palästina und Südlibanon, sei es Eritrea, Afghanistan, Nordirland, Baltikum.
Es ist mehr als eine Spekulation, daß die USA die Besetzung Kuweits achselzuckend hingenommen hätten, wenn es in der Region nicht mehr zu holen gäbe als beispielsweise Kokosnüsse. Erst die Anhäufung der Erdölvorkommen macht aus dem Golf-Gebiet eine erstrangige strategische Region und einen Tummelplatz diverser Großmäch-

te. Dies ist unabhängig davon, ob sie als einzelner Industriestaat auf Golf-Öl angewiesen sind; es gilt beispielsweise auch zu verhindern, daß die führenden Öl-produzierenden Staaten über die OPEC oder sonstige Absprachen eine Abgabenpolitik betrieben, die das Öl auf dem Weltmarkt verknappen oder verteuern könnte. Vermutlich lag es auch am Ost-West-Konflikt, daß es nicht schon längst zu überregionalen militärischen Konfrontationen um das Golf-Öl kam. Den USA jedenfalls ist spätestens seit dem Sturz des Schah-Regimes klar, daß früher oder später die Zeit für eine direkte Intervention kommen würde. Anfang der 80er wurden im Pentagon diverse Szenarien für einen Golfkrieg durchgespielt, die alle einen entscheidenden Haken hatten: durch die unvorhersehbare Reaktion der Sowjetunion bargen sie das Risiko eines 3. Weltkrieges in sich.

Seit dem Ende der Blockkonfrontation ist die strategische Lage eine andere. Die UdSSR hat erklärtermaßen darauf verzichtet, sich militärisch Einflußsphären außerhalb des eigenen Territoriums sichern zu wollen und wäre wohl momentan auch kaum in der Lage dazu. In den Augen der USA ist damit ein Machtvakuum entstanden, das sich nutzen läßt. Die angeschlagene Wirtschaft im eigenen Land ist mehr denn je darauf angewiesen, daß der Weltmarkt nach US-Interessen funktioniert. Dies dürfte der Kern der „neuen Weltordnung" sein, die Bush und seine Administration gebetsmühlenhaft als Ziel ihrer globalen Kraftakte benennen. Unabhängige Hegemonialmächte in der 3. Welt, wie es der Irak zu werden versucht, sind in dieser Ordnung nicht vorgesehen. Hegemonialansprüche sind ein Monopol der (westlichen) Industriestaaten.

In den bürgerlichen Medien (wie in Teilen der konvertierten Linken) wird dabei unterschlagen, daß die Industriemetropolen gegenüber dem Irak vor allem mit ihrer eigenen Geschichte zu kämpfen haben. Dieses Problem wird reduziert auf Waffenlieferungen und technisches Know-How. Die Wahrheit ist umfassender. Der Irak ist als Ordnungsfaktor gegenüber fundamentalistisch-islamischen Strömungen aufgebaut worden, mitsamt seinem inneren Unterdrückungsapparat, der sich noch vor wenigen Jahren auch gegen diese Strömungen richtete. Unter anderem bildeten das BKA und die GSG-9 irakische Polizeioffiziere aus, irakische Generäle lernten in der BRD und in Frankreich das Kriegshandwerk. Und niemand derer, die heute in den bürgerlichen Medien die Okkupation Kuweits bejammern, regte sich sonderlich auf, als Hussein das gleiche mit dem Iran versuchte, schon damals mithilfe von Giftgas. Im Gegenteil: Der Irak wurde erst recht aufgerüstet, westliche und östliche Hegemonialmächte wetteiferten um seine Gunst. Der US-Geheimdienst half Hussein mit Aufklärungsmaterial aus militärischen Klemmen, und noch vor einem Jahr beteuerte US-Präsident Bush seinem irakischen Kollegen die Freundschaft. Zugleich ließ er ihm signalisieren, die Grenzstreitigkeiten mit Kuweit samt einer teilweisen Besetzung Kuweits (mit der Hussein schon damals drohte) seien eine innerarabische Angelegenheit (Spiegel 5/91). Hussein wurde erst zum Feindbild, als er seine einstigen Förderer hinterging.

Hussein und das „Irak-Problem" sind nicht einfach ein Produkt irgendeines Größenwahnsinnigen, sind kein Produkt fundamentalistischer Ideologien oder eines Feldzuges gegen die „westliche Zivilisation". Sie sind ein typisches Produkt der Geschichte dieses Westens selbst, der in seinem Kolonialsystem künstliche Staatsgebilde samt zwielichtiger Statthalter züchtete und diese dann dort, wo es eigenen strategischen Interessen zu dienen schien, mit Logistik, Kapital und Waffen weiter hochpäppelte. Das ökonomische und soziale Nord-Süd-Gefälle blieb dabei unangetastet, vertiefte sich eher noch.

Daß dies zu Militärdiktaturen, zu regionalen Spannungen und Kriegen führte und führen wird, liegt im System. Daß es jetzt um Hussein und damit um ein besonders aggressives Produkt dieses Systems geht, ist Zufall. Daß jetzt das irakische und kuweitische Volk bluten müssen, ist eine bittere Zwangsläufigkeit, die nicht gerade neu ist: unterdrückte Völker, die ins Räderwerk imperialistischer Widersprüche geraten sind. Wahrhaft neu aber ist, daß sich gescheite Köpfe der Linken auf die Seite derer schlagen, die den Konflikt angerichtet haben und nun blutig zu Ende führen.

zu 2:
Pazifisten = Antisemiten?

Aus Israel kam zuerst der Vorwurf, westdeutsche Giftgas-Exporteure und die Friedensbewegung arbeiteten Hand in Hand: die einen, indem sie Hussein mit chemischen Anlagen belieferten, die anderen, indem sie Israel schutzlos dem Giftgas ausliefern wollten. Im Bewußtsein der historischen Schuld der Deutschen an den Juden ist dieser Vorwurf von Teilen der Linken in der BRD übernommen worden und hat dazu beigetragen, daß sich über die jetzt vom Kohl-Kabinett zugesagten Waffenlieferungen an Israel kaum jemand aufregt. Soweit es dabei um humanitäre Hilfe geht, um Gasspür- und Gasschutzausrüstungen, dürfte diese Hilfe auch selbstverständlich sein. Aber bekanntlich geht es um mehr. Es geht um Panzer, um Anti-Flugzeug-Raketen und um U-Boote; damit also um eine reale Verstärkung der Schlagkraft der israelischen Armee. Und mensch weiß, warum Israel hochrüstet: um seine Okkupationen im Westjordanland, im Gaza und im Südlibanon abzusichern. Okkupationen, die genauso völkerrechtswidrig sind wie die Besetzung Kuweits durch den Irak, die aber von den USA und den westeuropäischen Mächten geduldet werden, weil sie in ihr strategisches Konzept passen.

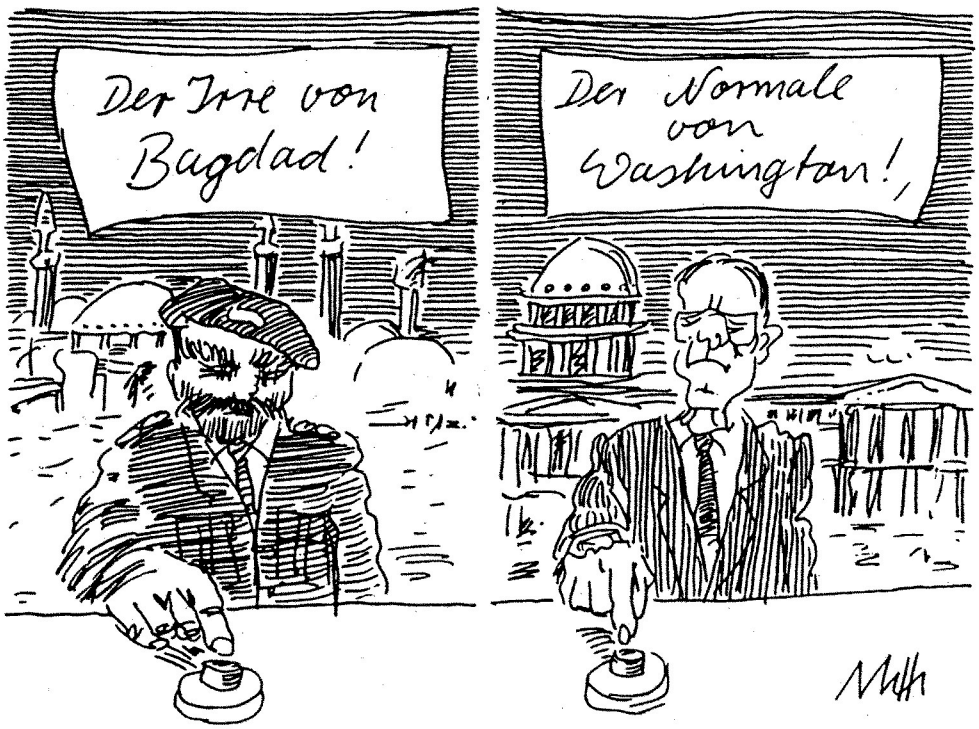
Mit Moral oder historischer Verantwortung hat das wenig zu tun. Denn historische Schuld besteht auch gegenüber den Palästinensern: Die Juden hatten zu leiden unter jahrhundertelanger rassistischer Verfolgung in Europa, die im Holocaust ihren entsetzlichen Höhepunkt fand; die Palästinenser leiden unter dem Versuch der Deutschen (und anderer europäischer Staaten), diese Schuld im wahrsten Sinne des Wortes loszuwerden. Nicht die Palästinenser, sondern die Deutschen mordeten in Auschwitz. Aber die Palästinenser, nicht die Deutschen, büßen heute dafür. Die Verfolgung der Juden in Europa, die den verständlichen Wunsch nach einem eigenen Staat begründete, führte dazu, daß das jahrhundertelange relativ harmonische Nebeneinander von Juden und Arabern in Palästina im Konflikt endete. Jede Waffenlieferung wird diesen Konflikt verlängern, weil sie die Illusion einer militärischen Lösung aufrechterhält.

Tatsächlich – und erstaunlicherweise – hat sich die Bonner Regierung bislang Waffenlieferungen an Israel enthalten. Daß jetzt die Bedrohung durch irakische Scud-Raketen (gegen die Bonn den Israelis waffentechnisch gar nicht helfen kann, auch nicht mit ihren veralteten Patriots) zum Anlaß genommen wird, die bisherige Embargo-Politik aufzugeben und in einem Atemzug die

PLO als Interessensvertreterin des palästinensischen Volkes abzuqualifizieren, hat tatsächlich weitreichende Bedeutung: Die BRD betritt erstmals seit dem 2. Weltkrieg selbständig einen Kriegsschauplatz, nicht mit logistischer Hilfe im Hinterland oder „nur" mit Waffenverkäufen zu Profitzwecken. Zusammen mit dem militärischen Engagement in der Türkei im Rahmen der NATO hat man hier einen Türöffner gefunden, der politisch die ersehnte Rückkehr zur militärischen Interventionsfähigkeit ermöglicht, in den Augen der bürgerlichen Medien geradezu erzwingt. Schon vor der Irak-Krise ging die Diskussion um eine diesbezügliche Grundgesetzänderung ja vor allem darum, einen opportunen Zeitpunkt zu finden.
Zum anderen wird mit Israel ein Staat unterstützt, dessen Führung eine kaum verhüllte expansive und rassistische Politik betreibt. Was auf Seiten Israels mit dem Trauma von Auschwitz erklärt werden kann, ist auf deutscher Seite die kultivierte Fortsetzung von Auschwitz: Das Existenzrecht eines Volkes, diesmal des palästinensischen, wird politischer Opportunität geopfert. So stellt die Behauptung, eine Ablehnung von Waffenhilfe an Israel habe etwas mit Antisemitismus und Rassismus zu tun, die wahren Verhältnisse auf den Kopf. Die Überwindung von Rassismus muß mehr sein, als das Objekt rassistischer Dünkel zu wechseln.

zu 3: Ein gerechter Krieg gegen einen neuen Hitler?

Alles richtig, so wird zuweilen argumentiert, die Amis wollen Öl und imperiale Vorherrschaft, die Israelis unterdrücken die Palästinenser, und Hussein ist vom Westen und Osten hochgepäppelt worden. Was aber soll man tun, wenn das Kind im Brunnen liegt und Hussein an der Lunte spielt? Tatenlos zusehen? Kuweit, womöglich auch Saudi-Arabien ihm ausliefern? Israel mit deutschem Giftgas eindecken lassen? Hätte man Hitler tatenlos zusehen dürfen? Enzensberger beispielsweise schrieb im Spiegel: „Die Pazifisten haben recht, wenn sie sagen, angesichts von Saddam Hussein habe die Politik versagt. Das war im Falle Hitlers nicht anders." Aber er weiß auch zu antworten: „Keine denkbare Politik, wie klug, wie umsichtig sie auch wäre, kann es mit einem solchen Feind aufnehmen. Er bekommt am Ende immer, was er will: den Krieg."
Es ist müßig zu erörtern, ob Hussein gleich Hitler ist. Tatsache ist, daß der Irak von 1991 nicht mit Deutschland von 1939 zu vergleichen ist. Trotz aller Hochrüstung ist der Irak ein 3.-Welt-Staat, abhängig von den Exportmöglichkeiten eines einzelnen Rohstoffes und abgängig von dem, was er sich dafür kaufen kann. Das UNO-Embargo zielte in diese Richtung. Es kam reichlich spät, was die Waffenlieferungen (nicht nur in den Irak) anging. Aber an seiner Wirkung, wenn es länger gedauert hätte, kann kein Zweifel bestehen. Hussein hätte nicht, wie Hitler, die Zeit des „Appeasements" zur forcierten Aufrüstung nutzen können. Durch das Ausbleiben von Ersatzteilen und lebenswichtigen Gütern wäre vielmehr seine militärische Schlagkraft stark eingeschränkt worden. Vor dem 15. Januar sahen das im übrigen



auch gewichtige bürgerliche Politiker so, fast die Hälfte des US-Senats beispielsweise, oder auch Genscher. Erst nach Kriegsbeginn wurden die Reihen ideologisch geschlossen.
Die Eskalation des Golfkonfliktes zu einem faktischen Weltkrieg begann, nicht weil es unausweichlich war, sondern weil es die USA so wollten. Die westliche Öffentlichkeit ließ sich ein auf das propagandistische Spiel, das Hussein in den Medien plötzlich vom Staatschef zum Diktator, vom aufgeklärten Geist zum Irren von Bagdad, vom skrupellosen Provinzfürsten zum menschheitsbedrohenden Hitler-Enkel machte. Es ist wahr: Hussein ist gefährlich. Er ist ein Despot, er ist augenscheinlich skrupellos in der Wahl seiner Mittel und ein Rassist obendrein. Gerade die Linke hat darauf längst hingewiesen, als er noch als Freund der Industrienationen galt. Trotzdem müssen über das reale Ausmaß und die angebliche Einzigartigkeit der von ihm ausgehenden Menschheitsbedrohung die Relationen zurechtgerückt werden.
Nichts deutet beispielsweise darauf hin, daß Hussein unmittelbar weitergehende Ziele verfolgte als eine Annektion Kuweits, auf das Irak schon seit Jahrzehnten Anspruch erhebt. Mag sein, daß er von einer Vorherrschaft im arabischen Lager träumte. Aber Träume von regionaler Vormacht hat in dieser Gegend beispielsweise auch der türkische Päsident Özal, und weniger skrupellos als Hussein ist er auch nicht. Auch er ließ Kurden abschlachten, und er läßt zwar nicht Öl ins Meer fließen, dafür aber errichtete er Staudämme am Euphrat und Tigris, um in Syrien und Irak das Wasser zu verknappen und deren Landwirtschaft zu ruinieren.
Desweiteren: Keine der militärischen Optionen, mit denen Hussein jetzt droht – ob Giftgas, biologische Waffen oder Attentate – ist neu bei ihm. Bislang (ob im Krieg gegen Iran oder gegen die Kurden) hat das die USA nicht zu sonderlicher Eile getrieben. Da hätten sie auch viel zu tun – der Irak ist nicht der einzige Staat, der solche (und schlimmere) Vernichtungswaffen besitzt. Vor allem verfügen die USA selbst über derlei Schreckensarsenale und setzten sie (etwa die Atombomben in Japan oder den chemischen Kampfstoff Agent Orange in Vietnam) auch reichlich ein. Die jeweilige strategische Begründung, mit der das geschah, mag westlichen Intellektuellen-Köpfen leichter zugänglich sein als Husseins Wahnsinnstaten.

Aber der Einsatz war nicht weniger pervers, militärisch fragwürdig und rundum verwerflich. Und genau das gilt übrigens auch für die US-Kriegsführung im Golfkrieg: Auch die Bombardierung von AKW's beispielsweise verstößt gegen die Genfer Konvention von 1949.

Einzigartig ist schließlich auch keineswegs die Bedrohung, die Hussein für Israel darstellt. Diese Bedrohung besteht, wenn man es so sehen will, seit der Gründung Israels, und zwar in Hinblick auf alle arabischen Staaten der Region, ob Irak, Iran, Syrien oder Jordanien. Sie bleibt der bittere Preis, den Israel für seine Weigerung bezahlen muß, sich mit den Palästinensern und den arabischen Nachbarstaaten gemäß der UNO-Beschlüsse zu arrangieren. Der Kriegseintritt der USA gegen den Irak hilft Israel da wenig; im Gegenteil: er aktivierte erst die latente Bedrohung durch Husseins Scuds – mit dem Risiko, daß das Bündnis der USA mit Syrien und Ägypten brechen und in einen noch viel größeren Konflikt um Israel münden könnte. Weder Patriot-Raketen noch Bombenangriffe auf vermeintliche Scud-Stellungen helfen Israel gegen irakische Raketen, sondern nur ein sofortiger Waffenstillstand, auch ein einseitiger durch die USA.

Es gibt keinen „gerechten" Grund für den Krieg am Golf, auf Seiten des Irak nicht (da lohnt die Suche nicht) und auf Seiten der

USA auch nicht. Übertrüge man das, was an Argumenten für einen „gerechten" Krieg genannt wird, auf andere Regionen und andere Situationen, so müßte es viele solcher Kriege auf der Welt geben. Doch die Maßstäbe für einen zu rechtfertigenden Kreig können nicht hoch genug gesetzt werden. Gerade im Golfkrieg zeigt sich, welche zerstörerische Dynamik in Gang gesetzt wird, wenn aus einem regionalen Konflikt (der Besetzung Kuweits) ein überregionaler Brandherd gemacht wird. Die Zerstörungen an Menschen, Natur und Ressourcen haben – und das war vorher bekannt – ein Ausmaß erreicht, das das vorgebliche Ziel einer Befreiung Kuweits ad absurdum führt. Was die irakische Besatzung auch der Bevölkerung Kuweits angetan hätte (ausgenommen einen Holocaust) – viel schlimmer sind demgegenüber die (tatsächlichen oder potentiellen) Verheerungen durch diesen Krieg. Der Philosoph Ernst Tugendhat sprach in diesem Zusammenhang in der taz (29.1.91) von der „Regel der Proportionalität", die an die moralische Begründung des Krieges angelegt werden müsse: „Moral ist ja nicht irgendein Abstraktum, sondern es geht um das ungeheure Leiden, das hier produziert wird. Darüber hinaus geht es um die mögliche weltweite ökologische Katastrophe, die in kauf genommen wird."
Solange man es nicht mit einem wirklichen zweiten Hitler in einem wirklichen zweiten Nazi-Deutschland zu tun hat, kann es überhaupt keine moralische Begründung für einen überregionalen Krieg mehr geben. Die militärischen Arsenale sind so zerstörerisch, und die „zivile" Technologie (z.B. AKW's) ist so hart am Rande des Ökozids angesiedelt, daß die „Regel der Proportionalität" immer gegen eine militärische „Lösung" sprechen muß. Auch deshalb kann der Krieg am Golf nicht „unser" Krieg sein und muß jeder verurteilt werden, der – aus welchen Gründen auch immer – diesen Krieg weiterführen will.

Es ist kaum auszumalen, wie friedensstiftend die Milliarden eingesetzt werden könnten, die am Golf todbringend verballert werden: Umschuldungen zugunsten der armen Länder, Finanzierung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung, Aufbauhilfen für einen palästinensischen Staat, Konversion von Rüstungsbetrieben in den Industriestaaten. Daß die Friedensbewegung solche Träume im Gespräch hält, macht ihre moralische Kraft aus. Um diese Moral sollte sie sich von gewissen klugen Köpfen nicht bringen lassen.

Bernd B. (atom)

DAS LINKE JA ZUM KRIEG

FALSCHE LEHREN AUS AUSCHWITZ

Wer einen Krieg führen will, muß Gründe anführen können, die auch nach Schluß der Kämpfe noch bestehen können. An diese alte Spruchweisheit erinnerten sich Politiker beider amerikanischer Parteien, als im November 1990 eine letzte Besinnungspause vor der definitiven Entscheidung zum Krieg eingelegt wurde. Präsident Bush wurde eindringlich ermahnt, nicht „überstürzt" zu handeln, sondern zuerst einmal plausible, glaubwürde Kriegsgründe anzugeben. Die als „Befreiung Kuwaits" stilisierte Wiedereinsetzung einer feudalistischen Herrscherclique in ihre Rechte konnte schwerlich ein tragfähiges Motiv abgeben. Daß man sich ganz plötzlich um die Einhaltung des Völkerrechts sorgte, obwohl seit 1945 zig Aggressionen toleriert wurden und sich die USA, offen gesagt, ja auch nicht immer wie Engel aufgeführt haben, ließ sich nur Dummen verkaufen. Schon gar nicht durften Argumentationszusammenhänge in den Vordergrund treten, bei denen eine Flüssigkeit namens Öl die Hauptrolle spielt. Was war also zu tun? Umfragen im Oktober/November letzten Jahres zeigten, daß eine Mehrheit der US-amerikanischen Bevölkerung gegen einen Krieg mit dem Irak war. Das Ergebnis sah jedoch anders aus, wenn unterstellt wurde, der Irak könnte bereits jetzt oder demnächst Atomwaffen besitzen. Unter dieser hypothetischen Voraussetzung fand es eine deutliche Mehrheit angebracht, dem „Verrückten" durch einen Krieg zuvorzukommen.
Kaum war dieses Resultat auf dem Schreibtisch des US-Präsidenten gelandet, da begann er völlig neue „Erkenntnisse" vorzutragen: es gebe Anhaltspunkte, daß Irak tatsächlich schon Atomwaffen habe oder daß ihre Entwicklung in allernächster Zeit abgeschlossen sein würde. Diese Behauptungen waren allerdings nur für den konkreten politischen Zweck produziert worden und ließen sich nicht lange aufrecht erhalten.
In der These, Saddam Hussein wolle Israel mit Giftgas „vernichten", „ausradieren", wurde schließlich ein idealer Kriegsgrund gefunden. Mit diesem Motiv läßt sich auch ohne weiteres rechtfertigen, daß es keineswegs nur um die Rückeroberung Kuwaits und auch nicht nur um die Kapitulation der irakischen Armee geht, sondern um eine auf Jahre anhaltende Zerstörung der wirtschaftlichen und militärischen Strukturen des Landes.
Daß man mit dieser Umwidmung der Kriegsziele dem Staat Israel und seiner Bevölkerung keinen Gefallen tut, sollte nicht übersehen werden. Mit den Beschlüssen des UNO-Sicherheitsrats hat das nichts mehr zu tun. Auch nichts mit den begrenzten Absichten, die mehrere arabische Staaten veranlaßten, sich dem Kriegsbündnis gegen den Irak anzuschließen. Die Behauptung, man habe den Irak „entwaffnen", seine Strukturen zerstören, seine Bewohner ins Elend stürzen müssen, um Israel zu helfen, wird an dem Staat kleben bleiben, wenn man nach Ende der Kämpfe die Toten, die Krüppel und die materiellen Schäden zählt.

Deutsche Linke in großer Zahl haben dennoch diese spezifische Variante des uralten Themas vom gerechten Kreuzzug gegen das Böse dankbar aufgegriffen. Nicht etwa verlegen, sondern sichtlich dummstolz platzen sie mit der Neuigkeit heraus, daß sie für den Krieg sind. Ein paar Blicke auf die Kommentarspalten der BILD-Zeitung würden ihnen zeigen, daß sie damit nicht etwa gegen den Strom schwimmen, wie einige von ihnen immer noch zu glauben scheinen, sondern daß sie dabei sind, mit den Wölfen zu heulen. Und *schnell* soll der Sieg kommen, *total* soll er sein, aber von den Opfern will man nichts sehen, noch über sie sprechen. Daß eine einzige Bombe einer B-52 mehr Menschen umbringt als Saddam mit seinen Scuds, kann nicht beachtet werden, wenn man „Hände weg von Israel!" als *das* zentrale Thema dieser Wochen behandelt.
Aber Saddam Hussein hat doch mit der Vernichtung Israel gedroht? Nun, er hat beispielsweise auch angekündigt, die arabische Halbinsel in Blut zu ertränken, oder ein anderes Mal wollte er sie in ein Flammenmeer verwandeln. Er hat davon gesprochen, daß bald Zehntausende amerikanischer Soldaten als Leichen den Wüstensand bedecken werden. Er sprach vom Untergang der US-Armee und von der nahen Befreiung Palästinas, obwohl ihm wahrscheinlich die militärischen Fakten doch nicht ganz so fremd sind wie es gelegentlich scheinen könnte. Mit anderen Worten: hier handelt es sich um Rhetorik, die einer anderen Kultur und im Grunde auch einer anderen Zeitepoche entstammt. Iraks Gegner sprechen maßvoller und vernünftiger, besitzen dafür aber ganz real die überlegenen Vernichtungswaffen und setzen sie ein. In gewisser Weise widerspiegelt sich in diesem Kontrast zwischen „barbarischem", irrationalem Wortgeprassel einerseits und dem auf anstößige Reden verzichtenden Gewalteinsatz andererseits das Gefälle zwischen Dritter Welt und imperialistischen Metropolen. Wer sich da auf die Seite der Vernichtungspraktiker gegen die Vernichtungstheoretiker stellt, ist schon in die Falle gegangen.
Seltsam, daß von den Wohlmeinenden, die so „unheimlich betroffen" auf Saddams Dro-

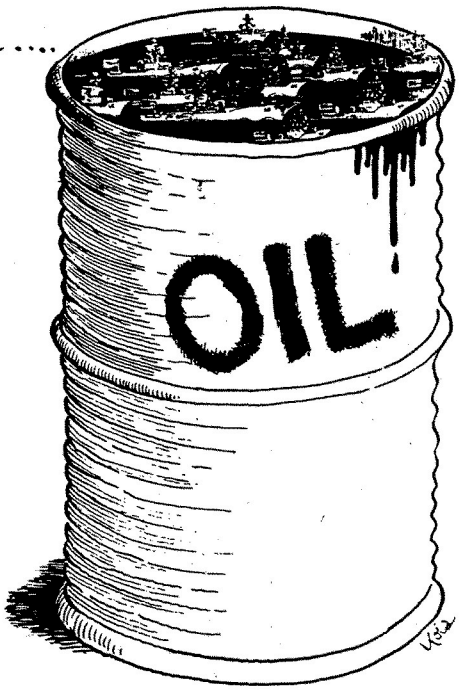
hungen reagieren, anscheinend niemand über die israelischen *Antworten* erschrocken ist. Nicht einmal zitiert wurden sie in den zahlreichen Kriegserklärungen, mit denen deutsche Linke ihren Abschied von sich selbst bekanntgaben. Holen wir das Versäumte also nach: Wer Israel angreift, dem drohe ein Gegenschlag mit siebenfacher Macht. (Schamir, lt. Schweizer „Tageszeitung" vom 27.12.90). Israel werde alle Schläge hundertfach beantworten. (Außenminister Levy lt. „Süddeutsche Zeitung" vom 3.1.91.) „Wenn er es wagt uns anzugreifen, werden wir es ihm tausendfach zurückzahlen." (Levy lt. SZ vom 7.1.91.)
Israels Politiker stehen – im Gegensatz zu vielen ihrer arabischen Kollegen – mit Grund in dem Ruf, daß sie zumeist wirklich meinen, was sie sagen, und daß sie nicht leichtfertig Drohungen ausstoßen, die sie nicht realisieren könnten und wollten. Israel ist der *einzige* Staat des Nahen und Mittleren Ostens, der über ein beträchtliches Potential von Atomwaffen samt überlegenen Trägern verfügt. Und Israel praktiziert seit Jahrzehnten eine Doktrin der „Vergeltung", die *tatsächlich* darauf beruht, jeden Schlag nicht etwa annähernd adäquat, sondern zumindest im zehnfachen Maßstab zu parieren. Wer Saddam wiklich die Fähigkeit und die Absicht zutraut, Giftgas nach Tel Aviv zu schießen, hätte allen Grund, zumindest nicht weniger auch über Israels Gegendrohung entsetzt zu sein und dazu *ebenso* kritisch Stellung zu nehmen. Oder wird das Leben Zehntausender zweitrangig, sofern es sich nur um Araber handelt?

Israel ist im Zweiten Golfkrieg selbstverständlich kein neutraler Staat, der von einem „verrückten Diktator" wider Willen hineingezogen wird. Daß Israel sich nicht von Anfang an offen am Kriegsbündnis gegen den Irak beteiligte, war einfach nur die Voraussetzung für dessen Zustandekommen. Das weitverbreitete Vergnügen führender Kreise Israels über die real stattfindende Zertrümmerung des Irak hat der ehemalige sozialdemokratische Verteidigungsminister Rabin trefflich formuliert: *„Wir hätten uns nicht im Traum das gegenwärtige Szenario vorstellen können. Eine internationale Konstellation – und nicht Israel selbst – ist dabei, unseren größten und gefährlichsten Feind zu zerstören, und zwar gründlich. Für Israel ist das, sofern man das von einem Waffengang überhaupt sagen kann, ein 'Krieg de luxe'."* (Spiegel-Interview, 4.2.91)
Daß zu diesem Zeitpunkt immerhin ein paar Scuds Israel getroffen hatten und daß 14 Menschen ums Leben gekommen waren, wird der militärische Realist Rabin vermutlich für eine zwar bedauerliche, aber vernachlässigenswerte Größe halten: es hat noch nie einen Krieg gegeben, in dem Israels eigene Verluste annähernd so gering waren wie in diesem, der mit dem Argument gerechtfertigt wird, daß die Existenz des Staates und das Überleben des Volkes auf dem Spiel stünden.
Die maßgeblichen Kräfte Israels haben diesen Krieg von Anfang an *gewollt*. Schon im August 1990, gleich nach der Besetzung Kuwaits, wurde berichtet, daß israelische Politiker und Militärs die USA zu einem schnellen Schlag gegen den Irak drängten. Israel, das mit den USA seit 1981 durch eine alle militärischen Bereiche umfassende „strategische Zusammenarbeit" verbunden ist, hat im Vorfeld des Krieges mit den USA kooperiert, um die Bombenangriffe optimal vorzubereiten. Sobald sich die kleinste Gefahr andeutete, daß es doch zu einer politischen Lösung statt zum Krieg kommen könnte, äußerten sich Israels Politiker sehr beunruhigt. Das war zum ersten Mal der Fall anläßlich des Genfer Treffens der Außenminister der USA und Iraks Mitte Januar.
Das geschah zum zweiten Mal Ende Januar, als eine gemeinsame Erklärung des amerikanischen und des sowjetischen Außenministers veröffentlicht wurde, die eine politische Option offenhielt. Aus Sicht der israelischen Führung wäre ein Rückzug Saddam Husseins aus Kuwait eine sehr unbefriedigende Lösung gewesen, denn, wie es in der Zeitung „Ha'aretz" schon am 31.8.90 formuliert worden war: *„Israels Hauptinteresse ist es, daß die Golfkrise mit dem Sturz Saddam Husseins endet, daß die Fähigkeit des Irak, einen konventionellen Krieg zu führen, vernichtet wird, daß der ökonomischen Infrastruktur Iraks großer Schaden zugefügt und die irakische Armee zerstört wird."*
Nun ist sachlich jedoch festzustellen, daß der Irak, der übrigens nicht einmal eine gemeinsame Grenze mit Israel hat und der sich an den bisherigen israelisch-arabischen Kriegen nur symbolisch beteiligt hatte, keineswegs ein besonders bedrohlicher Gegner ist. Seine Fähigkeit, dem zahlenmäßig überlegenen, aber desorganisierten Iran jahrelang standzuhalten, hat teilweise zu unrealistischen Vorstellungen über Iraks Stärke geführt. Bodengewinn konnte Bagdad selbst in dieser Konfrontation kaum machen. Iraks Armee mag *in der Abwehr* in stark ausgebauten Stellungen ein beachtlicher Gegner sein – dies wird sich aber auch erst noch zeigen müssen –, aber sie verfügt jedenfalls über kein schlagkräftiges Offensiv-Potential, es sei denn gegen ein militärisches Fliegengewicht wie Kuwait. In einem Begegnungskrieg gegen einen modern gerüsteten Gegner hat Irak keine Chance. Die mehrfach zu lesende Behauptung, Saddam Hussein habe eine der stärksten Armeen der Welt, ist schlichtweg lächerlich.
So kann, wenn Irak als (potentielle) Bedrohung für Israel dargestellt wird, nur auf den erwiesenen Besitz von C-Waffen, sowie auf ein unterstelltes Streben nach Atom- und Bio-Waffen verwiesen werden. Daß Israel derartige Waffen in arabischen Händen generell nicht dulden will, war schon im Juni 1981 deutlich geworden, als israelische Kampfflugzeuge den mit französischer Hilfe gebauten Atomreaktor von Osirak bei Bagdad zerstörten. Seither hat es immer wieder Spekulationen gegeben, daß auch die Arbeiten Pakistans an der militärischen Nutzung der Atomkraft irgendwann Ziel eines israelischen Präventivschlags werden könnten.
Die neuere Geschichte kennt wohl keinen ähnlichen Fall, wo ein Staat einen anderen angegriffen hat, um ihn am Erwerb von Waffen zu hindern, die er selbst besitzt. Sie kennt auch keinen Fall, wo gegen einen Staat eine internationale Strafexpedition mit der Begründung gefordert und legitimiert wurde, sein militärisches Potential

Unser Dank an die taz:

Alle Karikaturen, die wir auf diesen Diskussionsseiten der atom abgedruckt haben, wurden uns freundlicherweise und wahrhaftig ungefragt von der taz zur Verfügung gestellt.
Wir danken den KollegInnen.

Einsatz zum Schutze ....



.... der Souveränität und der territorialen Unverletzlichkeit

werde von einem anderen Staat als bedrohlich empfunden.

Nun könnte man argumentieren, daß die Geschichte und die Lage Israels eben auch eine ganz andere ist, die präventive Angriffe und Entwaffnungskriege immer wieder rechtfertigt. Niemand wird aber Israels Nachbarn überzeugen können, daß es gerecht und erträglich ist, wenn Israel über Atomwaffen verfügt und zum Angriff auf jede Region der arabischen Welt in der Lage ist, der Gegenseite aber eine adäquate Fähigkeit streitig macht. Israel beansprucht ein Recht auf Unverletzlichkeit, das es seinen Nachbarn verweigert. Es sei erinnert an die wochenlange Bombardierung und Beschießung Beiruts 1982, an die häufigen Interventionen im Südlibanon, wo Israel sogar eine permanente „Sicherheitszone" beansprucht, oder an den Angriff auf das PLO-Hauptquartier in Tunis 1985. Erinnert sei auch an die israelische Doktrin, daß die Präsenz ausländischer Truppen in Jordanien als Kriegsgrund angesehen werden würde. Und Israel scheint überzeugt zu sein, daß kein islamisches Land Atomwaffen haben darf – und daß es legitim ist, dafür zu sorgen, daß das nicht geschieht.

Alles das sind nachvollziehbare Vorstellungen und Handlungen für eine kleine Nation mit einer furchtbaren Geschichte und einem relativ winzigen, *tendenziell* natürlich doch sehr verletzlichen Territorium. Der Wunsch nach *einseitiger* Sicherheit und nach dem regionalen Monopol über Massenvernichtungswaffen ist aber ohne permanente Spannungen und jederzeitige Kriegsbereitschaft unmöglich zu verwirklichen. Dieser Wunsch selbst wird zur permanenten Konfliktquelle, weil er von der Gegenseite nur als Arroganz und Bedrohung interpretiert werden kann.

Die deutschen Linken, die heute „Solidarität mit Israel", aber keineswegs mit dem zusammenbombardierten Irak verkünden, werden sich zu künftigen Präventivschlägen und Entwaffnungskriegen verhalten müssen. Da ist Schlimmes zu befürchten. Das Bedrohliche der bisherigen Scud-Angriffe liegt ja nicht im realen Schaden, der bei aller menschlichen Tragik vergleichsweise gering ist, sondern in der nicht endgültig zu widerlegenden Hypothese, daß Raketen mit Giftgas ausgerüstet sein könnten. Wenn deutsche Linke schon angesichts der vereinzelten Scud-Angriffe zu Kriegsbefürwortern werden, kann man sich ausrechnen, wie sie reagieren würden, wenn Israel künftig vor weit ernsteren militärischen Problemen stünde als heute. Sie werden Waffenlieferungen für Israel fordern und sich um die heute noch von einigen gepflegte kleinliche Unterscheidung zwischen Defensiv- und Offensivwaffen dann wohl keine Sorgen mehr machen. Sie werden zur Strafexpedition gegen jedes arabische Land blasen, das von Israel gerade als aktueller Hauptfeind angesehen wird. Sie werden sogar den Einsatz der Bundeswehr fordern, falls und sobald Israel selbst diesen befürworten würde. Sie werden sich dabei wieder einmal auf die Lehren der deutschen Geschichte und Auschwitz berufen. Nur daß sie nicht begreifen wollen, daß langfristig das Überleben eines kleinen Landes wie Israel durch noch so viele Atomwaffen nicht gesichert werden kann, sondern nur durch Partnerschaft mit seinen arabischen Nachbarn und Integration in die Region, statt den ewigen Brückenkopf der imperialistischen Metropolen zu spielen.

Neben Leuten, denen es tatsächlich primär um Israel geht, läuft in der jetzigen Kriegskampagne von Links und Halblinks auch viel Gesindel mit, das sich vor allem über den moralisch unantastbaren Vorwand für ein Ja zum Krieg freut. Erstmals beteiligt sich das größer gewordene Deutschland an einem Krieg, und schon steht es auf der richtigen Seite, und man darf als Linker „Hurra!" brüllen.

Es ist zu befürchten, daß jetzt am Einzelpunkt Israel ein Tor in einen weiten Raum aufgestoßen wird. Linke haben in einem Konflikt zwischen dem Imperialismus und einem Staat der Dritten Welt erstmals, aber eben wohl leider nicht letztmals klar für den Imperialismus Partei genommen. Was sich am Beispiel Israels noch mit großem moralischen Anspruch umgibt, wird sich künftig als schiere Verteidigung des eigenen privilegierten Besitzstandes gegen die Hungernden und Ausgebeuteten demaskieren. Das gewaltsam aufrechterhaltene Gefälle zwischen den Metropolen und der Dritten Welt wird ideologisch zur Kluft zwischen Zivilisation und Barbarei, zwischen Gut und Böse, Überlebenswert und Vernichtswert verklärt. Ein Saddam Hussein, der seine reale Unterlegenheit mit wahnwitzigen Sprüchen kompensiert und der bereit ist, der sauberen technologischen Überlegenheit des Imperialismus mit den schmutzigen Mitteln zu antworten, über die er verfügt, wird immer wieder zur Hand sein.

Kommunister Bund (KB)

DER GOLFKRIEG UND DIE FOLGEN

DIE RISKANTE ESKALATION

Ich möchte im folgendem auf einige Aspekte des Golfkrieges zu sprechen kommen, die meiner Meinung nach in der öffentlichen Debatte über den Konfliktverlauf, bei der „Entscheidungsfindung" über den Kriegsbeginn zu wenig beachtet wurden und sicher mitverantwortlich dafür sind, wie leichtsinnig gerade auch linke Vor- und Nachdenker sich zu „Bellizisten", Kriegsbefürwortern machen konnten und die Anti-Kriegsbewegung ins naive Abseits zu drängen versuchten. Ich will am Anfang einige Thesen formulieren und diese im weiteren Verlauf des Artikel zu erläutern versuchen:

1. Ich halte es für einen kardinalen Fehler, die militärische, politische und strategische Kraft des Irak und seiner möglichen Verbündeten im Golfkrieg dermaßen zu unterschätzen und die technologische Überlegenheit der Amerikaner und ihrer Verbündeten zu überschätzen, wie dies in weiten Teilen der Öffentlichkeit getan wird.
2. Auf eben diesen Fehler gründen sich die Hoffnungen auf einen schnellen, sauberen Krieg und Sieg und darauf, daß die allierten Truppen bzw. die dahinter stehende Politik den Gang des Konfliktes im wesentlichen steuern können.
3. Nur im Windschatten dieser falschen Hoffnungen konnte sich die Strömung der Kriegsbefürworter innerhalb der Linken/Friedensbewegung entwickeln, konnten sie aus ihrer „Kosten-Nutzen"-Analyse des vermeintlichen Kriegsverlaufes eine Unterstützung des alliierten Angriffs vom 15.1.1991 herausdeuteln.
4. Nur nur prinzipielle, ethische, moralische oder politisch-strategische Gründe sprechen gegen den Angriff auf den Irak durch die USA und ihre Alliierten. Die Wahrscheinlichkeit, daß dieser Krieg unkalkulierbar und somit ganz anders verläuft, wie in Washington und London geplant, ist sehr groß. Auf diese Erkenntnis konnte man schon weit vor Ausbruch der Kampfhandlungen kommen. Einige warnenden Stimmen diesbezüglich wurden in der allgemeinen Blitzkriegseuphorie jedoch nicht wahrgenommen.
5. Alles deutet auf ein zweites Vietnam hin und zwar in unmittelbarer Nähe Europas und unter viel stärkerer Einbeziehung der europäischen Staaten und damit auch uns persönlich in diesen Krieg. Die ganze Diskussion, die hierzulande in der Öffentlichkeit geführt wurde, die platten Hussein/Hitler Vergleiche etc., greifen viel zu kurz und werden der wirklichen Dimension dessen, was am Golf abläuft, in keinster Weise gerecht.
6. Ohne unmittelbaren zeitlichen Zwang wurde damit die Gefahr eines unkontrollierbaren, umfassenden Weltkrieges heraufbeschworen. Diese Gefahr steht in keinem Verhältnis zum eigentlichen Auslöser des Konfliktes, der Besetzung Kuwaits.
Und je länger dieser Krieg dauert, je stärker er eskaliert, in Form der eingesetzten Waffen, der Länge und Grausamkeit des Krieges und vor allem in der räumlichen Ausweitung, desto stärker wird der ursprüngliche Anlaß, die Besetzung Kuwaits in den Hintergrund treten.
7. Dieser Krieg muß so schnell wie möglich gestoppt werden, ein Waffenstillstand ohne Vorbedingungen erreicht werden, allein dies kann den Wahnsinn am Golf zumindestens unterbrechen. Insofern sind die Forderungen der Antikriegs- und Friedensbewegung nicht nur moralisch, sondern auch politisch-strategisch richtig. Wenn es nicht gelingt, die eskalierende Dynamik der Geschehnisse am Golf zu durchbrechen, besteht die Gefahr, daß aus einem ursprünglichen regionalem Konfikt ein Krieg ungeahnten Ausmaßes entsteht.

Nicht nur die Qualität der Waffen entscheidet einen Krieg

Die ganze Vorkriegsphase und die ersten Wochen des Krieges selbst sind auf fast allen Seiten von einer großen Selbsttäuschung geprägt gewesen. Die Amerikaner, Engländer, Franzosen und ihre arabischen Verbündeten und erst recht die Kuwaitis selbst haben sich mit der Hoffnung gedopt, dies werde ein Blitzkrieg werden, die Überlegenheit der Alliierten sei so groß, daß der Krieg bereits entschieden sei, bevor er angefangen habe. Der geradezu kindliche Glaube daran war eine der wichtigsten psychologischen Voraussetzungen, diesen Krieg zu diesen Zeitpunkt überhaupt beginnen zu können. Der gerade in den USA immer wieder vorgebrachte Wille, der Krieg gegen den Irak dürfe kein zweites Vietnam werden, basiert meiner Meinung nach auf keinen realen Grundlagen. Vielmehr macht diese Aussage den Eindruck, es könne nicht sein, was nicht sein darf. Allein der Wunsch schien hier Vater oder Mutter des Gedankens. Der bisherige Kriegsverlauf straft all diese Einschätzungen Lügen. Sicher kann der Irak diesen Krieg in der bestehenden Konstellation nicht gewinnen. Aber das ist ja nie die Frage gewesen. Es ist vielmehr die Frage, wie lange der Irak weiterkämpfen kann, ob er eine Kapitulation solange hinauszögern kann, bis die Gesamtkonstellation ins Wanken kommt und ganz andere Kräfte in diesem Krieg zu wirken beginnen. Es wird viel zuwenig berücksichtigt, daß der Irak sich konsequent auf diesen Krieg versucht hat vorzubereiten. Es ist absolut naiv anzunehmen, daß Hussein nicht im Groben gewußt hat, was in den ersten Kriegswochen auf den Irak, seine Bevölkerung, seine Armee zukommt. Mag sein, daß die Bombenangriffe präziser und umfangreicher sind, als vom Irak angenommen. Mag sein, daß sich Hussein vom Einsatz der Scud-Raketen mehr versprochen, einen schnelleren Eintritt Israels in den Krieg. Auf der anderen Seite sind die Amerikaner trotz unzähliger Bomben noch keinen Meter vorangekommen, sie haben sich bislang nur auf – aus ihrer Sicht – sicherem Terrain, der Luft und vom Wasser aus bewegt. Das wird sich ändern. Aber noch jetzt geht die westliche Öffentlichkeit und auch große Teile der westlichen Opposition davon aus, daß die alliierten Truppen dank ihrer überlegenen Technik und Waffen am Boden zwar etwas verlustreicher, aber nicht weniger schnell „erfolgreich" sein werden, als in der Luft. Und letztlich kreisen bei den meisten die Gedanken bereits um die Nachkriegssituation, um eine neue „Friedensordnung" im Nahen Osten. Das ist mir vollkommen unverständlich. Sicher gibt es mögliche Szenarien, die den Krieg schnell beenden können. Ein innenpolitischer Sturz Hussein's, eine schnelle militärische Entscheidung. Aber diese Szenarien sind doch eher unwahrscheinlich. Allein aus der Luft ist der Krieg für die Alliierten nicht zu gewinnen, auch auf die furchtbaren Auswirkungen dieser Bombadements kann sich ein Gegner einstellen. Vietnam und Deutschland im 2. Weltkrieg zeigen den beschränkten militärischen Erfolg solcher Bombenteppiche. In der Bevölkerung können sie sogar zu einem verstärkten Durchhaltewillen führen. Wahrscheinlich ist doch, daß der einsetzende Bodenkrieg eine völlig andere Kriegsphase einläutet, daß nach alliierten Anfangserfolgen ein zäher, verlustreicher Landkrieg beginnt, daß die waffentechnische Überlegenheit der Alliierten sich abnutzt, der Irak länger aushält als von den USA „geplant" und daß es ihm gelingen könnte, die bisherige Konstellation „alle gegen den Irak" aufzubrechen, Israel doch in den Krieg mit einzubeziehen und/oder mit einem Giftgaseinsatz an der Landfront die Amerikaner zum Atombombeneinsatz zu bringen. Spätestens dieses Szenario würde die Ausgangspositionen grundlegend verändern und zu völlig neuen Fronten führen können.
Auf dieses oder ein vergleichbares Szenario hat Hussein von Anfang an gesetzt, für dieses Szenario scheint er bereit zu sein, den Irak und seine Bevölkerung weitgehend zu opfern. Die Strategie der Alliierten, allen voran der Amerikaner, läuft darauf hinaus, ihm dieses Szenario zu liefern und große Teile der Welt in einen wahnwitzigen Krieg zu stürzen. Möglicherweise ist der Vergleich der Schüsse von Sarajewo 1914 mit der Besetzung Kuwaits 1990 zutreffender, als derjenige zwischen Hussein und Hitler bzw. der Situation vor dem Zweiten Weltkrieg.

Hussein als „moralischer" Sieger in den Augen der Araber

Selbst wenn die Alliierten im Landkrieg als Sieger hervorgehen und eine weitere Eska-

lation kurzfristig verhindern können: die Person Sadam Husseins ist in den Augen großer Teile der arabischen Bevölkerung zum Helden und Märtyrer geworden, der den Mut hatte, den verhaßten Amerikanern und Juden die Stirn zu bieten. Jede militärische Niederlage ist in ihren Augen eine ehrenhafte, ein politisch-moralischer Sieg. Hussein's Verbrechen, sein Krieg gegen die Opposition im Irak, gegen die Kurden, gegen den Iran, all das wird überlagert durch den neu gewonnen Ruhm im heldenhaften Kampf gegen den US-Imperialismus. So ist das nun einmal, die Geschichte ist voll von solchen Beispielen. Die Art und Weise, wie die USA und seine Verbündeten zur „Befreiung Kuwaits" und der Zerschlagung Hussein's und des Irak geblasen haben, hat in arabischen Augen alle bestehenden Vorurteile und Urteile über die Amerikaner, den Westen, die „Gottlosen" bestätigt und verstärkt. Der rein militärische Ausgang ändert an dieser Wahrnehmung nichts. In jedem Fall wird der Haß und die Frustation größer, die Chancen auf eine friedliche Regelung der Konfikte im Nahen Osten noch geringer.

Die USA werden einen weltpolitischen Rückschlag erleben!

Ich glaube, der Versuch der USA, mittels der Kuwait-Krise ein Exempel zu statuieren in Richtung einer neuen politischen „Weltordnung" unter der Führung der USA, wird mißlingen, zum Vietnam-Trauma könnte sich das Golf-Trauma gesellen. Brezinski und Kissinger werden sich ein weiteres Mal gründlich irren. Die USA haben eine Situation des weltpolitischen Umbruchs, eine gewisse Unübersichtlichkeit der Kräfteverhältnisse konsequent auszunutzen versucht, sich die Kontrolle über eine „Region von vitalem Interesse für die USA und die westlichen Industrieländer" zu verschaffen. Gemeinsam mit ihren alten Waffenbrüdern aus dem zweiten Weltkrieg, dem falklanderfahrenen Großbritannien, scheinen sie den Versuch anzutreten, den Lauf der Geschichte zu ihren Gunsten zu verändern. Dieser Versuch könnte scheitern, mögliche kurzfristige Erfolgen von um so bittereren mittel- und langfristigen Niederlagen abgelöst werden. Gerade der arabische Raum ist ein denkbar schlechtes Terrain, den USA mehr weltpolitische Autorität zu verschaffen. Die Interesen der USA sind zu durchsichtig, zu egoistisch. Sie lassen sich auf das Interesse an der Kontrolle der Ölreserven des arabischen Raumes und auf das Interesse, die Stellung Israels zu stabilisieren und auszubauen, reduzieren. Sie widersprechen damit langfristig den Interessen aller anderen Staaten dieser Region – insofern werden die USA im arabischen Raum in Zukunft noch verstärkt auf Mißtrauen und Ablehnung stoßen. Diese Argumentation, die der amerikanischen Politik ja durchaus geläufig ist, wurde kurzfristig beiseite geschoben durch einen irrationalen Stimmungszug, der „gerechte" saubere Blitzkrieg gegen das personifizierte Böse „Sadam Hussein" und für die Befreiungs Kuwaits werde seine „positive" Wirkung auch auf den arabischen Raum haben und somit der US-Politik langfristig nutzen. Der wirkliche Verlauf des Krieges und seine Wirkungen auf den Nahen Osten, die amerikanische und die Weltöffentlichkeit dürfte zu einem bitteren Erwachen in den USA führen. Wenn die militärische Intervention der USA in den Golfkonflikt den Versuch darstellen soll, eine neue Weltordnung im Sinne der Interessen der USA als Rambo der westlichen Welt durchzusetzen, so könnte er in der Hitze der arabische Wüste ebenso scheitern, wie der Versuch der USA, sich im vietnamesischen Dschungel die Vorherrschaft über den südostasiatischen Raum zu sichern.

Die europäische Politik

Fast unerträglich ist der Eindruck, den die europäische Politik hinterläßt. Lassen wir einmal Großbritannien als anglo-amerikanischen Sonderfall unbetrachtet, so haben sich die europäischen Staaten, und zwar allesamt, vor den Karren der amerikanischen Politik spannen lassen. Die Europäer, allen voran Frankreich und auch Deutschland wollten diesen Krieg nicht, nicht nur, weil sie meinten, sie hätten Besseres zu tun, oder gar wegen moralischer Skrupel – die haben sie nicht weniger, als die USA, sondern weil sie im israelisch-arabischen Konflikt auf eine Lösung setzen, die die palistinensischen und arabischen Interessen stärker berücksichtigt, als dies im Israel-fixierten Amerika der Fall ist. Daraus allerdings abzuleiten, wie es nicht wenige Linke hier tun, daß nämlich viele Europäer bereit seien, Israel „zu opfern" in diesem Konflikt, entbehrt jeder Grundlage und hat keinerlei Entsprechung in der europäischen Politik und Gesellschaft. Viele Europäer saßen der Illusion auf, es werde am Ende doch nicht zum großen Knall kommen, bzw. dieser in Form eines alliierten Sechs-Tage-Sieges gegen den Irak ablaufen. Dieses untergründige Hoffen auf ein gutes Ende gepaart mit mangelndem Willen, sich der Allianz USA/Großbritannien zu verweigern und damit Nato und EG zu erschüttern, hat sie zu Statisten in diesem elementar wichtigen Konflikt gemacht. Das dikke Ende kommt nun scheibchenweise, in Form zunehmender finanzieller, logistischer und militärischer Verstrickung in einen Konflikt, den man so nicht haben wollte. Konnten sich die Europäer aus dem Vietnamkrieg noch weitgehend heraushalten, der Nahostkrieg wird die Front bis weit nach Europa hineintragen. Auch die UdSSR und die anderen osteuropäischen Staaten haben sich vor den amerikanischen Karren spannen lassen, haben die USA gewähren lassen, haben aus Furcht vor einer neuen Konfrontation mit den USA und damit dem Westen es zugelassen, daß der UNO-Sicherheitsrat mißbraucht wurde für die durchsichtigen Interessen der USA, für den Krieg, den die USA unbedingt haben wollten, als klar wurde, daß der Irak Kuwait nicht freiwillig räumen würde. Insofern tragen nicht nur der Irak und die USA die Verantwortung für die jetzige Situation, die Unentschlossenheit und die mangelnde Konfliktbereitschaft der anderen, vor allem der Europäer und der UdSSR haben ihren beträchtlichen Teil dazu beigetragen. Die Kluft zur islamischen Welt wird dadurch noch größer, eine europäische Mittlerrolle bei der Lösung der Konflikte weiter erschwert. Viel wird davon abhängen, ob die Europäer eine mögliche weitere Eskalation des Krieges, wohlmöglich einen atomaren Kreuzzug der USA mit decken werden. Spätestens dann ist aus dem Konflikt um das kleine Kuwait das geworden, was viele von Anfang an befürchtet haben, nämlich ein Krieg der Industriestaaten um den Zugriff auf die Rohstoffe der Dritten und Zweiten Welt, ein Krieg, um die weltweite Vorherrschaft der westlichen, kapitalistischen Staaten zu sichern und auszubauen.

Die Antikriegsbewegung in den USA und Europa wird von großer Bedeutung werden!

Mit zunehmender Länge und Härte des Golfkrieges wird die sogenannte Heimatfront stärker an Bedeutung gewinnen. Wenn die Illusionen zerplatzen, sich Hoffnungen als unbegründet erweisen, die schmutzigen Gründe dieses Krieges deutlicher werden, wird sich die graue, bittere Realität stückweise durchsetzen. In welcher Geschwindigkeit und mit welcher Durchschlagskraft das geschieht, hängt nicht zuletzt von den Friedens- und Anti-Kriegsbewegungen ab, von uns. Es wird nicht leicht sein, sich der offiziellen Propaganda entgegenzustellen, sich immer wieder mit Argumenten zu versuchen verständlich zu machen, wo doch in vielen Köpfen nach einfachen Parolen gedacht wird. Die Auseinandersetzungen werden innenpolitisch mit Sicherheit härter werden, nicht nur in den USA. Man denke nur an den ja nicht unwahrscheinlichen Fall, daß Deutschland über den „Bündnisfall" Türkei in die Kriegskoalition kommt und die ganz persönliche Betroffenheit durch diesen Krieg andere Kreise zieht und sich die Frage nach dem Wofür qualitativ neu stellt.

Das das auch unter uns zu neuen Debatten führen wird, hat sich ja bereits angedeutet. Die Allianz von Enzenberger über Biermann, Teilen der taz bis hin zur Konkret und ja auch einigen Grünen, sie, die da der Ansicht sind, die Geschichte fordere nun von uns Linken und Alternativen und Grünen, mit der Waffe in der Hand unter US-Befehl Israel zu schützen und Sadam zu besiegen, sollte uns zu denken geben, aber nicht irritieren. Die Argumente und Emotionen, die diese Allianz ins Feld führt, mögen nachvollziehbar und aus edlen Motiven heraus gemeint sein. Ihre Konsequenz aber, daraus eine Rechtfertigung für diesen Krieg herzuleiten, ist Wasser auf die falschen Mühlen und versucht, die Friedens- und Antikriegsbewegung in eine Ecke zu stellen, in die sie nicht gehört. Die vielen, zumeist Schüler und Schülerinnen, die beispielhaft auf die Straße gegangen sind und es hoffentlich weiter tun werden, sind weder naiv, noch unpolitisch oder gar anti-israelisch. Sie sind zu Recht gegen diesen Krieg, weil er destruktiv und zerstörerisch ist, kein Problem löst, aber gleichzeitig viele neue schafft, sie, wir sind gegen den Krieg, weil er ein Verbrechen an der Menschheit ist. Er war und ist die schlechteste aller denkbaren Möglichkeiten, auf die Besetzung Kuwaits durch den Irak zu reagieren.

Bernd W. (atom)

KRIEG OHNE SIEGER

Saddam Hussein und seine Armee werden den Krieg gegen den technologisch hoch überlegenen Gegner aller Wahrscheinlichkeit nach nicht überleben, sollte dieser Krieg bis zum bitteren Ende fortgeführt werden. Werden aber die USA ihn gewinnen können? Daran habe ich meinen größten Zweifel. Die irakische Armee ist zwar zu schwach, um Kuwait auf Dauer halten zu können, mit ihren I Mio. teilweise kampferfahrenen Soldaten, ihren 5 500 Panzern und dem restlichen Vernichtungspotential, einschließlich der chemischen Waffen, ist sie aber stark genug, um der US-Armee und Israel erheblichen Schaden zuzufügen. Ein paar irakische Scud-Raketen in Tel Aviv und Haifa—jene Raketen also, die einst die Teheraner Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzten und so auch die psychologische Wende im Krieg gegen den Iran herbeiführten — haben offensichtlich genügt, um die US-Kriegskoalition arg in Schwierigkeiten zu bringen.

Ob die USA ihre erklärten Kriegsziele und nicht erklärten geopolitischen Ziele am Persischen Golf erreichen können, muß ebenfalls bezweifelt werden. Der Krieg wird Kuwait auf absehbare Zeit unbewohnbar und die Herstellung dessen Souveränität—deretwegen angeblich er unvermeidlich wurde —vorerst gegenstandslos machen. Die kuwaitischen Ölquellen werden für einige Zeit außer Betrieb gesetzt, die Raffinerien im Iran, in Kuwait, möglicherweise auch in Saudi Arabien, werden unbrauchbar gemacht; der Krieg wird für die gesamte Region katastrophale ökologische Folgen haben. Eine Explosion der irakischen Riesen-Öltanker an der kuwaitischen Küste im Falle eines militärischen US-Angriffs von See wird große Teile des persischen Golfes verpesten und dem nicht am Krieg beteiligten Iran großen ökologischen Schaden zufügen.

Das geopolitische Ziel der USA — die Kontrolle über das Öl der Golfstaaten und damit ihre Supermachtfunktion als vermeintlicher Garant "westlicher Ölinteressen" am Golf zurückzugewinnen—setzt eine langfristige Präsenz der US-Truppen in den Territorien der Golfstaaten voraus. Der Krieg verhindert gerade diese Möglichkeit, die durch einen Sieg ohne Krieg gegen den

Irak leichter zu verwirklichen gewesen wäre. Der Krieg verbirgt andere Risiken und Negativpunkte zu Lasten der USA; wie würden sich die europäischen Kriegspartner verhalten, wenn sich der Krieg doch in die Länge zöge? Würden sich die arabisch-islamischen Kriegspartner überhaupt am Krieg beteiligen und wie würden sich die syrischen Truppen verhalten, wenn Israel sich mit der Zuschauerrolle nicht lange begnügen würde; welche Stimmung würde sich bei den Palästinensern und Millionen radikalisierter Araber und Moslems breitmachen, würde Israel, auf welche Weise auch immer, in die Ereignisse eingreifen?

Wie würden die Araber in Ägypten reagieren, wenn im Zuge der Angriffe auf Bagdad, dem geschichtsträchtigen Zentrum der islamisch-arabischen Kultur—eine größere Anzahl der Zivilbevölkerung, Frauen und Kinder, diesen Angriffen zum Opfer fielen? Würde sich dann der Zorn der Ägypter nicht eher gegen die eigene Regierung, die Verbündete der Angreifer ist, richten? Ich möchte fast annehmen, daß schon jetzt die

In Kuwait wird es keinen Sieger geben, es sei denn den "militärisch-industriellen Komplex"

Legitimation der US-verbündeten arabischen Regierungen ernsthaft angeschlagen ist. Die kaum zu verbergende Begeisterung vieler Araber angesichts der irakischen Raketen auf Israels Territorium legt diese Vermutung nahe. Eine solche durchaus denkbare Entwicklung, deren Resultat niemand vorauszusehen in der Lage war, konnte und kann, trotz anfänglicher und auch weiterer Erfolge der US-Luftwaffe auf dem Kriegsschauplatz, nicht von der Hand gewiesen werden.

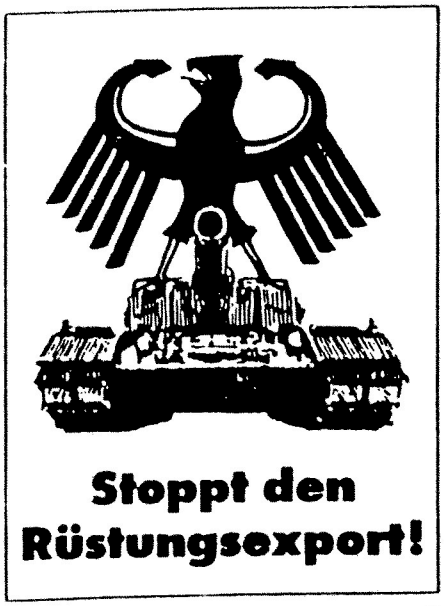
Die hier aufgezählten Risiken und Unbestimmtheiten waren der US-Regierung durchaus bekannt. In den Kongreßdebatten vor dem Kriegsbeginn wurde offen über manche Paradoxien gesprochen. Viel früher hatte Breszinski auf diese oder ähnliche Risiken einer US-Kriegspolitik hingewiesen. Möglicherweise hatten eben diese unkalkulierbaren Risiken für die USA den Kriegsspieler Saddam Hussein dazu verführt, das UN-Ultimatum als Bluff zu interpretieren. Er hat dabei offenbar jene einflußreiche und entschlossene Kraft in den Vereinigten Staaten übersehen, die von Anfang an, koste es was es wolle, die offensive Kriegsstrategie propagierte und spätestens seit Oktober letzten Jahres auch die Bush-Administration endgültig dafür gewonnen hat. Ich meine den "militärindustriellen Komplex", dessen Partikularinteressen nie ganz mit den US-Interessen übereinstimmten, am wenigsten in unserer Gegenwart und nach der Überwindung des Ost-West-Gegensatzes.

Man stelle sich vor, die Bush-Administration hätte sich mit den übrigen Staaten für die andere wirkliche Alternative zum Krieg, nämlich für die Strategie der ökonomischen Sanktionen gegen Saddam Hussein entschieden, die Staatengemeinschaft hätte eine aktive Rolle dabei übernommen und durch eine für alle Konfliktparteien akzeptable Lösung der Palästinafrage das irakische Regime in der arabisch-islamischen Welt auch politisch isoliert, die Menschheit hätte nach ein oder zwei Jahren zum ersten Mal in der Geschichte den Sieg einer Strategie der sanften Gewalt gegen eine Aggression beachtlichen Ausmaßes feiern und erleben dürfen; man stelle sich vor, welch ein ungeahnter und kaum wiedergutzumachender Schaden eben eine erfolgreiche Strategie der sanften Gewalt für den "militärisch-industriellen Komplex" und dessen Philosophien nicht nur in den Vereinigten Staaten hervorgebracht hätte.

Die Sinnlosigkeit der immensen Ausgaben zur Aufrechterhaltung und Expansion der Militärmaschinerien und -apparate wäre allen vor Augen geführt, dem letzten fanatischen Abschreckungsfetischisten wäre die Argumentationsbasis entzogen und die Legitimation jeglicher Militärgewalt bei Konfliktlösungen in unserem Zeitalter überhaupt schwer erschüttert worden. Genau aus diesem Grunde sollte auch der Friedensbewegung und der gesamten Menschheit eine solche Perspektive mit allen Mitteln vorenthalten werden. Vielleicht hatte der US-Senator Mitchell, während er bei seinem Plädoyer für die Kriegspolitik des Präsidenten auch seine Zweifel äußerte, genau diese verhinderte Perspektive im Sinn, indem er sinngemäß feststellte "durch einen Krieg gegen Saddam Hussein werden wir nie erfahren, ob Sanktionen Erfolg gehabt hätten".

Auf dem Schlachtfeld Kuwait wird nicht nur der Irak von Saddam Hussein, wird nicht nur Amerika, sondern die ganze Menschheit verlieren, damit der "militärisch-industrielle Komplex" fortexistieren kann. Werden wir, wie in den achtziger Jahren, als dieses Ungeheuer das Wettrüsten im Rahmen des Ost-West-Gegensatzes schürte und die Welt an den Rand des Abgrundes trieb, auch diesmal übersehen, welche gefährliche Rolle eben jener in unserer Weit spielte? Oder werden wir anläßlich dieses Krieges die Kraft und Phantasie gewinnen, die subversiven und inhumanen Potenzen und Wirkungsrahmen dieses Geschwürs offenzulegen und mit wesentlich größerer politischer Vehemenz zu bekämpfen?

MOHSSEN MASSARRAT



BUKO-KOORDINATIONSSTELLE
»STOPPT DEN RÜSTUNGSEXPORT«
BUCHTSTR. 14/15 · 2800 BREMEN 1
TELEFON 0421 / 32 60 45

Der Artikel wurde entnommen aus:
links, Heft Februar 1991

FRIEDENSBEWEGTER GOLFKRIEG

ALLTÄGLICHER WIEDERSTAND - GEGEN WAS?

Nachfolgend eine Auseinandersetzung mit den Aktivitäten gegen den Golf-Krieg in den vergangenen Wochen. Die mit einem solchen selbstkritischen Rücklick verbundene Hoffnung ist auf die Möglichkeit und Notwendigkeit weiterer Aktionen gerichtet. Solche Aktionen sollten auf einem genaueren Begriff von der Vermittlung des Kriegs in den Verhältnissen hier, und nicht auf dem diffusen Gefühl, etwas gegen den "schlimmen Krieg" machen zu müssen, basieren. Vielleicht gelingt es, mit Hilfe von Selbstktritik und Reflexion in unserer weiteren Strategie immer einen Fehler weniger zu machen als die Gegner...

I. Die übliche und langweilige Chronologie

Seit dem Beginn der Golf-'Krise' bemühten sich ein paar - wenige - GenossInnen in einer autonomen Gruppe, durch eine Reihe von Veranstaltungen, Flugis und andere Aktivitäten darum, eine intensivere Auseinandersetzung mit mehr Menschen zu diesem Thema zu erreichen. Der inhaltliche Schwerpunkt ihrer Aktivitäten lag - grob zusammengefasst! - in der Einschätzung, daß es dem innenpolitisch in die Krise geratenen US-Regime mit Hilfe des Aufmarsches im Golf um eine vollständige geopolitische Neuordnung des gesamten arabischen Raumes als Waffe gegen die "soziale Revolution der arabischen Massen" gehe. Die GenossInnen benannten - bei allen bekannten Schwierigkeiten - als positiven Bezug in dieser Auseinandersetzung die palästinensische Intifada und den kurdischen Volksaufstand. Diese Auffassung schlug sich in klugen Analysen und wichtigen Hintergrundberichten in einer INTERIM-Sondernummer nieder, (die dann auch schnell ausverkauft war).

Allerdings blieben die diesbzüglichen Reaktionen von anderen GenossInnen zu diesem Thema im wesentlichen auf demselben intelektuellen Reflexionsniveau, ohne daß sich daraus Handlungsperspektiven eröffneten. Gestützt auf freundliches Schulterklopfen machten sich die zu diesem Thema arbeitenden GenossInnen mit dem Ablauf des Uno-Ultimatums daran, wenigstens eine etwas größere Demonstration am 12. Januar auf die Beine zu stellen. Vorsichtige Schätzungen erhofften sich damals vielleicht 6000 TeilnehmerInnen. Angesichts dieser nicht gerade überwältigend erscheinenden Mobilisierung wurde ein "Bündnis niedriger Intensität" mit der wieder auferstandenen FRIKO (Friedenskoordination) eingegangen. Die dort versammelten ehemaligen 83er Friedensmanager, SEW'lerInnen und GewerkschaftlerInnen sind zwar aufgrund des Zusammenbruchs der DDR ein wenig verwirrt, hatten auch zum Krieg am Golf keine eigenständige politische Position, fanden ihn aber nichts desto trotz "irgendwie schlimm".

Es kamen dann überraschend über 100 000 Menschen zu dieser Demo, die von autonomen Genossen mit einem Leittranspartent angeführt wurde. Die FRIKO muß über ihre Connections dafür gesorgt haben, daß sich in der Zwischenzeit fast alle reformistischen Großorganisationen von SPD, DGB, PDS, AL usw an die Mobilisierung anhängten. Entsprechend war auch die Resonanz im ewig währenden Medienbrei der öffentlichen-rechtlichen Ausgewogenheit: Anstelle des Mottos: Kampf gegen dem Krieg am Golf hier (wo sonst?) fand in der öffentlichen Wahrnehmung eine Funktionalisierung der Proteste als "ernsthaftes Anliegen aller besorgten Menschen um den Frieden auf der Welt" statt, der ja so schmählich durch Saddam Hussein bedroht sei.

Der Rest ist schnell erzählt: Unsere GenossInnen verabschiedeten sich schleunigst aus dem Bündnis, der Medienrummel nahm zur pschologischen Einstimmung bis zum Beginn des Krieges ungeheure Ausmaße an; Zehntausende zogen bei Kriegsbeginn vom Breitscheidplatz unter der Führung der FRIKO und dem DGB ausgerechnet zum Brandenburger Tor, die dort allen Ernstes Olle Momper reden lassen wollten. Die Katastrophe des Krieges am Golf dort war mal wieder seitens der Mobilisierung der Reformisten in die Katastrophe der Politik hier umgeschlagen. Für sie macht der Krieg alle immer irgendwie gleich und betroffen, und selbst ein Idiot wie Momper wird da zum "Menschen"...So weit so schlecht.

Auf der besseren Seite bleibt festzuhalten, daß 10000ende von SchülerInnen und StudentInnen den Krempel hinschmissen, durch die verkehrsreichen Straßen der Stadt bis hin zum US-Headquarter an der Clay-Allee demonstrierten, die Wut über den imperialistischen Krieg sich auf der Demo zum Brandenburger Tor an den Scheiben der Großbanken und den Luxuskaufhäusern austoben konnte und mit ein paar - mehr oder weniger gut organisierten - symbolischen Aktionen (US-Airforce-Flughafen Tempelhof, Siemensblockade, Börsenaktion und Blockade vor dem türkischen Generalkonsulat) im Rahmen einer zunächst eher unpolitisch bleibenden Katastrophenmobilisierung ein paar antikapitalistische Momente in den hiesigen Verhältnissen thematisiert werden konnten. Und nicht zuletzt einige gute Aktionen im Bundesgebiet (Putz in Hamburg und Freiburg, Blockade des Nord-Süd-Eisenbahnverkehrs der BRD durch FreundInnen in Göttingen, Aktionen vor der US-Airbase in Frankfurt) veranlaßten den Korrespondenten des 'Tagesspitzels' aus Yankeeland dazu, herumzujammern, daß man in den USA sehr irritiert darüber sei, daß im westlichen Lager ausgerechnet in der BRD die "größten und gewaltsamsten Aktionen" gegen den Golf-Krieg zu registrieren gewesen seien.

II. Kein Krieg ohne Friedensbewegung

Seit Beginn des Krieges sind mehr Leute auf die Straße gegangen, als vorher zu erwarten war. Das muß erst mal nicht unbedingt schlecht sein, klärt aber nicht die wichtige Frage, welche politische Bedeutung das hat. Wir wissen aus der 83er Bewegung, daß "Bewegung" nicht alles ist, und daß das Wort "Frieden" eine Karrikatur sein kann. Die soziale Realität in der reichen Metropole hat uns viel zu bieten - unter anderem auch "Friedensbewegungen" als sozialpsychologische Verarbeitungsform für Kriegsangst.
Ohne Zweifel finden ziemlich viele Menschen "Krieg" schlimm, der Autonome Willi genauso wie Landesbischof Weihwasser und Helmut Kohl. Entscheidend ist vielmehr, von welchen aus der sozialen Wirklichkeit entwickelten Anlaysen sie ihr Handeln leiten lassen, oder anders herum gefaßt: Wer kann wem welche politische Frage diktieren. Die mal wieder perfekt durchorganisierte Friedensdemo in Bonn am 26.1. ist nicht nur ein Beispiel für den soundsovielten Versuch, von zynischen SPD-DGB-Reformisten und der Kirchenmafia sich einen hegemoniales Standbein in der Bewegung zu sichern, sondern auch dafür, wie DemonstrationsteilnehmerInnen das Wort im Mund herumgedreht werden kann. Rübergekommen ist jedenfalls, daß diese Demo nicht antiamerikanisch ist, für die Interessen des zionistischen Israels eintritt und daß sie Saddam Hussein genauso schlimm findet wie überhaupt den "Krieg". "Großartig", sagen da nicht nur die bürgerlichen Fernsehkommentatoren, sondern vielleicht auch bald Bundeswehrgeneräle, wenn sie den Worten der "deutschen Friedensbewegung" (TAZ 26.1.91) endlich Taten im Sinne einer "bewaffneten Wiedergutmachung" für Israel folgen lassen wollen.
Die "deutsche Friedensbewegung", jedenfalls so wie sie sich in Bonn dargestellt hat, wird bei weiterem Verzicht auf Analyse und einem explizit gegen die hiesigen Verhältnisse gerichteten politischen Standpunkt bald wieder verschwinden. In ihr haben verängstigte TAZ-Redaktuere Platz, denen eingeworfene Fensterscheiben in Luxuskaufhäusern noch immer schlimmer sind als Bombenteppiche auf arabische Städte.

III. Wenn ich die Hände vor meine Augen halte, sieht mich niemand mehr ...

"Amerika bereitete sich in jenen Tagen eifrigst auf den Krieg vor. Am meisten trugen - wie stets - die Pazifisten dazu bei."

Was Trotzki von den Pazifisten kurz vor dem ersten Weltkrieg schreibt, bedarf vielleicht nur einiger Aktualisierungen, um das derzeitige Verhältnis der Friedensbewegung zum Golf-Krieg zu beschreiben. Die Äußerungen der Friedensbewegung konnten bisher relativ mühelos propangandistisch für den Krieg, insbesondere für das stärkere Engagement der Deutschen im Krieg genutzt werden. Seit Beginn des Krieges sind die Aktivitäten der Bundesregierung im Verbund mit den Medien als eine Art Stimmungsmobilmache zu werten. Dabei kann man einer Friedensbewegung, die lediglich ihrer gefühlsmäßigen Sehnsucht nach Frieden Ausdruck verleiht, die Argumente unterschieben, die man zur Legitmierung der längst erfolgten tatsächlichen Mobilmachung bedarf. Solcher untergejubelten Argumente haben auch den aktuell immer dringlicher werdenden Zweck, Bündnistreue mit den USA zu sichern.

1. Welturabstimmung für den Frieden ?

Als man während der großen Demos vor Ablauf des Ultimatums zunächst mit wohlwollenden Kommentaren die Angst und Besorgnis der Friedensbewegung honorierte, ließen sich vermutlich daraufhin viele zu dem Fehlschluß verleiten, daß der Krieg vielleicht doch etwas mit Demokratie zu tun habe und daß es nur eine eindrucksvolle Menge von KriegsgegnerInnen geben müsse, um den Krieg zu verhindern. Als die Kampfhandlungen dann doch begannen, ohne daß die Friedenswilligen gehört worden waren, machten sie sich mit weißen Bettlaken öffentlich bemerkbar und gaben damit zugleich ihre Kapitulation vor dem begonnenen Krieg bekannt. Die mit der massiven Unterstützung der TAZ propagierte sogenannte "Welturabstimmung" geht wohl davon aus, daß es noch nicht zu spät sei, Demokratie auch für den (Welt-) Kriegsfall einzufordern. Für die Abstimmung sind die modernen elektronischen Medien wie Telefax grad recht. Da muß man schon mal übersehen, daß die Welt der telefaxenden Frauen nur die Westliche sein kann und alle anderen nicht mit abstimmen können (s. Anti-Kriegszeitung Nr.2) und daß solche elektronischen Geräte Abfallprodukte der Rüstungsforschung sind, für die der Golf-Krieg ein wunderbarer Testfall ist.

2. Zwei - Fronten - Denken

Als elf Tage nach Ablauf des Ultimatums die generalstabsmäßig organisierte, zweite Großdemonstration der Friedensbewegung in Bonn stattfand, war das offizielle Verständnis für die Besorgnisse in Vorwürfe an die Friedensbewegung umgeschlagen. Sie wurde dafür angegriffen, daß sie zu spät (wo seid ihr damals bei Afghanistan gewesen?) und gegen die Falschen demonstriere - so als sei die Friedensbewegung als unbezahltes öffentliches Gewissen dieses Landes mobil einsetzbar. Und, die Vorwürfe erfüllten ihren Zweck. Die Friedensbewegung ließ sich auf eine Zwei-Fronten-Sicht verpflichten: Hier die "guten Amerikaner" dort die "schlechten Irakis" Das Ziel der atmosphärischen Mobilmachung war erreicht. Nach einigen Scherbendemos konnte Deutschland seine Bündnispartner davon überzeugen, daß alles wieder im Lot sei. Die einfache Gleichung Antiamerikanismus=Anti-Israel=Anti-Zionismus=Proirak, auf die sich die Friedensbewegung eingelassen hat, hat sie zusätzlich erpressbar gemacht für verständnisvolle bis unterstützende Töne gegenüber den USA, und für die "besondere Verpflichtung der Deutschen" gegenüber dem Staate Israel

3. Stunde-Null-Denken

Die Friedensbewegung hat sich mit dem 'Ausbruch des Krieges' konsti-

tuiert. Ihre "Stärke" wird entsprechend dieser Bedingung abhängig sein vom weiteren Verlauf des Krieges, Die jeweiligen Eskalationstufen des Krieges werden die nächste Aktion bestimmen. Damit unterwirft sie sich der Logik des Krieges, die den nächsten Schlag immer mit dem vorangegangenen gegnerischen legitimiert. Die Empörung über die verschiedenen Eskalationen seitens der Friedensbewegung wird nur moralisch begleiten, was als als us-aAmerikanischer Gegenschlag darauf folgt.
Eines Tages wird der Krieg in seiner heißen Phase aufhören und mit ihm die Friedensbewegung verschwinden. Wenn es dann an die Neuverteilung des arabischen Raumes unter us-amerikanischer Leitung geht, wird die Friedensbewegung einfach bloß froh darüber sein, daß man von der Airbase wieder an die Verhandlungstische zurückgekehrt ist. "Zur Vernunft gekommen" werden sie das dann nennen.

4. Aktionismus aus Empörung
Derzeit ist es probelmlos möglich, die Empörung, die in den Aktionen in und um die Friedensbewegung zum Ausdruck kommt, für die 'Mobilmachung' zu nutzen. Ein Beispiel: Die große Empörung über die deutsche Rüstungsindustrie, die in Blockaden vor Siemens, und Daimler-Benz, in Boykottaufrufen gegen bestimmte Firmen zum Ausdruck gekommen ist, wurde bereitwillig aufgegriffen, um die Rüstungsindustrie scheinbar schonungslos anzuprangern. Das muß verdächtig vorkommen. Und näheres Hinsehen bestätigt, daß damit nur die stärkere finanzielle und eventueli auch militärische Unterstützung für den Golfkrieg vorbereitet wurde. Die Argumentation, in die die Friedensbewegung eingebunden werden sollte, war eine konstruierte moralische Verpflichtung der stärkeren BRD-Unterstrützung des Krieges angesichts der Verwicklung deutscher Firmen in die Rüstung des Iraks, um "das Schlimmste zu verhindern".
Wer mit Entrüstung Politik macht, dem schlägt sie entgegen, weil der Empörung Taten folgen, die von der Empörung nicht beabsichtigt waren. Die Taten läßt in diesem Falle die Bundesregierung folgen. Sie bedient sich dabei zur Rechtfertigung ihrer Taten der diffusen Empörung der Friedensbewegung. Es bahnt sich schon an, daß die Empörung über die Bombardierung Kurdistans durch die Türkei nach gleichen Strickmuster ausgenutzt wird, um den USA die Rolle einer friedenstiftenden Macht zuzugestehen, die so nebenbei den Kurden zu einem eigenen Staat verhilft.

IV. Was ist von dem Golf-Krieg hier zu begreifen?

1. Krieg ist undemokratisch
Es bleibt festzuhalten, daß die große Menge Friedenswilliger in den USA und NATO-Ländern den Automatismus des Ultimatums nicht zu duchbrechen vermochten. Es sollte Krieg geführt werden. Das ergibt auch eine Rückschau auf die schon lange vor dem Ultiamatum getätigten Maßnahmen der USA im arabischen Raum, insbesondere in Saudi-Arabien. Der in den 80er Jahren dort so scheinbar aberwitzig überdimensionierte Ausbau der miltärischen Infrastruktur erweist sich "urplötzlich" dazu in der Lage, mehrere hundertausend US-Soldaten in kurzer Zeit aufzunehmen (z.B. in Daharan) An diesem des Krieges war lediglich der Zeitpunkt, die genaue politische Konstellation und die Frage, ob und wie lange die Abschreckungswirkung ihn noch verhindern würde, unklar.
Wie wenig der Krieg mit Demokratie zu tun hat, werden wir vielleicht noch erfahren, wenn der Bündnisfall am Parlament vorbei konstruiert wird. Jedenfalls bedeutet Krieg immer eine latente Notstandsituation. Eine politische Ausrichtung hier zur direkten Beendigung der Kampfhandlungen am Golf geht in die Irre. Nicht hier und nicht vom 'Volk' wird das entschieden und auch das Modell "Druck machen" funktioniert nicht. Krieg ist immer die Ausschaltung der Demokratie, und um das bewußt zu machen, sollte man nicht Partizipation, wie in einer Welturabstimmung einklagen, sondern diesen Zustand ohne Demokratie sichtbar machen als "Nichts geht mehr". Das war in den vergangenen Tagen am spürbarsten in den SchülerInnen und Studenten-Streiks und den Stauproduktionen auf den Straßen .

2. Warum die Völkerrechts-Moral nicht weiter hilft
Die aktuelle Situation ist verflucht kompliziert und unübersichtlich. Ein jahrelang von westlichen Regierungen und Rüstungskonzernen hofierter und belieferter faschistischer Massenmörder vergast nicht nur Teile der kurdischen Zivilbevölkerung seines Staates, bricht mit der Einverleibung Kuwaits offenkundig das Völkerrecht und probt im Namen der ökonomisch deklassierten arabischen Massen einen wahnwitzigen, unter Umständen mit Massenvernichtswaffen geführten militärischen Aufstand gegen die stärkste Militärmacht der Welt. Auf der anderen Seite eine bunt zusammengewürfelte Koalition gegen den Irak unter der Führung der USA, die sich mit den so einmütig als auch konsequenzlos gegen sie gefaßten Verurteilungen der UNO im Falle der Invasionen von Grenada und Panama, sowie der Verurteilung durch den internationalen Gerichtshof in Den Haag wegen der Verminung nicaraguanischer Häfen den Arsch abgewischt haben. Gestützt auf eine UNO-Resolution zur Wiedereinsetzung der rassistischen Olscheichdiktatur in Kuwait bombardieren die USA zunächst einmal die militärische und industrielle Infrastruktur des gesamten Iraks, anstatt das Territorium Kuwait militarisch zu besetzen. Das hat Seitens der USA genausowenig etwas mit dem Völkerrecht zu tun, wie ihre Unterstützung des irakischen Angriffskrieges gegen den Iran vor 10 Jahren. Und nicht zuletzt der Staat Israel weiß auch aktuell, die niemals zu sühnende moralische Schuld der deutschen Faschisten am Holocaust in eine realpolitische Großmacht- und Vertreibungspolitik in Palästina umzumünzen. Auch wenn es angesichts dieser Schweinereien auf allen Seiten schwer fällt, nicht zu verzweifeln, so wäre das in der jetztigen Situation für die Herrschenden im eigenen Land genau das Richtige, um so weiter fortzufahren. Eine Moral, die jetzt darauf besteht, in diesen Verhältnissen das 'Gute' zu suchen, wird blind vor dem, was faktisch im dynmamischen Prozeß des Golf-Krieges weiter geschieht.

3. Der Krieg hat mehr als zwei Fronten und viele Widersprüche.
Mit der Reduzierung auf den Zwei-Frontenkrieg würde man/frau sich nicht nur anfällig machen für die so simple wie politisch unsinnige Gleichung antiamerikanisch- proirakisch-antiisraelisch. Man verkennt damit auch den gesamten Charakter dieser Auseinandersetzung. Um ein Zwei-Fronten-Denken wirklich zu verabschieden, müßte man überhaupt die Vorstellung aufgeben, daß man eine Seite unterstützen muß, was zwar ein dringendes Anliegen von herrschenden Politikern ist, jedoch nicht unser zu sein braucht. Legen wir uns diese Frage einfach so vor, werden wir sie zudem immer nur aus unserer gesicherten Position heraus eurozenztristisch (latent imperialistisch) beantworten können.
Der Golfkrieg hat viele Fronten und Widersprüche, ebensoviele wie Länder, die in ihn verwickelt sind. Ohne daß es jetzt absehbar ist, fungiert er vielleicht für die weitere Zukunft als riesiger Katalysator für ungeahnte Kräftekonstellationen. Deshalb können auch alle heute über die Auswirkungen und politischen Folgen des Golf-Kriegs getroffenen, wohl begründeten und rational hergeleiteten Annahmen sich schon morgen in Schall und Rauch aufgelöst haben. Allein aus diesem Grunde wäre man schön dumm, gar zu schnell Partei für die eine oder andere institutionalisierte Macht zu ergreifen. Ein eher vorsichtiges Abwarten in der politischen Aktion schließt aber nicht die Notwendigkeit nach weiteren Analysen aus.
Mehr als offenkundige Widerspruchslinien ziehen sich schon durch die sogenannte allierte Kräftekonstellation zwischen den USA, ihren euopäischen Verbündeten auf der einen und den militärischen Kontingenten arabischer Regimes auf der anderen Seite. Das ist ein Ausdruck für einen in diesem Krieg latent angelegten Widerspruch zwischen einen christlich/abendländischen und islamischen /okzidentalen Denken. Allerorten haben die proamerikanischen Regimes in der Region mit starken proirakischen Oppositionsbewegungen, angefangen vom Maghreb über Jordanien bis hin nach Pakistian zu tun. Die vorherschende Ausrichtung der Opposition ist islamisch-fundamentalistisch, was eine vorbehaltlose Unterstützung schwer macht. Und schließlich ist es noch offen, ob der in diesem Krieg angelegte untergründige Widerspruch zwischen der sich in der Breschenew-Ära befindlichen Welt-Hegemonialmacht USA (ökonomische Krise und noch militärische Stärke) und der ökonomisch aufstrebenden EG nicht noch in offen ausgetragene innerimperialistische Widersprüche umschlägt.
Niemand weiß, welche Kräftekonstellationen sich in dieser Auseiandersetzung noch auftun werden. Ergo kann auch niemand ausschließen, ob sich aus dieser westlichen imperialistischen Sicht auf die neuzuverteilende Welt ein 'toter Winkel' der Weltgeschichte auftut, in dem uns sympatischer erscheinende Formen der Befreiung auftauchen.

V.Gibt es ein gezieltes politisches alltägliches Handeln durch die Widersprüche des Golf-Krieges hindurch?

In welchen objektiven und subjektiven Bedingungen bewegen wir uns weiter gegen den Krieg am Golf, in einer Situation, wo er bald ähnlich "normal" werden kann, wie unser eigener Alltag?
Die Umsetzung der bisherigen Aktionen ist im wesentlichen aus dem aus der Empörung gespeisten Aktionsmus erfolgt und sind fast immer nebeneinander hergelaufen. Ein weiterer strukturloser Aktionismus würde den Angebotschararakter beibehalten, der die Friedensbewegung kennzeichnet. Zudem würden er für unsere Binnenstrukturen zu einer kräftemäßigen und organisatorischen Verzettelung und Überforderung führen - mit den bekannten demobilisierenden Folgen. Auch muß bedacht werden, daß alle genannten Aktivitäten zu einem bestimmten Zeitpunkt in einer bestimmten Konstellation entwickelt wurden, in der die jeweiligen, die Aktionen tragenden Ideen ohne große Vermittlung von vielen Leuten aufgegriffen werden konnten. Als Beispiele seien an dieser Stelle die Blockaden vor den Rüstungsbetrieben genannt. Der dabei auch gegen die Rüstungsexporte u.a. in den Irak geäußerte Protest ist zwischenzeitlich von allen tragenden politischen Kräften - aus zwar infamen Motiven - verbal vereinnahmt worden. Dieser Umstand ist ein Musterbeispiel dafür, warum das einmal Richtige im weiteren politischen Prozeß nicht unbedingt richtig bleiben muß. Ein erneuter Anlauf zu Aktionen in Richtung von Rüstungsbetrieben wird ungleich mehr Fragen zu bewältigen haben, als in der Zeit der ersten Empörung. Nichts desto trotz bleibt es eine strategisch entscheidende Frage der Anti-Kriegs-Bewegung, ob sich der Widerstand gegen den imperialistischen Krieg am Golf am sozialdemokratischen DGB vorbei, auch in die Betriebe ausweiten kann. Für den möglichen Fall eines Eintritts der Bundeswehr via NATO und Türkei in den Krieg wäre es ein ungleich politischeres Signal z.B. beim mit Zehntausenden bei Siemens oder Daimler zu demonstrieren, als noch einmal am Kuhdamm oder am Brandenburger Tor im Kreis herum zulaufen ...
Ein Nachdenken über den Krieg wird angesichts der Militärzensur und der propagandistischen Mobilmachung allerdings erschwert. Es wird immer schwieriger, zwischen den Zeilen zu lesen. Fast unmöglich ist es, Meldung noch von Propaganda zu unterscheiden. Ist zum Beispiel ausgemacht, daß die 'Meldung', der Irak sei weniger schwer getroffen als zunächst vermutet, nicht dazu dient, die zweite Angriffswelle der USA, den "unvermeidbar" gewordenen Bodenkrieg zu legitimieren ? Über das Geschehen am Golf erfährt man derzeit aus den Medien nichts. Diese Rund-um-die-Uhr-Berichterstattung erinnert eher an Laurie Anderssons beruhigende Message 'you can call me any time, my answering maschine will always be there for you'. Warum nicht dokumentieren, daß wir auf ihre Nicht-Nachrichten gut verzichten können ? Etwa indem alle ihren Fernseher auf die Straße stellen oder sich zur Nachrichtenhauptzeit auf der Straße treffen.
Eine solche Aktion würde zugleich eine Kritik daran sein können, daß in unserer Alltäglichkeit dieser verdammte Krieg zwar unsere Glotze

beherrscht, nichts desto trotz aber für uns (noch) weit weg ist. Diese Situation stellt sich zwar bereits jetzt für die türkische Bevökerung West-Berlins ungleich anders dar, was jedoch bisher nicht die Frage nach der Notwendigkeit ihrer eigenen autonomen Organisierung gegen den Krieg hier beantwortet hat. Genau dieser Umstand wäre die Vorbedingung für eine notwendige Zusammenarbeit, die es bisher jahrezehntelang in der Stadt so gut wie fast überhaupt nicht gegeben hat.

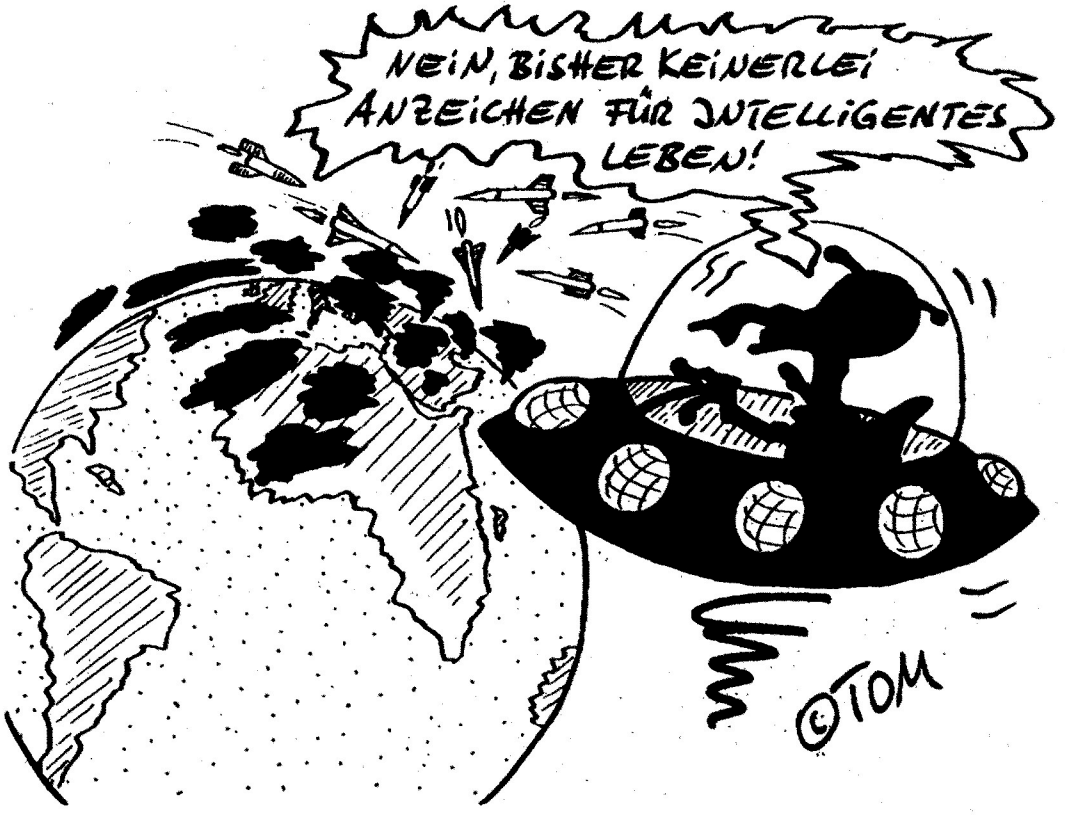
Aus unserer Situation heraus wäre zunächst einmal die Entfernung zum Krieg anzuerkennen und nicht durch eine aktuell illusionäre Suche nach dem Punkt der eigenen Betroffenheit herbei zu manipulieren. Denn wo der Krieg uns direkter betrifft, etwa bei der Umweltkatastrophe durch die Ölverseuchung der Meere, die auch Auswirkungen auf unser Leben hier haben kann, könnte sonst allzuleicht der Eindruck entstehen, daß die 'Deutschen' mal wieder nur um ihr eigenes Überleben und sonst nichts besorgt seien. Jede Positionierung zum Golfkrieg sollte daher von der Perspektive der Verwicklung der Bundesrepublik aus der Angreifersicht und nicht von den Kriegsauswirkungen aus Opfersicht ausgehen.

Was können wir von hier aus tun? Ein paar mehr Leute als vor dem 15. 1. werden sich in Anti-Kriegs-Gruppen betätigen, ein paar andere werden sich wieder der Arbeit zuwenden, die sie vorher gemacht haben. Die Frage ist dabei nicht, wer den Krieg aus seiner Tätigkeit verdrängt, sondern nur das Ausmaß der bewußten Verdrängung, die gerade auch in einer katastrophisch erscheinenden Situation notwendig ist, um einen klaren Kopf für das eigene Handeln zu bewahren. Da derzeit niemand vorhersagen kann, wie sich der Kriegsverlauf weiterentwickeln wird, bedeutet das, daß es notwendig ist, für mögliche Eskalationsstufen in der eigenen politischen Argumentation offen zu sein, was schematische Aktionskonzepte ausschließt. Für unsere Aktionen wäre nicht die Frage zu stellen, welche von ihnen sich möglichst lange und mit möglichst vielen durchalten lassen, sondern welche Sicht auf den Krieg, welche Position zu einer Aktion verdichtet werden kann.

In der aktuellen politischen Arbeit werden wir dabei mit der nicht unbedingt falschen Erkenntnis, daß der Kapitalismus zum Krieg drängt, konfrontiert sein. Diese Position kann schnell einen der aktuellen Situation unangemessenen 'besserwisserischen' Unterton bekommen, ganz so als ob sich imperialistische Absichten immer linear in Kriegen durchsetzen und es nicht sehr wohl Neues und Besonderes in diesem Krieg gibt (siehe hierzu weiter oben). Dem steht die Forderung nach genaueren Analysen in der verflucht komplizierten Situation gegenüber mit den ebenfalls aufgezeigten Schwierigkeiten der eigenen Uninformiertheit.

So endet dieser Beitrag mit einem Moment der Ratlosigkeit der SchreiberInnen, das vermutlich nur Ausdruck der vorläufigen Ratlosigkeit der gesamten Bewegung ist. Mit diesen Bemerkungen konnten wir nur ein paar Vorbedingungen klären, die wir für eine auch in Aktionen umzusetzende Positionsbestimmung notwendig halten. Nicht nur im Krieg am Golf erscheint alles möglich, auch für unser weiteres (Nicht-)Handeln ist alles drin. Um nicht in die Fallen des Pazifismus zu tappen hätte sich eine Position zum Krieg am Golf wohl auf das zu beschränken, was man von hier aus beurteilen und wofür man/frau mehr als mit ein paar Worten einstehen kann.

Laura's Defense Weekly und Omar Sharif



BOYKOTTIERT, DESERTIERT, BLOCKIERT

ANTIKRIEGSAKTIONEN AM BEISPIEL GÖTTINGEN

Vorbemerkung:

Die Spontanität, Vielfalt und die kreative Nicht-Koordination der neu erwachten Friedensbewegung macht es nahezu unmöglich, einen Überblick über ihre Aktivitäten zu geben. Großdemonstrationen wie die in Bonn waren da eher noch nebensächliche Aspekte – die wichtigsten und politisch bedeutsameren Aktionen liefen auf örtlicher Ebene ab. Als Beispiel für soich einen dezentralen Widerstand „vor Ort" drucken wir im folgenden einen Bericht ab, der eine Zusammenfassung der Anti-Kriegs-Aktivitäten in Göttingen liefert.

Jämmerliches Bild

Zum Jahresende 1990 bot das breite Spektrum der außerparlamentarischen Initiativen ein geradezu jämmerliches Bild - Resignation und Passivität waren überall zu spüren. Die Basisinitiativen klagten über merklich gesunkenes Interesse – die Gruppen waren vielfach auf einen kleinen Stamm Aktiver reduziert, die sich überwiegend um konkrete Projekte wie das Autonome Jugendzentrum (JUZI), den Weltladen, das Autonome Frauenzentrum oder das Friedenszentrum kristallisierten.

Bescheidene Resonanz

Auch in breiten Kreisen der ansonsten kritisch denkenden Aktivisten mangelte es zum Jahreswechsel am Bewußtsein über die tatsächliche Kriegsgefahr. Veranstaltungen und Aktionen, die am Vorabend des Golfkriegs von den Resten der Friedensgruppen sowie aus kirchlichen, grünen und antiimperialistischen Kreisen organisiert wurden, fanden nur sehr bescheidene Resonanz. War es Illusion über die Vernunft der am Konflikt Beteiligten oder Desillusion über die eigenen Möglichkeiten?
Erst wenige Tage vor Ablauf des Ultimatums dokumentierte eine Demonstration mit erstmals mehreren Tausend TeilnehmerInnen die Besorgnis und den Protest vieler Menschen. Zu Kriegsbeginn brach schließlich ein Proteststurm los, der in Göttingen selbst einige Tage fast den Charakter eines Aufstands besaß. Viele tausend Menschen waren täglich unterwegs, nicht wenige von ihnen beschäftigten sich fast ausschließlich mit dem Golfkrieg. Einen Alltag dürfe es nicht mehr geben, nichts dürfe so weiter gehen wie vorher, war die überwiegende Gefühlslage.

Kein ruhiges Hinterland

Die oftmals unkoordinierten Aktionen glichen einem kollektiven Aufschrei gegen diesen Krieg und gegen Militarismus. Als wäre es völlig selbstverständlich, wurden so viele Formen des zivilen Ungehorsams genutzt wie wohl kaum vorher in der Geschichte bundesdeutscher Protest- und Widerstandskultur. Es wurde nicht gefragt, was von Seiten des Staats erlaubt sei, sondern was der Kriegssituation angemessen erschien. Mahnwachen, Demonstrationen, Straßenblockaden sowie Uni- und Schulstreiks gipfelten in einer mehr als zweistündigen Besetzung und Blockade des Göttinger Bahnhofs. Dadurch wurde der gesamte Nord-Süd-Verkehr schwer beeinträchtigt.
Diese Bahnhofsblockade war in vielfacher Hinsicht ein Wendepunkt. Sie führte erstmals zu einer massiven Reaktion des Staates: Mit riesigem Polizeiaufgebot und teilweise brutalen Mitteln wurde der Bahnhof geräumt. Erstmals wehrten sich einzelne Demoinstrantinnen mit Gewalt: Leuchtraketen und Steine flogen auf Polizisten.
Am Tag darauf fiel das Göttinger Lokalblatt, welches es in den ersten Tagen nicht gewagt hatte, gegen die Opposition auf der Straße zu polemisieren, über die Anti-Kriegs-Bewegung her, wie sie es schon seit Jahren gegen jegliche basisoppositionelle Kraft tut. Die Hetze der Law-and-Order Politiker und Stammtischdemokraten nahm ihren Anfang – die Rückkehr zum Alltag sollte erzwungen werden.
Seitdem werden sämtliche Aktionen, sobald sie zu konkreten Störungen der Alltagsmaschinerie führen, gewaltsam von Polizeikräften aufgelöst.

Spaltung und Grundkonsens

Im Koordinationsrat der lokalen Anti-Kriegsgruppen, in dem zeitweise VertreterInnen aus Schule, Uni, Gewekschaft, Friedensbündnis, autonomem Jugendzentrum und Grünen zusammenarbeiteten, begannen Auseinandersetzungen über die Aktionsformen. Zwar konnte eine öffentliche Spaltung vermieden werden, und es wurde ein Grundkonsens erzielt, der als wichtigstes, vermehrt zu beachtendes Kriterium die Vermittelbarkeit der Aktionen vereinbarte, doch liegen die Positionen weit auseinander. Die – zugegebenermaßen verkürzte – Frage lautet:
Masse oder Radikalität?
Die eine Position, wie sie von gewaltfreien Aktionsgruppen, kirchlichen Basisgruppen und mehrheitlich auch von den Grünen vertreten wird, bezieht sich auf erfolgreiche Massenbewegungen der sozialen Widerstandsgeschichte wie im indischen Unabhängigkeitskampf gegen die Briten oder im Aufstand gegen den bürokratisch-autoritären Sozialismus. Für diese Strategie muß die Zustimmung zu den Inhalten und die Teilnahme an den Aktionen aus breiten Bevölkerungskreisen kommen. Dieses bedingt besonders gut verständliche und glaubwürdige Aktionsformen, was zwar gezielte Sachbeschädigungen unter Umständen einschließt, Gewalt aber auf jeden Fall ausschließt. Am Ende einer eskalierenden Kampagne soll der Regierung die Legitimation entzogen werden. Ziel ist es schließlich, die

Regierungvor die Entscheidung zu stellen, entweder auf die Forderungen einzugehen oder die eigene Macht zu gefährden.
Die andere Position, die eher in traditionslinken, antiimperialistischen und autonomen Gruppen gilt, setzt auf radikale Aktionen mit der Absicht, vorrangig die materiellen, aber natürlich auch die politischen Kosten hochzutreiben, um die Herrschenden zu begrenzten Zugeständnissen zwingen zu können. Die Haltung zur Gewalt ist eher taktischer Natur und abhängig von den jeweiligen Kräfteverhältnissen.
Trotz dieser gegensätzlichen Positionen ist ein bisher selten beobachtetes Maß an wechselseitiger Toleranz auszumachen. Dies verkennt nicht weiterhin bestehende Vorbehalte und ein gewisses Mißtrauen gegeneinander.

Integration des Protests in den Alltag

Nach den ersten Wochen flauten die Aktivitäten auf der Straße merklich ab. Daran hatte sicherlich der drastische Wintereinbruch einen nicht unerheblichen Anteil, doch sind gewisse Ermüdungs- und Gewöhnungserscheinungen nicht abzustreiten. Leisere Aktionen wie das Bestempeln von Geldscheinen mit Anti-Kriegsparolen haben ein stärkeres Gewicht bekommen, weil sich daran viele Menschen ohne Aufwand und Risiko beteiligen können. Gleichzetig sind die Ziele direkter Aktionen deutlich antimilitaristischer geworden: Regelmäßige Wehrkraftzersetzung durch Soldateninformation vor der Kaserne hat zu den ersten Kriegsdienstverweigerungen aus der Truppe beigetragen. Anfang Februar wurde am frühen Morgen eine Panzerkolonne auf dem Weg zum Manöver blockiert.

Gegenöffentlichkeit

Ein entscheidender Ansatz wurde die Herstellung von Gegenöffentlichkeit als Antwort auf Medienzensur und Kriegspropaganda. Eine Arbeitsgruppe in der Universität gibt die „Göttinger Drucksachen gegen Krieg und Zensur" heraus und wird dabei vom AStA, der nach langer Lähmung als erklärte linke Anti-Kriegskoalition neu gebildet wurde, unterstützt.

In zahlreichen Diskussionsveranstaltungen wird versucht, friedliche Lösungsmöglichkeiten für die Probleme der Golfregion aufzuzeigen. In diesem Zusammenhang hatte die Großdemonstration in Bonn, zu der aus Göttingen alleine knapp tausend Menschen per Bahn und Bus anreisten, vor allem die Wirkung, daß die schablonenhaften Vorwürfe in den Hintergrund gedrängt werden konnten. „Antiamerikanismus ist, wenn amerikanische Soldaten durch deutsche Waffen getötet werden" zielt als Parole argumentativ gegen die Schreibtischkrieger aus FAZ und taz.

Soziale und politische Basis

Die SchülerInnen bildeten bei den Protesten nicht nur in Göttingen die Avantgarde, während die StudentInnen erst später mitzogen. In den ersten Tagen nach Kriegsbeginn dominierten Aktionen dieser beiden Bevölkerungsgruppen das Stadtbild. Nur allmählich fanden sich bei den täglichen Schweigemärschen mehr ältere Menschen ein. Dabei wirkten als Katalysatoren nicht selten kirchliche Basisgruppen, die bis weit in bürgerliche Kreise wirken. Auch über die Gewerkschaften sind weitere anzusprechen. Allerdings mußte der Göttinger DGB erst durch eine feministische Besetzungsaktion auf Trab gebracht werden. Immerhin fand nun schon eine Betriebsrätekonferenz mit 200 Gewerkschaftern aus den örtlichen Betrieben statt.
Die SPD fährt auf gewohntem Schlingerkurs. Während die Göttinger Landtagsabgeordnete in Übereinstimmung mit der rotgrünen Landesregierung einen sofortigen, bedingungslosen Waffenstillstand verlangt, verhindert die Ratsfraktion eine Initiative der Grünen zur Aufkündigung der Patenschaft mit einem Minensuchboot der Bundeswehr.
Die verschiedenen Frauengruppen gegen Krieg bringen vor allem eine entscheidende inhaltliche Vertiefung, indem sie die Zusammenhänge zwischen Patriarchat und Militarismus in den Mittelpunkt ihrer Aktionen stellen. Ebenso wie die Reservistengruppen und die Zivildienstleistenden verweigern sie jede Unterstützung der Kriegsvorbereitung. Die Zahl derer, die bei der Gruppe „Reservisten verweigern den Kriegsdienst" Rat für eine nachträgliche Verweigerung suchte, stieg lawinenartig an – auch das ein Indiz für die Breite des Widerstandes.

Perspektiven

Inhaltliche Präzisierung: Es erscheint mir unerläßlich, die Ziele der Anti-Kriegsbewegung exakter zu benennen, um die politische Orientierung deutlicher werden zu lassen. Es hilft strategisch kaum weiter, sich auf die Parolen „Kein Blut für Öl" und „Stoppt den Krieg" zu beschränken, da wir den Krieg sowieso nicht beenden können. Es müssen daher in Deutschland realisierbare Ziele wie die Einstellung jeglicher finanzieller, militärischer und logistischer Unterstützung des Krieges durch die Bundesregierung ins Zentrum des Widerstandes gerückt werden. Die Anti-Kreigsbewegung darf schließlich nicht davor zurückschrekken, zum richtigen Zeitpunkt die Machtfrage zu stellen. Auch wenn dies nun illusorisch erscheint: Warum nicht einen Marsch auf Bonn mit zehntausenden von Menschen organisieren, die einen Kriegseintritt der Bundesrepublik durch eine Dauerblokkade des Regierungsviertels tatsächlich verhindern?
Langfristige Orientierung: Die Analysen müssen so tief gehen, daß auch nach diesem Krieg noch genügend Motivation für konsequent antimilitaristisches Engagement vorhanden ist. Schließlich darf nicht vergessen werden, daß es sich beim Golfkrieg um den ersten globalen Nord-Süd-Krieg handelt, der nicht vom Ost-West-Gegensatz überlagert ist. Die intensive Vernetzung so vieler Problembereiche – der Aspekt von Ökologie und Energieversorgung gehört ebenfalls in diesen Zusammenhang – im Golfkrieg bekräftigt die Notwendigkeit eines umfassenden Konzepts zur gesellschaftlichen Veränderung.
Eine große Chance besteht ferner in der Integration neu politisierter Menschen in eine dauerhafte Oppositionsarbeit. Möglicherweise wird sich die Politisierung einer ganzen Generation von SchülerInnen unter dem Eindruck des Krieges als hoffnungsvollster Aspekt dieser Anti-Kriegsbewegung erweisen.

Michael B., Die Grünen Göttingen

Im Wortlaut: KZ-Opfer zum Golf-Krieg **FR, 12.2.91**

Der Tod ist einziger Sieger

Ihre bedingungslose Ablehnung der „Kriegsmaschinerie", an der auch die Bundesrepublik beteiligt ist, hat die „Lagergemeinschaft Auschwitz, Freundeskreis der Auschwitzer e.V." aus dem hessischen Münzenberg in einem Aufruf zum Ausdruck gebracht. Die FR dokumentiert die Argumente gegen den Golf-Krieg und daraus resultierende politische Forderungen im Wortlaut:

„Wir, die überlebenden Häftlinge und deren Nachkommen des Konzentrationslagers Auschwitz, empfinden Trauer und Zorn über den Krieg am Golf. Wir glaubten, daß es nach dem Wahnsinn des Nationalsozialismus und Faschismus eine neue friedlichere Welt geben werde. Korea, Vietnam, Panama, Grenada, die Situationen in Südamerika, Afrika und Asien, der Einmarsch in der CSSR und in Afghanistan zeigten uns leider, daß es noch viele Kräfte gibt, die in kriegerischen Auseinandersetzungen eine Konfliktlösung suchen. Kein Konflikt wurde gelöst — in Kriegen gibt es nur einen Sieger: den TOD!

Kriege treffen in unserer Zeit stärker als je zuvor die Zivilbevölkerung. Kriege sind unter den heutigen technischen Kriegsbedingungen mit verheerenden ökologischen Folgen verbunden. Dies zeigte bereits der Krieg in Vietnam. In der Golf-Region ist dieses Risiko durch die Ölquellen besonders groß.

Seit der völkerrechtswidrigen Annexion Kuwaits durch Irak trieben die US-Regierung und die führenden westeuropäischen Staaten ihre Kriegsvorbereitungen gegen Irak voran. Das dabei erklärte Ziel — die Befreiung Kuwaits — ist nur vordergründig. Im Kern geht es jedoch um:
— Festigung und Ausbau ihrer wirtschaftlichen und militärischen Vormachtstellung,
— Kontrolle der Ölfelder,
— dauerhafte Präsenz am Golf,
— die Unterdrückung von Befreiungsbewegungen in der Region,
— ein Ersatzkonfliktfeld für den beendeten Ost-West-Konflikt, um neue Absatzmärkte für Waffen zu erschließen.

Die UN-Resolution Nr. 678 bezieht sich ausdrücklich auf Art. 41 und 42 der UN-Charta. Danach darf das schärfste Zwangsmittel, der Einsatz militärischer Gewalt, erst angewandt werden, wenn zuvor andere Maßnahmen wie die Unterbrechung des Eisenbahn-, See- und Luftverkehrs, die Unterbrechung der Post-, Telegrafen- und Funkverbindungen, der Abbruch aller wirtschaftlichen Beziehungen und vieles andere mehr ohne Erfolg geblieben sind.

Der militärische Angriff gegen Irak am 16. Januar 1991 war daher eine eklatante Verletzung des völkerrechtlichen Prinzips der Verhältnismäßigkeit.

Dieser Krieg geht auch von der BRD aus. Dies zu einer Zeit, in der wir uns über das proklamierte „Ende der Nachkriegszeit" gefreut haben. Mit der Entsendung von Luftwaffeneinheiten und weiteren 500 Soldaten in die Türkei beteiligt sich die BRD bereits jetzt an diesem Krieg.

Schon lange wurde das Regime von Saddam Hussein durch die BRD mit Waffen und Technologie, insbesondere zur Produktion von Giftgas, aufgerüstet. In der ehemaligen DDR wurden die Strategen des Giftgaskrieges für den Irak ausgebildet.

Mit Hilfe von Rüstungs- und Know-how-Export bundesdeutscher Konzerne und Firmen und ostdeutscher Militärs wurde
— die irakische Opposition ausgeschaltet,
— der Krieg gegen Iran geführt,
— der Massenmord an Tausenden Menschen in Kurdistan vorbereitet,
— der verbrecherische Raketenangriff auf Israel durch Erhöhung der Reichweite von Kurzstreckenraketen ermöglicht,
— ein Giftgaskrieg gegen Israel führbar gemacht.

Wir klagen die Bundesregierung an, diese Exporte durch Hermesbürgschaften unterstützt zu haben. 2,5 Milliarden Mark muß der Steuerzahler schon jetzt an die Rüstungsmonopole zahlen. Weitere Steuererhöhungen sind angekündigt.

Tiefes Mitgefühl empfinden wir mit den Überlebenden des Holocaust in Israel und dem israelischen Volk. Entschieden protestieren wir
— gegen die Politik der israelischen Regierung, die einen Ausrottungskrieg gegen das palästinensische Volk führt,
— gegen das Nichtstun der UNO zur Durchsetzung der vielen UN-Resolutionen für die Rechte der Palästinenser,
— gegen das Weltmachtstreben der USA und ihre Rolle als Weltpolizei.

Wir sind gegen jede Grundgesetzänderung, die eine Beteiligung der Bundeswehr an dem Konflikt weiter erleichtert.

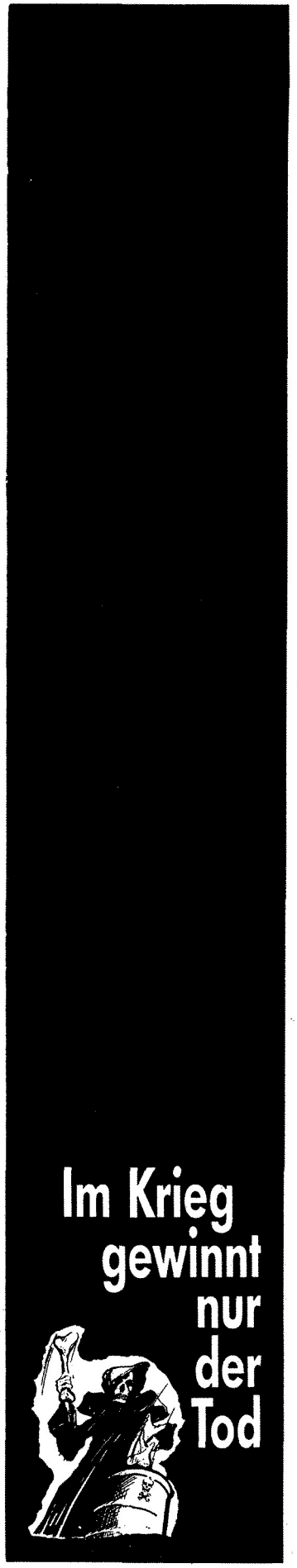
Aus all diesen Gründen kann unser *NEIN* zu diesem Krieg nicht mehr nur Ausdruck eines allgemeinen Friedenswillens sein. Unser *Nein* ist auch ein Gebot der Solidarität mit den Befreiungsbewegungen, die gegen Diktatoren wie Saddam Hussein und weltweite Kapitalinteressen und deutsche Waffen kämpfen.

Unser Nein muß konkret werden. Die Kriegsmaschinerie muß gestoppt werden!

Deshalb rufen wir auf:
— Verweigert den Kriegsdienst!
— Unterstützt Fahnenflüchtige und Deserteure!
— Blockiert und bestreikt Rüstungsfirmen und militärische Einrichtungen!
— Macht der Bundsregierung das Kriegführen unmöglich!
— Kauft keine Güter von Firmen, die an der Rüstungsproduktion beteiligt sind!

Wir fordern ein sofortiges Verbot der Produktion und des Exports von Rüstung und rüstungsfähigen Gütern.

Ohne eine internationale Nah-Ost-Konferenz unter Teilnahme aller beteiligten Staaten und Gruppen der Region wird es keinen dauerhaften Frieden geben. Voraussetzung dafür ist der sofortige bedingungslose Rückzug aller Interventionstruppen aus der gesamten Krisenregion. Das beinhaltet auch den Rückzug Iraks aus Kuwait sowie den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten, um dem Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser Geltung zu verschaffen.



Literaturhinweise

1. zu US-Imperialismus, neue Weltordnung

Laurence H. Shoup/W. Minter: Kulissenschieber e.V., Der Council on Foreign Relations & die Außenpolitik der USA, Verlag Freunde der Erde, Berlin 1981

Jochen Hippler (Hrsg.): Amerika muß die Führung übernehmen – USA, Militärpolitik und Dritte Welt, Trikont 1983

Jochen Hippler (Hrsg.), Krieg im Frieden, US-Strategien für die 3. Welt, Pahl-Rugenstein 1986

Die Grünen: Low Intensity Conflict, Der unerklärte Krieg (Hippler u.a.), 1988

Cziempel/Schweitzer: Weltpolitik der USA nach 1945. Bundeszentrale politische Bildung, Heft 210

Dietrich Schulze-Marmeling, Die NATO. Anatomie eines Militärpaktes, Verlag Die Werkstatt, 1987

Neir/Opperskalski: CIA - Club der Mörder, Der US-Geheimdienst in der 3. Welt, Lamuv, 1988

George Bush, Rede zur Lage der Nation vom 29.1.91, in: Frankfurter Rundschaft 5.2.91

2. zu Naher und Mittlerer Osten

Bahman Nirumand (Hrsg.), Sturm im Golf. Die Irakkrise und das Pulverfaß Nahost. rororo 1990

Steinbach/Robert (Hrsg.), Der Nahe und Mittlere Osten. Politik, Gesellschaft.., 1988

Nahost-Jahrbuch 1988, Orient-Institut, 1990

Nohlen/Nuscheler: Handbuch der Dritten Welt. Band 6: Nordafrika und Naher Osten, Hamburg 1983

Werner Ende/Udo Steinbach: Der Islam in der Gegenwart, München 1989

Kenneth R. Timmermann: Öl ins Feuer. Zürich 1988

Helmut Mejcher: Die Politik und das Öl im Nahen Osten. 2 Bände, Stuttg. 1980/1990

Arnold Hottinger: Die Araber vor ihrer Zukunft. Paderborn 1989

Abdallah Frangi: PLO und Palästina. Fischer 1982

M. Massarat: Weltenergieproduktion u. Neuordnung der Weltwirtschaft. Campus 1980

3. zu Rüstungsexport

Komzi (Hrsg.), Tatort Irak, Deutsche Waffenlieferungen für Saddam Hussein, Komzi, Bahnhofstr. 18, 6270 Idstein (Broschüre)

Leyendecker/Rickelmann, Exporteure des Todes – Deutscher Rüstungsskandal in Nahost. Steidl Verlag 1990

Die Todeskrämer – Bundesdeutsche Rüstungsexporte an den Golf. Hrsg.: BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport", Buchtstr. 14/15, 28 Bremen 1 (Broschüre 1991)

Waffen für Saddam. Die Irak-Connection des BND (Hrsg. Medico Internaötional, Frankfurt, Broschüre)

Zeitschriften/Broschüren zum Krieg:

der überblick Nr. 4/90, Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, Esplanade 14, 2000 Hamburg 36

Peripherie, Nr. 38/39. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der 3. Welt, Institut für Soziologie, Scharnhorststr. 121, 44 Münster

Palästina-Info (Sondernummer), Postfach 304145, 2000 Hamburg 36

Kurdistan-Rundbrief. Kurdistan-Komitee in der BRD, Hansaring 66, 5 Köln 1

Tatort Kurdistan, Komzi, Limburgerstr. 23, 627 Idstein

Irak-Information, Buchladen Rote Str.9, 34 Göttingen

interim, Sonderheft Okt. 90, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61

Arbeiterkampf, Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Schulterblatt 58, 2 Hamburg 36

AUFKLEBER UND PLAKATE

gegen den Krieg am Golf. Die nebenstehenden Motive als Kleber je 1,– (Wiederverkäuferrabatt: ab 20 Ex. 30%, ab 50 Ex. 40%, ab 100 Ex. 45% Rabatt).
Weitere Motive u.a.: Krieg dem Krieg, Ami go home, Friedenstaube, Reservisten verweigert den Kriegsdienst, Stell Dir vor...
Außerdem Aufkleber und Plakate zu den Themen Anti-AKW, Ökologie, Widerstand, Antifa, Internationale Solidarität usw.
Gesamtkatalog bestellen bei:

VERLAG DIE WERKSTATT

Lotzestr. 24a, 3400 Göttingen
Wer's eilig hat: Tel. 04402-83326

Was hier nicht steht, steht in der taz.

taz, die tageszeitung.

»... Seit Generationen übernimmt Amerika die Führungsrolle im Kampf um die Erhaltung und Ausdehnung der

WOHLTATEN DER FREIHEIT...«

George Bush, 29.1.1991

Collection Labadie Foundation
www.[illegible].org
Digitized 2016